

Heft 100 enthält u.a. folgende Beiträge:	
Rolf Schwendter:	Was ist kritische Sozialarbeit und was nicht?
Erdmann Prömmel:	Liebe Widersprüche Redaktion
Kurt Bader:	Was ist kritische Soziale Arbeit und was nicht?
Sabine Stövesand:	Jenseits von Individualisierung und Geschlechtsblindheit – Kritische Soziale Arbeit am Beispiel der Gemeinwesenarbeit
Stefan Schnegg:	Sozial-Nachrichten von den „südlichen Hilfsvölkern“ (Arno Schmidt)
Maria Bitzan, Eberhard Bolay und Hans Thiersch:	Im Gegebenen das Mögliche suchen. Ein Gespräch mit Hans Thiersch zur Frage: Was ist kritische Soziale Arbeit?
Anne Ames und Frank Jäger:	Die Arbeitsverwaltung als omnipotente Sozialarbeiterin oder der Bock als Gärtner
Elvira Berndt:	Gratwanderungen der Jugendsozialarbeit in schwierigen Zeiten
Mark Schrödter:	Die beiden Sozialpädagogen: Habermas, der Geburtshelfer und Foucault, der Narr
Catrin Heite und Tino Plümecke:	Kritik der Kritik oder der Dativ ist dem Genitiv sein Tod
Fabian Kessl, Holger Ziegler und Hans-Uwe Otto:	Auf Basis systematischer Vergewisserungen aus dem Mainstream heraus
Ute Straub:	Anti-Opressive Social Work als kritische Soziale Arbeit
Peter Schruth und Ulrike Urban:	Der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V.: Hilfe zum Recht – Hilfe zu Recht
Manfred Kappeler und C.W. Müller:	Anregung – Provokation – Utopie? Ein Gespräch über David G. Gils Buch „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung – Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter“
Martin Dörrlamm:	Professionelle Nähe – auf Distanz zum Status quo
Eberhard Mannschatz:	Soziale Arbeit, Erziehung und Politik. Zur Problematik an den Schnittflächen

Was ist heute kritische Soziale Arbeit?



Kleine Verlag

Widersprüche

Herausgegeben vom Sozialistischen Büro

Redaktion: Manfred Kappeler (Berlin); Christof Beckmann, Fabian Kessl, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Uwe Hirschfeld (Dresden); Friedel Schütte (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer (Frankfurt); Margret Bülow-Schramm, Frank Düchting, Timm Kunstreich, Michael Lindenberg, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Kirsten Huckenbeck (Offenbach); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Tilman Lutz (Waren/Müritz); Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Redaktionsadresse: Sozialistisches Büro, „Widersprüche“, Holger Adam, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach, Telefon (0 69) 88 50 06, Fax (0 69) 82 11 16, e-mail: widersprueche@gmx.de

Verlag: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld, Telefon (05 21) 1 58 11, Fax (05 21) 14 00 43, e-mail: KV@Kleine-Verlag.de, Webseite: <http://www.kleine-verlag.de>
Extra Webseite *Widersprüche*: <http://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift *Widersprüche* erscheint viermal jährlich. Die *Widersprüche* können als Einzelhefte oder im Abonnement bezogen werden. Bestellungen über den Buchhandel oder direkt an den Verlag. Jahresabonnement € 36,00, SFr 62,10; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 23,50, SFr 41,20; Einzelhefte € 11,00, SFr 19,80, jeweils zuzügl. Zustellgebühren. Abbestellungen müssen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements erfolgen, anderenfalls verlängert sich das Abonnement jeweils um ein Jahr.

Anzeigenannahme, Verwaltung,

Herstellung und Auslieferung: Kleine Verlag GmbH, Postfach 10 16 68, 33516 Bielefeld

© Kleine Verlag GmbH: Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Auch jede weitere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Kopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für unverlangt eingesandtes Material wird keine Gewähr übernommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Widersprüche

***Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.***

Niko Diemer (1952–1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift „Widersprüche“. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest). Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Widersprüche

26. Jahrgang, Juni 2006

*Knochenbrüche
Z'ammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)*

Inhalt

Was ist heute kritische Soziale Arbeit?

Zu diesem Heft

Ausführliches Editorial der Redaktion 5

Rolf Schwendter

Was ist kritische Sozialarbeit und was nicht? 19

Texte zu den ökonomisch-gesellschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen

Erdmann Prömmel

Liebe Widersprüche-Redaktion 25

Kurt Bader

Was ist kritische Soziale Arbeit und was nicht? 33

Sabine Stövesand

Jenseits von Individualisierung und Geschlechtsblindheit –
Kritische Soziale Arbeit am Beispiel der Gemeinwesenarbeit 37

Stefan Schnegg

Sozial-Nachrichten von den „südlichen Hilfsvölkern“ (Arno Schmidt) 51

Texte zur Regierung durch Aktivierung und Eigenverantwortung

Maria Bitzan, Eberhard Bolay und Hans Thiersch

Im Gegebenen das Mögliche suchen.

Ein Gespräch mit Hans Thiersch zur Frage:

Was ist kritische Soziale Arbeit? 63

Anne Ames und Frank Jäger

Die Arbeitsverwaltung als omnipotente Sozialarbeiterin oder
der Bock als Gärtner. Zur Korruption sozialarbeiterischer Begriffe
und Konzepte durch das Sozialgesetzbuch II 75

Elvira Berndt

Gratwanderungen der Jugendsozialarbeit in schwierigen Zeiten 83

Mark Schrödter

Die beiden Sozialpädagogen:

Habermas, der Geburtshelfer und Foucault, der Narr 93

Catrin Heite und Tino Plümecke

Kritik der Kritik oder der Dativ ist dem Genitiv sein Tod 103

Texte zur Ökonomisierung der Institutionen

Fabian Kessl, Holger Ziegler und Hans-Uwe Otto

Auf Basis systematischer Vergewisserungen aus dem Mainstream heraus.

Ein Gespräch mit Hans-Uwe Otto 111

Ute Straub

Anti-Oppressive Social Work als kritische Soziale Arbeit 119

Ulrike Urban und Peter Schruth

Der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V.:

Hilfe zum Recht – Hilfe zu Recht 127

Texte zur Selbstverständigung über die Identität der Profession

Manfred Kappeler und C.W. Müller

Anregung – Provokation – Utopie?

Ein Gespräch über David G. Gils Buch „Gegen Ungerechtigkeit und

Unterdrückung – Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter“ 137

<i>Martin Dörrlamm</i> Professionelle Nähe – auf Distanz zum Status quo	155
<i>Eberhard Mannschatz</i> Soziale Arbeit, Erziehung und Politik. Zur Problematik an den Schnittflächen	161
<i>Albert Scherr</i> Annäherungen an Kritikbegriffe einer kritischen Sozialen Arbeit	169
<i>Stephen Webb</i> Jenseits einer kritischen Sozialen Arbeit in fortgeschritten liberalen Gesellschaften	179
<i>Susanne Maurer</i> Kritik als Bewegung und Horizont – oder: Was kann das Projekt einer Kritischen Sozialen Arbeit vom Feminismus „lernen“?	195
<i>Ueli Mäder</i> Kritische Soziale Arbeit – Widerständig konstruktiv	203
<i>Redaktion Widersprüche</i> Aus Anlass des Heftes 100: ein Blick auf einige methodologische und theoretische Widersprüche in der Redaktion	209

Bildnachweise

Titelfoto sowie Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

Im sechszwanzigsten Jahr der WIDERSPRÜCHE präsentiert die Redaktion das Heft Nummer 100, allemal ein Anlass, um die eigene Position zu überdenken und um unsere Leserinnen und Leser dabei einzubeziehen.

1981 erschien das Heft Nummer 1 der „WIDERSPRÜCHE-Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“ zum Thema: „Hilfe und Herrschaft“. Aktueller politischer Anlass war der Gesundheitstag 1981 in Hamburg, auf dem die noch junge Selbsthilfebewegung eine zentrale Rolle spielte. Die versammelten Beiträge setzten sich kritisch mit den Ansprüchen der Selbsthilfe und ihrer Protagonisten auseinander (weniger Staat = mehr Autonomie), indem sie auf den Vergesellschaftungsprozess der drei Reproduktionsbereiche fokussierten, beispielhaft die in ihnen schlummernde Dialektik von Gebrauchswert und Herrschaftssicherung thematisierten und auf deren Veröffentlichung und Politisierung drangen.

Diese Position haben wir als „Verteidigen, Kritisieren, Überwinden zugleich“ benannt und uns an ihr im Prozess der nunmehr 25-jährigen Redaktionsarbeit, in Reflexion der jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklung und anhand diverser Schwerpunktthemen abgearbeitet, auch wenn die ehemaligen SB-Arbeitsfelder des Gesundheits- und Bildungsbereiches irgendwann wegbrachen und „nur noch“ TheoretikerInnen und PraktikerInnen aus dem Feld der Sozialen Arbeit in der Redaktion saßen.

Diesen redaktionellen Selbstverständigungsprozess bündelten wir in drei „Strängen“. Im ersten Strang versuchten wir das aufzuzeigen, was zu verteidigen war – und ist: den erreichten Stand sozialpolitischer Absicherungen gegen die Risiken der Lohnarbeit bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter. Soziale Garantien gegen die Rutschbahn zum Beispiel vom Arbeitslosengeld über die Arbeitslosenhilfe zur Sozialhilfe forderten wir in Form von unterschiedlichen Sockelungen, die auf den bisherigen Sicherungssystemen aufbauen. Am intensivsten diskutierten wir über ein garantiertes Mindesteinkommen (Heft 15/1985: 91ff.), das wir nicht überschätzen wollten und von dem wir weder annahmen, dass damit aus dem kapitalistischen Staat ein guter „Vater“ würde – Gefahr des Etatismus –, noch dass über das Finanzamt die Klassenfrage bewegt werden könne – Gefahr des Ökonomismus. Dass zwanzig Jahre später eine neoliberal gewendete SPD im Gleichklang mit CDU, FDP und Grünen eine Grundsicherung einführt, die nicht einmal mehr versucht, ihren Herrschaftscharakter zu verbergen, sondern ihn ganz offen –

und mit Zustimmung wohl der Mehrheit der Bevölkerung – unter dem Titel von „Fördern und Fordern“ ausgibt. Die Parole: „Keine Leistung ohne Gegenleistung – Rechtsansprüche muss man sich verdienen“. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir damals forderten – und es heute noch tun: nämlich ein garantiertes Grundeinkommen ohne „Eintrittskarte“ für jedes Gesellschaftsmitglied, d.h. ohne irgendwelche Bedingungen. Hätte uns damals jemand gesagt, dass vier Millionen „Bedarfsgemeinschaften“ in die Zwangslage geraten würden, sich der demütigenden HartzVI-Prozedur zu unterziehen, den hätten wir für einen Geschichtszähler a la „1984“ gehalten oder für einen Verschwörungstheoretiker.

Die intensive Beschäftigung mit den Fragen sozialer Garantien war eng an den zweiten und dritten Strang unseres Manifestes gebunden, der Produzenten-Sozialpolitik, mit der wir eine Alternative zur Hilfe-Herrschaft-Logik der hegemonialen Sozialpolitik setzen wollten, und der Forderung nach einer „selbstbestimmten Vergesellschaftung im Sozialstaat“, die wir uns natürlich völlig anders gedacht hatten als die heute forcierte Privatisierung von Alters- und Gesundheitsversicherungen.

Noch vor der Ausdehnung Westdeutschlands bis an die Oder formulierte Niko Diemer (1989) eine grundlegende Selbstkritik unserer bis dahin erreichten Diskussion. So kritisierte er unter anderem die „Zähigkeit unseres institutionellen Blicks“, „der den Subjekten Gutes tun will, präventiv und partizipatorisch, versteht sich“ (1989: 13f). Und weiter: „... auch wir haben unsere Rechnung ohne das Geschlechterverhältnis gemacht, zu wenig über mögliche Ausgrenzungsfolgen und möglicherweise verfestigte Geschlechterarbeitsteilung nachgedacht, zu wenig die Frage nach der ‚moralischen Ökonomie‘ der Subjekte aufgeworfen, nach den subjektiven Bedeutungen von ‚gesichert sein‘, ‚für sich selber sorgen‘ und ‚in Arbeit sein‘“ (ebd.).

In der Folge ging es uns also um die Frage nach den Subjekten beziehungsweise Akteuren in den diversen Arenen der Sozialpolitik. Eine wichtige Anregung für diese Diskussion bekamen wir durch W. F. Haugs Artikel: Gramsci und die Politik des Kulturellen (1988). Haug geht dort der Frage nach, ob Gramscis Hegemonie-Konzept heute noch gültig sein kann. Der Hegemonie einer den „historischen Block“ festigenden Kulturpolitik stellt er eine Politik des Kulturellen gegenüber, worunter er die subversive Kraft kultureller Alltagspraxen der Herrschaftsunterworfenen (also der Subalternen) versteht, neben den herrschenden und routinierten auch die eigensinnigen, oppositionellen Praxen zu traktieren beziehungsweise neu zu entwickeln. Diesem Ansatz folgend versuchten wir nun statt von Sozialpolitik unseren Ausgangspunkt in den vielfältigen sozialen Alltagspraxen der Subalternen zu nehmen – also von einer alternativen Sozialpolitik zu einer theoretischen Praxis zu gelangen, die wir in an Anlehnung an Haug als „Politik des Sozialen“ auszubuchstabieren trachteten.

Die Positionen dazu fassten wir wiederum in einem Selbstverständigungspapier zusammen (1989). „Politik des Sozialen als Gestaltung der Lebensverhältnisse durch die Subjekte selbst“ war und ist unser Ausgangspunkt in der Analyse gesellschaftlicher Relationen, deren Bezugspunkt nicht mehr Institution gewordene Hegemonien sind (wie z.B. der Nationalstaat), sondern empirisch vorfindbare Relationen individueller und kollektiver Subjekte (z.B. transversale Sozialitäten; vgl.: Kunstreich 1999: 151ff.). Die Identifizierung derartiger Praxen und Relationen ist Gegenstand in jedem unserer Hefte, zuletzt in „Klassengesellschaft reloaded – zur Politik der ‚neuen Unterschicht‘“ (Heft 98/2005) und „Politik des Sozialen – Verhandlungen über Lebensweisen. Moralische Ökonomien heute“ (Heft 99/2006).

„Politik des Sozialen als Gestaltung von Geschlechterverhältnissen“ hat nicht nur die binären Logiken dieses Herrschaftsverhältnisses zum Gegenstand, sondern untersucht seine Verquickung mit den Themen Kultur und Klasse. In den vielfältigen Herausforderungen und Diskussionen zu diesem Themenkomplex stellt sich immer wieder in paradigmatischer Weise die grundlegende Frage nach den Subjekten, deren Differenz erst auf der Basis von Gleichheit zur individuell erlebbaren Freiheit wird. Auch diesen Aspekt versuchen wir jedem unserer Hefte zu thematisieren, aber auch in entsprechenden Schwerpunktsetzungen – zuletzt in „Genders neue Kleider? Dekonstruktivistischer Postfeminismus, Neoliberalismus und Macht“ (Heft 95/2005) und: „Der oder die Sozialstaat? Doing Gender europäischer Wohlfahrtsregime“ (Heft 84/2002).

„Politik des Sozialen als Gestaltung von Konflikten innerhalb und zwischen Klassen“ thematisiert vor allem die Konsequenzen eines praktisch und ideologisch auf Globalisierung angelegten Neoliberalismus:

„Die Deregulierung arbeitspolitischer Strukturen führt durch Re-Privatisierung der Kosten und Risiken zu einer ökonomischen Effektivierung sozialer Dienstleistung durch deren Spezialisierung, Ambulantisierung, Familiarisierung sowie die Regulation und Bearbeitung der für die Flexibilität der nachfordistischen Akkumulationsweise funktional notwendigen Reservearmee und der dauerhaft aus dem Produktionsprozess Ausgegrenzten. Fazit: Es ist nicht mehr Ziel der Regulation, ein ganz bestimmtes Normalitätskonzept durchzusetzen, sondern der Sozialpolitik kommt die umfassendere Aufgabe der Regulation einer gespaltenen Gesellschaft zu“ (Schaarschuch 1994: 78).

Welche Tendenzen unterstützt werden können, die zu Alternativen zur hilflosen Hinnahme dieser Regulation und deren scheinbar alternativlosen Duldung führen, haben wir immer wieder versucht herauszufinden, zu beschreiben und zumindest ansatzweise in Konzepte umzusetzen – mit der Hoffnung, dies möge Ferment in einer sich herausbildenden neuen sozialen Bewegung werden. Unser letzter Versuch in diese Richtung findet sich in Heft 97 (2005), in dem wir die „Umrisse einer sozialer Infrastruktur“ als „Politik des Sozialen – Alternativen

zur Sozialpolitik“ vorstellen, in Zusammenarbeit mit „alten Verbündeten“ aus der Zeit unseres Beginns wie Joachim Hirsch und Heinz Steinert.

Wenn wir nun aus Anlass des Heftes Nummer 100 uns und unseren Leserinnen und Lesern die Frage stellen: „Was ist heute kritische Soziale Arbeit?“, dann sollte klar sein, dass diese Frage heute nicht mehr in gleicher Weise gestellt werden kann, wie wir sie noch in den 80er Jahren formuliert haben. Dafür sollen im Folgenden vor allem **vier** Formen von Begründungen angegeben werden, die sich auf die veränderte Situation der Sozialen Arbeit im liberalisierten globalisierten Kapitalismus beziehen. Die Veränderungen sind einerseits in den ökonomischen, gesellschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen zu sehen, in die Soziale Arbeit eingebunden ist, ferner in den Strukturen von Aktivierung, in die sozialstaatliche Politik die Soziale Arbeit immer stärker einbezieht, dann die Ökonomisierungsprozesse innerhalb der Institutionen Sozialer Arbeit, die viele professionelle Standards und damit den Zugang zu und die Beziehungen zwischen Institutionen und Adressaten verändern – bis hin zu Konzepten der evidenzbasierten Sozialen Arbeit, welche die Subjektivität der Adressaten gar nicht mehr reflektieren – und zuletzt jene Tendenzen und Debatten innerhalb der Disziplin, die sich auf eine Annäherung an die Funktionalitätsansprüche des Wirtschaftssystems richten, und damit eine Suspendierung der disziplinären Differenz vor allem zwischen Sozialpädagogik und Pädagogik (Schule) in Kauf nehmen.

1. Für die Soziale Arbeit verändern sich nicht nur ihre bisherigen sozialpolitischen Rahmungen, sondern zugleich vollzieht sich gesamtgesellschaftliche ein Prozess der Entbettung (Giddens) von Strukturen und Sicherheiten – ökonomisch, politisch, und sozial –, begleitet von einer Entstaatlichung der Gesellschaft, die sich als Rücknahme sozialstaatlicher Risikoabsicherungen von Lohnarbeit und Lebenslauf, auswirkt und die Ressourcen der AdressatInnen (Strukturen, Sicherheiten, Infrastruktur), mit denen sie auf Krisen und in Belastungen reagieren können, schwächt.

Politik treibt diese Entwicklungen in Richtung neuer Grenzziehungen voran. Im bayerischen Kultusministerium wurde im Februar 2006 eine Regelung diskutiert, nach der störende Schüler ab dem 13. Lebensjahr endgültig ihr Recht auf Schulpflicht verlieren und der Schule verwiesen werden können. Viele weitere Beispiele ließen sich im Rahmen von Hartz IV finden; die gesellschaftliche Produktion von überflüssigen Menschen nennt Zygmunt Bauman diese neuen Formen von Exklusion.

Neu ist die veränderte Politik in Bezug auf die „Zone der Prekarität“ (Castel). Für einen Teil wird durch Politiken der Aktivierung das Ziel der gesellschaftlichen Integration modifiziert zu einer (erzwungenen) Integration am Rande der Gesellschaft auf einem niedrigeren Niveau von Produktion (Zugang zum Arbeits-

markt) und Reproduktion (Hartz IV), für den Teil der auch hier Herausfallenden wird Integration im herkömmlichen Sinne nicht mehr angestrebt.

2. Gesellschaftlich und sozialpolitisch treten Diskurse der geforderten Selbstverantwortung in den Vordergrund. Damit werden Modelle in der Sozialen Arbeit geschwächt, die bisher zum professionellen Selbstverständnis der Sozialen Arbeit gehörten, wie die Anerkennung einer „Autonomie der Lebenspraxis“, das subjektiv-biografische Handeln als Ausgangspunkt für Soziale Arbeit und das Aushandeln als Prozess. Das ist deswegen in hohem Maße ambivalent, weil zugleich die ökonomischen, materiellen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen für eine Autonomie der Lebenspraxis geschwächt werden durch Verarmung, durch Prozesse des Ausschlusses, durch Politiken der Lebensführung, durch den Rückbau des Sozialstaats.

Diese Gouvernamentalität schafft einen veränderten Raum des Sozialen, weil nun die Einzelnen sich selbst steuern (sollen), und dabei unter vielen Möglichkeiten auswählen können und müssen (dürfen), die ihnen vorgegeben werden. Auch Sozialarbeit betreibt dies teilweise mit, indem sie verstärkt Testverfahren und Diagnostiken zur Auffindung von Risikogruppen anwendet, z.B. im Bereich der frühen Kindheit – als Formen der Kontrolle von Kindern und Familien, wie sie etwa im 12. Jugendbericht angeführt werden. Tendenziell wird dadurch eine innergesellschaftliche Bewältigung von Reproduktionsproblemen aufgegeben. Dem entspricht der neue Kontroll- und Disziplinierungs gegenüber den Adressaten, wobei eine moralisierende Verantwortungszuschreibung die Klassenstruktur der Problemlagen unsichtbar machen will. Insgesamt können durch diese Entwicklung Gruppen oder auch bestimmte Milieus mehr oder weniger von den Lernprozessen in sozialen Klassen und anderen Schichten kulturell und milieu-mäßig abgekoppelt werden.

3. Die Ökonomisierung in den Institutionen der Sozialen Arbeit verschiebt die Grenzen von Hilfe, Härte und Kontrolle. Kostenrechnung, effizienz- und effektivi-tätskontrollierte Hilfen mit vorweg bestimmten Anspruchs- und Dauerregelungen zeigen eine Entwicklung zur Managerialisierung bzw. Technologisierung Sozialer Arbeit an, die nur noch Teile der Adressaten erreichen will, und den Rest vorab abgeschrieben hat. Evidenzbasierte Ansätze benötigen theoretische Begründungen nicht mehr wirklich und richten sich auch nicht mehr an ein Subjekt.

Gegenmodelle der genossenschaftlichen Selbstorganisation, der gegenseitigen Versorgung, stellen möglicherweise alternative Vergesellschaftungsformen dar, die wir aufgreifen müssen. Ökonomisierung verändert auch die Steuerungsformen von Sozialer Arbeit. Politik wendet sich zum Teil von infrastruktureller Steuerung ab, und zielt auf Kampagnen und Projekte mit kurzen Laufzeiten und hohem legitimatorischen Outcome.

Im Kontext des 12. Jugendberichtes werden Forderungen erhoben nach Diagnose – und Testverfahren zur Identifizierung von Risikogruppen (in Anlehnung an PISA z.B., um Schwächen von Jugendlichen beim Übergang in die Jugendberufshilfe zu erkennen). Hier geht es in der Tendenz um den beginnenden Aufstieg sozialpädagogischer Technologie, die die alte (kritische, reflexive) Sozialpädagogik verdrängt. Luhmanns Rede vom Technologiedefizit pädagogischer Aktivitäten wird damit zynisch konterkariert.

In diese Linie passt ein sich verstärkender performativer Trend der Thematisierung sozialer Probleme in der Weise, dass aufgrund medialer Dramatisierungen, die Politik und Öffentlichkeit aufgreifen, kurzlebige Programme installiert werden, deren Nachhaltigkeit nicht geklärt ist bzw. gar nicht interessiert. Die ideologische Funktion ist hier, dass die medialen Selbstthematizierungen der Gesellschaft das Klima der öffentlichen Debatte neoliberal verschieben in Richtung Härte und Kälte, wie die Diskussion um Werte-Erziehung oder Sozial-Fahnder deutlich machen.

4. Seit der Neuzeit versteht sich Pädagogik innerhalb des Spannungsverhältnisses von Zwang und Selbstbestimmung, und nur die Bewegung der Reflexion darauf stellt die Bedingung der Möglichkeit dafür dar, dass Subjektivität als *widerständige* und Bildung als *kritische* aufgenommen und gestärkt werden kann.

Gegenwärtig wird das gesamte System der Betreuung, Erziehung und Bildung insofern Beschleunigungsprozessen unterworfen, als die Kinder bereits mit zwei Jahren in den Kindergarten gehen und schon dort mit Standards und Perspektiven im Hinblick auf Schule und den Arbeitsmarkt befasst werden sollen. Die Schulzeit bis zum Abitur wird bezüglich der „Gesamtlaufzeit“ (in Schuljahren) zu Lasten der Freizeit am Nachmittag verkürzt (das fügt sich wiederum in die zunehmende Kontrolle und Institutionalisierung der Jugendphase ein). Das Studium wird ebenfalls entsprechend der Vorgaben von Bologna beschleunigt und auf unmittelbare Verwertbarkeit hin ausgerichtet, was vor allem den reflexiven (geisteswissenschaftlichen) Studiengängen an die Substanz geht.

Anscheinend setzt sich innerhalb der Sozialpädagogik die Auffassung durch, dass man sich dem Trend auf eine utilitaristisch-instrumentelle Ausrichtung des Aufwachsens nicht mehr entziehen könne. Paradigmatisch für diese Entwicklung kann der 12. Jugendbericht (2005) stehen, der die verschiedenen Aspekte von Sozialisation, Betreuung, Erziehung und Bildung im Lebenslauf als gleichrangig darstellt. Professionspolitisch zielt er offenbar auf eine Aufwertung der Sozialen Arbeit und Sozialpädagogik vor allem im Kontext der angedachten Ganztagschule einerseits und der „Modernisierung“ und Subsumtion der Kindertagesbetreuung unter einen auf schulisches Lernen verkürzten Bildungsbegriff andererseits. Diese Position wird durch einen theoretischen Argumentationsstrang abgesichert, der Betreuung, Erziehung und Bildung auf sozialisationstheoretisch

nachvollziehbare Entwicklungsschritte hinsichtlich der Handlungsfähigkeit und Lebensbewältigung und auf überprüfbare Kompetenzen nivelliert. Lebensbewältigung zielt auf eine Alltagspraxis, in der das Individuum in krisenhaften Lebenslagen handlungsfähig bleibt, sie wird zu einer Notwendigkeit, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Bildung wird zur Sozialisation geschrumpft. Damit wird allerdings dann der kritische Bildungsbegriff aufgegeben: „Wo auch immer *ausschließlich* auf diese Welt hin gebildet wird, erhält die Bildung nicht nur den Charakter frühzeitiger sozialer Determination, sondern der Mensch wird über den Prozess seiner Anpassung intellektuell paralysiert“ (Heydorn 1995: 136).

Entscheidend scheint uns hier, dass Soziale Arbeit – als Voraussetzung eines Bildungsgeschehens, welches Lern- und Kritikfähigkeit von Subjekten erst herstellt, Bildung ermöglicht, aber nicht unbedingt selber Bildung ist – in ihrer disziplinären Differenz zur allgemeinen Erziehungswissenschaft und Schulpädagogik vermischt wird.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Die folgenden Beiträge nähern sich aus unterschiedlichen Perspektiven und mit differenten Methoden der Frage nach dem Kern und Potenzial kritischer Sozialer Arbeit. Allen gemeinsam ist jedoch, dass sie fünf Kriterien benennen, quasi als Rahmung einer sich als kritisch bezeichnenden Sozialen Arbeit. Diese fünf gemeinsamen, wiederkehrenden Themen sind:

- ▷ die Frage nach den endogenen Kritikpotenzialen sozialer Arbeit aufgrund des besonderen gesellschaftlichen Gegenstandes,
- ▷ die Frage nach den Handlungspielräumen und Grenzen für eine Politik der Einmischung ins Handgemenge von Hilfe und Kontrolle,
- ▷ die Frage nach dem Verhältnis zwischen Professionellen und Adressaten und den emanzipatorischen Hoffnungen eines gemeinsamen Projektes zwischen ihnen,
- ▷ die Frage nach der Rolle des Staates und der Relevanz einer Garantie allgemeiner sozialer Rechte für die Sicherung der Lebenspraxis,
- ▷ und schließlich die sozialwissenschaftliche und politische Reflexion der gesellschaftlichen Voraussetzungen von sozialer Arbeit.

Wenn also für alle versammelten Beiträge durch die Thematisierung dieser Fragestellungen bereits ein Zusammenhang hinsichtlich einer „Kritischen Sozialen Arbeit“ gestiftet ist, so sollen sie doch in der Gliederung einer Zuordnung unterzogen werden. Wir orientieren uns dabei an den zu Beginn des Editorials genannten vier Veränderungen, die heute den Gegenstand der Sozialen Arbeit rahmen. Es sind dies:

Erstens die gesellschaftlich-ökonomischen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen, zweitens die Veränderungen der Sozialen Arbeit durch den Einbezug in staatliche Aktivierungsstrategien, drittens die Veränderungen in Konzepten und Standards der Institutionen sozialer Arbeit durch die Ökonomisierung und viertens die Wandlungen in der theoretischen Selbstreflexion der Profession Sozialer Arbeit. Auch wenn dem Leser und der Leserin bzw. dem Autor und der Autorin die Zuordnung im Einzelfall willkürlich erscheinen mag und eine andere Strukturierung angezeigt erscheint, so hoffen wir dennoch, mit unserer Gliederung einen hilfreichen Beitrag zum neugierigen Lesen zu geben.

Den Einstieg zum ersten Themenkomplex erleichtert mit *Rolf Schwendter* ein Autor, der dem Projekt der WIDERSPRÜCHE von Anfang an ein solidarisch-kritischer Begleiter war. Sein Beitrag – will man ihn politisch verorten – ist die Antwort auf unsere Titel-Frage aus dem Kontext der AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise). Ausgehend von der Feststellung einer gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung verstärkter Konkurrenzbeziehungen zwischen einzelnen Menschen und sozialen Gruppen mit deutlicher Gewinner- und Verliererproduktion erinnert er an zwei Diskussionsstränge der WIDERSPRÜCHE: der Forderung nach einer Grundsicherung für alle als Antwort auf soziale Verelendung und der Forderung einer Produzierendensozialpolitik. Erstere diskutiert er neu vor dem Hintergrund zunehmender materieller Verarmung und der modernen Wohltätigkeit als Antwort darauf. Letztere betrachtet er vor dem Hintergrund der Erfahrungen einer Vielzahl selbst organisierter Projekte und alternativer Einrichtungen. In beiden Diskussionssträngen ist die Frage nach der Rolle des Staates und die nach dem prekären Verhältnis von kritisch Sozialarbeitenden und ihrer Klientel enthalten.

Erdmann Prömmel reflektiert den Wandel der gesellschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen aus der Sicht eines theoretisierenden Praktikers, der im Bereich der Drogenhilfe arbeitet. Für ihn ist es ein unverzichtbarer Bestandteil kritischer Sozialarbeit, mit dem Wissen um den der Profession immanenten Widerspruch von Hilfe und Herrschaft zu arbeiten. Die Bestimmung der Spielräume für eine kritische Sozialarbeit entwickelt er am Beispiel der Drogenhilfe in Deutschland: Kritik am Konzept der Zerstörung so genannter Sucht- und Fixerpersönlichkeiten, Akzeptanzkonzepte, Effizienz- und Kundenorientierung, Ausstiegsorientierung und Steuerung über deren Outcome. In jeder dieser Phasen hat kritische Soziale Arbeit andere Aufgaben. Unter konservativer oder neoliberaler Hegemonie sieht er sie darin, „nicht einfach so mitzumachen“.

Dieses Anliegen teilen auch die Thesen von *Kurt Bader*, der nach der Aufzählung von ihm bedrückenden und bewegenden Realitäten zusammenfasst, dass Soziale Arbeit in wachsendem Maß disziplinierende und kontrollierende Aufgaben übernimmt. Mit einigem Wut als emotionalem Ausdruck einer gesellschaft-

lichen Position, die Reflexion ermöglicht, plädiert er für die Entwicklung einer Ethik Sozialer Arbeit „unter der Überschrift, das Menschliche in sich und den Anderen wieder zu entdecken“. Zu dieser Ethik gehört ein Katalog von Haltungen, die kritische Professionelle ablegen sollten.

Sabine Stövesand erläutert ihren Begriff kritischer Sozialer Arbeit am Beispiel der Gemeinwesenarbeit. Sie geht davon aus, dass „kritisch“ und politisch „links“ heute nicht in jedem Falle kongruent sind. Kritisch gedachte Begriffe wie Eigenständigkeit und Aktivierung sind heute „Staatsdoktrin“. Emanzipatorische Kritik erweist sich für sie dann, wenn nach den Charakteristika der Herrschaftsverhältnisse gefragt wird, welche Soziale Arbeit und ihre Gegenstände hervorbringen. Von diesen Charakteristika greift sie zwei heraus: die Individualisierung der Zuständigkeit für gesellschaftlich verursachte Probleme und die strukturelle Geschlechterhierarchie, wie sie sich u.a. in Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften zeigt. Anhand dieser Herrschaftsverhältnisse – andere würden sagen: „Probleme“ – zeigt sie ihr Verständnis einer kritischen Gemeinwesenarbeit auf und formuliert drei Merksätze für eine solche, die sich auf den Begriff des Gemeinwesens, auf die Gewalt im Geschlechterverhältnis und auf das Verhältnis staatlicher und privater Ressourcen beziehen.

Das Verhältnis der Abhängigkeit von staatlichen Mitteln für die Durchführung kritischer Sozialer Arbeit spielt auch im Text von *Stefan Schnegg* eine wichtige Rolle. Er stellt die Praxis des Vereins DOWAS in Innsbruck vor, der im Feld der Existenzsicherung durch Wohnung und Arbeit und der Flüchtlingspolitik tätig ist. Was ist kritisch-intervenierende Soziale Arbeit in diesem Rahmen, wenn Sozialhilfepolitik in repressiver Weise Arbeits-, Familien- und Inländerorientierung stärkt und Flüchtlinge nicht wohnen dürfen, sondern allenfalls untergebracht werden? Schon das schlichte Festhalten an der Kritik der politisch hergestellten Zustände im öffentlichen Diskurs verdient dieses Attribut, auch wenn mit dem Entzug der öffentlichen Mittel für diese Arbeit gedroht wird.

Die Einstimmung ins zweite Kapitel der Veränderungen, nämlich die Indienahme Sozialer Arbeit zum Zweck der eigenverantwortlichen Selbststeuerung, bildet das Gespräch, das *Eberhard Bolay* und *Maria Bitzan* mit *Hans Thiersch* führen. Die Zuordnung zu diesem Kapitel ist gleichsam der Hinweis darauf, dass Thierschs Suche nach einer konkreten Utopie eines besseren Lebens im Alltag ja auf eine Möglichkeitsdimension hinweist, die in Aktivierungskonzepten allenfalls rhetorisch vorhanden ist. Im Gespräch formuliert Thiersch sein Verständnis kritischer Sozialer Arbeit: Die Herstellung eines aushaltbaren Lebens im Horizont von Gerechtigkeit, Solidarität und Autonomie. Die damit verbundenen Fragen der politischen Einmischung unter neoliberaler Hegemonie, des Sozialstaatsverständnisses und der Rolle aufklärerischer Vernunft sind weitere Gegenstände des Gesprächs über die Aufgaben Sozialer Arbeit, „Im Gegebenen das Mögliche (zu) suchen“.

Einer solchen Aufgabenbestimmung kann auch der Beitrag von *Anne Ames* und *Frank Jäger* von der BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen zugerechnet werden. Die Arbeit dieser Organisationen ist im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass sie in einer Mischung von Informationspolitik, sozialrechtlicher Unterstützung und politischer Mobilisierung Situationen wie Armut und Erwerbslosigkeit wieder der Bearbeitung als gesellschaftliche Probleme durch die Menschen zugänglich machen will. Die Autoren zeigen am Beispiel vom Hartz IV, wie sozialpädagogische Begriffe und Konzepte des Fallmanagements oder der Hilfeplanung im Rahmen dieser Gesetze in Instrumente einer Integration in Arbeit um jeden Preis verwandelt werden. Sie machen deutlich, wie dabei der Begriff sozialer Integration auf „Arbeit“ reduziert wird. Kritische Soziale Arbeit dagegen verabschiedet sich bei ihnen und in ihrer vorgestellten Praxis von der bloßen Stellvertretung zur eigenen Interessenvertretung Erwerbsloser und Armer.

Elvira Berndt stellt in ihrem Beitrag über Streetwork mit jungen Menschen in Berlin dar, welchen gesellschaftlichen und politischen Anforderungen Jugendsozialarbeit ausgesetzt wird, soll sie z.B. auf problematisch definierte Erscheinungen im öffentlichen Raum wie Gang-Bildung reagieren und dabei eigene fachlich und politisch begründete Ansprüche nicht aufgeben. Eine kritische Soziale Arbeit wird hier als Gratwanderung beschrieben, deren Aufrichtigkeit durch die respektbasierte gemeinsame Entwicklung von Handlungsalternativen jenseits falscher Predigten und schlichter Anpassung an fragwürdige Normalitäten besteht.

Mark Schrödter stellt in seinem Text die Frage, wie kritische Soziale Arbeit auf Basis der Annahme, dass die lebenspraktische Autonomie der NutzerInnen Sozialer Arbeit eingeschränkt ist, denn ohne Bevormundung möglich ist. Er stellt die für ihn möglichen zwei Varianten dar. Einmal Soziale Arbeit als theoretische Kritik, die Konzepte prüft, mit denen Klienten ihre Probleme lösen. Zum anderen Soziale Arbeit als praktische Kritik, die gemeinsam mit den NutzerInnen eine Praxis schafft, die das Gegebene in Frage zu stellen vermag.

Eine weitergehende Frage wird von *Catrin Heite* und *Tino Plümecke* aufgeworfen, nämlich die, wie nach der postmodernen und poststrukturalistischen Kritik an Gesellschaft und Subjekt Kritik überhaupt noch gedacht werden kann. Im Rahmen ihrer Beantwortung reflektieren sie verschiedene Begriffe von Kritik. Dabei geht es immer um die Spielräume sich kritisch verstehender Akteure in Feldern mit vorgegebenen Regeln und die Frage, wie ein Einzelner seine Freiräume erweitern kann, ohne das Regierungsverhältnis des ganzen Feldes zu stützen.

Das dritte Kapitel des Jubiläumshäftes – Ökonomisierung der Institutionen, Standards und Konzepte – wird eingeführt mit dem Gespräch zwischen *Fabian Kessl*, *Holger Ziegler* und *Hans-Uwe Otto*. Der betont im Gespräch, dass sich

eine kritische Soziale Arbeit nicht (mehr) als Avantgardekonzept verstehen könne. Vielmehr sei sie als Teil Sozialer Arbeit insgesamt zu betrachten. Entscheidend erscheint ihm dabei eine ausgewiesene analytische und empirische Fundierung derselben, um auf dieser Basis das Professionalisierungsprojekt Sozialer Arbeit weiter voran zu treiben. Nur so könne dem „Auftrag“, dem sich eine kritische Soziale Arbeit verpflichtet sehen müsse, entsprochen werden: „Soziale Arbeit muss politisch werden“.

Ute Straub charakterisiert vor dem Hintergrund des Neoliberalismus und New Deals von New Labour in Großbritannien „Anti-Oppressive Social Work“ (AOSW) als kritische Soziale Arbeit. Kennzeichen dieser Tradition ist die Position der politischen Einmischung in als Privatprobleme verklärte gesellschaftliche Angelegenheiten. Vor jeder Einmischung steht jedoch die Analyse der Ursachen von Unterdrückung und Dominanz sowie die Analyse der Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Klient. AOSW ist in Ausbildungsinstitutionen präsent und strebt in Kooperation mit sozialen Bewegungen z.B. den Aufbau alternativer sozialer Dienste an. Ute Straub sieht sich in AOSW erinnert an Konzepte Kritischer Sozialarbeit in den 70er Jahren in Deutschland.

Ulrike Urban und *Peter Schruth* stellen den Berliner Rechtshilfefond Jugendhilfe e.V. als Praxis kritischer Sozialer Arbeit vor. Dieser Ansatz könnte schon als Beispiel eines alternativen sozialen Dienstes im Sinne von AOSW interpretiert werden, ist er doch eine explizite Reaktion auf die (Bewilligungs-)Praxis der offiziellen Institutionen (Jugendämter), und gibt er doch den Nutzerinnen fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung. Nur wird der „Dienst“ nicht staatlich finanziert, sondern geschieht ehrenamtlich.

Das vierte Kapitel – die Selbstreflexion der Profession, die ja in allen anderen Beiträgen implizit oder explizit auch verhandelt wird – hat seine Ouvertüre in dem Gespräch zwischen *Manfred Kappeler* und *C.W. Müller*. Gesprächsgegenstand ist David Gils Buch „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung – Strategien für Sozialarbeiter“. Kappeler und Müller suchen nach den Unterschieden zwischen kritischer Sozialer Arbeit und „radical social work“. Stärker als in allen anderen Beiträgen geht es in diesem um das Verhältnis zwischen beruflicher Praxis, politischer Praxis und den Risiken einer kritischen Praxis für die Lebensplanung und die individuelle Reproduktion. Die Frage, in welcher Weise sich kritische Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen kollektive Netzwerke zur Reflexion und Absicherung organisieren können, wird ebenso aufgeworfen wie die Frage nach dem Bedingungsverhältnis von sozialen Bewegungen und kritischer Sozialer Arbeit sowie nach der Reichweite von Gils Bedürfnistheorie. Aus Sicht der Gesprächspartner, die beide lange Jahre in der Ausbildung von SozialarbeiterInnen tätig waren, müssen Fragen nach einer möglichen kritischen Praxis auch in der Gestaltung von Ausbildung und Studium auffindbar und beantwortbar sein.

Martin Dörrlamm geht in seinem Beitrag der Bedeutung von Nähe und Distanz in der Beziehung zwischen Professionelle und Adressaten Sozialer Arbeit nach. Das „Machbare“ einer kritischen Sozialen Arbeit kann in seinen Augen nicht die Anpassung der Klienten an Strukturen sein, aus denen sie ausgeschlossen wurden. Auch wenn eine sich kritisch verstehende Praxis mit dem Ziel der Erweiterung von individuellen Handlungsspielräumen Unterordnungsverhältnissen unter herrschende Normalität nicht entgehen kann, so sieht Dörrlamm das Zustandekommen eines gemeinsamen emanzipatorischen Projektes im Verhältnis von Sozialarbeiter und Klient als möglich an. Professionelle Nähe statt professionelle Distanz betont in diesem Sinne die Bedeutung der Beziehung zwischen Sozialarbeiter und Klient.

Die Suche nach einem gemeinsamen Dritten in einer als Erziehung verstandenen Sozialen Arbeit betrachtet auch *Eberhard Mannschatz* in seinem Text. Er fragt nach den kritischen Potenzen in einer professionellen Praxis, die soziale Probleme im Alltag in ihrer gesellschaftlichen Verursachung bearbeitet. Die kritischen Potenzen findet Mannschatz in der sachlichen Ebene von Aufgabenfindung und Aufgabenlösung. Das methodische Konzept der Aufgabenbewältigung soll individuelle soziale Handlungskompetenz genauso fördern wie Orientierungsfähigkeit und Lebenstüchtigkeit gegenüber Gesellschaft und Politik.

Die Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen als Erzeugungszusammenhang von Problemen und Begrenzungszusammenhang für die Möglichkeiten Sozialer Arbeit ist für *Albert Scherr* wesentlich für einen Begriff kritischer Sozialer Arbeit. In seinem Beitrag erinnert er an die Traditionsbestände kritischer Sozialer Arbeit in der Bandbreite zwischen normativ begründeter Kritik und macht- und herrschaftskritisch ausgerichteter Kritik. Im Anschluss an systemtheoretischer und an Foucault orientierter Kritik an objektiven Wahrheitsvorstellungen muss sich eine heute als kritisch begreifende Soziale Arbeit mit der Frage konfrontieren, inwieweit sie an einem Wissen teil hat, das Machtwirkungen annimmt und Zwangsverfahren legitimiert.

Zu diesem Diskussionsstrang gehört auch der Beitrag von *Stephen Webb*. Er diskutiert das Spannungs- bzw. Widerspruchsverhältnis zwischen eher neo-marxistischen und solchen Ansätzen die sich an den Arbeiten von Foucault orientieren. Eine Konsequenz, die er aus der teilweisen Unvereinbarkeit dieser Ansätze zieht, besteht darin, eine alternative Verortung einer (post-)kritischen Sozialen Arbeit vorzuschlagen, die sich nicht nur auf Versatzstücke der post-strukturalistischen Deutungsangebote einlässt, sondern diese in einer konsequenteren Weise ernst nimmt und sich damit – so die These von Webb – angemessener zu den politischen Herausforderungen fortgeschrittener liberaler Gesellschaften zu positionieren in der Lage ist, als dies ein Festhalten an den Grundfesten der ‚traditionellen‘ kritischen Sozialen Arbeit erlaubt.

Für *Susanne Maurer* ist das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit verbunden mit Denkbewegungen und sozialen Bewegungen. Die Frage, was Kritische Soziale Arbeit ist und was nicht, beantwortet sie vor dem Hintergrund der Neuen Linken und der Neuen Frauenbewegung. Dazu reflektiert sie die Thematisierung der Kategorie Geschlecht als Konfliktfeld in einer von der Neuen Frauenbewegung inspirierten Sozialen Arbeit. Geschlecht ist als politische Kategorie zu verstehen, die sowohl die Dimension von gesellschaftlichen Zuschreibungsprozessen und Identitätsbildung beinhaltet wie auch die Dimension von alltäglicher Handlungspraxis. Kritik benötigt für *Susanne Maurer* ein Gedächtnis der Kämpfe und Problematisierungen und müsste auch Praxen der Kritik zur Wahrnehmung zulassen, die nicht unbedingt in herkömmlichen Konzepten von Opposition aufgehen.

Ueli Maeder schlägt ein Verständnis Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession vor, die aus sich heraus, aus ihrem Gegenstand zum kritischen Widerspruch drängt. Für eine reflektierte Arbeitsweise betont er das Festhalten an sozialwissenschaftlichen Grundlagen, um der Sartre'schen Frage nachgehen zu können, was denn der Mensch aus dem macht, was die Verhältnisse aus ihm gemacht haben. Diese Sichtweise auf gesellschaftliche Verhältnisse von Menschen und auf gesellschaftliche (Interessens-)Gegensätze ist vor allem heute erforderlich, wenn sich in vielen Feldern Sozialer Arbeit der Fokus von der gesellschaftlichen zur individuellen Dynamik verschiebt.

Um Dynamik geht es auch in der von einigen *Mitgliedern der Redaktion* verfassten Ausleitung des Jubiläumsbandes. Hier wird ein vielschichtiges Arbeitsprogramm vorgestellt und erörtert, zu dessen Diskussion alle Leserinnen und Leser dieser Zeitschrift herzlich eingeladen sind.

Die Redaktion



Rolf Schwendter

Was ist kritische Sozialarbeit und was nicht?

Heft 100 im Laufe der Jahrzehnte ist selbstredend eine stolze Leistung, daher beginne ich damit, Euch im Namen der AG SPAK hierzu herzlich zu gratulieren: Sehr hoffe ich, dass die WIDERSPRÜCHE auch noch das Heft 200 erleben werden.

Das Thema ist in den vergangenen 25 Jahren keineswegs einfacher geworden. Um es nahezu schon paradox zu formulieren: Nichts von dem, was die WIDERSPRÜCHE seit ihrer Gründung konstituiert haben, ist ungültig geworden – nur haben sich die Rahmenbedingungen hierfür erheblich verschlechtert. Und dies fortlaufend: der „Ordnungswandel“ (so nennen es die Ungarn) in Mittel- und Osteuropa, der ungebremste Akkumulationsprozess weltweiten Kapitals, die weiterhin besinnungslose Anpassung der Staatsapparate an diesen, die diesen Regelkreis unterstützenden Einsparungen auf der Ebene jeglicher Gebietskörperschaften, entsprechend die Individualisierungen so gut wie aller denkbaren Problemlösungen (nach dem Motto: „Jeder für sich und der Weltmarkt gegen alle“), und die achselzuckende Akzeptanz der massenweisen Existenz von „Verlieren“, haben sich auch für die Konstituierung kritischer Sozialarbeit ungünstig ausgewirkt. Der bekannte Marx'sche Satz, die Ideen hätten sich noch immer blamiert, wo das Interesse ein von diesen verschiedenes gewesen sei, scheint auch den großen Teil kritischer Sozialarbeit ereilt zu haben.

Wenn die WIDERSPRÜCHE vor ca. 25 Jahren als wesentliche Grundlegungen kritischer Sozialarbeit Grundsicherung und Produzierendensozialpolitik genannt haben (den dritten Punkt habe ich, wohl nicht zufällig, zwischenzeitlich vergessen), so ist dem nach wie vor nichts hinzuzufügen, was diesen an Substanz gleichkäme. Fragen der Grundsicherung haben in diesem Vierteljahrhundert auch im Zentrum der Arbeit der AG SPAK gestanden: von der Abgleichung aller nur denkbaren Modelle bis hin zur Diskussion der Bedingungen der Möglichkeit einer ansatzweisen Umsetzung. Dies halte ich nach wie vor für einen erstrebenswerten Diskurs, und erst recht gilt dies für die Intentionen der AG SPAK, zumal

in der Forderung nach einer Grundsicherung, die diesen Namen verdient, die Lage aller aktuellen und potenziellen Armutsbevölkerungen konvergiert. Nur: „Die Verhältnisse, sie sind nicht so“ (Brecht). Der Trick der Regierenden bestand (und besteht) darin, die Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und großen Teilen der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II einfach zur Grundsicherung zu deklarieren, auch wenn dieses hinten und vorne nicht hinreicht. Ein weiteres Engagement hierbei wäre ein Eckpfeiler kritischer Sozialarbeit – auch wenn abzusehen ist, dass ersteres in den nächsten Jahren weithin folgenlos bleiben dürfte.

Ein nicht unerhebliches Detail der allmählichen Verelendung von Armutsbevölkerungen besteht im zunehmenden Hunger, nein nicht in der Dritten Welt, sondern in der (osteuropäisch angereicherten) Ersten. Und nicht (oder doch nicht nur) in einem metaphorischen Sinne, sondern in einem ganz materiellen: dass in Deutschland bereits eine Million Kinder an Hunger leiden, scheint zwischenzeitlich zu den gesicherten Tatsachen zu zählen. (Umso perverser, dass nahezu gleichzeitig das große Lamento ansetzt, dass in Deutschland zu wenig Kinder geboren werden. Sollen vielleicht zwei Millionen hungern?). Adorno, dem zu Unrecht ein utopiegegnerschaftliches Denken nachgesagt worden war, hat in den „Minima Moralia“ dazu formuliert, zart wäre einzig das Größte, dass niemand hungern müsse. Und bei diesem Größten sind wir zwischenzeitlich wieder angelangt. Auch hier zählte ein entschiedenes Engagement dagegen zu den Prärogativen kritischer Sozialarbeit. (Auch wenn mir durchaus bewusst ist, dass Engagement eher eine existenzphilosophische denn sozialistische Kategorie ist. Doch ginge ohnehin diese Kategorie hier Hand in Hand mit dem Erfordernis der Parteilichkeit, die zwar, naheliegenderweise, in feministischen Projektkonzeptionen häufig enthalten ist, indes in Konzeptionen anderer Paradigmen mehr und mehr sich ausgedünnt hat). Zumal der Hunger, im Lichte an Gesundheit orientierter Vorstellungen, verschiedene Varianten anzunehmen imstande ist: So hat die ungarische Soziologin Zsazsa Ferge nachgewiesen, dass die „Schmalzbrotarmut“ in Ungarn bereits 30 Prozent der Bevölkerung umfasst (im Klartext: Menschen da nur deshalb nicht hungern, weil sie ihre Nahrung so gut wie ausschließlich aus Schmalzbrot besteht). Auch der Umstand, dass der Speisezettel von Sozialhilfeempfängenden, neuerdings Hartz IV-Abhängigen, zu einem großen Teil aus Schokoriegeln, Maschinenkeksen und Dosenfutter besteht, verdankt sich einer dieser Varianten.

Vor 30, 35, 40 Jahren (ich erinnere mich noch gut an die damaligen Diskussionen) war die Frage, inwieweit die Metapher der „Wohltätigkeit“, der karitativen Haltungen, der erstrebten Politisierung von Sozialarbeit entgegenstände. Diskussionen dieser Art werden heute, um es mit der nötigen Dezenz auszudrücken, nur noch selten geführt. Und dies nicht nur aus ideellen Gründen, sondern auch aus den naheliegenden materiellen Interessen der Armutsbevölkerungen. Zwar

war bereits 1970 in der ersten Nummer der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ von der Sozialstaatsillusion die Rede (in einem Aufsatz von Müller und Neusüss) – was indes seither folgte, war nicht der grundsätzliche gesamtgesellschaftliche Wandel, sondern eine allmählich fortschreitende Verelendung auch von gesellschaftlichen Gruppen, die sich dies nicht hätten träumen lassen. Verifiziert ist bislang nur die schleichende Erosion des Sozialstaats. Folglich wird den Betroffenen eine (ohnehin marginale) Wohltätigkeit angenehm, um ihre verelendete Lage zu mildern.

So wird medial immer wieder auf das Projekt „Arche“ hingewiesen, das ein evangelischer Pfarrer in Hellersdorf-Mahrzahn im Osten Berlins gegründet hat und aufrechterhält. Immerhin ermöglicht dieses Projekt mit Hilfe unbezahlter Freiwilliger wenigstens, alles in allem, etwa tausend Kindern einmal täglich etwas zu essen zukommen zu lassen (also die knapp bereits merkbare Summe von einem Promille der Gesamtheit hungernder Kinder in Deutschland). Auf einer ähnlichen Linie liegen die bundesweit entstandenen „Tafeln“ (im Falle meines deutschen Wohnorts beispielsweise der „Kasseler Tafel“): Bei Kaufhäusern, Supermärkten etc. werden Kochgüter eingesammelt, die dann in regelmäßigen Abständen zu festgelegten Zeiten an in Listen aufgezählte Armen kostenfrei verteilt werden. In Zeiten, wie diesen, ist die Entwicklung unschwer zu prognostizieren: festzustellen ist ebenso ein allmähliches Absinken der Naturalspenden (wiewohl es sich hierbei oft um Güter knapp vor Ablauf des offiziellen Haltbarkeitsdatums handelt) wie ein Ansteigen jener Armen, die in die Listen hineinkommen möchten. Dies hat fatale Konsequenzen. Zum einen werden die festgelegten Zeiten immer weitmaschiger (die „Kasseler Tafel“ z.B. begann mit Kochgüterverteilungen zweimal die Woche; sie ist zwischenzeitlich bei einem vierzehntägigen Verteilungsmodus angelangt), zum anderen steigt die Konkurrenz der Armutsbevölkerungen um das knappe Gut unentgeltliche Lebensmittelzuteilung. Moralisieren hilft da wenig. Wie ich bereits publiziert habe, teilte mir eine (erwachsene) Gewährsperson mit, drei Tage in der Woche esse sie von den Erträgen der Sozialhilfe, zwei Tage von den Zuteilungen der „Kasseler Tafel“, zwei Tage pflege sie zu hungern. Kritische Sozialarbeit bestünde in diesem Kontext in der theoretisch-praktischen Durchdringung, die Situation beständig zu analysieren und (auch in aussichtslos scheinender Lage) die entsprechenden politischen Forderungen zu erheben, und gleichzeitig aber pragmatisch alle Initiativen zu vernetzen, die punktuell zu helfen geeignet sind.

Dies führt uns zur zweiten traditionellen Grundnorm der WIDERSPRÜCHE, der Produzierendensozialpolitik, welcher ja auch in gewisser Weise „Arche“ Hellersdorf-Marzahn und „Kasseler Tafel“ zuzurechnen sind. Beinahe unübersichtlich ist Anzahl und Ausmaß jener mehr oder weniger alternativer Einrichtungen, immer mal auch informeller Gruppen, die teils selbst organisiert, teils unter sozialarbeiterischer Anleitung, ihre soziale Situation zu produzieren und reproduzie-

ren sich anschicken. Genossenschaften und Tauschringe, Jugendklubs und Senioreninitiativen, Fan-Klubs und Box-Camps, Ein-Punkt-Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, attac-Ortsverbände und Tagungszentren, Frauenhäuser und feministische Krisentelefone, Betroffenen selbstorganisationen und betriebliche Aktivgruppen, Kulturvereine und studentische Basisgruppen, Patientenklubs und solche Kindertagesstätten, die weder kommunal noch konfessionell organisiert sind – ich habe im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte Hunderte von diesen kommen und gehen gesehen, und nicht allzu wenige dieser sind auch geblieben. Die Probleme und Dilemmata solcher (und ähnlicher – obige Aufzählung ist rein beispielhaft) Einheiten sind dem Grundsatz nach überhistorische (wenn auch bekanntlich in historischen Wellenbewegungen erfolgende) und neigen indes dazu, sich mit der permanenten Verschlechterung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu verschlimmern. Viele der Verluste an Gruppen und Einrichtungen der Produzierendensozialpolitik sind dem schlichten Umstand zuzuschreiben, dass die Umverteilung staatlicher Revenuen stark abgenommen hat, dass Mittel gestrichen worden sind, und nach wie vor gestrichen werden, oder dass bürokratische Anforderungen so gesteigert worden sind, dass gerade die genannten Gruppierungen tendenziell von der Mittelvergabe ausgeschlossen werden („Qualitätssicherung“, EU-Förderungen).

Der Rekurs auf den Markt ist zwar denkbar (und oft genug auch machbar), betrifft jedoch jene Armutsbevölkerungen, die die Adressaten kritischer und unkritischer Sozialarbeit zu sein pflegen, wenn überhaupt, dann sehr am Rande (Beispiele dafür aus wohlhabenden Klassenströmungen wären alternative Krabbelgruppen, Frei Schulen, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften). Die privat umverteilten Revenuen nehmen (durchschnittlich betrachtet) in langfristigen Wirtschaftskrisen in einem ähnlichen Maß ab, wie die staatlich umverteilten Revenuen, zumal dieser Prozess durch den Wegfall von Arbeitsplätzen, die Verminderung mittelständischer Klassenströmungen etc. noch beschleunigt wird. (So stagniert, um die Empirie auch zu Wort kommen zu lassen, das Spendenaufkommen seit vielen Jahren.) Verlässlich wird folglich Produzierendensozialpolitik nur in einer Kombination aus bleibender langfristiger staatlicher Finanzierung, spendenfähigen Zielgruppen und unbezahlten Aktiven, die ihre Einkünfte aus jeweils anderen Sphären beziehen.

Schließlich: das Verhältnis zwischen noch so kritischen Sozialarbeitenden und ihrer Klientel war schon seit je prekär, ob es sich nun um unbezahlte Wuppertaler Bürgerfrauen oder um BAT-finanzierte Diplom-Asbolyventen gehandelt hat. Diese Kluft verstärkt sich, wenn nun zum einen die berufliche Lage der Sozialarbeitenden als ähnlich unsicher sich erweist, wie die ihrer Klientinnen und Klienten, und zum anderen die Einkommensschere sich immer weiter öffnet. „Da ist der allerärmste Mann/dem andern viel zu reich“ (Ferdinand Raimund). Da ist kritische Sozialarbeit in Verlegenheit, und möglicherweise war sie es seit

eh und je. (Eine Aussage, die fraglos gleichermaßen für Hochschullehrende zutrifft). Am ehesten scheint sich eine gemäßigt konsum-asketische Haltung zu bewähren (also ungefähr das genaue Gegenteil dessen, was gesamtgesellschaftlich als „conspicuous consumption“ – Konsumieren, um gesehen zu werden – gültig zu sein scheint) – aber dies als allgemeine Norm zu konstituieren, wäre wohl nicht weniger prekär, als die skizzierte Entwicklung selbst.

Rolf Schwendter, Hasmerstr. 6/33, A-1160 Wien



Erdmann Prömmel

Liebe WIDERSPRÜCHE-Redaktion

... ich will Eurer Anfrage nach einem Beitrag zum Thema „was ist kritische Sozialarbeit und was sie nicht ist“ gerne nachkommen, wengleich ich die Frage gewiss nicht einfach zu beantworten finde. Zunächst zu der Perspektive, aus der ich mich der Frage zuwende. Ich schreibe als jemand, der jetzt insgesamt 15 Jahre als Sozialarbeiter im Bereich der sozialen Einzelfallhilfe gearbeitet hat, davon die längste Zeit und aktuell in einer niedrigschwelligen Einrichtung der Drogenhilfe oder Suchtkrankenhilfe, wie es neuerdings heißt. Ich schreibe weiterhin als jemand, der durch die Teilnahme am Aufbaustudiengang Kriminologie an der Universität Hamburg einen anderen Blick auch auf die eigene Tätigkeit gewonnen hat, also gewissermaßen als ein theoretisierender Praktiker.

Nun zur Fragestellung: Die kritische Theorie kritisiert die nichtkritische Theorie, weil diese sich durch ihren Positivismus gegenüber dem Bestehenden affirmativ verhält; die kritische Kriminologie unterscheidet sich von der nichtkritischen dadurch, dass sie das Wirken und Handeln der Organe der sozialen Kontrolle analysiert, während letztere ihre vornehmliche Aufgabe darin sieht, Wissensbestände in diese einzuspeisen (wengleich anhand von manchen Forschungsprojekten aus dem Bereich der kritischen Kriminologie diese Unterscheidung nicht immer so eindeutig erscheint und diese strikte Unterscheidung im Bereich der kritischen Kriminologie als Ursache für ihren Bedeutungsverlust durchaus kritisiert wird).¹ Kritische Sozialarbeit in diesem Sinne wäre also eine Kritik der Sozialarbeit. Damit wäre sie aber auch ein Privileg weniger akademischer Kritiker der Sozialarbeit. Um bei einem Beispiel aus der kritischen Kriminologie zu bleiben: Thomas Mathiesen hat eine „Kritik des Unfertigen“ entwickelt, die besagt, dass das Bestehende zu kritisieren ist und Alternativen anzudeuten sind, die geeignet sind, das Interesse an der eigenen Position zu wecken, dass aber konkrete Reformvorschläge zu vermeiden sind, da diese in ihrer Konsequenz notwendigerweise zum Fortbestehen des Kritisierten – in Mathiesens Fall: des Gefängnisses – beitragen (vgl. Mathiesen 1993: 68). Ein solches Vorgehen ist weder für Praktiker der Sozialarbeit noch für Lehrende, deren vornehmliche

Aufgabe es ist, zukünftige Praktiker auszubilden, ein begehbarer Weg. Es erscheint deshalb auch nicht verwunderlich, dass der Ansatz von Timm Kunstreich – analog zur Entwicklung der kritischen Kriminologie – die Theorie einer kritischen Sozialarbeit zu entwickeln (vgl. Kunstreich 1994) weitgehend ein Ansatz geblieben ist.

Bis zu diesem Punkt würde die Beantwortung Eurer Frage also lauten: So etwas wie „kritische Sozialarbeit“ ist nicht möglich. Die in dieser Antwort angelegte Alternative zwischen „keiner Sozialarbeit“ und einer Haltung „affirmativ, kritisch, scheißegal“ ist allerdings sowohl für das Selbstverständnis der Praktiker und Lehrenden (die unter anderem auch ökonomischen Zwängen unterliegen), als auch im Sinne Eurer Fragestellung wenig befriedigend. Ich nehme deshalb aus dem bisher Ausgeführten mit, dass eine Voraussetzung für jede Sozialarbeit der Umstand ist, dass sie von dem Grundwiderspruch „Hilfe und Herrschaft zugleich zu sein“ bestimmt ist. Damit ist es unverzichtbarer Bestandteil jeder „kritischen Sozialarbeit“, das eigene sozialarbeiterische Handeln beständig vor diesem Widerspruch zu reflektieren, um sich dann dem Spannungsverhältnis zuzuwenden, das sich aus diesem Grundwiderspruch ergibt:

„Unter der Ägide der Sozialpolitik war Sozialarbeit/Sozialpädagogik stets auch – bei Strafe ihrer Dysfunktionalität – auf ihre Anschlussfähigkeit an die lebensweltlichen Sinnbezüge und Orientierungen der Subjekte notwendig angewiesen. Zugleich war und ist im Rahmen pädagogischer Theorie und Tradition die Subjektwerdung der Adressaten, ihre Autonomie ein wesentliches Ziel pädagogischer Arbeit. Diese doppelte Orientierung der Sozialarbeit/Sozialpädagogik lässt sich in den ‚Grundwiderspruch‘ aller sozialen Arbeit, Hilfe und Herrschaft zugleich zu sein, auseinanderlegen“ (Schaarschuch 1990: 9f).

Aus den Begriffen „Grundwiderspruch“ und „Spannungsverhältnis“ ergibt sich logisch, dass es kein „entweder-oder“ zwischen den beiden Tendenzen „Anschlussfähigkeit an die Lebenswelt“ und „pädagogische Theorie und Tradition der Subjektwerdung“ gibt, dass sich aber gleichwohl zwischen diesen beiden Polen Spielräume ergeben, die es im Sinne einer „kritischen Sozialarbeit“ auszuloten gilt. Als Fixpunkte innerhalb dieser Spielräume lässt sich wiederum zum einen eine Pädagogisierung von sozialen Problemlagen ausmachen, wie Münchmeier sie beschreibt:

„Pädagogisierung bedeutet in diesem Zusammenhang eine ‚Umdefinition‘ sozialer und sozial verursachter Probleme in solche individuell zu konstatierender Defizite von Moral, Lernen und Erziehung. In dieser individualisierenden Deutung sowohl der Erscheinungsformen wie der Ursachen sozialer Not ergibt sich eine – politisch ungemein relevante – veränderte Lokalisierung der Probleme von Armut; Desintegration und Devianz: im Rückgang von der äußeren Not auf den ‚inneren Menschen‘ wird das innere Leiden an der Armut zur ‚eigentlichen‘ Not und die Bearbeitung der inneren Not zur genuinen Aufgabe einer sich pädagogisch verstehenden Fürsorge“ (Münchmeier 1981: 9f; kursiv im Original).

Und zum anderen die Annahme der sozialen Problemlage als Folge eines Widerspruchs zwischen dem „eigenen Koordinatensystem“ der Individuen und „der hegemonialen ‚Landkarte der Bedeutungen‘“ (vgl. Kunstreich 1994: 96). Während am ersten Fixpunkt die das Verhältnis Klient-Sozialarbeiter begründende Problemlage in der Person des Klienten (oder Adressaten, Probanden ...) gesucht wird, die als defizitär, beschädigt oder unzureichend sozialisiert betrachtet wird, geht der Sozialarbeiter im zweiten Fall von den lebensweltlichen Ansprüchen des Klienten und seinem/ihrer konfliktatorischen Verhältnis zu den allgemeinen, d.h. hegemonial bestimmten Verhaltensansprüchen aus. Während im ersten Falle ausschließlich die Person des Klienten Gegenstand der sozialarbeiterischen Intervention ist, wird im zweiten auch die Gesellschaft zum Adressaten, im Sinne von Mollenhauers Diktum, dass die „Gesellschaft im Sozialpädagogischen einen ihrer heftigsten Kritiker“ (nach Schilling 1997: 211) produziert.

Der zweite Fixpunkt, die Sichtweise der sozialen Problemlage als Konflikt zwischen lebensweltlichen Dispositionen und gesellschaftlichen Anforderungen, umreißt nach meinem Verständnis die Möglichkeiten (und Grenzen) kritischer Sozialarbeit unter der Bedingung des Widerspruchs von Hilfe und Herrschaft.

Kurzer Einschub: Nehmen wir den Fall, dass der Klient eines Sozialarbeiters, dem von einem Amt eine Leistung verweigert wird, von der er glaubt, darauf einen garantierten Anspruch zu haben, daraufhin den Monitor des zuständigen Sachbearbeiters packt und aus dem Fenster wirft. Ein Sozialarbeiter, der im Sinne der von Münchmeier beschriebenen „individualisierenden Deutung“ (also nicht-kritisch) agiert, wird dem Klienten daraufhin eine zu geringe Frustrationstoleranz, mangelnde Einsichtsfähigkeit, Sozialisationsdefizite, unkontrollierte Wutausbrüche oder was auch immer diagnostizieren, und dieses Defizit pädagogisch bearbeiten. Mit dem Ziel, dieses Defizit zu beheben, was in der Konsequenz heißt, dass der Klient sich künftig an die als üblich geltenden Verhaltensweisen hält, d.h. im besagten Falle nicht den Monitor aus dem Fenster zu werfen, sondern einen Widerspruch und ggf. Klage gegen den entsprechenden Entscheid einzulegen. Ein „kritischer“ Sozialarbeiter wird dagegen möglicherweise Verständnis für die Reaktion auf die Ablehnung einer zu Recht geforderten Leistung äußern und das Aus-dem-Fenster-schmeißen des Monitors als „verständliche“ Reaktion verstehen, als Widerspruch zwischen bürokratischen und lebensweltlichen Kommunikationsmuster. Sodann wird er den Klienten darauf hinweisen, dass er nicht nur nicht die Leistung, die dieser weiterhin zu Recht begehrt, so nicht erlangen wird, sondern sich auch zusätzliche Schwierigkeiten bei der zukünftigen Durchsetzung und weitere Unannehmlichkeiten einhandelt, weil er als Folge seiner Aktion ein Hausverbot für das entsprechende Amt bekommt und eventuell eine Anzeige bei der Polizei. Alsdann wird er daran gehen, den Klienten zu befähigen, seine (auch aus der Sicht des Sozialarbeiters)

berechtigten Ansprüche zukünftig gegen die Sozialbürokratie durchzusetzen. Dazu wird er mit dem Klienten einen entsprechenden Widerspruch verfassen (idealerweise mit der Perspektive, dass dieser zukünftig in der Lage sein wird, diesen unabhängig vom Sozialarbeiter zu verfassen), im Falle der Notwendigkeit einer Klage, den Kontakt zu dem entsprechenden Sozialgericht herstellen usw. Kurz: Er wird analog zu Mathiessens These über den affirmativen Charakter von Reformen letztlich im Erfolgsfalle den gleichen Effekt erzielen, den der nicht-kritische Sozialarbeiter von vornherein anvisiert hat: die Anpassung des Klienten an die hegemonialen (bürokratischen) Umgangsformen.

Zurück zu den grundsätzlichen Überlegungen über die Möglichkeiten kritischer Sozialarbeit. Die bisherigen Überlegungen zu dem, was kritische Sozialarbeit ist (oder sein könnte) waren eher theoretischer Natur. Nunmehr stellt sich die Frage, wie sie sich in die sozialarbeiterische Praxis übersetzen lassen. Dieses will ich an meinem Arbeitsfeld, der Drogenhilfe, genauer der Entwicklung in der akzeptierenden Drogenarbeit vornehmen. In der Drogenhilfe der Bundesrepublik war bis zu Beginn der 90er Jahre das Modell der „therapeutischen Kette“ das bestimmende Modell. Dieses orientierte sich starr und ausschließlich am Anspruch der unbedingten Drogenfreiheit. Die Therapieeinrichtungen als letztes und wichtigstes Glied innerhalb dieser „Kette“ arbeiten in der Regel nach dem Ansatz, die „so genannte FixerInnen- oder Suchtpersonlichkeit“ zu zerstören, um sie anschließend nachzureifen, sie dadurch zu heilen und zu rekonstruieren (vgl. Gerlach/Engemann 1994: 26ff). Sie lassen sich in ihrer strukturellen Ausgestaltung im Sinne des foucaultschen Machttheorie als ein rigides Disziplinarregime charakterisieren. Anfang der 90er Jahre geriet dieses System in der Folge der Aids-Hysterie auf Grund seiner geringen Reichweite in die Szene hinein und der hohen Abbrecherquote innerhalb dieses Systems in eine ernsthafte Krise.²

In Folge dieser Krise entwickelte sich innerhalb der Drogenhilfe ein neuer Ansatz, der so genannte Akzeptanzansatz. Innerhalb dieses Ansatzes wurde nicht nur neue, bis dahin als undenkbar geltende Hilfeformen in die Drogenhilfe integriert, wie niedrigschwellige Aufenthaltstätten, Notübernachtungsplätze, Substitution u.a., sondern auch ein neues Bild und ein anderes Verhältnis zwischen Sozialarbeiter und Klienten propagiert, bei dem die Selbstbestimmung und die Eigenkompetenz der Drogengebraucher in den Mittelpunkt dieser Beziehung rückten (vgl. statt vieler: Herwig-Lempp 1994: 92). Politisch wurde die Forderung nach einer Legalisierung oder mindestens Entkriminalisierung des Konsums (und damit des Erwerbs) bisher illegalisierter Drogen erhoben und damit nach einem anderen gesellschaftlichen Umgang mit den KonsumentInnen illegalisierter Drogen. In dieser Entwicklungsphase der Drogenarbeit kann man durchaus von einer kritischen Drogenarbeit sprechen, im Sinne von Waltzers „Kritik der Interpretation“, indem die Verwirklichung bestimmter Rechte für eine bestimmte Gruppe gefordert und gefördert wurden, die bis dato von der Gewährung dieser

Rechte ausgeschlossen war (vgl. dazu Reese-Schäfer 1997: 525ff). Für diese Phase lässt sich relativ leicht bestimmen, was kritische Drogen-(Sozial-)Arbeit war: An dieser Entwicklung aktiv mitzuwirken und sie aktiv voranzutreiben. Für die Zeit ab Mitte der 90er Jahre mit der Implementierung der „Neuen Steuerungsmodelle als Instrument konservativer Modernisierung“ (Kunstreich 1996) in die Drogenhilfe muss die Antwort anders ausfallen. Wenn mit diesen unter dem Begriff des „Controlling“ ein ‚Rückfall‘ in längst überwundene Aktenführungsfachlichkeit“ erfolgt (Rose 1996: 62), wenn die Forderung nach „Effizienz“ und „out-put-Orientierung“ zur Einführung von Instrumenten der (Neo-)Diagnostik mit ihrer Tendenz zur Defizitzuschreibung und Etikettierung (vgl. Langhanky 2005: 8f) und zur Ablösung eines „demokratischen“ oder „partizipativen“ durch einen „konsumeristischen“ Ansatz führt (vgl. Piel 1996: 95), wenn unter dem Begriff der „Kundenorientierung“ kollektiv garantierte Teilhaberechte zu individuellen Ansprüchen umgedeutet werden und damit an die individuelle Kompetenz bei der Ausfüllung der Kundenrolle gekoppelt werden (vgl. Harris 1996: 40), wenn schließlich unter dem neuesten Schlagwort des „out-come“ die Ausstiegsorientierung wieder zum zentralen Focus – wenn auch (noch) nicht zum ausschließlichen Ziel – der Drogenhilfe wird.³ Wenn – so kann man diese Punkte zusammenfassen – eine der „systemischen Steuerungsform in modernen kapitalistischen Gesellschaften“, über die Formel Geld (sprich: die Finanzierung von Fachstellen) nur gegen entsprechende quantifizierbare Leistung, auf die „*kommunikativ* strukturierten lebensweltlichen Zusammenhänge der Adressaten“ im Begriff ist, zunehmend überzugreifen und diese zu deformieren (vgl. Schaar-schuch 1996: 17), dann kann eine „kritische Sozialarbeit“ nicht länger die Entwicklung aktiv vorantreiben, sondern wird beschränkt auf das Beharren auf einmal erreichten Standards und Teilhaberechten.

In der aktuellen Phase der Entwicklung der Drogenhilfe wie auch in weiten Teilen der Sozialarbeit insgesamt, in der der Entwicklungspfad eines Fortschreitens in die eben skizzierte Richtung als weitgehend festgelegt und irrevesibel erscheint, beschränken sich die Potenziale für eine kritische Sozialarbeit schließlich weitgehend auf das bloße Aufrechterhalten einer (herrschafts-)kritischen Perspektive innerhalb der Sozialarbeit. Auch um den Preis des damit einhergehenden Verzicht auf mögliche Distinktionsgewinne in Form einer höheren gesellschaftlichen Annerkennung, die diese Entwicklung den in der Sozialarbeit Tätigen verspricht: beispielsweise mit Begriffen wie „klares Anforderungsprofil“, „Wandel zu einer professionellen Dienstleistung“, „Qualitätsmanagement“ oder „Leistungs-transparenz“, und die ihr deshalb für einen Teil der Profession durchaus eine gewisse Attraktivität verleiht.

„Kritische Sozialarbeit“ würde damit bedeuten, das eigene sozialarbeiterische Handeln in seiner Ambivalenz von Hilfe- und Herrschaftsfunktion zu reflektieren; in Zeiten systemischer Krisen und Brüche Entwicklungen in Richtung einer

lebensweltlichen Orientierung aktiv mitzugestalten und voranzutreiben, in Zeiten konservativer Restauration erreichte Standards zu verteidigen und in Zeiten konservativer (oder neoliberaler) Hegemonie nicht einfach so mitzumachen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Anmerkungen

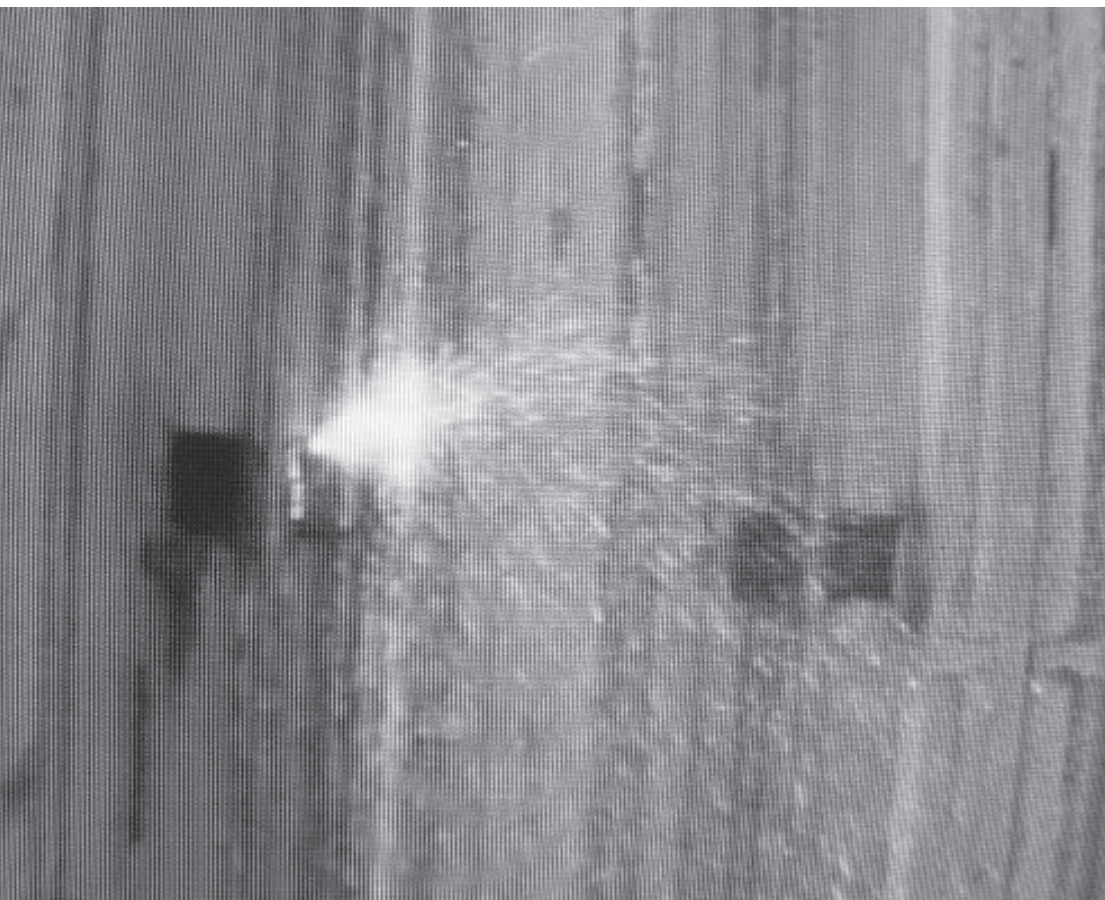
- 1 Vgl. Scheerer 1997.
- 2 So gibt Mieck (1990) an, dass durch diesen allein auf Abstinenz orientierten Ansatz der Drogenhilfe nur fünf bis zehn Prozent der Drogengebraucher überhaupt erreicht wurden.
- 3 Vgl. dazu die Beiträge auf dem Workshop der Hamburger Landesstelle für Suchtfragen e.V., der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Gesundheit und des Zentrums für Interdisziplinäre Suchtforschung der Universität Hamburg (ZIS) vom 07.12.2005.

Literatur

- Flösser, Gaby/Otto, Hans-Uwe 1996: Neue Steuerungsmodelle in der Jugendhilfe. Neuwied, Kriftel, Berlin.
- Gerlach, Ralf/Engemann, Stefan 1995: Zum Grundverständnis akzeptanzorientierter Drogenarbeit (Broschüre). 3. erweit. Aufl., Münster.
- Hamburger Landesstelle für Suchtfragen e.V (Red.). 2005: Workshop „Wirkungsorientierte Steuerung in der ambulanten Suchtkrankenhilfe“. 7. Dez. 2005. <http://www.suchthh.de>. [27.02.2006].
- Harris, John 1996: Soziale Arbeit als Business: Märkte, Manager und Konsumenten in der britischen Sozialarbeit. In: Widersprüche 59, S. 31–43.
- Herwig-Lempp, Johannes 1994: Von der Sucht zur Selbstbestimmung. Drogenkonsumenten als Subjekte. Dortmund.
- Kunstreich, Timm 1996: Das „neue Steuerungsmodell“ (NSM). Essay über die Hegemonie konservativer Modernisierung. In: Widersprüche, 59, S. 57–73.
- Kunstreich, Timm 1994: Ist kritische Soziale Arbeit möglich? In Widersprüche 50, S. 85–99.
- Langhanky, Michael 2005: Diagnostik – Eine Kunst des Regierens. In: Widersprüche 96, S. 7–21.
- Mathiesen, Thomas 1993: Überwindet die Mauern! Die skandinavische Gefangenenbewegung als Modell der politischen Randgruppenarbeit. 2. Aufl., Bielefeld, S. 168–172.
- Mieck, Norbert 1990: Zur Rolle der Wissenschaft im Drogenbereich, In: Standpunkt sozial, Heft 2, S. 26–28.
- Münchmeier, Richard 1981: Zugänge zur Geschichte der Sozialarbeit, München.
- Piel, Konstanze 1996 ... denn Qualität ist das beste Rezept. In: Flösser, Gaby./Otto, Hans-Uwe. Neuwied, Kriftel, Berlin, S. 88–109.

- Reese-Schäfer, Walter 1997: Grenzgötter der Moral. Der neuere europäisch-amerikanische Diskurs zur politischen Ethik. Frankfurt a.M. 1997.
- Rose, Babara 1996: Qualität muß unterschieden werden! Anmerkungen zur derzeitigen Qualitätsdebatte in der Sozialen Arbeit aus Sicht der Jugendhilfe. In: Widersprüche 61, S. 51–64.
- Schaarschuch, Andreas 1996: Der Staat, der Markt, der Kunde und das Geld ...? Öffnung und Demokratisierung – Alternativen zur Ökonomisierung sozialer Dienste. In: Flöser, Gaby/Otto, Hans-Uwe, Neuwied, Kriftel, Berlin, S. 12–32.
- Schaarschuch, Andreas 1990 Zwischen Regulation und Reproduktion: Gesellschaftliche Modernisierung und die Perspektiven sozialer Arbeit. Bielefeld.
- Scheerer, Sebastian 1997: Anhedonia Criminologica. In: Kriminologisches Journal 29, S. 23–37.
- Schilling, Johannes 1997: Soziale Arbeit. Entwicklungslinien der Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Neuwied; Kriftel; Berlin.

Erdmann Prömmel, Esmarchstr. 38, 22767 Hamburg
E-mail: proemmel@jugendhilfe.de



Kurt Bader

Was ist kritische Soziale Arbeit und was nicht?

Vor dem Hintergrund wachsender Empörung über gesellschaftliche Restriktionen im Zeichen des Neoliberalismus und zunehmender Resignation über den Rückzug allzu vieler Menschen in dumpfe Anpassung ...

Vor dem Hintergrund, dass das „Soziale“ immer mehr deformiert wird und uns allgemeine Isolation als Tugend einer „Autonomie“ verkauft wird, die uns immer einsamer werden lässt – auch weil dies von vielen Menschen geglaubt wird ...

Vor dem Hintergrund, dass die um sich greifende Schwäche des Subjekts von vielen Profis dafür genutzt wird, sich noch schwächere Menschen zu suchen, um sich auf diese Weise mit dem Kopf über Wasser halten zu können ...

Vor dem Hintergrund, dass gerade SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen zu einer Berufsgruppe zählen, deren Berufsethik – wenn überhaupt bewusst erkannt – auf diesem brüchigen Über- und Unterordnungsverhältnis beruht ...

Vor dem Hintergrund, dass dies oft dazu führt, unterstützungsbedürftige Menschen von außen zu diagnostizieren und zu behandeln ...

Vor dem Hintergrund, dass diesen Menschen damit ihre eigene Definitionsmacht genommen und sie auf eine subtile Art und Weise entmündigt werden, weil die Profis zu wissen meinen, was für diese Menschen gut und richtig sei ...

Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Profis zu behavioristischen Konzepten greifen und von den einschlägigen Wissenschaften dabei munter unterstützt werden ...

Vor dem Hintergrund, dass dieselben Profis beim Auftreten von Problemen sowohl zu einer kurzschlüssigen Vereignschaftung von Problemen auf Seiten der Klientel tendieren als auch sich selbst dann der therapeutisch angereicherten Innenschau widmen (was der Gruppe von Therapeuten und Supervisionären zu einem gewissen Salär verhilft) ...

Vor dem Hintergrund, dass in wachsendem Maße auf eigene Gestaltungsmöglichkeiten verzichtet wird, weil das Risiko zu hoch erscheint oder gar, weil eigene Gestaltung gar nicht mehr im Lebensvokabular vieler Menschen aufscheint ...

Vor dem Hintergrund, dass, wenn überhaupt, Kritik nur hinter der vorgehaltenen Hand geäußert wird und Alternativen nicht gesehen werden ...

Vor dem Hintergrund, dass sich das Politische aus der Sozialen Arbeit weitgehend verabschiedet hat – besser: verabschiedet wurde ...

Vor dem Hintergrund, dass die Einführung der Bachelor- und Masterstruktur an den Hochschulen eine Normierung und Rückführung der Bildungsstätten auf das Niveau verschulter Zwangslernanstalten der 50er Jahre bedeutet ...

Vor dem Hintergrund, dass unsere Kinder und Jugendlichen in den Schulen auf eben diese normierte Isolation unter dem Motto von Konkurrenz und abstrakter Leistungsabforderung vorbereitet werden (und das nach den Pisa-Ergebnissen!) ...

Ach, so viele (Hinter-)Gründe, so viele Fragen ...

Das ist das Feld, auf dem Soziale Arbeit gesellschaftlich verortet wird. Ein großer Teil der in diesem Feld Tätigen lässt sich nach dem Motto „es ist, wie es ist“ auf diese Verortung ein – andere sehen sich damit in ihrer eigenen Positionierung bestätigt.

Das ist insofern zunächst nichts Neues, weil sich Soziale Arbeit schon immer im Widerspruch zwischen Kontrolle, Disziplinierung und Unterstützung befand. Im Zuge eines weitgehend ungehindert blühenden Neoliberalismus, der nicht nur ökonomisch wirkt, sondern auch gelernt hat, in die kleinsten Poren sozialer Verhältnisse einzudringen und sie zu infizieren, befließigt sich Soziale Arbeit aber in wachsendem Maße, Kontroll-, Disziplinierungs- und Selektionsaufgaben zu übernehmen. Sie wird auf diese Weise schrittweise zum unkritischen Erfüllungsgehilfen einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen als unnützlich erklärt werden und es Sozialer Arbeit obliegt, die sauberen Straßen hochanständiger Bürgerlichkeit von diesen Menschen rein zu halten. Anständige Bürger wollen doch in Ruhe und Frieden ihre Vorgärten pflegen, durch die Straßen flanieren und nicht schon vom Aussehen Andersartiger behelligt werden. Die Krawalle in den französischen Vorstädten sollten uns Warnung genug sein ...

Den Mund zu voll genommen und daneben gelangt? Drei Beispiele sollen veranschaulichen wie subtil sich die o.a. Haltung im Alltag niederschlägt:

1. Eine kleine Begebenheit aus dem Hochschulalltag: Praktikantinnen und Praktikanten sollen im Rahmen ihrer Studienwoche ein Planspiel durchführen. Auf den Hinweis eines Teilnehmers, dass ihm der Sinn dieser Übung nicht klar sei,

wird ihm von den Anbietern aber auch von fast allen TeilnehmerInnen entgegengehalten, jetzt sei nicht Ort und Zeit zu diskutieren. „Zuerst einmal machen, dann können wir darüber reden ...“. Vorbereitung auf das Ablegen eigener Meinungen. Zuerst die Tat und dann – ja, vielleicht auch der Gedanke und das Wort. Tatkräftig in der Tat. Tatort Hochschule.

2. Beispiel Berufspraktikum: Eine Absolventin desselben Fachbereichs nimmt Anstoß daran, dass die an einer Hauptschule von den Schülerinnen und Schülern gewählte Vertrauenslehrerin – wie mit den Schülern verabredet – keine Akte über ihre vertrauensvollen Gespräche mit den Schülern führt. Die Beschwerde der angehenden Sozialarbeiterin bei der Rektorin führt dazu, dass diese die Lehrerin rügt und von ihr die Führung der Akten über die Schüler fordert. Tatort Praktikum.

3. Qualitätsmanagement wird immer größer geschrieben. Was sich dahinter in der Regel verbirgt ist das seelenlose Ausfüllen normierter Standardbögen auf Kosten eigenen Denkens zum Zwecke kommerziell orientierter Effizienzkontrolle. Das ist nichts anderes als das Gebot, das eigene reflexive Denken auszusetzen – Entmündigung der Profis. Und entweder wird dieses Gebot dankbar angenommen oder als lästige Pflicht erfüllt. Alternativen werden nicht gesehen. Tatort Praxis.

Ich schreibe dies „mit heißer Feder“ vor dem Hintergrund eines Vierteljahrhunderts Tätigkeit als Hochschullehrer und vieler Versuche, auf die sog. Praxis einzuwirken – und ich möchte nicht verhehlen, dass auch ich bisweilen in Resignation verfallende – bis mich wieder die Wut packt. Wir treten nicht nur auf der Stelle, sondern werden immer mehr zurückgetrieben in eine Situation, die uns Schweigen und Mitmachen nahe legt. Und vielleicht ist meine Wut das Ergebnis einer gesellschaftlichen Position, die – privilegiert – mir noch das Denken, das Hinterfragen und die Reflexion ermöglicht. Aber dieses Bewusstsein von uns in unserem Verhältnis zur Welt ist unsere menschliche Möglichkeit, die wir uns nicht nehmen lassen sollten – auch in der Position von SozialarbeiterInnen.

Genug des Lamentos und der Hinweise, was kritische Soziale Arbeit nicht sein sollte und zurück zur Frage, was denn eine kritische Soziale Arbeit sein könnte:

Obwohl mir bewusst ist, dass das Aufzeigen positiver Orientierungen hilfreicher ist als die Zurückweisung negativer Momente, sollen die von mir angeführten Negativa mögliche Ausgangspunkte bilden für die Entwicklung einer Ethik Sozialer Arbeit unter der Überschrift, das Menschliche in sich und den Anderen wieder zu entdecken und sich gegen die kalte Rationalität professioneller Distanz praktisch aufzulehnen. Bescheidener formuliert: sie zumindest zu hinterfragen.

Was also ist ein „kritischer“ Profi? Ein „guter“ und „kritischer“ Profi ist ein Mensch, der versucht, all jene beruflichen Haltungen abzulegen, die ihm gesellschaftlich

und von Trägern und Institutionen nahe gelegt werden und einen gleichberechtigten Dialog mit anderen Menschen be- oder verhindern – z.B. (vgl. auch Forschungsprojekt Lebenswelten, „Zu Hause sein im Fragen“, Paranus Verlag 2006):

- ▷ diagnostischer Blick
- ▷ Definitionsmacht über Begriffe (als Lebens-Griffe) und Handlungen
- ▷ Professionelle Distanz und um das Menschliche verkürzte Sachlichkeit
- ▷ Besserwisserei
- ▷ Planende Vorwegbestimmung FÜR andere Menschen und einseitige Zieldefinition
- ▷ Anpassung an diaologfeindliche Bedingungen
- ▷ Vorgetäuschte Verstehens-Potenz
- ▷ Jobmentalität und Duckmäuserei
- ▷ Entmündigung der beteiligten Menschen und Verantwortungsübernahme FÜR andere
- ▷ Machtorientierte Nutzung von Möglichkeiten
- ▷ Instrumentalisierte Beziehungen
- ▷ Einseitige Problem- oder Krankheitsorientierung
- ▷ Ausklammerung gesellschaftlicher Bezüge
- ▷ Bedingungen als unverrückbare Letztheiten zu sehen
- ▷ Vereignschaftung von gesellschaftlichen und sozialen Problemen
- ▷ Kategorisierung von Besonderheiten
- ▷ Stigmatisierung auf der Basis von Normierungen
- ▷ Auseinanderreißen und Ignorieren von Lebenszusammenhängen
- ▷ Rückzug aus dem Politischen auf eine scheinbar objektive Sachlichkeit

Nichts weiter als ein Vorschlag mit der Hoffnung, dass nichts bleibt, wie es ist – aber es kann noch viel schlimmer werden. Dies zu verhindern sind wir uns schuldig.

*Prof. Dr. Kurt Bader, Universität Lüneburg, Fakultät I,
Studiengang Sozialarbeit/Sozialpädagogik,
Rotenbleicher Weg 67, 21335 Lüneburg,
E-mail: bader@uni-lueneburg.de*

Sabine Stövesand

Jenseits von Individualisierung und Geschlechtsblindheit¹

Kritische Soziale Arbeit am Beispiel der Gemeinwesenarbeit

Vorbemerkung

Der Sozialen Arbeit wurde vor allem in den 1970er Jahren häufig vorgeworfen, vorrangig im Dienst der Reproduktion bestehender Verhältnisse zu stehen, d.h. zur Normalisierung, zur Minimierung von sozialen Reibungsverlusten und damit Kosten beizutragen. Bis heute spricht theoretisch und empirisch viel für diese Sichtweise. Dabei läge ein anderes Verständnis Sozialer Arbeit ebenso nahe, nämlich ihre grundlegende Bestimmung als theoretische und praktische Kritik am Bestehenden. Dies einfach und allein schon deshalb, weil dessen Verfasstheit erst dazu führt, dass Soziale Arbeit überhaupt einen Gegenstand hat. Darauf zu beharren wäre eine gute Ausgangsbasis.

Kritik ist aber kein Selbstgänger. Die gesellschaftlichen Verhältnisse zu hinterfragen, schien lange Zeit vornehmlich linkes Terrain zu sein und war dadurch mit bestimmten Zielsetzungen verbunden, die in Richtung der Aufhebung von Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung wiesen. Heutzutage scheint das linke, emanzipatorische Projekt hingegen kaum noch als Bezugspunkt zu taugen – es ist fragmentiert, seine Konturen sind bis zur Unkenntlichkeit verschwommen. Gleichzeitig wird die grundlegende Infragestellung des Status quo mittlerweile von gesellschaftlichen Kräften betrieben, deren Horizont nicht unbedingt die herrschaftsfreie Gesellschaft ist. Dies trifft nicht nur auf Neonazis zu, sondern auch Marktradikale wollen in mancher Hinsicht einen Systemwechsel.

Häufig scheint es sogar so, als gehöre das Feld der Kritik den Rechten, denn die bürgerlichen Medien von FAZ bis taz pflegen einen Diskurs, in dem den Linken, spricht die „Alt-68er“ (gibt es eigentlich auch „Jung-68er“?) die gesellschaftliche Hegemonie zugesprochen wird. In dieser Konstruktion repräsentieren diese den

herrschenden Mainstream, gegen den einige Aufrechte wie Frank Schirmacher, Norbert Bolz oder Ulf Poschardt mit rebellenhaften Gestus angehen, wie z.B. in der Diskussion um das Scheitern des linken „Multi-Kultiprojektes“, das vermeintliches Aussterben der (Bluts)Deutschen oder die Rettung bürgerlicher Werte. Reell haben sich die Verhältnisse jedoch eindeutig in Richtung kapitalismuskonformere, herrschaftsstabilisierender Kräfte verschoben. Darüber hinaus wird heutzutage Kritik, die schon Michel Foucault nicht nur als Widerpart, sondern auch als Partnerin der Herrschenden (vgl. Foucault 1992: 12) definierte, mit solcher Schnelligkeit zum Schmiermittel des Systems aufbereitet, dass vom Widerständigen sehr schnell nur der „radical chic“ übrig bleibt.

Die inhaltlich linke Konnotation des Kritikbegriffes versteht sich heute also nicht mehr von selbst. Da Kritik ohnehin stets relational ist, d.h. immer konstitutiv an ein Gegenüber bzw. einen Gegenstand gebunden ist, ist es erforderlich, diesen Bezugspunkt theoretisch jeweils möglichst klar zu fassen. Zugleich müssten die Kriterien der Kritik, und die ihr zugrunde liegenden Zielvorstellungen ausgewiesen und begründet werden. Zumindest wenn man es, wie im Falle der Sozialen Arbeit, mit einer Handlungswissenschaft und gleichzeitig einer Praxis zu tun hat, die auf konkrete Interventionen in das Bestehende abzielt. Kritische Soziale Arbeit ist demnach ohne fundierte Analyse und (Selbst-)Verständigungsprozesse ihrer AkteurInnen nicht möglich. Hierzu leisten die WIDERSPRÜCHE nunmehr mit der hundertsten Ausgabe einen wichtigen Beitrag – vielen Dank dafür!

Wie kann Gemeinwesenarbeit heute noch kritisch sein und was müsste sie dafür beachten?

Was kritische Soziale Arbeit sein könnte, soll hier am Beispiel der Gemeinwesenarbeit (GWA) aufgezeigt werden. GWA war lange Zeit quasi ein Synonym für **den** kritischen Ansatz Sozialer Arbeit. Das scheint vorbei. Zu beobachten ist, dass Begriffe und Konzepte, die ursprünglich als Elemente emanzipatorischer Gemeinwesenarbeit galten, allgemein Hochkonjunktur haben. Schlüsselemente von GWA wie Sozialraumbezug, die Aktivierung von AnwohnerInnen und ihr Empowerment, die Unterstützung von Selbstorganisation sowie die Förderung und Nutzung lokaler Ressourcen und Netzwerke (vgl. Lüttringhaus 2001: 264 ff) finden sich mittlerweile in Regierungsprogrammen oder in Papieren von Zukunfts- und Enquetekommissionen wieder. Gerade die Aktivierung von BürgerInnen ist zur Staatsdoktrin geronnen und fast täglich ergehen Appelle an die Bevölkerung, besonders an ihre tendenziell mittellosen Teile, zur Übernahme von Selbstverantwortung. Ging es bei GWA einstmals darum, mittels Eigentätigkeit Herrschaft zu verringern, gerät Eigentätigkeit heute verstärkt zum Bestand-

teil von Herrschaft. Man könnte es auch so sagen: „Die angewandten Methoden ähneln sich sehr, die Stoßrichtungen im gesellschaftlich-strategischen Sinne stehen sich diametral gegenüber“ (Boulet/Krauss/Oelschlägel 1980: 23). Zu diesen Entwicklungen muss eine kritische Gemeinwesenarbeit sich verhalten und das eigene Profil schärfen – aber wie?

Wenn davon ausgegangen wird, dass es die herrschenden Verhältnisse als Herrschaftsverhältnisse sind – den Menschen nicht äußerlich und von ihnen mitproduziert, welche Probleme erzeugen, die den Gegenstand Sozialer Arbeit bilden und die deshalb kritisiert und verändert werden müssen, ist danach zu fragen, was entscheidende Charakteristika dieser Verhältnisse sind. Herausgreifen möchte ich zwei Aspekte: Erstens die Individualisierung der Zuständigkeit für die Lösung gesellschaftlich verursachter Probleme wie z.B. von Armut bei gleichzeitiger Ausrufung der „klassenlosen Gesellschaft“. Zweitens die strukturell verankerte Geschlechterhierarchie, wie sie sich unter anderem in der Gewalt gegen Frauen in Partnerschaften zeigt.² Bezogen auf diese beiden Punkte werden im Folgenden Kriterien und Ansätze für eine kritische GWA benannt.

GWA als Kontinuum unterschiedlicher Ansätze: Positionierung erforderlich

Festzuhalten ist zunächst, dass Gemeinwesenarbeit noch nie durchgängig kritisch gewesen ist. Ihre unterschiedlichen Ansätze umspannen ein Kontinuum, an dessen einem Ende ein sozial-revolutionärer/aggressiver Ansatz und an dem anderen ein staatstragend-harmonisierender steht. Während die eine (idealtypische) Position zentrale Aspekte wie Autonomie, Selbstorganisation und Handlungsfähigkeit unauflösbar mit ihren strukturellen Voraussetzungen verbindet, blendet die andere Position ökonomische und sozialstrukturelle Zwänge im Wesentlichen aus und/oder rückt die „soziale“ Ebene, insbesondere die (moralischen) Dispositionen der AkteurInnen, in den Fokus des Nahraumdiskurses (vgl. Ziegler 2004: 319). Nur die erste Position ermöglicht es, Prozesse der Responsibilisierung und Individualisierung theoretisch und praktisch fundiert zu hinterfragen.

Für diese Ausrichtung stehen marxistisch geprägte GWA-Ansätze, die vor allem in den 1970er Jahren von einiger Bedeutung waren. In der entsprechenden Praxis wurde ein großes Gewicht auf konfrontative, skandalisierende Techniken, kollektive Interessenvertretung und die Kritik materieller und politischer Verhältnisse gelegt. So konnte der Individualisierung von sozialen Problemen entgegengewirkt und Herrschaftsverhältnisse kritisiert werden. Andererseits wurden die subjektiven Bedürfnisse und Probleme der BewohnerInnen häufig zu wenig berücksichtigt und wie Wolfgang C. Müller einer der frühen Protagonisten dieser

Richtung, selbstkritisch anmerkt: „In unserer berechtigten Kritik am Stadtleben und am Städtebau im Spätkapitalismus waren wir naseweis und oberlehrerhaft [...]. Wir waren in unserem ökonomischen Denken sehr fundamental. Aber wie viele Fundamentalisten auch sehr schlicht“ (2001: 5,6). Zudem stellte die Geschlechterfrage einen blinden Fleck in der marxistischen Analyse dar.

Gemeinwesenarbeit, die Dominanzverhältnisse in Frage stellt und (auch) auf Konfrontation mit den Herrschenden setzt, bezieht sich heute eher auf das Konzept des US-amerikanischen Community Organizers Saul Alinsky (1999), der sich selbst einen Radikalen nannte und von den US-Behörden auch als solcher behandelt wurde. Einen Teil seiner Schriften verfasste er im Gefängnis.³ Nach Alinskys Überzeugung müssen Menschen, die nicht zum Establishment gehören und etwas an ihrer Situation verändern wollen, sich in einer Massenorganisation zusammen tun und ähnlich einer Gewerkschaft, mit Boykotts, Besetzungen und Streiks drohen können. Bezugspunkt von Alinskys Radikalität war allerdings nicht die Umwälzung des herrschenden Systems, sondern die Veränderung von Machtverteilungen unter den Bedingungen der Demokratie; des Weiteren sein unbedingter Glaube an die Notwendigkeit, die Verhältnisse in Richtung Chancengleichheit und Verwirklichung von Menschenrechten zu verändern und daran, dass Menschen die Fähigkeit dazu haben, Veränderungen zu bewirken.

An diesem Punkt existiert eine Berührung zu dem klassischen Vertreter am anderen Ende des GWA-Spektrums, Murray Ross, dessen Gemeinwesen-Lehrbuch „Community Organization: Theory, Principles and Practice“ (1955, Deutsch 1968) zum Standardwerk wurde. Ross war der Ansicht, die Fähigkeit des Menschen mit seinen Problemen fertig zu werden, sei ihm immanent. Im Unterschied zu Alinsky spricht er jedoch nicht von Macht, sondern seinem pädagogischem Konzept zu Folge galt es lediglich, „Wachstumsblockierungen“ aufzulösen und zu lernen, die richtigen Entscheidungen im Zusammenwirken mit anderen zu treffen (1968: 37, 75). Das zu Grunde liegende Gesellschafts- und Menschenbild und die daran orientierten Vorgehensweisen sind bis heute, oder besser, heute wieder erneut, von Belang. Ross' mystifizierende Beschreibungen von Gesellschaft korrespondieren mit der Beschwörung einer wertebasierten Solidargemeinschaft, die keine aus unterschiedlichen Klassen-, Geschlechts- oder ethnischen Herkünften resultierenden Interessengegensätze kennt.⁴ Die vorgeschlagenen Interventionsformen und Taktiken sind ausschließlich kollektiv-kooperativ und auf Konsens ausgerichtet, wohingegen das Community Organizing Machtfragen stellt und für konflikt-orientierte Taktiken und Parteilichkeit steht.

Solche Haltungen sind gegenwärtig allerdings nicht sehr verbreitet, „stattdessen widmet sich der Großteil der gegenwärtigen Gemeinwesenarbeit – ganz im Sinne des ‚common sense‘ – eher moderierenden und auf einen Interessenausgleich abzielenden Stadtteil- bzw. Quartiersmanagementkonzepten“ (Stock 1999:

20). Die Auffassung, Quartierentwicklung sei die angemessene Weiterentwicklung und die aktuelle Form von GWA, wie sie von einflussreichen Vertretern der GWA, vor allem von Wolfgang Hinte, seit einigen Jahren propagiert wird (vgl. Hinte 1998: 156), korreliert mit der Wiederentdeckung der GWA-Prinzipien und Arbeitsweisen von oben, die „als konstruktiv-funktionale Elemente einerseits in den von Bauministerien und -dezernaten verantworteten und gesteuerten Programmen ‚Soziale Stadt‘, andererseits in den Neuen Steuerungsmodellen der Kommunalverwaltung“ (Krummacher u.a. 2003, o.S.) Verwendung finden.

Das Gemeinwesen als vierdimensionales Konstrukt

Für eine im oben genannten Sinne kritische GWA ist das theoretische Verständnis des Gemeinwesen-Begriffs wesentlich. Generell ist festzuhalten, dass der Terminus nicht unproblematisch ist, denn es haftet ihm eine Tendenz zur Homogenisierung des Bezeichneten und eine assoziative Verknüpfung mit ‚Gemeinwohl‘ und ‚Gemeinsinn‘ an (vgl. Hubbertz 1984: 6). Suggestiert werden die Vorstellung der Einheitlichkeit eines geographischen Gebiets und der Lebenslagen und Interessen der dort lebenden Menschen. Selbst kleine Wohnquartiere zerfallen jedoch in höchst unterschiedliche „Soziosphären“ (Albrow) und auch die gemeinsame Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe oder einem Geschlecht zieht nicht automatisch auch identische Interessen oder Werte nach sich.

„Gemeinwesenarbeit“ wurde in der deutschsprachigen Fachliteratur eingeführt als Entsprechung verschiedener englischer Termini wie „Community Work“, oder „Community Development“. Nach Vogel und Oel (1966) unterscheidet sich ein US-amerikanischer Communitybegriff, im Sinne der „Community as a whole“ mit der Zielrichtung des Wohlergehens aller („good of all“) von dem deutschen Terminus „Gemeinschaft“ insofern, als die darin enthaltene Gefühls- und Autoritätskomponente durch partnerschaftliche und pragmatische Momente ersetzt ist (vgl. ebd.: 29). In der hiesigen Gemeinwesenliteratur dominiert ein Begriffsverständnis, das davon ausgeht, dass Gemeinwesen „erstens Menschen meint, zweitens das Gebiet wohin sie gehören, und drittens das Geschehen des Zusammenlebens am Ort“ (Wendt 1989: 1). In dieser Definition fehlt allerdings der Verweis auf die materiellen und strukturellen Aspekte eines Gemeinwesens bzw. ein Bewusstsein für die „Wechselwirkung zwischen Struktur und Handeln“ (Löw 2001: 53).

Kritische GWA sollte ein Begriffsverständnis zugrunde legen, das mehrere miteinander verschränkte Ebenen beinhaltet:

- ▷ eine *materielle* Dimension, d.h. einen konkreten Ort mitsamt seiner, von Menschen geschaffenen Ausstattung wie Parks, Gebäude, Verkehrssysteme etc. sowie die materiellen Verhältnisse seiner BewohnerInnen selbst;

- ▷ eine *soziale* Dimension, also die Interaktions- und Handlungsstrukturen von Individuum und Gruppen;
- ▷ eine *symbolische* Dimension, d.h. ein spezifisches Zeichen-, Symbol- und Repräsentationssystem, welches durch eine bestimmte Form Bedeutungen, Handlungsanweisungen und Identitäten vermittelt und
- ▷ eine *politische* Dimension, in Form eines institutionalisierten Regulationsystems, das durch rechtliche Normen festlegt, wie und durch wen ein Gemeinwesen bestimmt, produziert und genutzt werden darf.⁵

Anhand der Ausprägung der genannten Dimensionen eines Gemeinwesens kann differenziert untersucht werden, welche Handlungsmöglichkeiten und Restriktionen, es für seine BewohnerInnen bereithält. Ein entscheidender Vorzug dieses vierdimensionalen Begriffsverständnisses liegt darin, dass durch die Betonung der unterschiedlichen Ebenen zum einen normative Aufladungen, vor allem aber die Konzeptionierung eines Gemeinwesens als homogene, abschließbare, von einem gesellschaftlichen Großraum getrennte Einheit weitgehend vermieden werden kann. Ein lokales Gemeinwesen ist schließlich keine Insel, sondern Bestandteil einer übergreifenden gesellschaftlichen Struktur, die auf das Quartier zurückwirkt.

Wider die Ignoranz – Gender matters

In einem Gemeinwesen gibt es nicht *die* Menschen, sondern ihre Ressourcen, Interessen und wie sie selbst ihre Lebensverhältnisse sehen, kann durchaus voneinander abweichen oder um Tilo Klöck zu zitieren:

„Wenn wir von einem GWA typischen Grundsatzziel ausgehen, der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen, die in einem bestimmten Gebiet wohnen, so wird daran schnell klar, dass dieses Ziel mehrdeutig ist und ganz unterschiedlich daran gearbeitet werden kann. Zunächst wäre zu konkretisieren, welche Zielgruppen welchen Alters und Geschlechts, welcher Herkunft und Lebenslage hauptsächlich gemeint sind“ (1995: 13).

Lebensweltorientierung als grundsätzliches Merkmal der GWA bedeutet „genauer zu werden, mehr zu begreifen vom Gesamtzusammenhang der Individuen“ (Bitzan 1997: 80) und „Genauigkeit in der Wahrnehmung entwickelt notgedrungen geschlechterdifferenzierende Fragestellungen“ (ebd.: 82). Gerade der Stadtteil als unmittelbares Lebensumfeld ist geschlechtsspezifisch unterschiedlich bedeutsam und wird bis heute von Frauen und Männern unterschiedlich genutzt. Frauen sind häufig aufgrund ihrer Verantwortung für Haushalt und Kinder eher interessiert an Fragen der Verbesserung der Wohnungen und des Wohnumfelds, der sozialen Infrastruktur an Kindergärten und Schulen und an quartiersnahen Erwerbsmöglichkeiten (vgl. Bitzan 1997: 84). Von daher sind sie in

Stadtteilinitiativen an der Basis im Vergleich zu Männern häufig aktiver. Das steht oft im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Repräsentation in Gremien und Entscheidungspositionen.

Die in der GWA viel zitierte Partizipation umfasst quantitative und qualitative Aspekte, d.h. Zugangs- und Teilhabemöglichkeiten. Indikatoren dafür wären sowohl die Anzahl von Frauen und Männern, als auch die Selbstverständlichkeit und Wertschätzung ihrer Beteiligung beim Planen, Entscheiden, Umsetzen und bei der Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen. Hier besteht nach wie vor ein erhebliches geschlechterdemokratisches Defizit.

Wenn GWA wirklich auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen zielt, muss ein Geschlechterverhältnis, das frei ist von Dominanz und Hierarchie, eine wesentliche Zielperspektive sein. Die geschlechtsbezogene individuelle und strukturelle Gewalt erschwert eine gleichberechtigte Teilhabe an den Ressourcen und der Gestaltung des Gemeinwesens erheblich. Sie stellt einen Faktor dar, der die Aktivierung und Handlungsfähigkeit von Menschen beeinträchtigt, die Stabilisierung von Nachbarschaften verhindert und die Gemeinwesen-/Quartiersentwicklung hemmt.⁶ Bei der Gewalt gegen Frauen handelt es sich um eine vielschichtige Thematik, die grundlegende Fragen nach der Qualität und Tragfähigkeit sozialer Beziehungen, von Gesundheit, Verfügung über Einkommen, Gerechtigkeit und Demokratie betrifft. Sie bezieht sich nicht nur auf Frauen, sondern auch auf Männer und auf Kinder, trifft nicht nur eine Altersgruppe, sondern hat eine generationenübergreifende Bedeutung. Von daher ist sie in die Aufgabenstellungen von GWA zu integrieren.

GWA auch für die Reichen?

Klassischerweise findet GWA in Armutsquartieren und benachteiligten Stadtteilen statt, die als defizitär gelten. Nun ist die Gewalt im Geschlechterverhältnis aber gerade nicht auf eine bestimmte soziale Schicht begrenzt. Beschränkte sich gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit zu dieser Problematik ausschließlich auf heruntergekommene Altbauquartiere oder anonyme Hochhaussiedlungen und deren BewohnerInnen, würde sie ein landläufiges Falsch- und Vorurteil reproduzieren, das in Formulierungen wie „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“ Ausdruck findet und trüge zur Stigmatisierung marginalisierter Bevölkerungsteile bei. In bürgerlichen Stadtteilen und Villenvororten existieren jedoch keine GWA-Projekte. Auch wenn man hier ebenfalls von segregierten Stadtteilen mit einseitiger Struktur und spezifischen Entwicklungsbedarfen sprechen könnte (zum Beispiel was die Erbringung gesellschaftlich notwendiger Solidar- und Integrationsleistungen anbelangt) – sie stellen offiziell kein soziales Problem dar, denn das wird nun einmal nicht am Vorhandensein überdurchschnittlicher mate-

rieller oder anderer Ressourcen festgemacht. Bei der Gewalt im Geschlechterverhältnis handelt es sich allerdings sehr wohl um ein gravierendes soziales Problem. Das Vorkommen von Gewalt ist ebenso ein Kriterium für ein defizitäres Gemeinwesen wie das Fehlen von Grünflächen oder die Sanierungsbedürftigkeit von Häusern. Lebensbedingungen, die Gewaltwiderfähnisse einschließen, sind Lebensbedingungen, die veränderungsbedürftig sind. Deshalb können Interventionen im reichen Blankenese in Hamburg genauso angebracht sein wie im armen Stadtteil St. Pauli oder vergleichbaren Stadtteilen andernorts.

Allerdings sind gewaltbetroffene Frauen aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße auf die Erschließung externer Ressourcen angewiesen. Die Folgen der Gewalt werden durch Armut, Arbeitslosigkeit, beeinträchtigende Wohnbedingungen oder einen unsicheren Aufenthaltstatus verschärft. Von daher macht es Sinn, dass vor allem hier zusätzliche und staatliche Mittel in Form professioneller Sozialer Arbeit eingesetzt werden.

Reflexive Parteilichkeit

Die Frage, ob GWA eine parteiliche oder eine intermediäre bzw. moderierende Position einnehmen solle, ist für die Konturierung eines GWA-Ansatzes unverzichtbar und muss gerade in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis beantwortet werden. Das Prinzip der Parteilichkeit wurde nicht nur in gesellschaftskritischen GWA-Konzepten vertreten, sondern ist ein zentrales Prinzip der feministischen Sozialarbeit, speziell auch in der Arbeit mit misshandelten Frauen (vgl. Brückner 2002: 154). Für den Bereich der GWA problematisierte Hinte diese Haltung wie folgt:

„Der noch gelegentlich in wirren Publikationen auftauchende Hang zur naiven Solidarität mit den Benachteiligten (s. dazu May, 1997) wird etwa auf eine harte Probe gestellt, wenn die Entrechteten innerhalb einer Familie auf eine zum Teil gar unrechtmäßige Art und Weise miteinander umgehen. Wenn etwa türkische Männer darauf bestehen, daß ihre Frauen sich an vorgegebene Kleidungs- und Moralvorschriften halten, und wenn die Frauen bzw. Mädchen sich dadurch unterdrückt fühlen, letztlich aber wenig Möglichkeiten haben, sich der Macht der Männer zu entziehen, und wenn gleichzeitig diese Männer wichtige Mitarbeiter sind etwa in Gruppen zur Gestaltung des Wohnumfeldes oder gar in Mietergruppen, die sich gegen die Willkür von Vermietern wehren – wie hilft dann das Gerede von Parteilichkeit mit den Betroffenen weiter?“ (Hinte 1998: 158)⁷

Ungeachtet des polemischen Tonfalls greift diese Äußerung einen wichtigen Aspekt auf: die Beachtung geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Lebenslagen und Interessen von BewohnerInnen (nicht nur) in Armutsquartieren, und die Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen. Um in einer Situation wie dieser als GemeinwesenarbeiterIn handlungsfähig zu bleiben, braucht es eine klare Stel-

lungnahme und die Entscheidung, für wen die eigenen professionellen und organisatorischen Ressourcen konkret eingesetzt werden sollen (vgl. Bitzan/Klöck 1993: 13; Klöck 1995: 15 ff). Dabei geht es nicht um blinde Einwilligung, sondern um eine reflektierte Parteilichkeit (vgl. Oelschlägel 2005: 275 f).

In Bezug auf das Zitat wäre zu fragen, warum es nicht die Frauen sind, die in den Mietergruppen aktiv sind und was GWA tun könnte, damit sich das ändert, statt implizit davon auszugehen, man müsse die Unterdrückung der Frauen in Kauf nehmen, um die männlichen Mitstreiter nicht zu verlieren. Das Beispiel zeigt weniger ein Parteilichkeitsdilemma, sondern dass die Rechte und Bedürfnisse der Frauen und Mädchen nicht ernst genommen werden. Denn wäre das so, hätten sie in der GWA eine ressourcenstarke Verbündete, „um sich der Macht der Männer zu entziehen“, was hier aber als tendenziell aussichtslos konstruiert wird. Es kann nicht darum gehen, Männer auszugrenzen, sehr wohl aber darum, Wege zu finden, ihr Verhalten zu thematisieren und gleichzeitig Frauen in ihren Autonomiebestrebungen zu unterstützen. Dies kann aber nicht unbedingt von ein und derselben Person geleistet werden, was auf die Notwendigkeit gemischtgeschlechtlicher und auch interkultureller professioneller Teams verweist.

Gemeinwesenarbeit kann nicht generell eine neutrale Moderationsfunktion haben, da sie die Interessen der BewohnerInnen zu vertreten hat bzw. die der strukturell schwächeren Seite, denn: „In aller Regel wissen sich die VertreterInnen von Verwaltung, Politik oder Wohnbauunternehmen selbst zu helfen. [...] Erst die Ungleichheit und Benachteiligung begründen den professionellen Einsatz von GemeinwesenarbeiterInnen, mit dem Ziel Beiträge zur Überwindung oder Verhinderung derselben zu leisten“ (Rausch 2004: 89).

Integration von Beziehungs- und Strukturebene

Ein Ansatz, der die Verkürzungen von Handlungskonzepten überwindet, die sich wie oben erwähnt, entweder hauptsächlich auf die strukturelle Dimension sozialer Probleme unter Vernachlässigung subjektiver Bedürfnisse und individueller Unterstützung beziehen oder in denen umgekehrt individualisierende Zugangsweisen dominieren, geht auf Peter Hubbertz (1984) zurück. Die Arbeit von Hubbertz ist auch heute noch aufgrund ihrer ungeheuer differenzierten, gut begründeten, an emanzipativen Leitvorstellungen und einer kritischen Sozialarbeit ausgerichteten Konzeptentwicklung unbedingt lesenswert. Gemeinwesenorientierte Sozialarbeit wird als Doppelstrategie entworfen, die sich 1. auf die AdressatInnen im Stadtteil (Beziehungsebene) und 2. auf das gesellschaftliche Umfeld und Bedingungsgefüge (Strukturebene) richtet (vgl. ebd: 67 ff). Unter erstem Aspekt geht es a) um unmittelbare Hilfe und Unterstützung, die auf die materielle Sicherung der Existenz, z.B. durch Rechts- und Sozialberatung zielt und b) um die

Schaffung von Basisstrukturen zum Aufbau gemeinschaftlicher sozialer Zusammenhänge z.B. durch Feste, Freizeit- oder Interessengruppen und Zusammenarbeit mit Schlüsselpersonen. Im zweiten Fall richten sich die sozialarbeiterischen Interventionen c) auf advokatorische Sozialplanung und d) auf die Initiierung kollektiver Interessenvertretung, z.B. über aktivierende Befragungen, Öffentlichkeitsarbeit oder BewohnerInnenversammlungen. Insgesamt geht es um die Aktivierung der BewohnerInnen mit dem Ziel materieller und immaterieller Verbesserung der Lebensbedingungen und der Selbstbestimmung. Zwischen den beiden Ebenen besteht nach Hubbertz eine Wechselwirkung: Je intensiver und kleinteiliger die Basisstrukturen aufgebaut sind, desto breiter wird die Aktivierung sein und das wiederum hat einen positiven Einfluss auf die Möglichkeit struktureller Veränderungen. Die Frage der Dominanzverhältnisse zwischen den Geschlechtern und ihre praktischen Folgen bildet jedoch auch bei Hubbertz eine Leerstelle.

Systematische Einbeziehung der Geschlechterkategorie

Der einzige theoretisch fundierte GWA-Ansatz, der sowohl strukturelle Aspekte und Fragen politischer Veränderung als auch die Bedeutung der Geschlechterkategorie als grundlegendes Bestimmungsmoment von Gesellschaft systematisch einbezieht, wurde von Maria Bitzan und Tilo Klöck (1993) vorgelegt. Sie fordern eine Theorie des Konflikts ein, die über das dichotome, hierarchisierende Schema des Klassenwiderspruchs hinausgeht. Sie verstehen das Geschlechterverhältnis selbst als konfliktiv und zwar sowohl auf der Ebene des Alltagshandelns als auch als strukturell verankerte gesellschaftliche Grundkonstellation, gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass jeder Konflikt auch eine Geschlechterdimension hat. Folgendes Zitat macht noch einmal deutlich, wo das „Parteilichkeitsdilemma“ von Hinte zu kurz greift:

„Die meisten Begrenzungen haben ihre Ursache selbst auch in der kritischen Praxis darin, dass die Realität zu wenig als grundsätzliche Konfliktsituation begriffen wird, deren Resultate und Bewältigungsmodi Verhinderungen oder Möglichkeiten für bestimmte Gruppen bedeuten. So werden Konfliktpotentiale in der Arbeit unterschätzt und wichtige Handlungsalternativen nicht erkannt und praktiziert. Dadurch werden Ohnmacht und Unterordnung, Begrenzungen und Zurückweisungen häufig als unabänderlich wahr- und hingenommen. Hier muß genauer hingesehen und ein differenziertes Instrumentarium für die Analyse entwickelt werden, um Ansatzpunkte für Veränderungen erkennen zu können“ (Bitzan/Klöck 1993: 11).

Drei Merksätze für kritische Gemeinwesenarbeit

Ich möchte meine Überlegungen zu einer kritischen Gemeinwesenarbeit anhand von drei Kriterien abschließend zuspitzen:

- ▷ Das zugrunde liegende Gemeinwesenverständnis geht analytisch von der Existenz gesellschaftlicher Widersprüche und unterschiedlicher Interessen bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus. D. h. es wird weder theoretisch noch methodisch ein harmonisches Gemeinschaftsideal vertreten, das Dominanzverhältnisse leugnet oder die Konstruktion ausgrenzender, lokalpatriotischer Gemeinschaften unterstützt.
- ▷ Der Abbau der Gewalt im Geschlechterverhältnis ist ein integraler Bestandteil von Gemeinwohl und Quartiersentwicklung. Diese Gewalt verhindert sozial gerechte und demokratische Verhältnisse in jedem Gemeinwesen. D. h. alle Maßnahmen der Gemeinwesenarbeit sind auf ihre geschlechtsbezogenen Auswirkungen hin zu überprüfen und so zu konzipieren, dass die Reduktion der Machtungleichheit zwischen den Geschlechtern und die substanzielle Zunahme von Chancengleichheit befördert werden.
- ▷ Privates Engagement darf nicht zur Privatisierung des Engagements führen. D.h. Engagement braucht Ressourcen – je benachteiligter ein Quartier ist, umso mehr. Die BewohnerInnen sind nicht nur NachbarInnen sondern auch BürgerInnen, deren Ansprüche auf Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe in materieller, kultureller und politischer Hinsicht sich nicht individuell und nicht in der Beschränkung auf ihr Wohnquartier einlösen lassen. GWA steht in der Verantwortung, quartiersübergreifende staatliche Ressourcen zu „aktivieren“.

Anmerkungen

- 1 Der Ausdruck „Geschlechtsblindheit,“ ist nicht essenzialisierend gemeint.
- 2 Auch dreißig Jahre nach der Eröffnung des ersten Frauenhauses, trotz erheblicher Fortschritte in Richtung einer Gleichstellung von Männern und Frauen und deutlicher Veränderungen in den traditionellen Rollenbildern erlebt jede vierte Frau in der Bundesrepublik Gewalt in ihrer Partnerschaft. In 99 Prozent der Fälle handelt es sich bei den Gewaltausübenden um männliche Beziehungspartner. Mehr als ein Drittel aller Frauen über 16 Jahren war schon einmal körperlicher Gewalt und Übergriffen ausgesetzt; jede siebte Frau hat Formen sexualisierter Gewalt im Sinne enger strafrechtlicher Definitionen durchlitten (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004). Gewalt findet quer durch alle gesellschaftlichen Schichten statt.
- 3 In der Bundesrepublik wurde die Renaissance des Community Organizing nach Alinsky durch den von Marion Mohrlock und anderen verfassten Band „Let’s organize“ (1993) inspiriert. Siehe auch den bundesweiten Zusammenschluss „Forum für Community Organizing“ unter www.fo-co.info.de
- 4 Aktuelle Bezüge zur Diskussion um die „Eigenverantwortung“ der BürgerInnen und den Abbau bzw. Wandel des Sozialstaats zum „aktivierenden Staat“ – vgl. dazu beispielsweise die (kritischen) Beiträge bei Dahme u.a. (2003) – ergeben sich aus Ross’ Überlegungen, GWA habe die Aufgabe, das Gemeinwesen dabei zu unterstützen,

- seine Probleme selbst zu meistern und die Eigenkräfte der Menschen zu aktivieren. Je mehr ein Gemeinwesen sich bemühe, mit seinen Missständen und Zielen selbst zurechtzukommen, desto mehr täten sich seine eigenen Hilfsquellen auf (1968: 74, siehe auch die Kritik von Seippel 1976: 21 ff).
- 5 Bezugspunkt ist hierfür die Definition des gesellschaftlichen Raums wie sie bei Gestring/Janßen in Anlehnung an Läßle (2002: 149) vorgenommen wird.
 - 6 Die Zustände in den von hauptsächlich von MigrantInnen bewohnten Trabantenstädten der französischen Banlieus, in denen die Unterdrückung von Frauen und Mädchen teilweise mit brutalster Gewalt durchgesetzt wird und parallel zur Verfestigung von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzungsmechanismen zugenommen hat, bestätigen dies auf erschreckende Weise. Eine der führenden AktivistInnen der Bewegung gegen diese Gewalt, Fadela Amara, plädiert dafür, die gesamte Stadtteilarbeit auf die Frage der Geschlechterhierarchien als übergeordneter Problematik auszurichten: „Ich war mir sicher, dass wir alle Probleme rund um das ‚Übel der Banlieus‘ lösen könnten, wenn wir uns zuallererst mit der Situation der Mädchen beschäftigen würden.“ (Amara 2005: 67)
 - 7 Vgl. auch Hinte (1994). Aufschlussreich hinsichtlich der implizierten Geschlechterbilder des Autors seine dort geäußerte Idealvorstellung von GemeinwesenarbeiterInnen „als die Schimanskis der sozialen Arbeit“ (ebd. 86).

Literatur

- Alinsky, Saul (1999): Anleitung zum Mächtigkeitsein. Ausgewählte Schriften. Göttingen
- Amara, Fadela (2005): Weder Huren noch Unterworfenen. Berlin
- Bitzan, Maria (1997): Der geschlechterdifferenzierte Blick: Zur Arbeit mit dem weiblichen Gemeinwesen. Widersprüche. Heft 65
- Bitzan, Maria/Klöck, Tilo (1993): Wer streitet denn mit Aschenputtel? Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz. München
- Boulet, J. Jaak/Krauss, E. Jürgen/Oelschlägel, Dieter (1980): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip – Eine Grundlegung. Bielefeld
- Brückner, Margrit (2002): Wege aus der Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Frankfurt/Main
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2004a): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland. Zusammenfassung der Studienergebnisse. Berlin
- Dahme, Hans-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2003): Die „verborgene“ Seite des aktivierenden Staats. Sicherheit und präventive Kontrollen als Leitbilder von Sozialintervention. Sozial Extra. Heft September 2003: 17–21
- Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik? Berlin
- Hinte, Wolfgang (1998): Bewohner ermutigen, aktivieren, organisieren – Methoden und Strukturen für ein effektives Stadtteilmanagement. In: Alisch, M. (Hg.): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: 153–170
- Hinte, Wolfgang (1994): Intermediäre Instanzen in der Gemeinwesenarbeit – die mit den Wölfen tanzen. In: Maria, B./Klöck, T. (Hg.): Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 5. München: 77–89

- Gestring, Norbert/Janßen, Andrea (2002): Sozialraumanalyse aus stadtsoziologischer Sicht. In: Riege, M./Schubert, H. (Hg.): Sozialraumanalyse. Opladen: 147–160
- Hubbertz, Karl-Peter (1984): Gemeinwesenarbeit in Neubauvierteln: Ansätze zu einem integrativen Handlungsmodell. Münster
- Klöck, Tilo (1995): Empowerment. In: Krebs, W. (Hg.): Methodische Ansätze in der Gemeinwesenarbeit. Ev. Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit, Burckhardthaus e.V. Gelnhausen: 8–27
- Krummacher, Michael/Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/Wohlfahrt, Norbert (2003b): Soziale Stadt, Sozialraumorientierung, Quartiersmanagement: Strategie für einen lokalpolitisch flankierten Sozialstaatsabbau oder Revitalisierung von sozialer Stadtentwicklung? http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorie/krummacher/soziale_stadt.htm. 09.01.2005
- Löw, Martina. (2001): Raumsoziologie. Frankfurt a. M.
- Lüttringhaus, Maria. (2001): Leitstandards der GWA. In: Hinte, W./Lüttringhaus, M./Oelschlägel, D. (Hg.): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Münster: 263–267
- Mohrlock, Marion/Neubauer, Michaela/Neubauer, Rainer/Walter, Schönfelder (1993): Let's organize! Gemeinwesenarbeit und Community Organization im Vergleich. München
- Müller, Wolfgang C. (2001): Zwischen Gemeinwesenarbeit und Ökonomie. Rede zur Auftaktveranstaltung des postgradualen Master-Studiengangs Gemeinwesenökonomie in Hamburg, 22.6. 2001, unveröffentlichtes Manuskript
- Oelschlägel, Dieter (2005): Repolitisierung der Gemeinwesenarbeit. In: Störch, K. (Hg.), Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit. Hamburg: 259–277
- Rausch, Günter (2004): Parteilichkeit und Solidarität als Grundmaximen der Sozialen Arbeit. In: Odierna, S./Berendt, U. (Hg.): Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder. Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 7. München: 83–94
- Ross, Murray C. (1968): Gemeinwesenarbeit. Theorie, Praxis, Prinzipien. Freiburg i. Br.
- Stock, Lothar (1999): Vorwort zur 2. Auflage von Alinskys „Anleitung zum Mächtigsein.“ Göttingen: 19–23
- Seippel, Alf (1976): Handbuch Aktivierende Gemeinwesenarbeit. Konzepte – Bedingungen – Strategien – Methoden. Gelnhausen/Berlin
- Vogel, P.M./Oel, P. (1966): Gemeinde und Gemeinschaftshandeln. Analyse der Begriffe Community Organization und Community Development. Stuttgart
- Wendt, Wolf Rainer (1989): Gemeinwesenarbeit. Ein Kapitel zu ihrer Entwicklung und zu ihrem gegenwärtigen Stand. In: Ebbe, K./Frieze, P. (Hg.): Milieuarbeit. Stuttgart
- Ziegler, Holger (2004): Jugendhilfe als Prävention: die Refiguration sozialer Hilfe und Herrschaft in fortgeschritten liberalen Gesellschaftsformationen. Dissertation am FB Erziehungswissenschaften Universität Bielefeld, veröff. unter: <http://bieson.ub.uni-bielefeld.de/volltexte/2004/533/>

*Sabine Stövesand, Hochschule für angewandte Wissenschaften,
Fakultät für Soziale Arbeit und Pflege, Saarlandstr. 30, 22303 Hamburg*



Stefan Schnegg

Sozial-Nachrichten von den „südlichen Hilfsvölkern“ (Arno Schmidt)

Wenn Soziale Arbeit als Arbeit mit den sozialen Problemen von so genannten Randgruppen definiert ist, dann impliziert Randgruppe immer ökonomische Benachteiligung: Also, Ausschluss aus Arbeit und ausreichendem Einkommen. Nicht-Arbeit reicht demnach aus, dass Ausschluss, Sanktion, Einsperren oder Erziehung drohen, in jedem Fall aber Armut. Zur ökonomischen Benachteiligung kommt, wie zum Schaden der Spott, die moralische Verurteilung hinzu, Armut heißt Faulheit, Armut ist Versagen und Armut bedeutet Schuld. Da Soziale Arbeit irgendwo zwischen ökonomischer Benachteiligung und den daraus resultierenden gesellschaftlichen Ausgrenzungen und Zuschreibungen agiert, bestehen sehr unterschiedliche Auffassungen von den „eentlichen“ Zielen und Aufgaben dieser Zunft. Diese spezifische Mittlerposition scheint auch dafür verantwortlich zu sein, dass Sozialarbeit neben ihrem eigentlichen pädagogischen Veränderungs- und Kontrollauftrag immer wieder mit politischen oder gar revolutionären Veränderungen in Zusammenhang gebracht wird. Ein Missverständnis. Je klarer die Sicht auf die Möglichkeiten und Grenzen sozialarbeiterischen Handelns und je (selbst-)kritischer die Einschätzung der Funktionalität der eigenen (Sozial-)Arbeit für die herrschenden Zustände, desto weniger braucht es Mythologisierung und desto mehr Spielräume gibt's für tatsächliche Einmischungen.

Ausgehend von der kurzen Beschreibung einer privaten Sozialeinrichtung der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck, soll im folgenden Text genau dieses Spannungsfeld von sich verschlechternden Rahmenbedingungen in den zentralen Bereichen Arbeit, Einkommen und Wohnen und den verbleibenden Interventionsmöglichkeiten zur Verbesserung der Lebenssituation von benachteiligten Menschen beschrieben werden.

Durchgangsort für Wohnungs- und Arbeitsuchende (DOWAS): 30 Jahre Wohnungslosenhilfearbeit¹

Der Verein zur Förderung des Durchgangsortes für Wohnungs- und Arbeitsuchende (Gründungsjahr 1975) ist ein Projekt der Wohnungslosenhilfe und bietet in Innsbruck verschiedene Formen von betreuten Wohnmöglichkeiten für Jugendliche und Erwachsene an. Zudem gibt es für beide Altersgruppen jeweils eine Beratungsstelle, in der vor allem Beratung und Unterstützung bei der Existenzsicherung und bei der Arbeit- und Wohnungssuche angeboten wird. Pro Jahr erreichen wir mit unseren Angeboten an die 1.200 Personen, ca. 200 Personen bewohnen kurz- oder auch längerfristig einen unserer 43 Wohnplätze. Der private Verein arbeitet ausschließlich mit öffentlichen Förderungen, von denen ein kleinerer Teil vertraglich abgesichert ist, der größere Teil der Förderungen muss jährlich neu ausverhandelt werden. Da sowohl Vorstand wie auch Geschäftsführung mit den MitarbeiterInnen des Vereins ident sind, kann von einem selbstverwalteten Betrieb gesprochen werden. Es gibt keinen Geschäftsführer und alle MitarbeiterInnen werden gleich entlohnt.

Wieso so viele Menschen in einem reichen Land von Armut und Ausgrenzung betroffen sind verdeutlicht bereits der Blick auf die nackten Zahlen. Allerdings sollten wir uns dazu nicht nur die Armutszahlen, sondern auch die Reichtumszahlen vor Augen führen. Erst dann wird das ganze Bild sichtbar. (Die Reichtumszahlen beziehen sich auf Österreich, die Armutszahlen auf Tirol, sind aber für Österreich repräsentativ).

Tirol: die Provinz ist überall!

Welche Art von Politik für diese Rahmenbedingungen verantwortlich zeichnet soll in ein paar Randbemerkungen erläutert werden, denn: Ökonomie ohne Politik ist wie Gott ohne Glauben. Das Bundesland Tirol wird seit Jahrzehnten und auch aktuell von der konservativen Österreichischen Volks Partei regiert, die bei Wahlen regelmäßig (mit wenigen Ausnahmen) die absolute Mandatsmehrheit erreicht und anderen Parteien gerade mal so viel Luft zum atmen lässt, dass zumindest formal von demokratischen Verhältnissen gesprochen werden kann. Das besondere Merkmal dieser dominierenden Partei ist die historische und aktuelle Verflechtung von Religion und Politik, die aus der Tradition des Politischen Katholizismus stammt. Diese „heilige Allianz“ geht zurück bis auf die Gegenreformation, die in Tirol besonders konsequent von den Jesuiten mittels so genannter „Volksmissionierungen“ durchgeführt wurde. Als Beispiel und symbolhaft für die Landespolitik steht eine mythologisch verklarte Figur aus dem Krieg gegen Napoleon (1809), die bis heute als politisches Vorbild für Hei-

Reichtum für Alle!

Who are the rich?

Als „einkommensreich“ gilt das am besten verdienende Prozent der Lohn- und EinkommensbezieherInnen (ca. 60.000 Personen). Sie verdienen mehr als € 85.900,- brutto jährlich, die „obersten Zehntausend“ davon verdienen durchschnittlich € 236.570 pro Jahr. Als „wohlhabend“ werden jene 10 Prozent (600.000 Personen) gezählt, die jährlich mehr als € 35.200,- brutto verdienen.

Oben und Unten

Das oberste/reichste 1 Prozent hält einen Anteil von 10 Prozent am Geldvermögen, 15 Prozent an den Immobilien, aber 91 Prozent an den unternehmensbezogenen Vermögen. Die obersten/reichsten 10 Prozent halten 35 Prozent an Geldvermögen, 71 Prozent der Immobilien und 100 Prozent der unternehmensbezogenen Vermögen. Das Gesamtvermögen des obersten Prozents ist in etwa gleich hoch wie das der folgenden 9 Prozent und größer als das der restlichen 90 Prozent der Bevölkerung.

Geldvermögen

Während im Beobachtungszeitraum von 1996 bis 2003 die Geldvermögen in Österreich jährlich um durchschnittlich 8,6 Prozent stiegen, ist das Geldvermögen der Wirtschaft überdurchschnittlich um plus 14,7 Prozent pro Jahr gestiegen, das Geldvermögen von Privaten hingegen unterdurchschnittlich um 5 Prozent pro Jahr gestiegen.

Mehr privat ...

Das Volumen des Sparens hat sich von 1997 bis 2002 um 15 Prozent erhöht. Das Geldvermögen hat sich zwischen 1997 und 2002 um plus 22 Prozent vermehrt. Allein die 100 reichsten Österreicher besitzen mehr als € 54,7 Mrd. (2004). In rund 2.500 Privatstiftungen ist in Österreich ein Gesamtvermögen von € 25 Mrd. steuerschonend geparkt (die Stiftung mit dem höchsten Vermögen von € 6,1 Mrd. gehört Friedrich K. Flick). Die Liste der bedeutenden Privatstiftungen in Österreich ist nahezu identisch mit der Liste der reichsten Österreicher.

Steuerlasten

92 Prozent aller Steuerlasten liegen auf Arbeit, nur sechs Prozent auf Sach- und Geldvermögen. Während unselbstständige Erwerbstätige bis zu 50 Prozent Lohn- und Einkommensteuer ans Finanzministerium abliefern, wurde die Körperschaftsteuer für Unternehmen von 34 auf 25 Prozent gesenkt.

matverbundenheit, Opferbereitschaft und Einsatz für den katholischen Glauben eine wichtige Rolle spielt und sogar in der Landeshymne besungen wird: Andreas Hofer. Tatsächlich hat das habsburgische Österreich „seine katholischen Bauern“ in einen aussichtslosen, dafür aber „heiligen“ Krieg gegen die Errungenschaften der französischen Revolution in Stellung gebracht. Schon Heinrich Heine wusste in seinen Reisebildern über das damalige Tirol zu berichten:

„Von der Politik wissen sie [die Tiroler] nichts, als dass sie einen Kaiser haben, der einen weißen Rock und rote Hosen trägt [...] Als nun die Patrioten zu ihnen hinaufkletterten und ihnen beredsam vorstellten, dass sie jetzt einen Fürst bekommen, der einen blauen Rock und weiße Hosen trage, da griffen sie zu ihren Büchsen und küsstest Weib und Kind und stiegen von den Bergen hinab und ließen sich totschiessen für den weißen Rock und die lieben alten roten Hosen.“

Die Konfliktlinien²

Anhand von zwei Themen möchte ich in Folge unser Verständnis von kritischer und öffentlich intervenierender Sozialarbeit aufzeigen. Das eine ist die Sozialhilfepolitik, das andere Thema betrifft die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Beide Bereiche haben in den letzten Jahren entscheidende Veränderungen erfahren, in beiden Bereichen gab es trotz Widerstand erhebliche Verschlechterungen.

Von der Armenfürsorge zum Sozialhilfegesetz

Nachdem Ende der 1960er Jahre die Einführung eines bundesweiten Sozialhilfegesetzes in Österreich endgültig am Widerstand der Bundesländer gescheitert war, wurden neun verschiedene Landes-Sozialhilfegesetze erlassen. Das für Innsbruck relevante Landessozialhilfegesetz Tirols wurde 1973 erlassen und löste damit die bis dahin privatwirtschaftlich organisierte Armenfürsorge ab. Im Unterschied zur Armenfürsorge gab es seither einen Rechtsanspruch auf Kernleistungen (Lebensunterhalt, Wohn- und Heizkosten, Bekleidung, medizinische Versorgung) und in Abkehr von den alten Heimatrechts- und anderen Territorialprinzipien wurde nun für alle Menschen, die sich tatsächlich in Tirol aufhielten, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, der Anspruch auf diese Leistungen festgeschrieben. Die Sozialhilfegesetzgebung brachte also tatsächliche Verbesserungen. Aber auch Aspekte der traditionellen Armenhilfe blieben erhalten: Subsidiarität der Ansprüche mit Abstellung auf die Familie als Ausfallhaftung, Einsatz der Arbeitskraft, Abstandsgebot zu den Niedrigeinkommen, Sanktionskriterien etc. Außerdem veränderten sich relativ schnell die Formen der politischen Kommentierung. Wurde bei der Einführung des Gesetzes noch von einem

„Meilenstein der Sozialgesetzgebung“ gesprochen, war wenige Jahre später nur noch von einem „Schönwettergesetz“ die Rede, dem der baldige finanzielle Kollaps drohe.

Zu dieser Zeit (1975) wurde die erste Wohneinrichtung des DOWAS, ein Übergangswohnhaus für wohnungs- und arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene, eröffnet. Die finanziellen Absicherungsmöglichkeiten zum Lebensunterhalt durch die Sozialhilfe spielten dabei eine entscheidende Rolle. In der Durchsetzung der Rechtsansprüche für die Klienten gab es große Diskrepanzen zwischen den im Sozialhilfegesetz von 1973 formulierten Rechten und dem realen Vollzug des Gesetzes. Die Auseinandersetzungen können daher als ein Beispiel für das Ringen um eine kritische Sozialarbeit in unserem Verein gelesen werden. Am Beispiel im Umgang mit der Sozialhilfe zeigte sich und musste sich zeigen, was Begriffe wie Klientenzentriertheit, Advokatorik oder Gerechtigkeit wirklich wert sind. Denn die Konflikte mit der Sozialhilfe bedeuteten immer auch Konflikte mit der Herrschaftspraxis: Kampf gegen Vorurteile, Kampf um Mindestrechte, Kampf um ein menschenwürdiges Dasein.

Sozialhilfe für Jugendliche: Vom Vorwurf, eine neue Anspruchsgruppe erfunden zu haben

1999 hat das DOWAS eine Anlauf- und Wohneinrichtung für wohnungslose Jugendliche eröffnet. Chill Out (so heißt die Einrichtung) sollte jene Jugendliche erreichen, die von der herkömmlichen Jugendhilfe (in Österreich: Jugendwohlfahrt) bereits wegen „Unerziehbarkeit“ aufgegeben wurden. Neben der Wohnungslosigkeit war vor allem die Mittellosigkeit ein gravierendes Problem dieser Jugendlichen. Wer auf der Straße steht und kein Geld hat, läuft Gefahr, seinen Lebensunterhalt mit illegalen Mitteln finanzieren zu müssen und dafür bestraft zu werden. Den Lebensunterhalt dieser Jugendlichen über Sozialhilfe abzuschern, musste der öffentlichen Verwaltung erst mühsam abgerungen werden. Nach dem bestehenden Sozialhilfegesetz war der entscheidende Anknüpfungspunkt die Notlage, in der sich ein Mensch befindet, unabhängig von seinem Alter. Juristisch war also gegen diesen Anspruch nichts einzuwenden, umso heftiger waren dann die politischen Angriffe. Vorwürfe wie, wir würden die Jugendlichen der Sozialhilfeshängematte zuführen, bis, wir würden mit diesem Angebot das Weglaufen von Zuhause begünstigen, kam alles vor und gipfelte darin, dass wir eine neue Anspruchsgruppe für die Sozialhilfe erfunden hätten. Es hat über ein Jahr gebraucht bis eine gangbare und akzeptierte Vorgehensweise im Durchsetzen der Sozialhilfe gefunden war. Heute ist dieses Instrument zur Absicherung des Lebensunterhalts für mittellose Jugendliche etabliert und wir stellen im Rahmen unserer Beratungsstelle weit über 100 Sozialhilfeanträge pro Jahr. In der

Zwischenzeit beraten wir auch ähnliche Einrichtungen in anderen Bundesländern bei der Durchsetzung der Sozialhilfe für Jugendliche.

Laut Eurostat (Europäisches Statistisches Zentralamt 2002) zählt Tirol (neben zwei weiteren österr. Bundesländern zählen hierzu auch Oberbayern oder Norditalien) zu den reichsten Regionen in EU-Europa. Bemessen nach dem Bruttoinlandsprodukt (BIP pro Kopf) und ausgedrückt im Kaufkraftstandard (KKS: welche Mengen von gleichen Produkten und Dienstleistungen kann zum Stichtag im jeweiligen Land gekauft werden) liegt Tirol 25 Prozent über dem EU-Durchschnitt. Der einträglichste Wirtschaftszweig stellt dabei die Tourismusindustrie dar. Im Jahr 2003 hat Tirol in 335.000 Gäste-Betten über 42 Millionen Übernachtungen verkauft. Tirol erreicht mit diesen Nächtigungszahlen 35 Prozent aller Nächtigungen der österreichischen Tourismuswirtschaft. Tirol hat aktuell 690.000 Einwohner, das sind 8,5 Prozent der österreichischen Bevölkerung.

Vom Sozialhilfegesetz zum Grundsicherungsgesetz

2005 wurde das Sozialhilfegesetz in ein „Grundsicherungsgesetz“ novelliert, damit fand ein Prozess seinen Abschluss, der seit Ende der 1990er Jahre dauerte. Diese Novellierung wurde von den MitarbeiterInnen des DOWAS öffentlich und im Widerspruch zur herrschenden Politik begleitet, wobei hier der Spagat zwischen Mitarbeit und damit drohender Vereinnahmung auf der einen Seite und Beeinflussung und Verhinderung von Verschlechterungen auf der anderen Seite die unauflösbare Herausforderung war. Im Zuge dieses Prozesses kam es nicht zufällig zu einer Spaltung von sozialpolitischen Initiativen, wobei gerade die größeren „Wohlfahrtsverbände“ (Caritas u.a.) aus Opportunitätsgründen schnell die Seiten wechselten, um keine finanziellen Einbußen auf der Subventionsebene befürchten zu müssen. Das neue Gesetz brachte dann auch die längst befürchteten Verschlechterungen: statt mehr Rechtssicherheit Ausweitung der privatwirtschaftlichen Sozialhilfe, statt Anhebung der Sozialhilfe auf das Niveau einer Mindestsicherung Festschreibung von Höchstsätzen und Nivellierung von Sonderzahlungen und Bekleidungshilfe; Ausweitung der Durchsetzungspflicht von Ansprüchen gegenüber Dritten, Deckelung der Mietkosten über Quadratmeterbeschränkung, Ausweitung der Regressmöglichkeiten, Verpflichtung zur Annahme eines Hilfeplans und einer Betreuung, Arbeitspflicht im Rahmen der Hilfe zur Arbeit und endgültige Festschreibung des Ausschlusses von Anspruchs-

Armut im Wohlstand

How the other half lives:

54 Prozent der erfassten Erwerbstätigen in Tirol lagen mit ihrem Einkommen unter dem statistischen Durchschnittseinkommen der Österreicher von € 1.202,-.

Working poor: 21 Prozent der Tiroler Erwerbstätigen sind armutsgefährdet – sie verdienen weniger als € 790,- im Monat.

Down under: 4 Prozent der Tiroler sind von akuter Armut betroffen, aber nur 0,47 Prozent beziehen Sozialhilfe

Unemployment and rural risks: Tirol hat eine Arbeitslosenrate von 6 Prozent. 80 Prozent der Arbeitslosen erzielen ein Einkommen aus der Arbeitslosenversicherung, das unter der Armutsschwelle (€ 790,-) liegt. Fast 25 Prozent der Tiroler Bevölkerung haben nur die Pflichtschule absolviert und haben deshalb auch ein hohes Risiko auf Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Niedriglohn und dementsprechend niedrige Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Pensionsversicherung zu erwarten.

Sex and poverty: 40 Prozent der Tiroler Fraueneinkommen unterschreiten die Armutsschwelle

Aging poor: 52 Prozent der PensionistInnen liegen unter der Armutsschwelle für Einzelpersonen von € 790,-. 21,3 Prozent der PensionistInnen liegen mit ihrem Einkommen unter dem Sozialhilferichsatz von € 398,90 (Richsatz für das Jahr 2003).

Pars pro toto: 28 Prozent der Tiroler Haushalte können ein existenzsicherndes Einkommen nur mehr über einen komplexen Mix aus mehreren kleinen und mehr oder minder zuverlässigen (Teil-)Einkommen und staatlichen Transferleistungen lukrieren.

Housing in the Alps: Die durchschnittlichen Wohnkosten in Tirol betragen 2004 € 6,30 pro qm (= an 3. Stelle österreichweit), die durchschnittlichen Wohnkosten in Innsbruck betragen € 7,58 pro qm (= an 2. Stelle österreichweit).

gruppen aus der hoheitlichen Sozialhilfe waren die weiteren Verschärfungen. Aus einer bisher schon restriktiven und nicht bedarfsdeckenden Sozialhilfe wurde eine noch restriktivere und noch weniger bedarfsdeckende „Grundsicherung“.

Zur Einschätzung des neuen Grundsicherungsgesetzes lasse ich die „neutrale“ Wissenschaft (Max Preglau vom Institut für Soziologie der Innsbrucker Uni) zu Wort kommen:

„Das neue Tiroler ‚Grundsicherungsgesetz‘ bringt zwar einige Verbesserungen, es bewegt sich aber im Rahmen des herkömmlichen österreichischen sozialpolitischen Mainstreams. Es zielt nach wie vor vom Ansatz darauf ab, die Armen ins immer engere Korsett der Erwerbsarbeit zu zwingen, es greift weiter in familistischer Weise auf die Familie als Ausfallhaftung zurück, und es behandelt InländerInnen und AusländerInnen ungleich – es bleibt also arbeits-, familien- und inländerzentriert. Seine Bezeichnung erweist sich so gesehen als Etikettenschwindel.“

Zutritt verboten! Vom Umgang mit Flüchtlingen und einer Widerstandsaktion gegen die herrschenden Zustände

Was es heißt, in einer postnationalsozialistischen Gesellschaft zu leben, lässt sich am Besten am Thema „AusländerInnen“ (dieser denunziatorische Sammelbegriff meint MigrantInnen genau so wie Asylwerber und Flüchtlinge) darstellen. Es ist der reaktionäre Kampfbegriff der österreichischen Innenpolitik seit Anfang der 90er Jahre. Von der Haider-Partei bis zur Wenderegierung im Jahr 2000 (Amtsantritt vom Schüssel-Kabinett I) haben alle maßgeblichen Parteien ihr politisches Kleingeld an diesem Thema verdient. Kein Gesetzesbereich ist in so wenigen Jahren so oft verändert, will heißen, zum Nachteil der Betroffenen verschärft worden. Postnationalsozialistische Gesellschaft meint, dass im Unterschied zur Deutschen Politik in Österreich bis 1986 nach Innen und nach Außen der Mythos, Österreich sei das erste Opfer Hitler-Deutschlands gewesen, ungestraft aufrechterhalten blieb. Mit der Affäre Waldheim 1986 ging dieser Mythos zu Bruch, und der Aufstieg Haiders begann im selben Jahr. All die ÖsterreicherInnen, die im Nationalsozialismus einen schicksalhaften Betriebsunfall der Geschichte sahen und ihre eigene Beteiligung verleugneten, fühlten sich von dieser Bewegung magisch angezogen und bescherten dieser offen faschistischen Partei auf ihrem Höhepunkt bei den Nationalratswahlen 1999 27 Prozent. Die rassistische Ausländerpolitik (als historische Vorbilder muss man hier den Antisemitismus und den Sozialdarwinismus der Nazi-Zeit mitdenken) war hierfür das entscheidende Ferment.

Nachdem diese Regierung endlich gegen nationale und internationale Proteste fest im Sattel saß, wurde vor allem im Bereich der Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung eine Verschärfung nach der anderen durchgezogen.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Politik im Herbst 2002, als der damalige Innenminister mit einem Federstich (=Richtlinie) Flüchtlinge bestimmter Herkunftsnationen mit der Begründung „das seien alles bloße Wirtschaftsflüchtlinge“, von der Bundesbetreuung ausschloss mit den Konsequenzen, dass diesen Menschen von heute auf morgen jegliche Existenzsicherung entzogen wurde und sie der Wohnungslosigkeit ausgeliefert waren. Der Innenminister benutzte damit auch das Elend der Flüchtlinge, um Druck auf jene Bundesländer auszuüben, die bisher alles unternahmen, um ja keine oder so wenig wie möglich Flüchtlinge versorgen zu müssen. Das Hin und Her zwischen Bund und Ländern bezüglich Kompetenzen und Kostenübernahme wurde so laut und abscheulich geführt, dass selbst der Generalsekretär der Industriellenvereinigung in Tirol „eine Rufschädigung für Österreich“ befürchtete: „Wie will Österreich als Wirtschaftsstandort attraktiv sein, wenn [...] der Eindruck entsteht, dass wir monatelang zu keiner Lösung bei der Unterbringung von 1.000 Flüchtlingen finden?“

Die Einrichtungen der Flüchtlingshilfe, aber auch der Wohnungslosenhilfe waren plötzlich mit wohnungslosen Flüchtlingen konfrontiert, für die nicht einmal das Notwendigste organisiert werden konnte. Obwohl es damals in Tirol noch einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe und damit auf Lebensunterhalt und Wohnung für alle in Tirol aufhältigen Menschen gab, wurden diese Leistungen mit dem Hinweis auf Nichtzuständigkeit verweigert. Aus dieser Notsituation heraus beschlossen verschiedene Sozialinitiativen eine „Herbergssuche für Flüchtlinge“ zu starten.

Am 16.12.02 begann die „Herbergssuche für Flüchtlinge“ in der Jesuitenkirche, in Innsbruck. Für eine Woche sollte aufgezeigt werden, dass über 30 Personen wohnungslos auf der Straße standen und dass sich niemand für das Schicksal dieser Menschen zuständig erklärte. Weder das Land Tirol, noch die Sozialhilfe und auch nicht die im Auftrag des Landes arbeitende Flüchtlingsberatung. Übrig blieb eine Privatinitiative, die es sich zur Aufgabe machte, für diese Woche eine „Notschlafstätte“ einzurichten, Verpflegung und Betreuung zu organisieren, Rechts- und Sozialberatung anzubieten und Freizeitaktivitäten mit Flüchtlingen zu unternehmen. Erstes Ziel war jedoch, dass nach dieser Woche kein Flüchtling mehr ohne akzeptable Unterkunft sein sollte.

Bereits in der ersten Nacht haben 18 Personen in der provisorischen Notschlafstelle übernachtet, bis Ende der Wochen nächtigten 42 Personen, darunter Frauen, Männer und Jugendliche aus zehn verschiedenen Staaten. Am Ende der Woche wurde in Anwesenheit von der zuständigen Landesrätin und dem Flüchtlingskoordinator des Landes für alle verbliebenen Flüchtlingen eine Unterkunftsmöglichkeit gesucht – und gefunden.

Mit diesem Ergebnis, dass alle Flüchtlinge in die Landesbetreuung übernommen wurden, war die offizielle Politik nicht einverstanden. Von Seiten des Landes wurden die Versäumnisse in der Flüchtlingspolitik in verbale Angriffe gegen

Flüchtlinge und die BetreiberInnen der Aktionswoche umgedreht. Wenige Monate später (März 2003) wurde im Zuge einer Sozialhilfenovellierung der Ausschluss von Nicht-ÖsterreicherInnen und Nicht-EU-BürgerInnen aus der hoheitlichen Sozialhilfe beschlossen und damit eine weitere Entrechtung von Flüchtlingen in den zentralen Bereichen Lebensunterhalt und Wohnversorgung festgeschrieben. Mit dem Ausschluss von Anspruchsgruppen aus der hoheitlichen Sozialhilfe wurde am Beispiel von AsylwerberInnen, Flüchtlingen und MigrantInnen (die weniger als acht Jahre in Österreich leben) aufgezeigt, in welche Richtung die seit dem Jahr 2000 angekündigte Novellierung des Tiroler Sozialhilfegesetzes zielte. Die öffentlichen Proteste einiger weniger Sozialeinrichtungen gegen diesen Rückfall der Sozialhilfepolitik in Richtung Gnadenrecht wurde von Seiten der Politik mit dem Hinweis auf ein bundesweites Versorgungsgesetz für alle Flüchtlinge zurückgewiesen. Es dauerte dann noch ein weiteres Jahr (Mai 2004) bis endlich die so genannte Grundversorgung für Flüchtlinge in Kraft trat, die vorsieht, dass alle Bundesländer nach einer bestimmten Aufteilungsquote für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen zuständig sind. Auch wenn sich in den letzten zwei Jahren die Situation für Flüchtlinge in diesem Bereich verbessert hat, gibt es bis heute und nach zwei weiteren Novellierungen=Verschärfungen des Asyl- und Fremdenengesetzes, Flüchtlinge, denen unter Vorhaltung verschiedener Versäumnisse und Verfehlungen eine menschenwürdige Unterkunft und ein vernünftiger Lebensunterhalt verweigert wird.

Das DOWAS wurde für sein Engagement für Flüchtlinge wiederholt von Seiten des Landes (als dem wichtigsten Subventionsgeber) kritisiert bzw. mit dem Vorwurf konfrontiert, für Flüchtlinge und Asylwerber gar nicht zuständig zu sein. Dass in dieser Kritik die Drohung mit der Subventionskeule verpackt war, zu diesem Verdacht braucht es nicht allzu viel Fantasie. Im Unterschied zu anderen Trägern sozialer Angebote haben wir keinen Grund gesehen, uns einschüchtern zu lassen. Mit dem Selbstbewusstsein unseres 30-jährigen Bestandes und der Überzeugung, dass Sozialarbeit mehr ist als „Barmherzigkeit“, die je nach Opportunität gewährt oder verweigert wird, gehen wir in die nächsten Auseinandersetzungen.

Anmerkungen

- 1 www.dowas.org Auf dieser Website findet sich neben einer Kurzdarstellung des DOWAS auch die Dokumentation zu den 30-Jahr-Aktivitäten des Vereins
- 2 Siehe hierzu: www.sozialhilfetirol.at ist eine Beratungswebsite, die über Ansprüche und Zugänge zur Sozialhilfe informiert und seit 2003 im Netz steht.

*Stefan Schnegg, Verein zur Förderung des DOWAS,
Bruneckerstraße 12/2, A-6020 Innsbruck*





Maria Bitzan, Eberhard Bolay und Hans Thiersch¹

Im Gegebenen das Mögliche suchen Ein Gespräch mit Hans Thiersch zur Frage: Was ist kritische Soziale Arbeit?

Frage (F.): Wir wollen mit der allgemeinen, aber herausfordernden Frage beginnen, was für Dich ‚kritisch‘ bedeutet und in welchem Horizont Soziale Arbeit kritisch ist, d.h. auf welche Fluchtpunkte bzw. Utopien du Dich dabei beziehst.

Kritische Theorie, Alltag und konkrete Utopie

Hans Thiersch (T.): Das ist aber ein schwieriger Einstieg. Ich finde ja, das mit dem Kritischen kann auch ein Totschlag-Argument sein. Also ich bin mal ganz ungeschützt: ärgerlich finde ich einen Kernsatz der Kritischen Theorie von Adorno: ‚Es gibt nichts Wahres im Falschen‘, weil er eigentlich Leben unmöglich macht und den Kampf um ein besseres Leben immer schon einholt und desavouiert. Ich finde ihn auch ärgerlich, weil er eine Attitüde der Arroganz erlaubt, die man bis in die Wissenschaft hinein bemerkt – er begründet einen Status, nach dem alles, was auch immer ist, unter dem bleibt, was sein müsste.

Deshalb sage ich, ‚kritisch‘ ist nicht eine bestimmte Richtung, sondern es bezeichnet eine Attitüde, eine Haltung, die sich in unterschiedlichen Konstellationen artikuliert als Frage nach dem Unterschied zwischen dem, wie das Leben so läuft und dem, was in diesem Leben als Potenzial steckt, an Entwicklungsmöglichkeiten und auch an Entwürfen, die über das Bestehende hinausgehen. Also es ist die Frage nach der Differenz zwischen Gegebenen und Möglichem.

Wenn man das aber so formuliert, ist es wiederum gefährlich, es kann dann rasch in eine allzu kleine Münze hineingehen. Wenn man sagt: „die Verhältnisse könnten besser strukturiert werden, die Wohnungen könnten humaner gebaut werden, die Krankenversorgung könnte besser werden“, so ist das alles richtig und notwendig, aber es löst den Horizont nicht ein. Die Spannung zwischen einem

Denkhorizont, der darauf besteht, dass diese generelle Frage nach dem Möglichen nicht stillgelegt werden darf und dem, wie man das im je Einzelnen einlöst, ist etwas, das mich beschäftigt.

Bei mir äußert sich dieses Verständnis in einer Art kritischen Vorbehalts gegen professionelle Selbstverständlichkeiten, d.h. daran, was passiert, wenn soziale Probleme professionell bearbeitet werden.

Biografisch – wenn ihr danach fragt –, könnte ich es so erklären: ich bin in die Sozialpädagogik rein gezogen worden durch dieses mehr hasardeurmäßig studentenbewegte Engagement für einzelne Kinder, denen es im Heim miserabel gegangen ist, die abgehauen sind, durch Privatinitiativen mit Martin Bonhoeffer und Herbert Colla. Ich konnte auch zurückgreifen auf intensive Erfahrungen in der elfjährigen Pflege meiner interessanten, aber auch sehr anspruchsvollen und zunehmend psychisch schwierigen Großmutter. Später waren dann Erfahrungen in meiner eigenen Familie und der großen Verwandtschaft sowie dem Freundeskreis wichtig, bis hin zu dem, was meine Kinder erlebt haben, z.B. beim Reiten, in der eigenen Musikband, bei den Pfadfindern und in selbst organisierten Unternehmungen.

Also das ist eine Dimension, die relativ deutlich ist: die Erfahrungen des Alltagsverstands, die lebensweltlich komplexen Erfahrungen und das lebensweltliche Engagement in sozialen Problemen.

Mein Zugang zur Sozialpädagogik ist also sicher sehr stark privat gestützt. Es sind nicht so sehr Erfahrungen aus den sozialen Bewegungen. Bei mir basiert Kritik ganz stark auf Alltagserfahrungen, sie wächst in der Spannung zwischen lebensweltlichen Kompetenzen und Spezialisierungen, Differenzierungen und professionellen Deutungsmustern. Diese private Grundlage verbindet sich dann mit einer Kritik, die von den sozialen Bewegungen her aufkommt.

F: Es ist ja interessanterweise so, dass sich Dein Theoriegebäude genau so entwickelt hat.

T: Das ist, glaube ich, ehrlich, wenn ich das so beschreibe und wenn ich jetzt nicht – der social correctness wegen – versuche, meinen Ausgang politisch zu unterfüttern und aufzuforsten. Hier liegt bis heute meine besondere Sensibilität. Das ist der lebensweltliche Hintergrund, weshalb ich mich mit der Stigmatheorie beschäftigt habe, also mit der Frage nach gesellschaftlichen Definitionen, die das Leben verzerren und von sich aus erst Probleme schaffen. Oder mit der ‚Totalen Institution‘ als ein Arrangement, in dem keine Lebensmöglichkeiten und Freiräume gegeben sind und Menschen gleichsam zu Objekten werden und nur quasi im Untergrund, in oft sehr dramatischer Weise, sich behaupten.

Nun, das ist zunächst mal ein bisschen leichtsinnig, wenn ich so rede ...

F: ... aber interessant deshalb, weil Du die Frage der Differenzsetzung zwischen Möglichem und Gegebenem ja systematisch durchgearbeitet hast, nicht nur an der Stigmatheorie oder der Heimerziehung, sondern auch in der Beschäftigung mit Beratungstheorien, mit Theorien der Gerechtigkeit, mit Fragestellungen zum Sozialstaat unter dem Fokus einer kommunalen Sozialpolitik. Also insofern bedienst Du Dich sehr intensiv wissenschaftlicher Werkzeuge, Diskussionskontexte. Der motivationale Ausgangspunkt Deiner Kritik liegt aber nicht innerhalb der Wissenschaft, sondern ...

T: ... auch in Erfahrung von gelungenem und misslungenem, also verfremdetem oder kolonialisiertem Alltag, in Erfahrungen von geschickten Lebensarrangements, die ganzheitlich und komplex sind, die pragmatisch tragfähig sind und Gefühl und Verstand miteinander verbinden.

F: Hier drängt sich die Frage auf, wieweit dieser kritische Impuls trägt? Du selbst wirst ja nicht müde zu betonen, wie borniert und beschränkt und wenig überschreitend der Alltag ist – und dennoch nimmst Du daraus den Motor der Kritik?

T: Das ist ein Doppelspiel: das eine ist der gewöhnliche Alltag in seinen Gemeinheiten und Borniertheiten. Was ich jedoch spannend finde ist, dass es in diesem Alltag auch Kompetenzen, Deutlichkeiten und Hintergründigkeiten gibt, Hoffnungen und Leiden und die Anstrengung, sich in diesem Ineinander von Pseudokonkretheit und Überschüssigem zu behaupten: den Kampf um Bewältigung. Also ich bin der Überzeugung: es gibt eine Wahrheit im Konkreten, die im Gegensatz steht zu Schlampereien, Schlurigkeiten und Gemeinheiten, also Ängstlichkeiten, Verdrängungen, Fatalismus, Resignation und Anfälligkeiten – und die freigesetzt werden muss und kann. Dazu brauche ich wissenschaftliche Zugänge, dazu brauche ich aber auch literarische Sichtweisen, philosophische Erkenntnisse.

F: ... das wären also die je im Konkreten durchaus realisierbaren utopischen Werte?

T: Ich glaube ja! Konkrete Utopie – das ist mein Lieblingszitat von Bloch – bedeutet, dass wir in tätiger Hoffnung leben orientiert an einem Land, das mindestens Anti-Nichts heißt. Es liegt nirgends, „als in der arbeitenden Intention darauf hin; sie leuchtet inhaltlich an Gegenständen, die eine Aura des gut Gewordenen um sich bilden.“ – das finde ich besonders aufregend! Ich bin elektrisiert gewesen von der Darstellung der Anfänge bei Bloch, der ja genau das versucht hat und der im „Prinzip Hoffnung“ z.B. diese faszinierenden Skizzen von Kindheit und Jugend hat, oder auch von den Geschichten in den „Spuren“. Hier werden utopische Momente im Alltag deutlich, im Konkreten beschrieben und nicht nur aus Anlass von Kindheit, auch von religiösen Erfahrungen, von

Landschaftserfahrungen, von – das fand ich immer besonders schön – Urlaub und Freizeit. Immer geht es um die Freilegung des utopischen Potenzials im gelebten Leben. Ich fand immer, dass das „Prinzip Hoffnung“ so etwas ist wie ein Vademekum aufbrechender, weiter treibender Lebenserfahrungen, also Konkretisierungen des Hungers – wie Bloch es begründet – nach einem nicht erniedrigten und beleidigten Leben.

Das kritische Selbstverständnis im sozialpädagogischen Studiengang in Tübingen

F: Nun, Alltag, soziale Bewegungen und konkrete Utopie, das ist eine Linie. Aber kommen wir nun auf die andere Linie zurück, die wir auch schon berührt haben, auf die Spannung zur professionellen und institutionalisierten Sozialen Arbeit. Du hast schließlich in Tübingen einen der ersten Diplomstudiengänge Sozialpädagogik aufgebaut und darin mehr als dreißig Jahre gelehrt.

T: Er war belebt von neuen Initiativen. Anne Frommann kam aus einem der ganz wenigen damaligen Reformheime, meine Frau Renate brachte früh schon Frauenthemen ins Studium ein und Ulrich Seibert war jemand, der mit der Professionalität nicht gut stand und es lieber mit Selbsthilfe und Betroffenen-Autonomie hielt und der dann ja auch die kühne These aufgestellt hat, dass Sozialarbeit außerhalb von Freiwilligkeit keine sein könne. Und Kreszentia Barth kam von Adorno, bei dem sie eine Arbeit über die Ideologie der Familienhilfe geschrieben hatte; Hedwig und Friedrich Ortmann waren mit dezidiert kritischen Theoriekonzepten dabei. Das war alles verbunden in der Frage, ob es möglich ist, das gegebene System der Sozialen Arbeit in einer neuen Weise offen und kritisch zu verändern und Leute auszubilden, die das können.

F: Dein Start in Tübingen mit dem Personal, das da zusammenkam, war also schon an der Frage orientiert: können wir hier andere Formen, ein anderes Bild der Sozialen Arbeit aufbauen?

T: Ja, und ich würde das heute zurückblickend etwas verallgemeinern mit der prinzipiellen Frage nach dem Verhältnis von Lebensschwierigkeiten, sozialen Problemen und professionell-institutionellen Arbeitsmöglichkeiten generell, und dies noch einmal verallgemeinern in der Frage nach Lebensbewältigung und Vergesellschaftung. Wobei ich immer davon ausgehe, dass Vergesellschaftung in unserer Gesellschaft unhintergebar und notwendig ist. Aber wie kann sie so gestaltet werden, dass sie die lebendigen Möglichkeiten, die im Alltag und in alltäglichen Erfahrungen gegeben sind, nicht kaputt macht, verengt oder einengt? Eine meiner Lieblingsgeschichten in den Vorlesungen war immer: Eine Alte Frau springt aus dem Fenster und liegt tot auf der Straße. Der Notarzt kommt

und sagt: „ein typischer Fall von Altersdepression“ und die Nachbarin sagt: „es könnte sein, wir haben sie zu wenig besucht“.

F: Noch einmal zurück: Dein Programm ist ja schön, aber von linken Gruppierungen unter den StudentInnen wurde damals radikal in Frage gestellt, ob es denn kritisch oder ob es nicht im schlechtesten Sinne reformistisch sei.

T: Für diese Frage erweist sich unser Gesprächs-Einstieg doch als ganz gut, denn ich sage: es gibt das Richtige im Falschen. Wir trieben sehr wohl eine Kritik der Sozialarbeit, aber es war eine Form der Kritik, die davon ausgegangen ist, dass Sozialarbeit als solche notwendig ist. Meine Formel war damals und ist es bis heute: ‚Kritik und Handeln‘. Dies hatte den Hintergrund, dass es Menschen gibt, denen man helfen muss und dass es Professionalität braucht, um helfen zu können und dass man dazu ausgebildet sein muss.

F: Du hast also in deinen ganzen Anfragen an die Soziale Arbeit nicht sie als solche in Frage gestellt, sondern ihre Enge, ihre Definitionsmacht, die sie in eine Richtung nutzt.

T: Die Sozialarbeit als solche nicht unbedingt. Die Tatsache, dass Menschen Hilfe brauchen und dass es verkorkste, entrechtete und verelendete Verhältnisse gibt, und dass man in ihnen agieren muss, dass man – so habe ich es in meiner Theorie formuliert – im Alltag einen gelingenderen Alltag freisetzt, das ist der nicht-hinterfragbare Kern. Soziale Arbeit agiert aber eben in einer Doppelrolle, sie agiert im Horizont der Kritik und Gestaltung von Gesellschaft und der Verhältnisse. Ihre primäre Aufgabe ist jedoch – so denke ich – die Herstellung eines aushaltbaren Lebens, im Horizont von Gerechtigkeit, Solidarität und Autonomie. Und von da aus war ich relativ abstinenter gegenüber der bis in die Fachbücher hinein vorgebrachten Kritik, dass die Sozialarbeit nur Agent des Kapitals sei.

F: Das hat Dir zu der Zeit ja den Ruf eingehandelt, nicht kritisch genug zu sein!

T: Ja. Kritik war bei mir Kritik an einer Art Theorie, die einer guten Praxis und auch einer konstitutiv gestaltenden Sozialarbeit überhaupt keinen Raum mehr ließ. Das war damals eine sehr wilde Auseinandersetzung. Ich erinnere mich, wie ich zum ersten Mal meinen Vortrag zum „Alltag“ bei der Sektion Sozialpädagogik vorgetragen habe, 1978; der ist in der Luft zerrissen worden. Und Christian Mahrzan hat mich getröstet; wir sind eine lange Nacht in Bremen spazieren gegangen. Es waren damals auch sonst sehr schwierige und zum Teil quälende Diskussionen z.B. darüber, ob mobile Jugendarbeit nichts anderes wäre als Verrat der protestierenden Kraft der jungen Leute an das System, und dass funktionale Äquivalente sozusagen das Linsengericht seien, mit denen man ihnen die Freiheit der Anarchie abkaufte.

F: Das ist interessant, weil aus dem heutigen Blickwinkel diese Gegenargumente gegen deinen Denkansatz, auch gegen deine Intentionen, sehr undialektisch wirken. Im Extremfall hat man pointiert und die primär auf Verbesserungen situativer Gegebenheiten zentrierte Anlage denunziert und missverstanden – zumindest missverstanden als freundliche Theorie der Anpassung oder als eine Theorie, die zu sehr auf Probleme der Praxis bezogen bleibt.

T: Das habe ich immer als Missverständnis gesehen. Natürlich war in der gegebenen Ausbildungssituation der Ansatz so ein bisschen ‚mit der Nase auf dem Boden‘, also besonders auf konkrete Probleme gerichtet. Aber die waren in den 1970er Jahren deutlich gerahmt von dem, was damals kritische Diskussion war. Da gehörten damals selbstverständlich Seminare über Fromm, über Bloch, über die Frankfurter Schule, und besonders intensiv Seminare über Bernfeld, aber auch Rühle und Kanitz dazu. Das war natürlich fundiert mit Marx, mit dem ökonomischen Marx, vor allem aber mit den Frühschriften. Wenn ihr so wollt, waren da sozialistische und anarchistische Neigungen drin. Das verband sich mit der kritisch-kriminologischen, kritisch-soziologischen und kritisch-psychiatrischen Literatur, also z.B. mit Goffman, Lemmert. Damals habe ich meine kritische Alltagstheorie ausgearbeitet mit ihren Bezügen zu Schütze, Berger/Luckmann, Kosik, Lefebvre und Lukacs und vor allem Habermas (und später natürlich Bourdieu).

Insofern war der Theoriehorizont ungeheuer weit gespannt und mitnichten nur pragmatisch auf Praxiskompetenzen und -veränderungen gerichtet. Insofern hatte Kritik immer den Fokus der Veränderung der Praxis der Sozialen Arbeit in einem weiteren Feld. Es war überhaupt nicht einfach eine Berufswissenschaft.

Das Praktisch-Werden der Theorie – der 8. Jugendbericht

F: 1980 kam ja der achte Jugendbericht und mit ihm eine gefährliche Konkretisierung der Alltagsorientierung ...

T: ... macht mal halblang. Zunächst war das sehr positiv. Er formulierte sozusagen meine Theorie als Reformtheorie für die Soziale Arbeit, was vorher sicher schon angelegt, aber so noch nicht formuliert war. Ich war da eher schweifender. Dann kam die Durcharbeitung und Erweiterung zum Konzept der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit mit ihren Handlungsmaximen, die inzwischen ja alle rückwärts aufsagen können. Es war für mich auf der einen Seite eine großartige Erfahrung, dass sich in unserer sehr kollegialen Kommissionsarbeit ein Konzept ergeben hat, das offensichtlich ein Verständigungskonzept war über Entwicklungs- und Reformmöglichkeiten unterschiedlicher und auch unterschiedlich kräftiger Art. Da waren die ganz spannenden Diskussionen mit Timm Kunstreich

auf der einen Seite und mit Sozialämtern auf der anderen Seite, die ihre Angebote zum Teil doch sehr radikal umstrukturiert haben. Der Preis allerdings war hoch; es gab sehr vielfältige Verflachungen und manchmal verkam es zur Überschrift.

F: Das waren ja explizite Folgen des Jugendberichts, oder?

T: Ja. Und das hat dann bei mir dazu geführt, die Hintergründe wieder deutlicher machen zu wollen – also die politisch-gesellschaftlichen Hintergründe auf der einen und die sozioethisch philosophierenden auf der anderen Seite. Da aber merke ich im Nachhinein, dass sich bei mir etwas gewandelt hat und dass mir in den Blochschen Überlegungen zur Utopie etwas gefehlt hat: dass nämlich Demokratie eine Utopie sein kann. Da spielt dann Willy Brandt hinein – „mehr Demokratie wagen“- und das Sozialstaatspostulat. Wir leben in einer Gesellschaft, die in sich selbst den Widerspruch von Gegebenem und Aufgegebenem oder von vorhandenen Möglichkeiten und nicht eingelöstem Potenzial in Bezug auf Freiheit und Solidarität enthält, und es muss eine Möglichkeit geben, Soziale Arbeit darin zu verankern.

Politisierung der Sozialen Arbeit

F: Man könnte also sagen, dass Du die Denkweise, die Du zuvor mit der kritischen Alltagstheorie entwickelt hast, jetzt auf die Frage des Politischen, auf die politische Gesellschaft ausgeweitet hast?

T: Ja, wenn ihr das so sagt, glaub ich das. Nachdem der Sozialen Arbeit das Schweifende, Linke als Hintergrundsvitalität abhanden kommt, braucht sie eine neue Begründung. Ich meine keine affirmative Theorie des Sozialstaats, sondern verstehe den Sozialstaat als ein kühnes Konzept, das auf einem Weg ist, den man weiter entwickeln muss, und dass das eine Möglichkeit der Fundierung einer lebensweltorientierten Arbeit ist, die die Bewältigungsaufgaben im Alltag sieht und angeht.

F: Können wir das noch etwas pointieren? Daran, wie Du Dich wann und wo äüßerst, ist erkennbar geworden, dass Du eine Weile nach dem 8. Jugendbericht angefangen hast, Dich deutlicher in diese Richtung zu positionieren, dass Du etwas zugespitzt hast und auch kritischer geworden bist.

T: Ich glaube, das haben wir, also Lothar Böhnisch, Wolfgang Schröer und ich, in unserem Dreier-Buch ganz schön herausgearbeitet: Soziale Arbeit im Horizont sozialer Gerechtigkeit als Unterstützung in den Bewältigungsaufgaben der brüchigen, schwierigen und entgrenzten Moderne, also als Zugangsgerechtigkeit, ist herausgefordert und kriegt ihre Schärfe angesichts des Gesellschaftsbruchs hin

zum marktliberalen Neokapitalismus, oder zur Dominanz des Kapitalismus, oder – ich zitier da gerne Helmut Schmidt, weil der so unverfänglich ist – zum Raubtierkapitalismus.

Wir leben in einer gesellschaftlichen Situation, wo eine solche – wenn ihr so wollt – utopisch inspirierte Demokratiekonzeption schon oppositionell ist, und wo der Ansatz, dass man nach den Potenzialen in der Lebenswelt fragt, in einer Weise technologisch verrechnet und in die Enge getrieben wird, dass er auch da gleichsam revolutionär wird. Das Entstehen für menschliche Erfahrungen in ihrer Ungeordnetheit, Schwierigkeit und Widersprüchlichkeit wird revolutionär im Anspruch an Solidarität und Gleichheit in den gegebenen Verhältnissen eines – so kommt es mir vor – globalisierten, als Monolith wirkenden oder in der vermeintlichen Unhinterfragbarkeit fetischisierter Gesetzmäßigkeiten (das ist wohl das, was Marx früher den Warenfetisch genannt hat) sich präsentierenden Sachzwangs des Kapitalismus.

F: Du meinst diese Schärfung deiner Kritik hat auch was damit zu tun, dass sich das Drumherum nach rechts bewegt hat?

T: Meine Begründung der Sozialen Arbeit bezieht sich ganz stark auf die Notwendigkeit des Ausgangs von Alltagserfahrungen – das ist geblieben – und auf der anderen Seite auf eine stärker demokratietheoretische Verwurzelung: Soziale Arbeit also als Organ unserer tendenziell auf soziale Demokratie hin orientierten Gesellschaft. Dies ist durchaus nicht selbstverständlich.

Ich denke, eine gewisse Deutlichkeit meiner Position kommt auch daher, dass ich sie ausgewiesen habe gegenüber anderen, z.B. neokapitalistischen, neoliberalen und neokonservativen Überlegungen: gegen die Ich-AG, gegen die schlichte Ehrenamtlichkeit und gegen die heile Welt. Oder noch einmal anders: gegen die gesellschaftliche Dethematisierung des Sozialen und gegen die Reprivatisierung von Bewältigungsaufgaben, die dann damit einhergehen, dass sich der Staat mit gleichsam gutem Gewissen aus seiner sozialpolitischen Gewährleistungspflicht zurückzieht.

Diese Position steht gegen das Gerede vom betreuten Menschen oder von einer neuen Sozialkonzeption, nach der der Sozialstaat nur die Armut vermehren und die Selbstständigkeit der Menschen schwäche, also Versorgungs- und Kuschelmentalitäten fördere und so nicht nur die Armen, sondern auch die Gesellschaft ruiniere. Ich bin so gesehen auch gegen eine Position Nietzsches, dass Gerechtigkeit die Tugend der Schwachen sei, die sich nicht anders zu wehren wissen, weil sie die Stärke nicht haben, sich im Leben zu behaupten.

Eine weitere Schärfung kommt im Bezug auf Lebensweltorientierung daher, dass ich zunehmend deutlicher sehe, welche Gefährdungen in ihrer konservativen Auslegung als heiler Welt stecken. Das ist ja etwas worauf Du, Maria, auch

immer insistierst. Die Behauptung, dass das Private politisch sei, verliert sich in seinen Bornierungen und die sind dann gerade nicht das Politische. Und schließlich, auch das System einer lebensweltorientierten, vernetzten Institutionalisierung steht in Gefahr, doch wieder nur selbstreferenziell zu agieren. Das Prinzip Lebensweltorientierung muss also radikal verstanden werden – Negt sprach vom Rohstoff Wirklichkeit – als Prinzip, das sich immer wieder auch gegen die Geschicklichkeiten oder Erledigungsregeln einer institutionalisierten Professionalität richtet, die sich dann zwischen Vertragsförmigkeit und Methodenrichtigkeit eher aus den Schwierigkeiten des Lebens herausmogelt. Hinter einer solchen ausgeschärften Kritik stellt sich – das dreht sie dann ins Positive – die Frage nach Sozialer Arbeit und Politik neu als die nach ihrem Verhältnis zur Bürgergesellschaft – Bürgergesellschaft verstanden im Horizont von Partizipation, Rechten, Selbstzuständigkeiten und Gestaltungsinitiativen. Hier braucht es dann neue, nichthierarchische Kooperationen und Vernetzungen, hier braucht es – und da scheint mir Soziale Arbeit besonders gefordert – in den gegebenen Unterdrückungen, Fatalismen und Verdeckungen Freisetzung, Ermutigung und Unterstützung.

F: Mit dieser Kritik und Positionierung markierst Du ja auch Differenz zu bestimmten Entwicklungen innerhalb der Sozialen Arbeit, sowohl innerhalb der Theorieentwicklung wie auch innerhalb der Entwicklung der Praxis, die sich zum Teil, wie mir scheint, dieser neoliberalen Strömung eher unterwirft oder mitgeht.

T: Ja, das finde ich scheußlich. Das Neoliberale ist mir unverständlich. Zurzeit finde ich diese gleichmachenden theoretischen Figuren aufregender, entweder systemtheoretischer oder differenztheoretischer Art, in denen es vor allem um Unterscheidungen und Abgrenzungen geht, um die Gleichwertigkeit von Differenzen und die Emphase gegen Moral – mit denen ich mich nicht abfinden mag. Ich bin da eher, wie ihr auch, an Konflikten interessiert – die zeigen etwas auf.

Ich bestehe darauf: Es gibt Recht und Unrecht. Hier bin ich sozusagen stur und altmodisch und fühle mich da eher wie ein Dinosaurier in der Landschaft. Ich insistiere darauf, dass Soziale Arbeit ohne diese normative Seite nicht bestehen kann. Soziale Arbeit ist gesellschaftlich verwurzelt in einer auf Veränderung und auf ihr protestatives Potenzial hin ausgelegten Demokratietheorie. Also, ich glaube an Gerechtigkeit und an Unrecht, an Gemeinheit aber auch an Freundlichkeit, Respekt, Anerkennung und die notwendige Hilfe im Überstehen des Alltags. Das klingt allgemein. Aber es ist notwendig als Orientierung, die man in moralisch inspirierter Kasuistik ins Konkrete um- und übersetzen muss. Gewiss, da liegen auch die Fallstricke und Abgründe – aber das wäre ein weites Feld ...

Die Rede vom Sozialpädagogischen Jahrhundert

F: Greifen wir auf das Schlagwort des „Sozialpädagogischen Jahrhunderts“ zurück, das Du Anfang der 1990er Jahre geprägt hast. Es verweist ja auf einen Durchsetzungsprozess der Sozialen Arbeit im Gefüge vergesellschafteter Hilfen, auf ihre Normalität gewissermaßen. Wo ist da eine kritische Komponente?

T: Also das „Sozialpädagogischen Jahrhunderts“, das war ja eher eine Formel. Gemeint habe ich damit zunächst etwas ganz Harmloses, und zwar etwas Innerdisziplinäres. Nachdem Pädagogik weitgehend eine Lehrer- und Schulwissenschaft geworden war, ist sie in unserem Jahrhundert eine Wissenschaft auch der nichtschulischen Aufgaben und Beziehungen geworden. So habe ich dann auch behauptet – und ich finde das nach wie vor hübsch – ein zweiter Kontinent tauche aus dem Wasser auf, das Wasser laufe noch überall herunter, er ist noch nicht trocken und er wird erst allmählich bewohnbar. Mehr kann damit auch gar nicht gemeint sein, es ist zunächst eine disziplinäre Bestimmung.

Ich könnte jetzt in einem zweiten Gang sagen, dass das 20. Jahrhundert zwar nicht ein sozialpädagogisches Jahrhundert gewesen ist, aber eines, in dem Lernprozesse oder Bewältigungsprozesse als solche, die auch auf sozialstaatlich gewährleistete und pädagogisch inszenierte Hilfen angewiesen sind, sich auf alle Lebensbereiche beziehen. Also nicht mehr nur primär auf Wissen und Berufskönnen, sondern auch generell auf Lebensbewältigung. Dieser neue Aufwand für Lebensbewältigung ist eine Lernaufgabe, die man nicht einfach naturwüchsig sich selbst überlassen kann. So würde ich sagen: Die Formel ‚sozialpädagogisches Jahrhundert‘ ist vielleicht falsch, aber ein Jahrhundert, in dem Lebensbewältigung zur Aufgabe wird, um die man sich kümmern muss und die – jetzt mal pathetisch geredet – auch vergesellschaftet und institutionell-pädagogisch wird, trifft zu. Dann stimmt aber sozialpädagogisch nicht, denn Sozialpädagogik ist an diesem Kuchen von gesellschaftlich bestimmten Lebensbewältigungsaufgaben nur ein ganz kleiner und sicher oft auch etwas kümmerlicher Teil.

Hier deckt sich Lebensweltorientierung, also die Frage nach Alltag und Leben, mit der Debatte um Care, die intensiv in der Frauenbewegung geführt wird, da deckt sich das mit den Lernerfahrungen in den Ökobewegungen und alternativen Bewegungen, oder heute in Stadtteilgestaltungsbewegungen. Ich denke, dass die Gesellschaft etwas ist, was den Menschen zur Gestaltungsaufgabe überantwortet ist. Das drückt sich in dem alten Bild, das Kant von Ficino übernommen hat, gut aus. Der erzählt das wunderbare Gleichnis, dass alle Tiere nach der Schöpfung zu Gott kommen und der Pfau kriegt sein Rad, der Elefant seinen Rüssel, der Adler seine Flügel. Dann kommt der Mensch und fragt, was er kriege. Und Gott sagt: Du kriegst gar nichts, du hast deine Vernunft. Gestalte die Welt nach dem Bild deiner Vernunft, kümmer dich drum! Sonst gebe ich dir nichts.

Wenn das der Impuls von Neuzeit ist, dann, so denke ich mir, ist im vorigen Jahrhundert deutlich geworden, dass die Gestaltung von Lernen, von Bildungsprozessen und Selbstbildungsarrangements Voraussetzung dazu ist, dass man sein Leben bewältigen kann. Der kritische Impuls zielt auf die Frage, ob Vergesellschaftung technologisch-instrumentell verkürzt wird; da liegt das Konzept einer lebensweltorientierten Sozialen Arbeit eng an der Kritischen Theorie, da kommt dann zwingend die Frage nach der Ambivalenz und der Dialektik der Aufklärung. So herum ist das vorige Jahrhundert das des Kampfes gewesen, in welchem auf der einen Seite der gestaltende Impuls der Aufklärung deutlich geworden ist und sich auf alle Lebensbereiche bezogen hat und das auf der anderen Seite in der Spannung steht, lebensweltliche Möglichkeiten stabil zu machen, zu klären und lebbar zu machen, oder sie technologisch zu verkürzen und der instrumentellen Vernunft aufzuopfern.

Das Kritische wäre, dass Soziale Arbeit darauf insistiert, dass es eine aufklärende Potenz braucht; das bedeutet auch, dass sie sich nicht irgendwie hinarrangiert, sondern dass sie bis in schwierige Verhältnisse hinein an der Spannung von Gegebenem und Aufgegebenem festhält.

Das ist so. Aber erlaubt mir bitte noch zu sagen, dass mir in unserer Unterhaltung nicht ganz wohl ist. Ihr habt mich zu kecken Aussagen zu großen Themen geführt, und da müsste man natürlich vieles genauer und sorgsamer erörtern.

F.: Vielen Dank für Deine Gesprächsbereitschaft und genau dieses Vorwagen in ungesichertes Gelände.

Anmerkung

1 Die Fragen stellten Maria Bitzan und Eberhard Bolay

*Prof. Dr. Maria Bitzan, FHS Esslingen
E-mail: bitzan-ma@web.de*

*Dr. Eberhard Bolay, Institut für Erziehungswissenschaft,
Universität Tübingen
E-mail: eberhard.bolay@uni-tuebingen.de*

*Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans Thiersch, Institut für Erziehungswissenschaft,
Universität Tübingen,
E-mail: hans.thiersch@uni-tuebingen.de*



Anne Ames und Frank Jäger

Die Arbeitsverwaltung als omnipotente Sozialarbeiterin oder der Bock als Gärtner

Zur Korrumpierung sozialarbeiterischer Begriffe und Konzepte durch das Sozialgesetzbuch II

Die rhetorische Sozialpädagogisierung des Arbeitslosenrechts

Mit dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), der Rechtsgrundlage für die Gewährung von Arbeitslosengeld II (Alg II), haben zentrale Begriffe und Konzepte der Sozialarbeit und Sozialpädagogik Einzug ins Arbeitslosenrecht und in die Arbeitsverwaltung gehalten.

Paragraf 14 des Gesetzes bestimmt, dass die für die Gewährung des Alg II zuständigen Behörden „persönliche Ansprechpartner für jeden erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die mit ihm in einer Bedarfsgemeinschaft Lebenden“ benennen sollen. Schon im Begriff des „persönlichen Ansprechpartners“ klingt das Konzept der „Hilfe aus einer Hand“ an. Der einzelne „Hilfebedürftige“ soll nicht orientierungslos zwischen anonymen Institutionen und Institutionssegmenten mit ihren je spezifischen Aufmerksamkeiten umherirren müssen, sondern sich an eine bestimmte Person wenden können, die den Überblick hat und als Lotse und Vermittler wirkt. Diese Person soll nicht nur Überblick über den Behörden- und Leistungsdschungel haben, sondern Über- und Einblick in die Lebenssituation des Hilfebedürftigen. Deswegen ist sie Ansprechpartner der ganzen „Bedarfsgemeinschaft“. Nach den Empfehlungen der Bundesagentur für Arbeit werden die persönlichen Ansprechpartner für bestimmte – besonders „betreuungsbedürftige“ – Kundengruppen als Fallmanager bezeichnet. Die Landratsämter in den Optionskommunen lassen meist all ihre Alg-II-Bezieher durch Fallmanager „betreuen“. Der Begriff stammt eindeutig aus dem sozialarbeiterischen und sozialmedizinischen Case-Management.

Paragraf 15 SGB II normiert, dass die Leistungsträger mit jedem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen eine „Eingliederungsvereinbarung“ abschließen sollen. Die Hinweise, Handlungsempfehlungen und Geschäftsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit zur Durchführung dieses Paragraphen lesen sich über weite Strecken wie eine Anleitung zur Erarbeitung eines „Hilfeplandes“ in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Der Eingliederungsvereinbarung hat danach ein „umfassendes und systematisches Profiling“ und ein „intensives Beratungsgespräch“ vorauszugehen. Mit dem Profiling sind keineswegs nur die beruflichen Qualifikationen und Erfahrungen der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, sondern auch der Gesundheitszustand, die Leistungsbereitschaft, das Durchhaltevermögen, die Zielstrebigkeit, Eigeninitiative und Lernbereitschaft zu erfassen. Das pädagogische Vokabular erinnert an die Beurteilung von Zöglingen. Etliche Leistungsträger lassen ihre Alg-II-Antragsteller Profilingbögen ausfüllen, mit denen darüber hinaus das persönliche Umfeld der Betroffenen und – wie dilettantisch auch immer – ihre psychische Verfassung erfasst werden soll.

Aber nicht erst die Anwendung des Gesetzes in der behördlichen Praxis, schon der Gesetzestext macht klar, dass mit der „Eingliederungsvereinbarung“ ein umfassender Zugriff auf die Lebenssituation und die Lebensführung der auf Alg II angewiesenen Erwerbslosen angestrebt wird. In Paragraf 16, der aufführt, welche „Leistungen zur Eingliederungen“ den Hilfebedürftigen gewährt werden können, sind zwischen den Möglichkeiten zur beruflichen Förderung und den Arbeitsgelegenheiten genannt: die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder, die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die psychosoziale Betreuung, die Suchtberatung. Hiermit empfiehlt der Gesetzgeber die Arbeitsverwaltung als Berater, Freund und Helfer in allen Lebenslagen von der Wiege bis zur Bahre. Nach dem zweiten Absatz von Paragraf 15 kann in der Eingliederungsvereinbarung auch festgelegt werden, welche Leistungen die Personen erhalten, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Der dazu gehörende Durchführungshinweis der Bundesagentur stellt klar, dass es in diesem Punkt um die nicht erwerbsfähigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft, also die Kinder, Kranken und Alten, geht. Wenn der Geist der in diesen Paragraphen steckt, tatsächlich Raum griffe im behördlichen Umgang mit Alg-II-Betroffenen, wäre die Arbeitsverwaltung auf dem Weg zur Totalen Institution.

Für die erwerbsfähigen Mitglieder gilt, dass mit jedem von ihnen eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen ist. Mit dieser Bestimmung im SGB II gelingt dem Gesetzgeber, was der nahezu 40-jährigen neuen Frauenbewegung und einer langen Reihe fortschrittlicher familienpolitischer Impulse nicht gelungen ist: die Hausfrauenehe (auch die Hausmännerehe) wurde abgeschafft. Allerdings nur für Familien, die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Hier kann sich kein erwerbsfähiger Erwachsener darauf berufen, dass er oder sie gemäß einer

innerfamiliären Vereinbarung für Haus-, Familien- und Erziehungsarbeit zuständig sei und deswegen auf Teilnahme am Erwerbsleben bisher verzichtet habe und auch künftig verzichten wolle. Alg-II-Betroffene haben nicht die Freiheit, die innerfamiliäre Rollenverteilung selbst auszuhandeln. Wer auf Alg II angewiesen ist, muss Familie und Beruf vereinbaren, spätestens nachdem das jüngste Kind drei Jahre alt geworden ist und seine Betreuung damit in der Regel außerfamiliär sichergestellt werden kann. Mit dem SGB II fand also nicht nur ein gewagter sozialpädagogischer Impetus Eingang ins Arbeitslosenrecht. Unter der Hand und ohne jeden konservativen Aufschrei verfügte das Gesetz auch einen – für die Verhältnisse der Bundesrepublik enormen – familien- und ordnungspolitischen Umbruch, dessen Realisierung ebenfalls in die ausufernde Zuständigkeit der Arbeitsverwaltung fällt.

Die Unterwanderung des Arbeitslosenrechts durch sozialarbeiterische Begrifflichkeit fand durch das im Februar 2006 verabschiedete Erste Änderungsgesetz zum SGB II ihren vorläufigen Höhepunkt. Im neu eingefügten Absatz 2a) des Paragraphen 22, der die Leistungen für Unterkunft und Heizung bei Alg-II-Bedürftigkeit regelt, heißt es: „Sofern Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, umziehen, werden ihnen Leistungen für Unterkunft und Heizung für die Zeit nach einem Umzug bis zu Vollendung des 25. Lebensjahres nur erbracht, wenn der kommunale Träger dies vor Abschluss des Vertrages über die Unterkunft zugesichert hat. Der kommunale Träger ist zur Zusicherung verpflichtet, wenn der Betroffene aus schwerwiegenden sozialen Gründen nicht auf die Wohnung der Eltern oder eines Elternteils verwiesen werden kann ...“. Der Begriff der „schwer wiegenden sozialen Gründe“, deretwegen jungen Menschen ein Leben im Haushalt der Eltern nicht mehr zumutbar ist, stammt aus der Jugendhilfe. Dort sind in der Regel immer wiederkehrende Vorkommnisse massiver innerfamiliärer physischer oder psychischer Gewalt gemeint. Was die Alg-II-Leistungsträger darunter verstehen werden, wird die Praxis zeigen. Jedenfalls traut und mutet der Gesetzgeber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Arbeitsverwaltung zu, familiäre Verhältnisse und Situationen danach zu beurteilen, ob sie schlimm genug sind, einem jungen Erwachsenen das Wohnen außerhalb des elterlichen Haushalts zu ermöglichen. Tendenziell werden hiermit junge Erwachsene entmündigt, und Jobcenter werden zu Jugendämtern für junge Erwachsene.

Was bieten SGB II und die Arbeitsverwaltung den Betroffenen tatsächlich

Seit das SGB II in Kraft ist, erhalten die davon betroffenen Erwerbslosen alles andere als „Hilfe aus einer Hand“. Keinen Ansprechpartner in der Behörde zu finden oder von ständig wechselnden Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen

widersprüchliche Auskünfte zu bekommen, gehört zu ihren besonders verbreiteten Erfahrungen. Ob es um Fragen zur Antragstellung und den Rechtsansprüchen, um unverständliche oder falsche Bescheide oder um Wünsche nach Unterstützung bei beruflicher Qualifizierung und Hilfe bei der Arbeitssuche geht, vielfach dringen die Betroffenen weder telefonisch noch persönlich in die Amtsstuben vor, oder sie werden abgewimmelt, letzteres nicht selten mit eindeutig falschen Auskünften.

Von Arbeitslosengeld II leben zu müssen, bedeutet Armut, gesellschaftliches Außenseitertum und die daraus folgende Hilflosigkeit bei der Lebensbewältigung. Wer von Arbeitslosengeld II abhängig ist, hat nicht nur zu wenig Geld, um ein gesundes und erfülltes Leben zu leben, soziale Kontakte zu pflegen, sich zu informieren und zu bilden und seinen Kindern Zugang zu Bildung und Kultur zu verschaffen. Hartz IV ist darüber hinaus dazu angetan, familiäre und partnerschaftliche Beziehungen und persönliche Entwicklung nachhaltig zu schädigen, indem es erwachsene Kinder in finanzieller Abhängigkeit von ihren Eltern hält, sie gar zwingt, weiter im Haushalt der Eltern zu leben, oder Frauen und Männer in finanzielle Abhängigkeit von ihren Partnern oder Partnerinnen bringt.

Die das soziokulturelle Existenzminimum weit unter unterschreitende, pauschalierte Regelleistung kann – anders als bei der früheren Sozialhilfe – nur noch in ganz in ganz wenigen, abschließend festgelegten Fällen durch einmalige Beihilfen ergänzt werden. Viele Lebenssituationen und Bedarfslagen bleiben dabei gänzlich unberücksichtigt. Wie ein Alg-II-Bezieher seine Brille, die Lernmaterialien seiner Kinder oder die Fahrt zur Beerdigung seiner Mutter finanziert, ist sein Problem. Das einschnürende finanzielle Korsett, das Alg-II-Beziehenden angelegt ist, verhindert in vielen Situationen eine vernünftige Lebensbewältigung. Es verursacht bei vielen Erwerbslosen erst die Probleme, zu deren Lösung gutes Fallmanagement, wenn es dies denn gäbe, beizutragen hätte. Dasselbe gilt für den einer sehr großen Zahl von Alg-II-Betroffenen auferlegte Zwang, sich eine billigere Wohnung suchen und umziehen zu müssen.

Die Chance, existenzsichernde Erwerbsarbeit zu finden, die vom staatlichen Tropf unabhängig macht, oder doch wenigstens die Chance, die Zeit der Erwerbslosigkeit für berufliche und persönliche Weiterbildung zu nützen, hat sich weiter verschlechtert, seit das SGB II in Kraft ist. Der Abbau versicherungspflichtiger Arbeitsplätze hält an. Die Arbeitszeiten derer, die noch erwerbstätig sind, werden eher erhöht als vermindert, sodass eine andere Verteilung der Erwerbsarbeit in immer weitere Ferne rückt.

Die Mittel der Arbeitsverwaltung zur Förderung von beruflicher Qualifikation werden reduziert, und selbst die reduzierten Mittel wurden – jedenfalls 2005 – nicht in Anspruch genommen. An die Stelle qualifizierter Weiterbildung, die schon immer rar war, sind inzwischen überwiegend „Trainingsmaßnahmen“ ge-

treten, die sich vor allem durch ihre Billigkeit auszeichnen und in denen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen oft nur ihre Fähigkeit trainiert sehen, Schwatzhaftigkeit der „Trainer“ und „Trainerinnen“ und Langeweile auszuhalten. Arbeitssuchende erhalten überdies kaum noch die Chance, ihre berufliche Qualifikation in öffentlich geförderter, regulär bezahlter Arbeit – etwa in ABM-Stellen – zu nutzen, auf dem Laufenden zu halten und zu erweitern. Stattdessen werden sie in Ein-Euro-Jobs verschlissen, die entweder fernab ihrer beruflichen Kenntnisse und Erfahrungen liegen oder in denen die berufliche Kompetenz der Betroffenen zwar in Anspruch genommen, aber nicht gefördert wird.

Dem miserablen Angebot an beruflicher Förderung entspricht die diesbezügliche „Beratung“ durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Arbeitsverwaltung. Viele Ratsuchenden vermissen auch in dieser Angelegenheit informierte und erreichbare Ansprechpartner, die ihnen helfen, die eigenen beruflichen Perspektiven zu klären und Wege zur Verbesserung der Perspektiven zu finden. Wenn sie selbst bereits konkrete Ideen und Anliegen haben, werden sie damit in der Regel zurückgewiesen.

Stattdessen werden den Alg-II-Beziehern so genannte Eingliederungsvereinbarungen zur Unterzeichnung vorgelegt, bei denen es sich in den allermeisten Fällen nicht um Vereinbarungen, sondern um einseitige Verfügungen in vorformulierten Einheitsschriftstücken handelt und die überdies in der Regel keinen Weg zur „Eingliederung“ in den Arbeitsmarkt aufzeigen. Denn die weitaus meisten „Vereinbarungen“ beschränken sich im Wesentlichen darauf, die Arbeitssuchenden zur Teilnahme an den genannten Maßnahmen und zu einer bestimmten Anzahl an Bewerbungen – und seien es Blindbewerbungen – zu verpflichten. Die große Mehrheit der Erwerbslosen ist ohnehin ständig mit Bewerbungsbemühungen befasst, weil sie die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz nicht ganz aufgeben wollen. Die anderen, die vorübergehend oder endgültig die Hoffnung verloren haben, auf diesem Weg an bezahlte Arbeit zu kommen, finden ihre Hoffnung nicht durch Fleißaufgaben für die Arbeitsverwaltung wieder.

Die Ergebnisse der Profilings, soweit sie denn überhaupt durchgeführt wurden, finden sich in den Eingliederungsvereinbarungen kaum wieder. Dies ist nicht erstaunlich, weil die Profilings in aller Regel im Ausfüllen oder Ausfüllen-Lassen von Fragebögen bestehen, aus denen keine Schlüsse für die Förderung der Arbeitssuchenden gezogen werden.

Damit erweisen sich auch die so genannten Eingliederungsvereinbarungen nicht als Hilfsmittel eines Fallmanagements, das individuelle Lebenslagen möglichst ganzheitlich begreift, persönliche Ressourcen von Hilfesuchenden erfasst und stärkt und ihnen – im Sinne des Empowerment – die spezielle Unterstützung gibt, die der Einzelne braucht, um sein Leben und seine Verantwortung für andere gut und selbstbestimmt bewältigen zu können. In der Praxis – die durch-

aus im Sinne des Gesetzgebers sein dürfte – erweisen sich die vorformulierten Eingliederungsvereinbarungen hauptsächlich als Vehikel, um Sanktionen nach § 31 SGB II ausüben, das heißt, den Alg-II-Betroffenen die ohnehin zu geringe finanzielle Unterstützung noch empfindlich kürzen oder ganz streichen zu können. Denn so bestraft werden alle, die sich weigern, eine ihnen vorgelegte „Eingliederungsvereinbarung“ zu unterschreiben oder ihren darin festgelegten Bewerbungs- und Maßnahmeteilnahme-Pflichten nicht nachkommen.

Ein Fallmanagement, das auf Zwang durch existenzbedrohende Sanktionen setzt statt auf die Freiwilligkeit von Rat- und Hilfesuchenden und auf ihre vorhandenen Kompetenzen zur Lebensbewältigung, das Angst und Bange macht anstatt zu ermutigen, das schwächt statt stärkt, ist keines. Mit Hartz IV werden ehemals fortschrittliche, einer autoritären und segmentierten Fürsorge gegenüber kritische Ideen und Konzepte von Sozialarbeit und Sozialpädagogik bis zu Unkenntlichkeit umgedeutet und korrumpiert.

Wozu die sozialarbeiterische Rhetorik?

Zentraler und immer wiederkehrender Begriff des SGB II ist Eingliederung. An vielen Stellen des Gesetzes wird er ohne die Ergänzung „in Arbeit“ verwendet. Eingliederung, ein Wort, mit dem die Sozialarbeit seit jeher vertraut ist und mit dem immer soziale Eingliederung gemeint war, ist nun endgültig gleichbedeutend mit „Eingliederung in Arbeit“. Oder anders herum: Nach der Logik des SGB II gibt es keine soziale Eingliederung ohne Eingliederung in Arbeit. Aus dem empirischen sozialwissenschaftlichen und oft sozialkritisch gewendeten Befund, dass Erwerbstätigkeit für die soziale Integration der Menschen eine große Rolle spielt, weil sie den Besitzlosen ein gesichertes Einkommen, gesellschaftliche Anerkennung und Selbstwertgefühl gibt, wird die politische und soziale Norm, dass soziale Integration Teilnahme an der Erwerbsarbeit oder doch zumindest das unaufhörliche Streben nach solcher Teilnahme voraussetzt. Wobei es nicht mehr genügt, dass ein Familienmitglied dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Alle erwerbsfähigen Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft „... müssen ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts ... einsetzen“ (§ 2 SGB II).

Je weniger existenzsichernde Arbeitsplätze der Arbeitsmarkt tatsächlich zu bieten hat, umso rigider und vehementer wird die Norm, dass man seine Arbeitskraft zu Markte tragen muss, verfochten. Die Bereitschaft, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, darf auch dann nicht nachlassen, wenn sie schon lange ins Leere lief. Die Unterwerfung der Erwerbslosen unter die Verfügungsgewalt der Arbeitsverwaltung soll offenbar bewirken, dass deren Bestreben, am Arbeitsmarkt teilzunehmen, nicht erodiert. Unter den gegebenen Bedingungen er-

scheint der mieseste Job noch besser als die Anhängigkeit vom „Jobcenter“. Die Suche nach alternativen Lebensentwürfen und die Entwicklung des Anspruchs, auch ohne Eingliederung in den Arbeitsmarkt gut leben zu dürfen, soll – so scheint es – im Keim erstickt werden.

Die rhetorische Sozialpädagogisierung des Arbeitslosenrechts verhüllt mehr schlecht als recht, dass die Arbeitsverwaltung nur den wenigsten Arbeitsuchenden effektiv helfen kann. Dazu bedürfte es einer Umverteilung der noch vorhandenen Erwerbsarbeit und der Bereitstellung finanzieller Ressourcen für eine Qualifizierung der Arbeitsuchenden, damit sie die durch Umverteilung entstehenden Arbeitsplätze einnehmen könnten. Zu beidem fehlt der politische Wille. Der Kundenprofile erstellende, Eingliederung vereinbarende, „Eigenbemühungen“ fordernde, in Trainingsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs einweisende und Sanktionen verhängende Aktivismus der Arbeitsverwaltung lenkt von ihrer tatsächlichen Hilflosigkeit ab. Überdies hat er die – vermutlich erwünschte – Nebenwirkung, dass mittels Leistungskürzungen als Strafe für „mangelnde Mitwirkung“ Arbeitslosengeld II eingespart wird. Vor allem können Ein-Euro-Jobber als Arbeitskräfte eingesetzt werden, die zwar hoch subventioniert, aber für ihre Nutzer kostenlos viele dringend notwendige Aufgaben erfüllen. Insbesondere dient der Aktivismus dazu, die Fiktion aufrechtzuerhalten, Bezieher von Arbeitslosengeld II seien in ihrer Mehrzahl Menschen, denen es an „Leistungsmotivation“, Gewöhnung an Arbeit, beruflicher Qualifikation und Fähigkeit zur Alltagsstrukturierung mangle. Je weniger sich Erwerbslosigkeit tatsächlich auf bestimmte Personengruppen mit ihnen zuschreibbaren persönlichen „Vermittlungshemmnissen“ beschränkt (sondern vielmehr Massenphänomen ist), desto mehr will die Politik Konzepte des offiziellen Umgangs mit Arbeitslosigkeit vorantreiben, die auf die Überwindung vermittlungshemmender persönlicher Defizite zielen.

Was versuchen Organisationen wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) dem entgegenzusetzen?

Zum einen übernehmen wir einen gehörigen Teil der Arbeit, die eigentlich von der Arbeitsverwaltung verrichtet gehörte: Wir informieren die Betroffenen – allgemein und einzelfallbezogen – über die Rechtslage, über ihre Ansprüche und über die Möglichkeiten, ihre mageren Ansprüche in der Auseinandersetzung mit Behörden und notfalls auch mit Hilfe der Sozialgerichte zu behaupten. Wir tun dies, um in möglichst vielen Einzelfällen die Zuspitzung desolater Lebenslagen zu verhindern. Wir versuchen damit, das Selbstvertrauen, die Handlungsfähigkeit

der Betroffenen und ihre Zuversicht, die eigene Lebenssituation bewältigen und gestalten zu können, zu stärken. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass Menschen, die über ein Mindestmaß an Selbstvertrauen und Kompetenz zur Problembewältigung verfügen, auch die Bereitschaft entwickeln oder vertiefen, sich mit den politischen Ursachen und Zusammenhängen ihrer bedrückenden sozialen und persönlichen Situation auseinander zu setzen.

Wir wünschen uns insbesondere, dass in dieser Auseinandersetzung für die Betroffenen deutlich wird, dass ihre Lebenssituation nicht nur ihr individuelles Schicksal ist, sondern dass es um ein politisch erzeugtes gesellschaftliches Problem geht, das sehr viele Menschen betrifft. Deshalb bemühen wir uns nach Kräften, die Kommunikation zwischen Arbeitslosengeld-II- und Sozialhilfe betroffenen Frauen und Männern zu fördern und Zusammenschlüsse zu unterstützen. Wir wünschen uns, dass die Menschen aus ihrer Isolation kommen, gemeinsam mit anderen öffentlich ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltungen vertreten. Solche Selbstorganisation auf örtlicher Ebene halten wir aus zwei Gründen für dringend erforderlich: Selbsthilfe und -organisation ist notwendig, weil es in den etablierten Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und den Gewerkschaften zwar zahlreiche Einzelpersonen und Gruppierungen gibt, die die Erwerbslosen und Armen in der Vertretung ihrer Interessen unterstützen. Aber dass die Institutionen als Ganze sozusagen stellvertretend für die Betroffenen deren Interessen gegenüber der Politik verteidigen würden, ist weniger denn je zu erkennen. Zu sehr haben diese Institutionen ihre Selbsterhaltungsinteressen mit der Implementierung der herrschenden Politik gegenüber Erwerbslosen und Armen verknüpft. Interessenvertretung und politische Arbeit auf örtlicher Ebene sind notwendig, weil der Gesetzgeber der Kommunalpolitik und den örtlichen Behörden sehr große Spielräume bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Erwerbslosenrechts nach dem SGB II lässt. Das macht es einerseits erforderlich, sich gegen je örtlich spezifische Zumutungen für Erwerbslose und Arme zu wehren, es macht es andererseits möglich, von Kommunalpolitik und Behörden die Nutzung der Spielräume im Sinne der Betroffenen zu fordern.

*Anne Ames, Am Hohlack 22, 60435 Frankfurt am Main
E-mail: anne.ames@sofeb.de*

*Frank Jäger, BAG-SHI – Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V.,
Geschäftsstelle: Moselstraße 25, 60329 Frankfurt am Main
E-mail: info@bag-shi.de*

Elvira Berndt

Gratwanderungen der Jugendsozialarbeit in schwierigen Zeiten

„(...) verzweifelt wenn da nur Unrecht war und keine Empörung“
(aus Bertolt Brecht „An die Nachgeborenen“)

Beneidenswert: die kritischen Sozialarbeiter der Nach-68er-Zeit, die sich zum Ziel setzen konnten, die ihnen anvertrauten jungen Menschen davor zu bewahren, als Lohnsklaven in der Maschinerie des kapitalistischen Verwertungsprozesses verschlissen zu werden. Wo es uns heute doch schon fast als der höchste Erfolg unserer Bemühungen gilt, wenn wir es geschafft haben, dass die Jugendlichen, mit denen wir es im Arbeitsfeld Streetwork zu tun haben, die Perspektive von Erwerbsarbeit nicht gänzlich aus den Augen verlieren.

Zwischen Befriedung und Hilfestellung

Aufsuchende Jugendsozialarbeit (Streetwork) wurde in Berlin Anfang der 90er Jahre mit nicht unerheblichen öffentlichen Fördergeldern installiert, weil es zu viele junge Menschen gab, die sich jenseits der etablierten Jugendarbeit Betätigungsfelder im öffentlichen Raum gesucht hatten, die man mit einigem Recht als sozial schädlich empfand – insbesondere dann, wenn Interessen Dritter berührt waren. Diese Gruppen, die für die Jugendlichen ein außerordentlich wichtiger Schutz- und Aktionsraum waren, hatten bis zu 150 Mitglieder, entwickelten Gangstrukturen und gaben sich aus amerikanischen Filmen entlehnte Namen wie Black Panthers, Barbaren, Fighters usw. Natürlich waren diese Gangs, deren Mitglieder ihre Zugehörigkeit durch Jacken mit entsprechender Aufschrift dokumentierten, in ihrem Freizeitverhalten ausgesprochen auffällig – schon allein durch ihre zahlenmäßige Stärke, aber auch durch ihr Verhalten im öffentlichen Raum. Die polizeiliche Kriminalstatistik vom Sommer 1989 weist denn auch einen deutlichen Anstieg von Diebstählen und Überfällen auf.

Plötzlich gab es ein öffentlich wahrgenommenes und störendes Problem. Die Jugendhilfe war gefordert, aber sie hatte den Kontakt zu diesen Jugendlichen längst verloren. Und eine Gang mit 130 Mitgliedern kann man auch nicht mal kurz in eine Jugendeinrichtung holen, schon gar nicht zum Keramikkurs. Die einzigen Erwachsenen, die zu diesen Jugendlichen sehr schnell Kontakt aufnahmen, waren Polizisten. Aber auch die Polizei war auf dieses Phänomen nicht vorbereitet und ihr Handeln gerade in der ersten Zeit nicht unbedingt deeskalierend.

Die staatlichen Geldgeber verknüpften mit ihrer Förderung von Streetwork den Auftrag, „die Jugendlichen von der Straße zu holen“. Die primäre Zielsetzung war ordnungsrechtlich: die Befriedung des öffentlichen Raumes. Dass die Interventionen als Maßnahmen der Jugendhilfe vor allem die Lebensperspektiven der Jugendlichen in den Blick zu nehmen hatten, musste dazu nicht in Widerspruch geraten – konnten doch vielleicht mit Angeboten einer „sinnvollen Betätigung“ zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Beruhigung der Lage auf Straßen und Plätzen sowie friedfertig-positive Entwicklung von Gruppen und Individuen.

Die Erfinder dieser Doppelstrategie konnten zufrieden sein, die Rechnung ging erst einmal auf. Tatsächlich lösten sich Gangs und um territoriale Einflüsse streitende Großgruppen sukzessive auf. Eine Ursache dafür waren mit Sicherheit auch die erheblichen polizeilichen Repressionsmaßnahmen, denen die Gangs ausgesetzt waren. Überall dort allerdings, wo die jugendlichen Gangmitglieder Bedürfnisse bezüglich der Gestaltung ihres Alltags oder der Entwicklung individueller Lebensperspektiven entwickelten, konnten über die Unterstützung durch aufsuchende Jugendsozialarbeit Ausdifferenzierungsprozesse innerhalb der Großgruppen gestaltet werden, in deren Ergebnis beispielsweise Teile der „Barbaren“ (damalige Gang in Schöneberg) sogar einen Verein gründeten, um die Verantwortung über den eigenen Jugendtreffpunkt Katzlerstraße zu übernehmen. Nicht zuletzt haben diese Ausdifferenzierungsprozesse so manchen Jugendlichen vor der Jugendhaft bewahrt.

Im Spannungsfeld widerstreitender Erwartungen

Streetworker sagen: Das Vertrauen der Jugendlichen ist unser ganzes Kapital und nur dieses gibt uns die Interventionsberechtigung auch in sehr schweren Konflikten. Dieses Vertrauen von Jugendlichen zu bekommen, die von der Erwachsenenwelt enttäuscht sind, die ausgegrenzt werden oder sich selbst ausgrenzen, die manchmal kaum noch beziehungsfähig sind, die Gewalt erlebt haben und die selbst Gewalt als kostengünstiges, einfaches und ständig verfügbares Kommunikations- und Machtmittel einsetzen, ist alles andere als einfach, aber es ist möglich. Streetworker begegnen den Jugendlichen an ihren Treffpunk-

ten im öffentlichen Raum als Personen, die es ernst meinen und sich freiwillig auf sie einlassen. In den meisten Fällen gehen die Jugendlichen auf dieses Angebot ein. Die Streetworker signalisieren ihnen immer wieder, dass sie an den Personen, die hinter Aggressivität und martialischen Gebärden stecken, ein wirkliches Interesse haben. Das kann man, bei aller Professionalität, nicht spielen, das muss man ganz authentisch vermitteln. Alles Unechte spüren die Jugendlichen sofort, damit haben sie ausreichende Erfahrungen. Und Streetworker wissen, dass sie dieses einmal gewonnene Vertrauen nicht enttäuschen dürfen. Auch deshalb nicht, weil dieses Vertrauen bei manchen Jugendlichen die letzte schmale Brücke zur Erwachsenenwelt und damit zur so genannten Normalgesellschaft ist. So wichtig es allerdings den Auftraggebern ist, dass Streetwork genau dieses Vertrauensverhältnis zu sonst als unerreichbar geltenden Gruppen und Szenen aufbauen kann, so schwierig ist es in der Folgezeit, für die daraus resultierenden Konsequenzen Akzeptanz zu bekommen. Vertrauensschutz in der Beziehung zwischen Jugendlichen und Streetworkern gilt eben auch dann, wenn Jugendliche straffällig werden bzw. die Gesellschaft das Verhalten oder die weltanschaulichen Orientierungen von Jugendlichen als untragbar empfindet. Ein Zeugnisverweigerungsrecht gibt es in diesem Arbeitsbereich bis heute nicht, aber auch abseits dieser eher juristischen Frage sitzen Streetworker permanent „zwischen allen Stühlen“. Wenn sie mit den Jugendlichen etwas erreichen wollen, brauchen sie die Akzeptanz bei Institutionen und Behörden, von denen sie allerdings sehr schnell in „Sippenhaft“ für die problematischen Verhaltensweisen der Jugendlichen genommen werden. Konfliktpotenzial gibt es dabei reichlich, denn in den seltensten Fällen lassen sich die Interessen der Jugendlichen und die Interessen der lobbystärkeren Erwachsenenwelt „einfach so“ unter einen Hut bringen.

Stichwort öffentliche Räume: Der öffentliche Raum ist legitimer Lebensraum (auch) von Jugendlichen und es geht nicht darum, diese dort wegzuholen, um sie andernorts „aufzubewahren“, sondern es geht darum, einen Prozess von Toleranzentwicklung und Interessenausgleich unter aktiver Mitwirkung der Jugendlichen zu begleiten. Das beinhaltet zunehmend auch, öffentliche Plätze für die Öffentlichkeit und damit auch als Treffpunkte für Jugendliche zurückzuerobern. Das gilt sowohl dort, wo öffentliche Plätze veröden, als auch dort, wo der öffentliche Raum so stark kommerziell verwertet und verwaltet wird, dass Jugendliche schon a priori stören und verdrängt werden. Zu erreichen, dass sich Wirtschaft, Politik und Anwohner auf die Lebenslagen und Bedürfnisse der „störenden“ Jugendlichen überhaupt einlassen und dann auch noch an Konfliktlösungen mitarbeiten, ist eine ständige Aufgabe von Streetwork, zumindest in einer Großstadt wie Berlin. Wenn dies gelingt, ist das Ergebnis immer auch eine Verbesserung der Lebensqualität aller Konfliktbeteiligten, aber in den seltensten Fällen ist es möglich, einen solchen Konfliktlösungsprozess vorausschauend in Gang zu set-

zen. In der Regel ist die Erwachsenenwelt erst dann bereit, sich einzulassen, wenn ihre Möglichkeiten der Repression und Strafandrohung nicht zum gewünschten Ergebnis geführt haben. Lerneffekt für die Jugendlichen ist dabei bedauerlicherweise immer wieder, dass erst ihr sozial inadäquates Verhalten dazu führt, dass ihnen zugehört wird.

Stichwort Selbstbestimmung: Anspruch von Streetwork ist es, die Subjektposition der Jugendlichen zu stärken. Streetworker begleiten Jugendliche bei einer Problemlösung, und zwar in dem Maße, das sie brauchen und das sie annehmen können. Der Erfolg der Anstrengung soll immer der Erfolg der Jugendlichen sein, nicht der Erfolg der Streetworker. Aufgabe und Anspruch von Streetwork ist es nicht, eine pädagogische Rundumbetreuung zu leisten, die neue Abhängigkeiten schafft, sondern Jugendlichen das notwendige Maß an Unterstützung zu geben, um ihr Leben außerhalb von Gewalt und Straffälligkeit selbst in die Hand nehmen zu können. Gerade in der Ökonomisierungs- und Qualitätsdebatte in der Sozialen Arbeit ist dieser konsequente Ansatz schwer durchzuhalten, denn Träger sollen ja (und müssen, um überhaupt weitere Finanzierungen zu erhalten) IHRE Erfolge darstellen und verkaufen. Dabei greift bei den Geldgebern immer stärker eine „Maßnahmelogik“ um sich, in der nur das wahrgenommen wird, was von der jeweiligen Stelle finanziert wird (alles andere wird quasi ausgeblendet) und in der die Tendenz besteht, die Jugendlichen zu Objekten pädagogischer Einwirkung zu degradieren.

Lehrmeister Realerfahrung

Seit Darwin gehen wir davon aus, dass alle Lebewesen die Tendenz haben, sich optimal auf ihre Umweltbedingungen einzustellen und dass das sogar eine genetische Komponente bekommt. Beim Menschen läuft dies weniger naturhaft ab. Dennoch: Pädagogik und Psychologie wissen um die Bedeutung von Schlüssel-erlebnissen, von Erfahrungslernen, von informellen Lernprozessen.

Wie schön wäre es, wenn die Jugendlichen, mit denen es Streetwork zu tun hat, nur eine verzerrte Wahrnehmung der Realität hätten und nur „aufgeklärt“ werden müssten über die wahren Verhältnisse, Strukturen und Gegebenheiten in unserer Gesellschaft. Wenn Sätze wie „Kannste was, dann wirste was“ noch verifizierbar wären, wenn legales Verhalten tatsächlich zum größeren Erfolg führen würde, wenn Kollegialität und Solidarität in allen gesellschaftlichen Bereichen honoriert werden würden, wenn Missgunst zum Misserfolg führte und für harte Arbeit guter Lohn gezahlt würde, dann wäre es einfacher, Jugendlichen zu vermitteln, welche Erwartungen die Gesellschaft an sie hat und warum ein entsprechendes Verhalten für den Einzelnen und die Gesellschaft sinnvoll ist.

Doch das Verhältnis von jugendlichen Realitätserfahrungen einerseits und den offiziellen gesellschaftlichen Normen und Werten andererseits klappt immer mehr auseinander. Das konservative Festhalten der Gesellschaft an Werten und Lebensvorstellungen, die längst nicht mehr gesellschaftlich einlösbar sind, lässt sich wahrscheinlich an keinem Beispiel so gut bebildern wie an der Jahrhundertreform Hartz IV – an dem absurden Versprechen, dass die Zukunft der Erwerbsarbeit durchaus gesichert ist, wenn sich doch nur die Arbeitslosen mal ein bisschen bewegen.

Die Gesellschaft verlangt von den (Sozial-) Pädagogen etwas nahezu Unmögliches: Sie sollen Werte und Lebensvorstellungen vermitteln, die den Realitätserfahrungen und Wahrnehmungen der Jugendlichen nicht nur nicht entsprechen, sondern oft genug im eklatanten Widerspruch zu diesen stehen. Erwartet wird von Pädagogen nicht die Aufklärung über die gesellschaftliche Realität, sondern die Predigt über ein gewünschtes Verhalten. Dabei ist es schon erstaunlich, dass die meisten Jugendlichen friedlicher, angepasster und integrierter sind, als es ihrer tatsächlichen Situation entspricht. Diejenigen der Jugendlichen, die auf ihre Art und Weise revoltieren, sich Schule und Eltern entziehen, sich den begehrten Wohlstand, den sie legal nicht erreichen können, illegal beschaffen oder sich die Anerkennung, die ihnen anderswo verwehrt bleibt, auf der Straße mit der Macht des Stärkeren erkämpfen, reagieren oft logischer auf ihre empfundene oder reale Lebenssituation. Doch bringt die unaufgeklärte, individualisierte Revolte irgendeine Lösung? Sind es nicht dann doch wieder die Jugendlichen, die den Kürzeren ziehen und sich noch weiter in die Ausweglosigkeit manövrieren?

Was Streetworker in diesem Dilemma zwischen Predigt und Fatalismus leisten können, ist das Schaffen von **ERFAHRUNGSRÄUMEN**, in denen tatsächlich andere Erfahrungen **REAL** gemacht werden – und aus denen sich eine konstruktiv-kritische Bereitschaft entwickelt, die jeweiligen Vorhaben nicht nur als Inselleben zu verwirklichen, sondern wieder in die ganze Gesellschaft hineinzuwirken.

Solche Art Realerfahrungen können sein:

- ▷ die menschliche Qualität wird nicht durch das Maß der **LEISTUNGSFÄHIGKEIT** bestimmt (anders als in der Schule)
- ▷ am angesehensten ist nicht der/die, der/die sich die verschärftesten Klamotten leisten kann (anders als in der unbeeinflussten Peer Group)
- ▷ es gilt nicht das Recht des Stärkeren (anders als auf der Straße)

Selbstorganisation und Selbstverwaltung, Jugendkulturarbeit mit gekonnter öffentlicher Ausstrahlung, Juniorfirmen und internationaler Austausch, Kultur- und Sportevents u.v.m. – all das ist geeignet, Langzeiterfahrungen zu ermöglichen, Selbstbewusstsein und Selbstständigkeit zu erhöhen, ermöglicht alterna-

tive Gruppenbildung, trainiert das pralle Leben im Kleinen und vermittelt die Erkenntnis, dass Realität anders sein kann, dass sie von jeder und jedem (mit-)gestaltbar ist. Wichtig ist dabei, dass all diese Projekte tatsächlich in der Realität (mit all ihren Hindernissen und Widerständen) stattfinden, nicht unter einer eigens geschaffenen pädagogischen Käseglocke. Das ist zwar meist anstrengender, aber Realerfahrungen sind nur in der Auseinandersetzung mit der Realität möglich, nicht unter sterilen Laborbedingungen.

Zwischen „Akzeptanz“ und Intervention

Die „akzeptierende Jugendarbeit“, in den 1990er Jahren als pädagogisches Konzept zur Arbeit mit gewaltbereiten rechtsorientierten Jugendlichen formuliert, ist bald in Verruf geraten und mit ihr, so scheint es in vielen Debatten, auch der Akzeptanzbegriff als solcher. Dabei kann es doch gar nicht so schwer sein, zu begreifen, dass Basis grundsätzlich jeder Beziehung Akzeptanz des jeweils Anderen ist. Wenn Streetworker Jugendlichen eine Beziehung anbieten, dann geschieht das i.d.R. in der Lebenswelt der Jugendlichen – dort, wo diese die Regeln bestimmen und die Streetworker Gäste sind. Hinter sehr problematischen Verhaltensweisen das zu finden, was Jugendliche liebenswert macht, ist manchmal die schwierigste Aufgabe, der Streetworker sich stellen müssen. Eine freiwillig eingegangene Beziehung, ohne dass man sich mag, ist schwer denkbar und erst eine belastbare Beziehung führt dazu, dass Veränderungen von Verhaltens- und Denkmustern in der gemeinsamen Arbeit möglich sind. Streetwork leistet Lebenshilfe, ohne Vorbedingungen zu stellen. Die Veränderung ist nicht die Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit, für Hilfe- und Unterstützungsprozesse, sondern immer nur mögliches Ergebnis. Möglich auch nur dann, wenn die Jugendlichen selbst zur Veränderung bereit sind. Die gesellschaftliche Debatte hingegen stellt vermehrt die Intervention in den Mittelpunkt, ohne den Schritt der Akzeptanz zu gehen.

Jugendliche aus dem Neuköllner Reuterkiez haben kürzlich, als der Hilferuf der Lehrer/innen aus der Rütli-Schule für Schlagzeilen sorgte, Respekt als eine Bedingung für ihre Bereitschaft, sich auf schulische Lernanforderungen einzulassen, genannt. Und damit meinten sie als Erstes den Respekt, von dem sie vermisen, dass er ihnen von denen entgegengebracht wird, die ihrerseits Respekt einfordern. Dieser Begriff ist vielleicht besser als der problematische Akzeptanzbegriff geeignet, die Art von gegenseitiger Beziehung zu beschreiben, die es im pädagogischen Handeln herzustellen gilt und die sich von Bevormundung ebenso unterscheiden muss wie von Kapitulation. Respekt schließt Intervention nicht aus. Im Gegenteil: Wenn es ein Interesse am Wohlergehen des Gegenübers gibt, kann es geradezu geboten sein, in die Auseinandersetzung zu gehen – aber im Geist von Offenheit und Fairness, ohne von vornherein festgelegtes Ergebnis.

Dies entsteht vielmehr als Resultat eines dialogischen Prozesses, in den beide Seiten sich mit prinzipiell gleichen Rechten einbringen.

Leitkulturen und Leitbilder

Mit gutem Grund wird konstatiert, dass es unserer Gesellschaft an allgemein akzeptierten verbindlichen gemeinsamen Wertvorstellungen mangelt. Das wird besonders deutlich in den Arbeitsfeldern der Streetworker, die es vor allem mit Jugendlichen zu tun haben, die ihre Orientierung abseits des Mainstreams suchen. So scheint es zumindest auf den ersten Blick. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings in der Regel, dass ihre Wunschvorstellungen und Leitbilder sich zwar von den ideologisch gewünschten, nicht aber von den real vorherrschenden Leitideen unterscheiden.

- ▷ Da gibt es z.B. die beklagte weitgehende Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen – Vorbilder dafür finden sich nicht nur in der Weltpolitik, sondern die relativ rücksichtslose machtmäßige Durchsetzung eigener Interessen prägt zunehmend auch unsere Wirtschaftsordnung, zumindest seit im Zeichen der Globalisierung die „soziale Marktwirtschaft“ ein belächeltes Relikt vergangener Zeiten geworden ist.
- ▷ Da gibt es z.B. die Träume, mit möglichst wenig Arbeitseinsatz möglichst großen Reichtum zu ernten. Das entspricht keiner „protestantischen Ethik“, unterscheidet sich aber nicht grundlegend von den Bildern, die Tag für Tag von den Medien erzeugt werden, die nicht müde werden, die Traumschichten zu verbreiten, die prominente Models, Schauspieler und Banker für vergleichsweise überschaubare Leistungen abkassieren. Selbst bei der Sportberichterstattung gehört es ja inzwischen zum guten Ton, Siegpriesen Nachrichtenwert zu geben – und den Millionensummen, die bei Spielerverkäufen ausgehandelt werden.
- ▷ Da gibt es z.B. eine weitgehende Bewertung anderer Menschen nach Äußerlichkeiten: nach den „Markenklamotten“, die jemand trägt, nach dem Handy, das er/sie sich leisten kann, nach der Nähe oder Ferne zu gerade propagierten Schönheitsidealen. Es muss doch nicht verwundern, dass diese Jugendlichen nicht immun sind gegen das Dauerfeuer, das seitens der Werbung auf sie einprasselt, auf allen Kanälen und von allen Plakatwänden – ganz legal und letzten Endes von der gleichen Erwachsenenwelt verantwortet, die den Werteverlust bedauert.

Streetworker haben es nicht leicht in ihrem Kampf gegen die Einflüsse dieser wirkungsvollen „heimlichen Erzieher“.

Und wenn sie es dann noch mit jugendlichen MigrantInnen zu tun haben, müssen sie sich auch noch mit Risiken und Nebenwirkungen der unsäglichen Postulate

nach einer Dominanz der „deutschen Leitkultur“ herumschlagen. Die entsprechende Debatte sendet das fatale Signal in Richtung der Migrantengemeinschaften, dass deren Vorstellungen in der (durchaus notwendigen) Verständigung über gemeinsame Werte keine Rolle spielen sollen. Ihnen wird vielmehr angekündigt, dass sie sich an etwas anzupassen haben, von dessen Formulierung sie selbst ausgeschlossen sind. Dieser autoritäre Gestus verhindert gerade das, was er zu erreichen verspricht, einen wirkungsvollen „Gesellschaftsvertrag“, der nicht durch Lippenbekenntnisse, sondern durch Zustimmung getragen wird.

Lebensweltorientierung, der sich Streetwork in ihren Grundprinzipien verpflichtet fühlt, heißt nicht, einen Werteverlust zu beklagen, sondern mit den Jugendlichen gemeinsam in der gesellschaftlich vorhandenen Wertevielfalt auf die Suche zu gehen: Auf die Suche nach lebhaften Werten, die Lebensperspektive und Lebensqualität ermöglichen.

Flickschusterei oder gesamtgesellschaftliche Perspektive

Streetworker haben ein Dilemma, das sie mit den kritischen Sozialarbeitern der 68er Generation teilen: Mit ihrer Hilfestellung bei kleinen und großen Alltagsproblemen der Jugendlichen und mehr noch mit ihren Interventionen zur Konfliktvermeidung mit dem gesellschaftlichen Umfeld, mit rivalisierenden Jugendgruppen, mit Eltern, mit Ämtern, Strafverfolgungs- und Justizbehörden leisten sie einen Beitrag zur „Befriedung“ von Verhältnissen, die das nicht immer verdienen, sondern dringend veränderungsbedürftig sind. Aber bei allem Verständnis für die (angemessene) Unangepasstheit in vielen Verhaltensweisen ihrer Zielgruppen sehen sie, anders als ihre Vorgänger von damals, ihre Aufgabe nicht darin, die Jugendlichen zur Revolte anzustacheln und auf diese Weise zu den notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen beizutragen. Sie wissen, dass es dafür einen längeren Atem braucht und, anders als es die „Randgruppenstrategie“ der Nach-68er vorsah, andere Kräfte als die der „Randseiter“ unserer Gesellschaft. Das heißt aber nicht im Umkehrschluss, dass ihre Strategie darin besteht, die Jugendlichen zur bedingungslosen Anpassung an ungerechte Verhältnisse zu überreden und ihnen den Widerstandsgeist auszutreiben. Es geht vielmehr darum, mit ihnen gemeinsam die Energie, die aus der spontanen „Empörung über das Unrecht“ kommt, für die Suche nach Lösungswegen zu nutzen, die sich innerhalb der Spielregeln bewegen, die ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen EIGENTLICH akzeptieren müsste und die von daher nicht von vornherein erfolglos sind, auch wenn sie von denen, die hier oder dort die Macht verkörpern, nicht immer gern gesehen sind: den Mund aufmachen, sich einmischen, für seine Interessen streiten. Auch mit solchen kleinen Schritten, die die Widerstandspotenziale wach halten (statt sie zu missbrauchen), kann ein

sinnvoller Beitrag zu gesamtgesellschaftlichen Veränderungsperspektiven geleistet werden. Und wenn es manchmal nur bedeutet, auch die großen Probleme mit einer Haltung anzugehen, die einen nicht untergehen lässt – mit ein bisschen Humor nach dem schönen Motto: „Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst ...“

*Elvira Berndt (Geschäftsführerin),
Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin
Schumannstr. 5, 10117 Berlin
E-mail: elvira@gangway.de*





Mark Schrödter

Die beiden Sozialpädagogen: Habermas, der Geburtshelfer und Foucault, der Narr

Im Folgenden soll es nicht um die Kritik der oder den Stellenwert von Kritik in der Theorie der Sozialen Arbeit, nicht um die Bestimmung einer kritischen Theorie der Sozialen Arbeit, auch nicht um die Kritik der Praxis der Sozialen Arbeit oder um „Kritik“ (oder „kritisches Denken“) als Ziel sozialpädagogischer Bildungsprozesse gehen, sondern darum, was eine kritische Praxis der Sozialen Arbeit sein kann.

1. Soziale Arbeit ist staatlich konstituiert und vertritt daher immer auch die Interessen des Staates. Es ist daher durchaus die Position zu rechtfertigen, dass die Praxis Sozialer Arbeit nicht kritisch sein könne, weil sie das Bestehende im Interesse des Staates schützen müsse. Danach zu fragen, was kritische Soziale Arbeit sei, setzt also einen gewissen Grad an Autonomie der Sozialen Arbeit voraus, sonst müsste man die Diskussion abbrechen.
2. Soziale Arbeit ist eine verberuflichte Praxis. Jemand wird dafür bezahlt, für andere Menschen da zu sein. (Insofern ist das Ehrenamt strukturell betrachtet eine Ausnahme.)
3. Für die Praxis der Sozialen Arbeit ist die Annahme konstitutiv, dass diese Menschen in ihrer lebenspraktischen Autonomie eingeschränkt sind. Handelt es sich bei dieser Einschränkung um einen bloßen Mangel an materiellen Ressourcen, so versucht sie ihrem Selbstverständnis nach, diese Ressourcen zugänglich zu machen. Es kann sich hierbei beispielsweise um die Gewährleistung sozialstaatlicher Unterstützungsleistungen handeln, aber auch um die Verfügbarmachung von Sozialisationsräumen, etwa einer Freizeiteinrichtung für marginalisierte Jugendliche oder einer betreuten Wohngruppe für Jugendliche, die nicht bei ihren Eltern leben können oder wollen. Die unterstützungsbedürftigen Menschen erscheinen als *Nutzer sozialer Dienste*.

Geht die Einschränkung lebenspraktischer Autonomie nicht in der materiellen Notlage auf, so geht es Sozialer Arbeit ihrem Selbstverständnis nach darum, die-

sen Menschen in psychosozialer Hinsicht zu helfen. (Ob es sich im Einzelfall um eine Pädagogisierung oder Psychotherapeutisierung sozialer Probleme handelt, sei hier ausgespart.) Die unterstützungsbedürftigen Menschen nehmen die *Klientenrolle* ein und treten mit diesem Eingeständnis eingeschränkter Autonomie der *Fachkraft* souverän mit Rechten und Pflichten gegenüber.

4. Als öffentlich bereitgestellte Hilfe ist Soziale Arbeit in besonderem Maße legitimationsbedürftig. Sie ist verpflichtet, ihre Hilfe nach methodisch abgesicherten Verfahren zu konzipieren, zu überprüfen und diese hinsichtlich ihrer ethischen Integrität zu reflektieren. So wie Soziale Dienste prinzipiell die Verpflichtung gegenüber den Nutzern übernehmen, nach den bestmöglichen Standards organisiert zu sein (auch wenn dies empirisch nicht der Fall sein mag), hat die professionelle Fachkraft den Klienten gegenüber die Pflicht, auf das bestmögliche Interventionsinstrumentarium zurückzugreifen. Bei der methodischen Geltungsüberprüfung rekurriert Soziale Arbeit auf abstraktes Wissen.

5. Dort, wo Soziale Arbeit auf abstraktes Wissen zurückgreift, um den Menschen bei ihren lebenspraktischen Problemen zu helfen, eröffnet sich die Kluft zwischen Theorie und Praxis. Fragen der individuellen Lebensführung, der Gestaltung der Lebensbedingungen in einer Wohngruppe oder der Gestaltung des lokalen Gemeinwesens gehen nicht ohne Rest in abstrakter Theorie auf. Aus der Theorie lassen sich Lösungen technischer Probleme ableiten, nicht aber Lösungen lebenspraktischer Probleme. Das gilt ebenso für die theoretische, d.h. abstrakte Kritik. Aus der Einsicht in den Warenfetischismus der kapitalistischen Gesellschaft folgt nicht, dass erzieherische Belohnungssysteme (die so genannten „Sternchen“) im Einzelfall nicht ethisch akzeptabel seien. Aus der kritischen Analyse der Vergeschlechtlichung sozialer Beziehungen im System der Zwangsheterosexualität folgt nicht zwingend, das Mädchen nicht mehr zur Friseurin und Jungen nicht mehr zum KFZ-Mechatroniker ausgebildet werden dürfen. Aus der Kritik der Zwangsverhältnisse der bürgerlichen Familie folgt nicht, dass ein Familienzentrum zur Auflösung der Familie beitragen müsse.

Wenn sich aus der theoretischen Kritik keine lebenspraktischen Problemlösungen ergeben, die Theorie für die Praxis aber nicht bedeutungslos sein soll, stellt sich die Frage, wie eine Vermittlung von Theorie und Praxis möglich ist. Gemeinhin heißt es: der Nutzer bzw. Klient soll sich zwischen den theoretischen Deutungen der Fachkraft selbst entscheiden. Er selbst soll die lebenspraktischen Konsequenzen aus den theoretischen Deutungen ableiten. Das ist normativ und empirisch zugleich gemeint. Zum einen ist die Aussage normativ gemeint, als ethischer Imperativ, sich jeglicher Bevormundung zu enthalten. Soziale Arbeit soll nicht bevormunden. Darin ist inbegriffen, dass sie die Nutzer oder Klienten nicht für die Realisierung irgendwelcher emanzipatorischen Projekte instrumentalisieren darf. Zum anderen ist die Aussage empirisch gemeint im Sinne des

Hinweises auf die Tatsache der Selbsttätigkeit des Subjekts. Jeder Versuch der Bevormundung – so die Annahme – ist ohnehin zum Scheitern verurteilt, da sich Nutzer und Klienten letztlich nicht zwingen lassen. Sie mögen sich kurzfristig an den Erwartungen der Sozialen Arbeit ausrichten. Sofern sie sich diese aber nicht zu Eigen machen (etwa: diese als „Selbsttechniken“ integrieren), wird dieses Ansinnen langfristig abgewiesen werden. Wie ist nun kritische Soziale Arbeit ohne Bevormundung möglich?

6. Meines Erachtens gibt es zwei Lösungen des Problems, wie eine kritische Vermittlung von Theorie und Praxis ohne Bevormundung möglich ist. In der einen Variante tritt der Sozialpädagoge als Geburtshelfer auf, während er in der anderen Variante als Narr erscheint. Der Geburtshelfer bringt hervor, was ist – er kümmert sich lediglich um die hinderlichen Bedingungen, hier: die Ideologien und Verzerrungen von Praxis. Der Narr¹ dagegen ist Kritiker und Karikaturist der bestehenden Verhältnisse. Er erinnert an die Gewordenheit, Vergänglichkeit und Kontingenz.²

Voraussetzung kritischer sozialpädagogischer Praxis als geburtshelferische, mæeutische Praxis (vgl. Sünker 1989) ist, dass sie sich auf einen normativen Geltungsüberhang (vgl. Honneth 2001) von Lebenspraxis stützen kann. Sozialpädagogische Praxis ist in dem Maße kritisch, wie sie die progressiven Momente von Praxis, das höhere Maß an Vernunft,³ welches sich bereits keimhaft Ausdruck verschafft, aufgreift und zur Realisierung verhilft. (Der Sozialpädagoge ist also normativ abstinent, keinesfalls gibt er selbst den Weg vor.) Kritische sozialpädagogische Praxis als närrische Praxis ist dagegen nicht so voraussetzungsvoll. Sie ist nicht auf das Aufscheinen des progressiv Neuen angewiesen. Auch braucht sie keine Rationalitäts- oder Fortschrittskriterien für die Geltungsüberprüfung in Anspruch zu nehmen, weil es ihr gar nicht um Geltungsfragen geht. Sozialpädagogische Praxis in dieser Variante ist in dem Maße kritisch, wie sie Gegebenes *praktisch* in Frage stellt durch Ausprobieren alternativer Praxisentwürfe. Diese Infragestellung des Gegebenen speist sich nicht notwendig aus der Überzeugung, dass das Kritisierte schlecht oder unrecht sei. Häufig ist es einfach wertvoll, der totalisierenden Tendenz von Deutungssystemen dadurch etwas entgegen zu setzen, dass man zeigt, dass sie gefährlich sind. „Kritik heißt, Dinge, die allzu leicht von der Hand gehen, ein wenig schwerer zu machen“ (Foucault 1981: 221f.). Dies ist nicht als alberne Kritik um ihrer selbst willen, gewissermaßen als unreifes, weil ethisch unverbindliches und praktisch folgenloses Rebellentum gegen das Etablierte misszuverstehen. Die umfassende Kritik des selbstverständlich Gegebenen führt „nicht zur Apathie, sondern im Gegenteil zu einem pessimistischen Hyper-Aktivismus“ (Foucault 1982: 465).

In beiden Varianten ist sozialpädagogische Praxis kritisch in dem übergreifenden Sinne, als sie die Geltung bisheriger Praxisformen in Frage stellt. Und vielleicht

sind sogar beide Formen der Kritik geleitet von der „ethische[n] Suche nach dem, was die individuelle Freiheit zu begründen gestattet“ (Foucault 1984: 900).⁴ Der Unterschied zwischen beiden Formen der Kritik besteht darin, dass sich erstere auf die bereits keimhaft vorliegenden normativen Gehalte gelingender Praxis stützt, während letztere dort ansetzt, wo Praxisentwürfe mit einem höheren Anspruch auf Gelingen entweder noch nicht vorliegen oder ein höherer Anspruch auf Gelingen gar nicht formulierbar ist.

7. Manchmal erscheint es wenig strittig, auf welche Beschränkungen von Autonomie eine konkrete lebenspraktische Problemkonstellation zurückgeht und in welche Richtung diese überwunden werden müssen. Wenn die Realisierung des tiefsten Wunsches eines Mädchens, eine Ausbildung als KFZ-Mechatronikerin zu absolvieren, an ihrem sozialisatorisch vermittelten Mangel an Disziplin und Motivation oder an dem Leiden an Missachtungserfahrungen innerhalb der männlich dominierten Berufswelt zu Scheitern droht, versucht die Jugendberufshilfe ihr dabei zu helfen. Es dürfte unstrittig sein, dass dieses Mädchen ihren Wunsch unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen nur mit einem gewissen Maß an Disziplin und Arbeitsethik, Frustrationstoleranz und Durchsetzungsfähigkeit sowie dem Vermögen zur reflexiven Distanz zu gängigen Geschlechterrollenklischees verwirklichen kann. Völlig offen bleibt dabei freilich, in welcher *konkreten* Gestalt sie sich Disziplin, Frustrationstoleranz und Geschlechterrollenidentität aneignet und zum Ausdruck bringt. Dies kann nur die Lebenspraxis autonom vollziehen. (Hier offenbart sich wieder die Kluft zwischen allgemeiner Theorie und konkreter Lebenspraxis.) Das kritische Moment liegt hier nicht in der Vermittlung selbst, sondern besteht darin, das Allgemeine einer Kritik zu unterziehen.

Als „kritisch“ im engeren, politischen Sinne sollten wir nur bezeichnen, wenn die mäeutische Praxis „progressive“ Praxisformen befördert, also solche, die argumentativ nachweisbar ein höheres Vernunftpotenzial für sich in Anspruch nehmen. In diesem Sinne wäre die Vermittlung der Arbeitsethik nicht kritisch (was nicht heißt, dass es verwerflich oder leichtfertig vermeidbar wäre, dem Mädchen die dominierende Arbeitsethik zu vermitteln). Kritisch ist dagegen die mäeutische Hebung einer keimhaft sich abzeichnenden alternativen Geschlechterrollenidentität, die Herrschaftsverhältnisse aufzulösen trachtet. Allerdings mag in den Disziplinproblemen durchaus eine alternative Arbeitsethik aufscheinen (muss aber nicht) verbunden mit einer impliziten Kritik der herrschenden Arbeitsethik. Zu beurteilen, ob dies tatsächlich der Fall ist, erfordert eine diagnostische Kompetenz (vgl. Schrödter 2003).

Diese geburtshelferische Praxis ist nur dort möglich, wo die Kriterien vernünftiger Praxis der verzerrten Praxis selbst zu entnehmen sind. Bei der Ansicht, dass Arbeitslose selbst schuld sind an ihrer Arbeitslosigkeit und aus ihrer „Lethargie“

herauszuholen sind, handelt es sich offensichtlich ebenso um eine Ideologie, wie bei der Ansicht, das Frauen aufgrund der Menstruation des rationalen Denkens nicht fähig und Schwarze aufgrund der spezifischen genetischen Konstitution in Hinblick auf geistige Tätigkeiten den Weißen unterlegen seien. Solche Ideologien sind in ihrer herrschaftsstabilisierenden Funktion immer darauf angewiesen, jene Momente von Praxis, die dem offensichtlich zuwiderlaufen, zu unterdrücken. Daher kann sich die mäeutische Praxis auf das Selbstheilungspotenzial von Lebenspraxis (vgl. Honneth 2001: 71; Oevermann 1981: 15) stützen. Ohne der Praxis eigene Normen von Außen aufzuzwingen, rekurriert sie auf das Vernunftpotenzial von Praxis selbst.

Es geht hier um solche Fragen, die mit Anspruch auf Objektivität beantwortet werden können, wo sich also das vielbemühte erkenntnistheoretische „Standortproblem“ gar nicht stellt. So kann es beispielsweise eine Ideologiekritik der Ware mit Anspruch auf Objektivität geben, die die gesellschaftlichen Mechanismen expliziert, nach der den Waren Wertgegenständlichkeit an sich zuzukommen scheint. Es kann aber keine Ideologiekritik der 7-Tage Woche geben, welche es als einen Herrschaftseffekt ausweisen würde, dass wir nicht fünf oder neun Tage pro Woche zählen. Die 7-Tage Woche kann man nur genealogisch kritisieren oder dekonstruieren. Man kann sagen, bei der Ideologiekritik geht es um die Frage: „Was ist wahr?“, bei der Genealogie „Was wäre der Unterschied, wenn wir das Problem eher im Rahmen dieses Modells als im Rahmen jenes Modells betrachten?“ (vgl. Owen 2003: 142f.). M.E. ist es entscheidend, dass man nicht dort Genealogie betreibt, wo eine solide Ideologiekritik notwendig wäre, und dass man nicht Ideologiekritik versucht, wo eine anständige genealogische (oder dekonstruktivistische) Herangehensweise gefragt ist.

8. Oftmals gehen die Problemkonfigurationen, mit denen es Soziale Arbeit zu tun hat, gar nicht auf verzerrte Praxisformen zurück. Entsprechend geben sie auch keine bestimmte (grobe) Richtung der Problemlösung vor. Und häufig sind „progressive“ Praxisentwürfe gar nicht erkennbar, oder es können nicht einmal Kriterien dessen angegeben werden, was als progressiv betrachtet werden sollte. Wenn ein Migrant*innenjugendlicher sich mit dem gesellschaftlichen Diskurs konfrontiert sieht, der ihm Glauben machen will, er befände sich in einem Kulturkonflikt, sitze „zwischen den Stühlen“ und müsse sich zwischen deutschen und türkischen Werten, Identitätsentwürfen oder Lebenswelten entscheiden, so muss er sich zu diesem wirkmächtigen Diskurs verhalten. Es mag sein, dass ihm diese Deutung sinnvoll erscheint. Aber solche Diskurse können auch zu Beschränkungen von lebenspraktischer Autonomie werden, allerdings in einem ganz anderen Sinne als es Disziplinmangel oder Sexismuserfahrungen sind. Sie können Beschränkungen sein, wenn sie sich als einzig mögliche, definitive Deutungen präsentieren. Sozialpädagogische Projekte in dem Jugendzentrum, das der Junge besucht, ermöglichen ihm die kritische Reflexion solcher Diskurse. Sie vermit-

teln ihm ein Bewusstsein dafür, dass es sich hierbei um eine kontingente Deutung der Migrationstatsache unter vielen möglichen anderen handelt. Aber diese wertvolle Bildungserfahrung gibt noch nicht die Richtung vor, in der er seinen eigenen Lebensentwurf gestalten möchte. Die Kluft zwischen theoretischer Kritik und lebenspraktischem Entwurf ist hier nicht bloß ein Problem der Konkretion des Allgemeinen im Besonderen.⁵ Vielmehr eröffnet die theoretische Kritik lediglich einen Möglichkeitsraum, ohne alternative Seinsweisen auch nur anzudeuten (daher ist hier auch die diagnostische Kompetenz weniger relevant, vgl. Kunstreich et al. 2004). Hier muss die Lebenspraxis ohne jegliche Stütze mutig voranschreiten, um neue Formen des praktischen Selbstverhältnisses auszuprobieren, um sie sogleich wieder einer ethischen Reflexion zuzuführen. Manchmal probiert Soziale Arbeit *zusammen mit den Nutzern* solche neuen Wege aus. Sie tritt aus ihrer distanzierenden Enthaltensamkeit heraus und organisiert Projekte, die sich zumeist explizit als *politisch* begreifen. Das kritische Moment liegt hier nicht vornehmlich in der Kritik des Allgemeinen, sondern darin, dass der kreative Entwurf von Praxis eine Alternative zum Bestehenden darstellt, dieses also praktisch in Frage stellt – und vielleicht auch ethisch überschreitet. So könnte der politische „Hyper-Aktivismus“ beispielsweise anstreben, Wiederholungen machtförmiger Bezeichnungspraxen, die uns in bestimmte Weise festlegen oder einengen, durch subversive Praktiken zu verschieben (vgl. Butler 1990: 217).

9. Die Praxis Sozialer Arbeit kann also kritisch sein im Sinne der theoretischen Kritik und im Sinne der praktischen Kritik. Im ersten Falle ist Soziale Arbeit in dem Maße kritisch, wie sie den Geltungsanspruch der Konzepte überprüft (d.h.: diesen Geltungsanspruch einschränkt, verwirft, korrigiert, bestätigt), mit denen die Klienten ihre Probleme lösen. Im zweiten Falle ist Soziale Arbeit kritisch in dem Maße, wie sie selbst zusammen mit den Nutzern eine Praxis entwirft, die das Gegebene in Frage stellt.⁶ Während die Sozialpädagogin im ersten Falle abstinenter ist – nicht sie ist es, die gebietet –, geht sie im zweiten Fall mit dem Nutzer eine gemeinsame Praxis ein. Hier gibt es nichts zur Welt zu bringen, was schon da wäre, sondern sie kann nur närrisch das Alte ins Wanken bringen, um Neues zu schaffen zu versuchen.

10. Es dürfte unstrittig sein, dass Soziale Arbeit die theoretische Kritik jener Konzepte üben muss, die für ihre Praxis leitend sind und mit denen Menschen ihre lebenspraktischen Probleme betrachten. Strittig ist eher, inwieweit Soziale Arbeit sich in praktische Kritik engagieren soll und in welchen Lebensbereichen ein solches praktisches Engagement methodisch begründbar und ethisch legitimierbar ist. Die traditionelle Gegenüberstellung in die psychotherapeutische vs. politische Orientierung, in *clinical social work* vs. *radical social work*, die Unterscheidung von Klienten vs. Bürger bzw. Nutzer, von advokatorischer oder stellvertretender Praxis vs. dialogischer oder partizipativer Praxis hat hier ihren materialen Grund.⁷

Ein Sozialpädagoge, der in einem Projekt tätig ist, das gegebene Vergesellschaftungsformen in Frage stellt, ist immer kritisch tätig, dies allein durch bloße Anwesenheit (sofern er nicht verhindert, dass dieses Projekt gedeiht). Dagegen könnte eine Sozialpädagogin etwa in einer Beratungsstelle am Ende ihres Arbeitstages sagen: „Heute habe ich keine kritische Soziale Arbeit gemacht“. Das heißt nicht, dass sie „unkritisch“ war und alles Gegebene unhinterfragt akzeptiert hätte. Aber vielleicht hatte die kritische Prüfung der jeweils relevanten Geltungsansprüche stets ergeben: „Es gab heute nichts zu kritisieren“.

Anmerkungen

- 1 Daneben verkörpert die Figur des Narren traditionell immer auch das „natürlich“ Tölpelhafte und Törichte oder das Deformierte und Verkrüppelte. Hier soll allerdings auf die soziale Rolle des Narren angespielt werden, allerdings nicht auf den Spaßmacher, der der Unterhaltung und Belustigung dient.
- 2 Zur der dem zugrundeliegenden Gegenüberstellung von Kritik im Sinne der Ideologiekritik nach dem Modell der Frankfurter Schule – für die in der Überschrift die Chiffre „Habermas“ steht – und der Kritik im Sinne der Genealogie – für die hier die Chiffre „Foucault“ steht, vgl. Owen (2003) und McCarthy (1991: 69ff.).
- 3 Eine Neuerung im Sinne der Abweichung von einer Norm kann regressiv oder progressiv sein. Eine mögliche Minimalbedingung für eine progressive Neuerung wäre, daß sie das normative Ideal, welches die vorausgehende Praxis (implizit) in Anspruch nimmt, argumentativ nachweisbar besser realisieren muß (vgl. Oevermann 1999: 20; Honneth 1992: 133ff.; Strukturhomolog läßt sich bekanntlich auch Theoriefortschritt bestimmen vgl. Lakatos 1982: 31ff.). Sinnvoll ist diese dialektische Bestimmung deshalb, weil sie vermeidet, alle Normabweichungen pseudo-kritisch per se als revolutionär oder reaktionär-konservativ als kriminell bzw. regressiv zu betrachten.
- 4 Wenn man von einem Bruch im Foucaultschen Werk ausgeht und sich an den frühen Foucault hält, wird man der Vorstellung von positiver Freiheit als Ziel der Kritik skeptisch gegenüber stehen.
- 5 Um Missverständnisse zu vermeiden: Auch die Konkretion bedeutet keine „Ableitung“ lebenspraktischer Entscheidungen aus theoretischer Erkenntnis.
- 6 Die Unterscheidung zwischen theoretischer und praktischer Kritik erhellt auch, dass Sozialpädagogik *im praktischen Vollzug selbst* nicht theoretische Kritik betreiben kann. Weil Sozialpädagogik immer auch den Bestand der Kultur (auch: „Gegenkultur“) tradiert – und sei es bloß dadurch, dass sie einer bestimmten sozialpädagogischen Konzeption folgt – „so kann diese zwar *mit* Kritik verbunden werden, nicht aber ausschließlich *als* Kritik erfolgen“ (Ruhloff 2003: 121). Im Moment des Vollzugs kann die Geltung des dem zugrundeliegenden normativen Gehaltes nicht in Frage gestellt werden. Die Vermittlung einer Arbeitsethik oder einer Geschlechteridentität ist nicht als Kritik möglich auch wenn es sich um alternative Arbeitsethiken und Geschlechteridentitäten handelt, denen eine Kritik gängiger Vorstellungen von Arbeitsethik und Geschlechteridentität vorausgegangen ist. Nur das Befolgen einer alternativen Arbeits-

ethik oder die Aneignung neuer Formen ethnischer Identität kann *in sich* eine Infragestellung des Gegebenen sein.

- 7 Meines Erachtens spaltet sich hier die Soziale Arbeit nicht in unvereinbare Richtungen (vgl. etwa Specht/Courtney 1994), sondern es handelt sich um zwei unterschiedliche Aspekte der selben Profession (vgl. Sachs/Newdom 1999).

Literatur

- Butler, J. (1990): Das Unbehagen der Geschlechter (dt. 1991). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1981): Ist es also wichtig, zu denken? In: Foucault, M. (Hrsg.) 2005: *Dits et écrits. Schriften* (Bd. 4, 1980–1988). Frankfurt/M.: Suhrkamp. 219–223.
- Foucault, M. (1982): Zur Genealogie der Ethik. Ein Überblick über laufende Arbeiten. In: Dreyfus, H.L./Rabinow, P. (Hrsg.) Michel Foucault. *Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik*. Frankfurt/M.: Athenäum-Verlag. 265–292.
- Foucault, M. (1984): Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit. In: Foucault, M. (Hrsg.) 2005. *Dits et écrits. Schriften* (Bd. 4, 1980–1988). Frankfurt/M.: Suhrkamp. 875–902.
- Honneth, A. (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Honneth, A. (2001): Leiden an Unbestimmtheit. Eine Reaktualisierung der Hegelschen Rechtsphilosophie. Stuttgart: Reclam.
- Kunstreich, T./Langhanky, M./Lindenberg, M./May, M. (2004): Dialog statt Diagnose. In: Heiner, M. (Hrsg.) *Diagnostik und Diagnosen in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch*. Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge. 26–39.
- Lakatos, I. (1982): Die Methodologie der wissenschaftlichen Forschungsprogramme (Reihe: Philosophische Schriften, Bd. 1; Hrsg. v. Worrall, J./Currie, G.). Braunschweig: Vieweg.
- McCarthy, T. (1991): Ideale und Illusionen. Dekonstruktion und Rekonstruktion in der kritischen Theorie (dt. 1993). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Oevermann, U. (1981): Fallrekonstruktionen und Strukturgeneralisierung als Beitrag der objektiven Hermeneutik zur soziologisch-strukturtheoretischen Analyse. Manuskript. Frankfurt/M. [online: www.objektivehermeneutik.de/].
- Oevermann, U. (1999): Zur Klärung der Begriffe Regel, Norm und Normalität in der Analyse von Bewußtseinsinformationen. Vortragsmanuskript (13.2.1999). Dortmund [jetzt überarbeitet in: Link, J./Neuendorff, H. (Hrsg.) 2003: *Das Normale im Diskursnetz soziologischer Grundbegriffe*. Heidelberg: Synchron. 183–217].
- Owen, D. (2003): Kritik und Gefangenschaft. Genealogie und Kritische Theorie. In: Honneth, A./Saar, M. (Hrsg.) Michel Foucault. *Zwischenbilanz einer Rezeption*. Frankfurt/M.: Suhrkamp. 122–144.
- Ruhloff, J. (2003): Problematisierung von Kritik in der Pädagogik. In: Benner, D. (Hrsg.) *Kritik in der Pädagogik: Versuche über das Kritische in Erziehung und Erziehungswissenschaft* (Reihe: Zeitschrift für Pädagogik. Beiheft, Bd. 46). Weinheim: Beltz. 111–123.
- Sachs, J./Newdom, F. (1999): *Clinical work and social action: An integrative approach*. New York: Haworth Press.

- Schrödter, M. (2003): Zur Unhintergebarkeit von Diagnose. Klassifikation in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche, Bd. 23, 85–100.
- Specht, H./Courtney, M.E. (1994): Unfaithful angels: How social work has abandoned its mission. New York: Free Press.
- Sünker, H. (1989): Bildung, Alltag und Subjektivität. Elemente zu einer Theorie der Sozialpädagogik. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

*Dr. Mark Schrödter, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik/AG 8,
Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld
E-mail: mark.schroedter@uni-bielefeld.de*





Catrin Heite und Tino Plümecke

Kritik der Kritik oder der Dativ ist dem Genitiv sein Tod

„Kritik bewegt sich mithin immer schon im Spannungsfeld der Aporie, sich als Kritik in bereits regulierten Formen artikulieren zu müssen, weshalb niemals eine sichere Grenze zwischen Kritik und Regulierung existieren wird“ (Hark 2005: 202)

Die Bedeutungsvielfalt resp. die Unbestimmtheit des Begriffs und der Praktiken der ‚Kritik‘ stehen in Kontrast zu seiner Allgemeinverständlichkeit suggerierenden Verwendung in vielerlei wissenschaftlichen Kontexten. Schon in Titeln wissenschaftlicher Arbeiten – so beispielsweise *Kritik der Pädagogik* (Pongratz/Nieke/Masschelein 2004), *Kritik der ethischen Gewalt* (Butler 2003), *Kritik der politischen Vernunft* (Lemke 1997), *Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft* (Bourdieu 1987), *Kritik der Macht* (Honneth 1985), *Kritik der funktionalistischen Vernunft* (Habermas 1981) – besteht bereits auf grammatikalischer Ebene ein oftmals intendiertes Verwirrungspotenzial: soll es eigentlich Kritik *an* ... oder Kritik *mittels* ... bedeuten? Geht es um die Frage „Wessen Kritik?“ oder um die Frage „Kritik an wem/was?“ Geht es um den genitivus subjectivus oder den genitivus objectivus?

Dies mag sich durch die Einbeziehung der Titelzusätze wie *Kritik der Pädagogik – Pädagogik als Kritik* (Pongratz/Nieke/Masschelein 2004) einigermaßen klären, wobei auch hier Fragen offen bleiben: wessen Kritik, von welchem Standpunkt aus, an wem/was wird ‚Kritik‘ mit welcher Intention geäußert und welche Folgen zeitigt die ‚Kritik‘? Unklar bleibt aber vor allem, was ‚Kritik‘ überhaupt ist und sein soll. Die aktuell zumindest bei Foucault-Informierten beliebteste, überstrapaziert zitierte, weil politisch eingängige und irgendwie ‚gut‘ erscheinende ‚Antwort‘ ist sicherlich: „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“, oder „... dass man nicht derartig, im Namen dieser Prinzipien da, zu solchen Zwecken und mit solchen Verfahren regiert wird – dass man nicht so und nicht dafür und nicht von denen da regiert wird“ (Foucault 1992: 12).

Selbstverständnis: selbstverständlich ‚kritisch‘

Ein nicht unerheblicher Teil sozialwissenschaftlichen Schaffens geriert sich selbst als ‚kritische‘ Wissenschaft und stellt sich solchermaßen mittels distinktiver Attribuierung heraus. In der „Kritischen Theorie“, der „Kritischen Psychologie“, den „critical science studies“, der „critical whiteness“, dem „kritischen Rationalismus“ und der „kritischen Philosophie“ wird ‚Kritik‘ als Konstitutivum des jeweiligen Theoriebereichs erachtet. Aber auch einige (Teil-)Disziplinen, wie etwa die Gender Studies, Cultural Studies, Gouvernamentalität Studies, Postcolonial Studies, Historische Anthropologie und auch die Soziale Arbeit sowie Theorieströmungen, wie bspw. der Poststrukturalismus, Sozialkonstruktivismus und Dekonstruktivismus propagieren sich selbst als in besonderer Weise mit ‚Kritik‘ verbunden.

‚Kritisch‘ ist in diesen Zusammenhängen ein Attribut, das in der Regel wie selbstverständlich gebraucht und nicht (mehr) in seinem Gehalt erklärt wird oder – und das sei hier die These – in den konstruktivistischen Theorieströmungen nach der postmodernen Subjektkritik nicht mehr schlüssig erklärt werden kann. Speziell auf dem Hintergrund des *linguistic turn* in den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie dem Bemühen in vielen der aufgezählten akademischen Bereiche, dem Standpunkt der Sprechposition eine besondere Bedeutung zuzumessen, mag diese Verschiebung und Reflexionsleerstelle zunächst verwundern. Von der erhofften Selbstverständlichkeit und -erklärlichkeit des Attributs ‚kritisch‘ kann jedoch keine Rede sein, bezieht sich der Begriff doch auf sehr unterschiedliche Theorietraditionen. Die Differenzen der Ansätze sind augenscheinlich, brechen jedoch nur gelegentlich in trans- und interdisziplinären Forschungsprojekten oder in akademischen Kontroversen (science wars, Sokal-Affäre, Positivismusstreit, Werturteilsstreit) hervor.

Mit der Referenz auf Foucault bzw. allgemein poststrukturalistische Theorieproduktion wird der Bedeutungsgehalt ‚kritischer‘ Wissenschaft noch viel einschneidender in Frage gestellt. Foucaults strukturalistisch intendiertes Frühwerk, aber auch seine Entwürfe zur Gouvernamentalität eröffnen lediglich geringe „Freiheitsspielräume“, welche zudem durch liberale Regierungsinstrumentarien erst erschaffen werden und somit dem (unterworfenen) Subjekt spezifische Bereiche von Handlungsfähigkeit zuweisen. Seine Ausführungen zu den Möglichkeiten von ‚Kritik‘ bleiben jedoch recht dürftig, beschränken sich vielmehr auf die Potenziale nichtnormativer ‚Kritik‘ als Praxis der Hinterfragung der Machteffekte von Wahrheit, sowie die Analyse der Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin. ‚Kritik‘ wird also ‚nur‘ noch als Tugend der Analyse von Realitätsbedingungen und Konstitutionstrukturierungen des jeweiligen Feldes bzw. ihrer Subjekte und Handlungspotenzen gedacht.

Teilhabe

Strebt noch Marcuse (1967) mit seiner ‚Kritik‘ an positivistischen, sich Werturteilen enthaltenden Diskursen und mit der entsprechenden Forderung nach „Negation“ qua ‚Kritik‘ die Einnahme einer äußerlichen Oppositionshaltung an, steht mit der feministischen ‚Kritik‘ am männlich-rationalen und der postmodernen ‚Kritik‘ am souverän handlungsfähigen ‚Subjekt‘ grundsätzlich zur Disposition, von wo aus, von wem und in Bezug auf welchen Referenzpunkt überhaupt noch ‚Kritik‘ geäußert werden kann. Es gibt kein ‚wahres‘ Außen der klaren Opposition, ‚Kritik‘ kann nicht mehr unter Rückgriff auf eine universelle Wahrheit geäußert werden. Ermangelns dieses Außen resp. der Erkenntnis, dass es diesen archimedischen Punkt nie gegeben hat, scheint ‚Kritik‘ nur immanent, mit den ‚innen‘ zur Verfügung stehenden (Macht-)Mitteln und Semantiken in Form von „dissidenter Partizipation“ praktikierbar und praktikabel. Diese aber setzt als „prekäre Voraussetzung für Veränderung“ (Hark 2005: 11) die Anerkennung eben jener (Macht-)Mittel und Semantiken voraus, und verweist darauf, dass jedes „soziale Feld, ob das wissenschaftliche, das künstlerische, das bürokratische oder das politische [und mithin auch das Feld der ‚kritischen‘ Sozialen Arbeit, d.Verf.], es dahin [bringt], dass die Personen, die sich in es hineingeben, jenes Verhältnis zum Feld entwickeln, das ich *illusio* nenne. Sie mögen darauf aus sein, die Kräfteverhältnisse in diesem Feld umzustürzen, aber genau damit erweisen sie den Einsätzen ihre Anerkennung, sind sie nicht indifferent“ (Bourdieu 1998: 142). Auch ‚kritisches‘ Agieren wiederholt diszipliniert die Normen der Handlungsfähigkeit, der Intelligibilität und des Sagbaren. Dementsprechend neigt ‚Kritik‘ stets dazu, Affirmation zu sein oder in Affirmation umzuschlagen.

Unschwer lässt sich dieses Ringen mit den Problemen der Bestimmbarkeit der Potenzen von ‚Kritik‘ und Subversion auch in vielen anderen postrukturalistischen Ansätzen finden. Common Sense scheint zu sein, „dass es keine Selbst-Bildung außerhalb einer Weise der Unterwerfung/Subjektwerdung gibt, was bedeutet, dass es keine Selbst-Bildung außerhalb der Normen gibt, die die mögliche Bildung des Subjekts ordnen“ (Butler 2002: 264). Dennoch fehlt es nicht an teilweise emphatischen Äußerungen zu Möglichkeiten von ‚Kritik‘, Widerstand und Subversion, die sich in aller Regel aber mit den übrigen Konzeptionen der jeweiligen ProtagonistInnen nicht in Einklang bringen lassen. Unseres Erachtens ist dort wohl eher der Wunsch (nach Veränderbarkeit und Handlungsfähigkeit) Ursprung des Gedankens, was nochmals die hier verfolgte Problematisierung der unzulänglichen Konkretisierung von ‚Kritik‘ unterstützt.

Durch die Verwerfung eines ursprünglichen oder auch emanzipativen Subjekts kann – so ließe sich resümieren – wissenschaftliche ‚Kritik‘ lediglich im Rahmen von diskursiven Prozessen des Dispositivs Wissenschaft gedacht werden. Ob

‚Kritik‘ auf Grundlage der Anerkennung der Diskursregeln sowie Übernahme einer subjektivierten Sprechposition nur noch als notwendiges, immanentes Korrektiv und damit als Regierungstechnologie denkbar ist, oder die in der Bedeutung des Begriffs liegende Hoffnung auf Veränderbarkeit ermöglicht, ist auf dieser Grundlage zunächst nicht entscheidbar.

Optionen

Welche Auswege bieten sich aus diesem Dilemma? Eine Möglichkeit besteht darin, einen Bezug auf die klassische ‚Kritik‘ herzustellen, etwa indem auf Kant („Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muss“), auf Marx („*rücksichtslose Kritik alles Bestehenden*, rücksichtslos auch in dem Sinne, dass die Kritik sich nicht vor den Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor dem Conflict mit den vorhandenen Mächten“) oder Engels („im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfes, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will“) rekurriert wird. Solchermaßen hinter einer post-strukturalistischen und postmodernen Subjekt- und Gesellschafts-‚Kritik‘ zurückzutreten verlangt jedoch eine recht weit gehende Ignoranz. Auch engagierte Versuche, diesbezüglich normative Theorie als Basis von Kritikmodellen zu installieren, scheitern an den Fragen nach den weiteren Voraussetzungen jenes „Wir“ der Normativität, der Handlungspotenzen oder dem unter Ausschlussmechanismen eingegrenzten Feld, in dem die Handlungen vollzogen werden sollen. Auch wenn einige Theorien auf dieses Problem Antworten anbieten mögen (so Habermas oder Bourdieu), scheint uns die grundlegende Fragestellung nach einer adäquaten Theoretisierung des Verhältnisses von Teilhabe und Subversion nicht geklärt.

Üblicher Umgang ist, wie beschrieben, jedoch der stillheimliche Weitergebrauch des nicht explizierten Begriffs und das gegenseitigen Abnicken eines angeblichen Wissens über die gemeinte Bedeutung des Begriffs. Die Gefahr eines derartigen Gebrauchs liegt in der Aufweichung der Begrifflichkeit etwa zu einer amorphen Worthülse, deren Denotation verloren geht. Ist ‚Kritik‘ als fluider Begriff noch ‚kritisch‘, wenn er zu einem enteigneten Begriff wie etwa „samtene“ oder „orangene“ Revolution wird? Dennoch soll hier nicht für eine ‚harte‘ Definition von ‚Kritik‘ plädiert werden. Ambivalenz und Unbestimmtheit können im Sinne eines *boundary object* (Star/Griesemer 1989) die Zusammenarbeit über Grenzen verschiedener Sichtweisen und Absichten hinweg erleichtern. Jedoch müsste eine solche Herangehensweise eine strategische sein und – dafür wird sich hier ausgesprochen – reflektiert werden.

Doch noch einmal zurück zu den ‚Kritik‘-Bedeutungen der sich ‚kritisch‘ gerierenden Wissenschaften. Eine bisher hier nicht behandelte Schwierigkeit besteht

darin, wer – welche disziplinäre Strömung und auch welche fachliche Richtung der Sozialen Arbeit – sich eigentlich als ‚nicht-kritisch‘ versteht oder bezeichnet, ob nicht gar ‚kritische Wissenschaft‘ oder ‚kritische Soziale Arbeit‘ schlicht ein Pleonasmus bzw. ‚unkritische‘ Wissenschaft und ‚unkritische‘ Soziale Arbeit ein Oxymoron darstellt. Hier bilden sich konkret unglückliche – ‚kritische‘ – Allianzen, wenn etwa neoliberale und linke ‚Kritik‘ am Sozialstaat mit kompatiblen und äquivoken Begriffen und Semantiken auftreten. Damit geht es um die Problematik der nicht-intendierten – sehr wohl aber teilweise antizipierbaren und mithin vermeidbaren – Folgen der zum Ausdruck gebrachten ‚Kritik‘. Aus widersprüchlichen Richtungen und unterschiedlichen Motiven heraus geäußerte ‚Kritiken‘ am selben Gegenstand finden sich in unbeabsichtigter Einigkeit, wie sich etwa die Narrative der neuen Sozialen Bewegungen von Selbsthilfe, Emanzipation, Empowerment und Eigenverantwortung heute mit der moralisierend-abwertenden Behauptung der Existenz einer „Kultur der Armut“, von „welfarization“ und einer „underclass“ als aktivierungspolitisches Programm reformuliert finden, in dessen Deutungsmustern kein Platz mehr etwa für eine klassentheoretisch begründete ‚Kritik‘ an sozialen Ungerechtigkeiten bleibt.

Bestehen also letztlich keine Optionen – ist der Dativ dem Genitiv sein Tod, wenn ‚Kritik‘ derzeit kaum mehr als ‚Kritik‘ an (der Pädagogik, der Vernunft, der Handlungsfähigkeit ...) gemeint sein kann, und dem *genitivus subjectivus* als Bedeutungsvariante kein Sinn mehr zukommt?

Resümee

Ausgehend von dieser ‚Kritik‘ der ‚Kritik‘ stehen die Fragen nach den Möglichkeiten einer ‚kritischen‘ Sozialen Arbeit und damit nach den Möglichkeiten der Einnahme wirkmächtiger Sprechpositionen qua Akkumulation symbolischer Macht, nach Anerkennbarkeit und Anerkennung im Mittelpunkt der hier aufgeworfenen Problematik. Welche Möglichkeiten bestehen, mittels taktischer Anerkennung der bestehenden Regeln das Feld zu verändern, wenn die jeweiligen Akteure sich in der prekären Bindung an eben dieses Feld befinden, die Bourdieu (1998) mit dem Begriff der *illusio* benennt? Für eine ‚kritische‘, gouvernementalitätsanalytisch informierte Soziale Arbeit, die mithin stets reflektiert, dass es sich bei ihr selbst im Rahmen neosozialer Umsteuerungen um eine Form der „Regierungsintensivierung“ und mithin darum handelt, „in einer sozialen Praxis die Individuen zu unterwerfen“ (Foucault 1992: 15) und wenn sich ‚Kritik‘ und ‚Widerstand‘ nicht außerhalb von Macht- und Herrschaftsrelationen befinden können, sondern vielmehr als konstitutive Elemente, als *techne* der Regierung in ihnen eingelassen sind, liegt es nahe, an den ‚Tod der Kritik‘ zu denken.

Bleibt dennoch die Möglichkeit, im Rahmen der Anerkennung der bestehenden Regeln diese Anerkennung *taktisch* in eine widerständige Aneignung zu wenden? Da eine Taktik immer durch den Mangel an (eigenem geschaffenen) Freiheitsspielraum – der für die ‚kritische‘ Soziale Arbeit z.B. in einem Bestehen auf einem Minimum an ‚professioneller Autonomie‘ liegen mag (vgl. u.a. White 2000) – gekennzeichnet ist, verbleibt ihr lediglich im Sinne „dissidenter Partizipation“ der Ort, der ihr vorgegeben wird. Daraus folgt, dass es keine allgemeine Programmatik widerständiger Taktiken im Allgemeinen oder ‚kritischer‘ Sozialer Arbeit im Besonderen geben kann. Der Versuch der Einnahme ‚kritischer‘ Aneignungspositionen rekuriert scheinbar immer auf die Anerkennung der Spielregeln und den Status einer aktiven, selbstverantwortlichen Subjektposition und beinhaltet dadurch stets die Gefahr – die nicht-intendierte aber sehr wohl antizipierbare Folge – dass die Herrschaftsformation den ‚Widerstand‘ und die ‚Kritik‘ in den meisten Fällen zu ihrer eigenen Rationalisierung aufnehmen kann sowie, dass ‚widerständig-kritische‘ Praktiken und Taktiken durch ihre Bindung an die im schon Regulierten stattfindbare Praxis die Unterwerfung fortzusetzen.

Es ging in diesem Beitrag offensichtlich nicht darum, das Problem der Frage, was ‚Kritik‘ sei, wo die Handlungsoptionen einer ‚kritischen‘ Sozialen Arbeit liegen und vor allem die Frage nach den nicht-intendierten Effekten geäußerter und praktizierter Kritik zu lösen, sondern darum, es aufzuwerfen. Es ging darum, die *illusio* der ‚kritischen‘ Wissenschaft wie ‚kritischer‘ Sozialer Arbeit zu umreißen. Deren Optionen liegen unseres Erachtens nicht in jener Selbstverständlichkeit von ‚Kritik‘. Vielmehr bezieht sich ‚Kritik‘ „nicht nur auf eine gegebene gesellschaftliche Praxis oder auf einen bestimmten Horizont der Verständlichkeit, sie impliziert auch, dass ich mir selbst fraglich werde“ (Butler 2003: 33). Eine solche Position der selbst-kritischen Reflexion erscheint uns als ein möglicher Ausgangspunkt für eine substanziellere und analytisch fundiertere Annäherung an Begriff und Praktiken von ‚Kritik‘ und deren unsuspendierbaren Ambiguitäten.

Literatur

- Bourdieu, Pierre 1987: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. FaM: Suhrkamp
- Bourdieu, Pierre 1998: Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. FaM: Suhrkamp
- Butler, Judith 2002: Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 50, #2, S. 249–265
- Butler, Judith 2003: Kritik der ethischen Gewalt. Adorno-Vorlesungen 2002, FaM: Suhrkamp
- Foucault, Michel 1992: Was ist Kritik? Berlin: Merve
- Habermas, Jürgen 1981: Theorie des kommunikativen Handelns (Bd. 1: Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung, Bd. 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft), FaM: Suhrkamp

- Hark, Sabine 2005: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. FaM: Suhrkamp
- Honneth, Axel 1985: Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie. FaM: Suhrkamp
- Lemke, Thomas 1997: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Berlin und Hamburg: Argument
- Marcuse, Herbert 1967: Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Neuwied: Luchterhand
- Pongratz, Ludwig A./Nieke, Wolfgang/Masschelein, Jan (Hg.) 2004: Kritik der Pädagogik – Pädagogik als Kritik. Schriftenreihe der Kommission Bildungs- und Erziehungsphilosophie der DGfE. Opladen: Leske und Budrich
- Star, Susan Leigh/Griesemer, James R. 1989: Institutional Ecology, ‚Translations‘ and Boundary Objects: Amateurs and Professionals in Berkeley’s Museum of Vertebrate Zoology, 1907–39, In: Social Studies of Science, 19, 387–420.
- White, Vicky 2000: Profession und Management. Über Zwecke, Ziele und Mittel der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche, Heft 77, S. 9ff.

*Catrin Heite, Prinzenallee 58E, 13359 Berlin
E-mail: catrin.heite@gmx.de*

*Tino Plümecke, Sorauer Straße 23, 10997 Berlin
E-mail: tino-pluemecke@gmx.de*



Fabian Kessler, Holger Ziegler und Hans-Uwe Otto

Auf Basis systematischer Vergewisserungen aus dem Mainstream heraus

Ein Gespräch mit Hans-Uwe Otto

Redaktion:

Die Frage, der sich das Heft 100 der WIDERSPRÜCHE widmet, lautet: „Was ist kritische Soziale Arbeit und was nicht?“ Wir möchten Dich daher zunächst um eine Einschätzung bitten, wo kritische Soziale Arbeit Deines Erachtens heute anzusiedeln ist. Oder anders gefragt: In welchem Kontext würdest Du aktuell eine kritische Soziale Arbeit verorten?

Hans-Uwe Otto:

Zunächst möchte ich Euch zum Heft 100 recht herzlich beglückwünschen. Da ich ja selber ein Zeitschriftenprojekt betreibe, weiß ich gut, wie viel Arbeit damit verbunden ist. Man kann daher nur den Hut ziehen, wenn man so lange durchhält, wie Ihr das bisher getan habt.

Um nun aber auf Eure Frage zu reagieren, was kritische Soziale Arbeit ist und was nicht, würde ich zuerst darauf verweisen, dass sie nicht den Fehler der Vergangenheit wiederholen und sich von der Sozialen Arbeit an sich abspalten darf. Sie darf nicht ein Art „Parallelgesellschaft“ konstruieren, die sich in ihrer eigenen Ideologie, ihrer vielleicht „gekonnten Theorie“ und ihrer weitreichenden Analyse sonnt, aber zugleich auf einem Spielfeld agiert, um das nur wenige Zuschauer versammelt sind. Es kommt daher darauf an, kritische Sozialarbeit im Kern der vorhandenen Sozialen Arbeit zu begründen, zu institutionalisieren und wirkungsvoll zu machen. In diesem Sinne würde ich den Ort einer kritischen Sozialen Arbeit in einem ersten Zugang bestimmen und damit zugleich ein Plädoyer für eine Überbrückung der immer wieder reproduzierten Differenz formulieren. In einem gewissen Sinne stehen ja auch die WIDERSPRÜCHE für eine solche Überbrückung.

Redaktion:

Verstehen wir Dich also richtig, wenn wir es einmal so zusammen fassen: Kritische Soziale Arbeit fällt mit der Sozialen Arbeit insgesamt in eins oder sollte zumindest mit dieser in eins fallen?

Hans-Uwe Otto:

Nein, so möchte ich mich nicht verstanden wissen. Kritische Soziale Arbeit und Soziale Arbeit fallen nicht an sich in eins, was ihre Inhalte angeht. Aber hinsichtlich der Ortsbestimmung einer kritischen Sozialen Arbeit sollte es nicht um die „Zukunft der Vergangenheit“ gehen, sondern um eine „*andere* gemeinsame Zukunft“. Kritische Soziale Arbeit kann es sich meines Erachtens nicht, oder nicht mehr leisten, abseits zu stehen. Das mag früher anders gewesen sein, aber angesichts der gegenwärtig dramatisch, wenn nicht paradigmatisch verlaufenden gesellschaftlichen Erosions- und Wandlungsprozesse kommt es darauf an, alle Kräfte zu bündeln.

Eine wirkliche Durchschlagskraft kann eine Kritische Soziale Arbeit nur dann erreichen, wenn sie „ihre Truppen“ sozusagen im Zentrum neu formiert und nicht ausschließlich von den Rändern her agiert und argumentiert. Zumindest was meine Kenntnis der pädagogisch-praktischen Sozialen Arbeit angeht, würde ich diagnostizieren, dass immer weniger Gedanken einer kritischen Sozialen Arbeit an den vordersten Linien ankommen. Derartige Überlegungen bleiben meist im Oberhaus intellektueller Wahrnehmungen eingeschlossen. Die dort formulierten Beschreibungen liegen ja häufig richtig, aber wenn sie – um noch einmal in dem gewählten Bild zu bleiben – nicht aus dem Oberhaus heraustreten, verliert das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit im aktuellen Kontext radikalisierte gesellschaftlicher Neujustierungen weiter an Boden. Denn die gegenwärtige neo-konservative bzw. neo-liberale Neuorientierung erweist sich auch im historischen Vergleich als radikal. Sie bringt nicht nur kulturell, sondern vor allem sozialpolitisch radikalere Gegen-Positionen hervor als dies in den 1960er und 70er Jahren der Fall war.

Daher scheint es mir dringend notwendig, dass sich eine kritische Soziale Arbeit gerade jetzt in die Soziale Arbeit insgesamt einmischt und sich in ihr festsetzt. Damit meine ich auch durchaus konkret eine Mitwirkung an großen Tagungen oder in anderen Mainstream-Veranstaltungen und zwar in einer Form, die über die – ohne Zweifel notwendige – Kritik am Bestehenden hinaus geht. Oder anders formuliert: Eine nur als prinzipielle Gegenbewegung markierte, sich radikal verstehende Soziale Arbeit halte ich derzeit für ein schwieriges Projekt – und zwar gerade deshalb, weil die Muster der dominierenden Handlungsrationitäten in der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit gegenwärtig in einer sehr problematischen Form neu gestanzelt werden. Dieser Neumodellierung des Sozialen muss Einhalt geboten werden und das geht aber nur, wenn man nicht zu weit weg, wenn man nicht im Abseits steht.

Redaktion:

Wird das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit Deiner Meinung nach somit vielleicht mehr sogar denn je gebraucht?

Hans-Uwe Otto:

Ja, und zwar aufgrund der scharfen und eindeutigen sozialen Verwerfungsprozesse, die in zunehmende, systematische Marginalisierungen münden und durch die so genannten Hartz-Gesetze und einen kontinuierlichen Sozialabbau vorangetrieben werden. Entscheidend ist bei diesen Neujustierungen des Sozialen ist nicht zuletzt die Form der gewählten Argumentationen. Es ist doch eine Ungeheuerlichkeit, wenn beispielsweise gesagt wird, weil Löhne so niedrig sind – sprich zu niedrig – soll das Arbeitslosengeld noch niedriger werden. Das hier angeführte Argument der so genannten „Wahrung des Lohnabstandsgebotes“ ist pervers und nur ein Beispiel dafür, wie die zunehmende, eindeutige Erosion wohlfahrtsstaatlicher Grundlagen begründet wird.

Das zeigt, wie nötig wir in der ganzen Fläche den Einsatz einer kritischen oder einer radikalen Sozialen Arbeit haben – nötiger denn je. Das gilt insbesondere auch für den Bereich der Ausbildung. Nachdem die praktische pädagogische Arbeit schon seit längerem eine Mutation durchläuft – angefangen mit der Neuen Steuerung über einen zunehmenden Managerialismus bis hin zu ihrer Privatisierung im Sinne einer Marketization der Sozialen Arbeit – kommt jetzt die Ausbildung dran, zum Beispiel über die Einführung der konsekutiven Studiengänge, also den Bachelor und den Master. Aktuell wird also eine etappenmäßige, systematische Veränderung der Gesamtsituation vollzogen.

Ein entscheidender Punkt in diesem Zusammenhang ist daher auch, dafür zu kämpfen, dass in der Ausbildung Aspekte oder Kernfiguren einer kritischen Sozialen Arbeit verankert werden – eine Möglichkeit übrigens, die sich immer noch bietet.

Redaktion:

Eine Kritische Soziale Arbeit beruft sich ja häufig auf einen Zeitzusammenhang, den man mit dem Stichwort „1968“ verbindet – das hast Du ja auch bereits angesprochen. Um den historischen Vergleich nochmals etwas genauer zu betrachten, unsere Frage an Dich als jemanden, der den Zeitraum seit diesen Jahren für das Feld der Sozialen Arbeit überblicken kann: Bist du der Meinung, dass die von Dir beschriebene aktuelle Neujustierung des Sozialen eine in der Form völlig neue Situation darstellt? Oder steht das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit wieder an einem ganz ähnlichen Punkt, wie in den Jahren 1968 folgende?

Hans-Uwe Otto:

Meines Erachtens zeigt sich die Wirkung eines ganz anderen Kontextes in der Radikalisierung der Veränderungen des Sozialen, wie ich das eben bereits ange-

deutet habe. Ich versuche diese veränderte Situation einmal mit Blick auf mögliche Reaktionsformen Sozialer Arbeit auf diese radikalisierten Transformationen an zwei aktuellen Beispielen skizzieren: Aus der nicht-schulischen Debatte heraus ist es meiner Meinung nach gelungen, einen neuen, faszinierenden und bisher nicht ausgekosteten Theoriediskurs zu eröffnen, was den Bildungsbegriff angeht. Das Symbolwort einer „Zeitgemäßen Bildung“ ist ein Hinweis darauf, dass wir es eigentlich mit einer neuen Bildungstheorie zu tun haben. Es ist uns, den Sozialpädagogen, gelungen die Allgemeinpädagogen zu einer Korrektur ihrer Auffassung zu bewegen. Das ist ein echtes Phänomen mit nicht zu unterschätzender Qualität, das sehr anschlussfähig ist für das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit. Ähnliches gilt für die aufkommende Debatte um den so genannten Capability-Approach.

Das heißt wir haben heute neue Strömungsparameter, die wir nutzen können, „Alleys“ gewissermaßen, die sich eröffnen. Das fasziniert mich heute, wie mich früher andere analytische Auseinandersetzungen fasziniert haben. Ich brauche allerdings heute nicht mehr den ständigen Rückgriff auf die inzwischen tradierten theoretischen Auseinandersetzungen.

Wir haben es inzwischen mit neuen Konflikten zwischen Arm und Reich zu tun. Zwar existiert die alte Klassenfrage weiterhin. Diese wird nun aber mit einer neuen Klassenfrage verbunden. Und daraus ergibt sich auch eine Möglichkeit, die Möglichkeit einer neuen Bewegung nämlich – allerdings müssen wir diese ergreifen.

Die Bildungsfrage ist eine solche, der Capability-Approach eine zweite oder die von uns in Bielefeld geführte Debatte um eine Sozialraumorientierung Sozialer Arbeit ein weitere. Letztere ist ein typisches Beispiel, wie eine kritische Position in der Auseinandersetzung mit dominierenden Denkmustern entdeckt werden kann – nämlich durch eine informierte Sozialforschung. Statt der bloßen Auseinandersetzung um die richtige ideologische Position, muss es – gerade auch in der kritischen Sozialen Arbeit – um empirische Fundierungen gehen.

Hier hat die Soziale Arbeit inzwischen einiges dazu gelernt, was ein anderes systematisches Griffmuster gerade auch für die die kritische Soziale Arbeit zulässt. Denn wir haben einen höheren Kenntnisstand erreicht, der es uns erlaubt in der Position präziser zu sein. Das ist ein Fortschritt und eine Perspektive zugleich. Um eine Metapher aus dem Sport, dem Tennis genauer gesagt, zu gebrauchen: Wir können von diesem Grundlinienspiel aus nun ans Netz gehen.

Redaktion:

Verstehen wir Dich also richtig, dass es Deines Erachtens die strategische Position kritischer Sozialer Arbeit sein sollte, nun nicht mehr voran zu gehen und zu markieren, sondern ironischerweise die Themen, die aus der Mitte kommen, aufzugreifen und umzudeuten, oder (...)

Hans-Uwe Otto:

(...) mit dem systematischen Gedankengut einer kritischen Theorie – nicht nur einer kritischen Sozialen Arbeit, sondern einer kritischen Theorie, die aber mit der empirischen Wende eine neue Qualität erreichen könnte. Ja, so würde ich das sagen.

Eine empirische Evidenz in der Auseinandersetzung hat eine größere Durchschlagskraft. Wir sind in der Sozialen Arbeit ja auch dazu gezwungen, uns empirisch in der Konkurrenz zu anderen Disziplinen zu positionieren. Das gilt gerade auch dort, wo der Gegenstand eine fundierte kritische Position erforderlich macht – beispielsweise in der Armutsdiskussion. Es gibt viele solcher Fragestellungen, die wir mit Hilfe *eigener* theoretischer Substanz und systematischen empirischen Instrumenten neu justieren können. Damit gewinnt die Soziale Arbeit eine andere Qualität und eine gesellschaftliche Relevanz.

Es geht also um nicht weniger als eine *sozialpolitische* Einmischung mit *wissenschaftlichen Mitteln*.

Redaktion:

Woher nimmst Du die Hoffnung, dass eine solche von Dir skizzierte kritische Soziale Arbeit auf den so genannten Mainstream substanziell Einfluss nehmen kann?

Hans-Uwe Otto:

Einige, wenn auch wenige Orte zeigen, dass es gelingen kann – beispielsweise Hamburg und auch Bremen. Allerdings liegt dies sicherlich nicht zuletzt an der spezifischen Situation dieser Stadtstaaten und den dortigen kurzen Wegen zu den Machthabern. Man kennt sich, ohne sich politisch einig zu sein. In den Flächenländern, wie in Nordrhein-Westfalen, ist das in dieser Weise gar nicht möglich.

Was sich aber an diesen Beispielen zeigen lässt, ist, dass man den Zugriff zur Machtzentrale braucht – entweder Du wirst als Opposition oder gar als Mitspieler wahrgenommen oder Du musst Dich wissenschaftlich so positionieren, dass Deine Ergebnisse deutliche Wirkung zeigen. Man muss sich also sozialwissenschaftlich schärfen und es geht damit immer um eine Politisierung auch der wissenschaftlichen Sozialen Arbeit.

Redaktion:

Dein „Lebensprojekt“, um mal etwas emphatisch zu sprechen, ist ja die Professionalisierung Sozialer Arbeit. Historisch war das Projekt Sozialer Arbeit – zumindest den Zahlen nach – niemals so erfolgreich, wie heute. Wie würdest Du vor diesem Hintergrund das Verhältnis zwischen dem von Dir ja mit vorangebrachten Professionalisierungsprojekt Sozialer Arbeit und den Ansprüchen einer kritischen Sozialen Arbeit beschreiben?

Hans-Uwe Otto:

Profession ist ein anspruchsvoller Begriff, der in etwa besagt, Profession ist mehr als die normale Berufsausübung – mehr in den analytischen Kapazitäten wie der gesellschaftlichen Orientierung. Sie setzt eine gediegene Ausbildung voraus, die sich an einer Leitwissenschaft anlehnen muss – das ist mein tiefes Credo. Wir haben mit einem stark funktionalistischen Denken begonnen, das wir aus der amerikanischen Soziologie übernommen haben – in meinem Fall vermittelt über meinen Lehrer Utermann. Erst in der zweiten Generation hat sich die Debatte analytisch und thematisch weiterentwickelt, etwa über Fragen der Advokatorik oder gerechtigkeits-theoretische Überlegungen.

Profession hat im Kern systematisch, kritisch und reflexiv auf den späteren Beruf vorzubereiten – und reflexiv kann man nur auf der Basis einer theoretischen Grundorientierung sein. Ein solches Projekt einer reflexiven Professionalisierung ist jedoch schwierig geworden, weil Professionalität durch eine neue Funktionalität abgelöst werden soll: zur bisherigen bürokratischen Logik kommt nun noch die Marktlogik hinzu. Es ist vor allem diese Marktlogik mit ihren eigenen Effektivitäts- und ökonomischen Rationalitätskriterien nach der Professionalität – zumindest gemäß solchen Denkweisen, wie sie etwa die „What Works“-Diskussion nahe legen will – ersetzbar erscheint. Das kritische Moment erweist sich hierbei als der Kampf darum, ob man Professionalität in dieser Form ersetzen will oder nicht. Mir geht es an dieser Stelle darum, auf die *gesellschaftliche Verpflichtung* Sozialer Arbeit hinzuweisen, die mehr ist als die gesellschaftliche Funktion, die in der klassischen Professionsdefinition im Mittelpunkt steht. Ihre Aufgabe ist vielmehr die gesellschaftliche Auseinandersetzung. Eine Auseinandersetzung zugunsten sozial benachteiligter Gesellschaftsmitglieder, zugunsten des Klientels Sozialer Arbeit also – wenn auch, wie die aktuelle Bildungsdebatte zeigt, nicht ausschließlich zu deren Gunsten.

Das heißt nun nicht, dass sich Soziale Arbeit nur an Exkludierte und Arme richtet, aber diese stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit Sozialer Arbeit. Diese Gesellschaftsmitglieder finden sich allerdings auch in Institutionen wieder, die wir bislang nicht im Auge gehabt haben: Es geht eben nicht mehr nur um die „arme Familie“, das „abweichende Verhalten“ eines Jugendlichen und den Versuch ihn zu disziplinieren oder zu integrieren. Die Debatte um Bildung und Armut beispielsweise – ein für die Betroffenen ja verheerender Zusammenhang – wird von der Sozialen Arbeit eigentlich heute erst richtig entdeckt. Früher wurde die institutionalisierte Aufteilungslogik des Schulsystems viel weniger in Frage gestellt. Es schien doch letztlich klar: „Die gehen eben auf die Sonderschule“. Inzwischen würde ich von einer professionellen Sozialen Arbeit auch verlangen, dass sie versucht diese Form institutioneller Diskriminierung zu bekämpfen. In diesem Sinne können wir eine kritische Soziale Arbeit mit Professionalität identifizieren – aber das Gleiche ist es nicht.

Was man aber sagen kann ist meiner Meinung nach, dass man sich keine kritische Soziale Arbeit *jenseits* von Professionalität vorstellen kann. Ein gesellschaftskritisches Engagement einzelner Fachkräfte in ihrer Bürgerrolle ja, aber das ist dann keine Soziale Arbeit, die eine gesellschaftliche Aufgabe in einer Weise wahrnimmt, die nicht von jedem übernommen werden kann. Das heißt erforderlich ist Reflexivität, Theorienähe und empirische wie analytische Schärfe. Diese Aspekte von Professionalität sind für eine kritische Soziale Arbeit von zentraler Bedeutung. Dabei ist übrigens nicht zu vergessen, dass das Manko der Professionalität ihre methodische Umsetzung bleibt. Die jüngsten Debatten um „Diagnose“, „Diagnostik“ und „What Works“ bzw. evidenzbasierte Vorgehensweisen versprechen scheinbar, Subjekte besser in den Griff zu bekommen. Eine analytische Vergewisserung verdeutlicht aber, dass sie ganz im Gegensatz dazu, dazu führen, dass die Profession „das Subjekt“ wieder aus den Augen verliert.

Redaktion:

Wie würdest Du vor diesem von Dir deutlich charakterisierten Hintergrund die Zukunft einer kritischen Sozialen Arbeit skizzieren?

Hans-Uwe Otto:

Die Zukunft einer kritischen Sozialen Arbeit ist erstens davon abhängig – darauf hab ich ja bereits angespielt – wie sich die Ausbildung zukünftig gestaltet; zweitens, wie sich das Verhältnis von Fachhochschulen und Universitäten realisiert, das heißt, ob das aktuell vorherrschende Verhältnis von Konkurrenz und institutioneller Profilierung überwunden werden kann. Denn dadurch führen wir aktuell einen Popanz an Spezialistentum auf, der die praktisch-pädagogische Arbeit in einem völlig unrealistischen Maße überfrachtet. Eine gute theoretisch-fundierte Ausbildung bringt Professionelle, so meine Überzeugung, in die Lage, sich nicht ohne weiteres in Sekundärfunktionen abdrängen zu lassen, wie dies derzeit im Kontext von Hartz IV der Fall ist. Die hier sichtbare Gefahr einer Instrumentalisierung Sozialer Arbeit nimmt umso stärker zu, umso schwächer die Ausbildung wird – zumal Soziale Arbeit in allen historischen Phasen einen Hang zur Instrumentalisierung aufgewiesen hat. Es kommt also darauf an, die Substanz einer kritischen, reflexiven Sozialen Arbeit hoch zu halten und sie zugleich so stark zu machen, dass sie sich mit den vorherrschenden Anmaßungen in der Umsetzung ihrer Arbeit auch auseinander setzen kann. Was zum Beispiel bis heute fehlt, ist eine berufsmäßig organisierte Diskussion, die der Profession die Möglichkeit der Artikulation auch jenseits der Anstellungsträger bietet. Denn die Berufsverbände und die Gewerkschaften haben in der Gestalt, in der sie sich heute darstellen, nicht die Substanz dazu. Eine Emanzipation der Profession von ihren Anstellungsträgern – aber auch aus ihrer momentanen gesetzlichen Vordefinition und der damit verbundenen Aufgabenspezialisierung heraus, die von vielen einfach als Dogma gesetzt wird – ist meines Erachtens eine dringend not-

wendige Voraussetzung, um von einer kritischen Sozialen Arbeit sprechen zu können – und an diesem Punkt sind wir noch nicht angekommen.

Redaktion:

Ist die Zukunft Sozialer Arbeit in so fern von den internen sozialen Bewegungen der Professionellen und damit auch der Stärke von Profession und Disziplin abhängig?

Hans-Uwe Otto:

Ja, in sofern es um eine Soziale Arbeit gehen muss, die sich in die Lage bringt, sich nicht nur wissenschaftlich, sondern auch handlungs- und gesellschaftspolitisch wahrnehmbar artikulieren zu können. Es bleibt dabei: Eine gute Praxis verlangt nach einer guten Theorie. Sofern diese Kopplung aufgegeben wird, kommt man dahin, wo gegenwärtig scheinbar neue Perspektiven suggeriert werden: nicht zuletzt durch den Managerialismus etwa. Dieser lebt ja vor allem davon, strategische Aspekte auf Kosten der analytischen zu stärken. Das ist aber nicht das Handlungsmodell einer *kritischen*, sondern einer *leitenden* Sozialen Arbeit. Letztere zielt dann darauf „top down“ vorgegebene Inhalte und vor allem Vorgehensweisen bis auf die unteren Positionen durchzusteuern. Auf einen theoretischen und gesellschaftspolitischen Fundus kann dann für die Professionellen vermeintlich verzichtet werden, denn alle Ebenen scheinen vordefiniert werden zu können. Allen, die sich einer kritischen Auseinandersetzung – das heißt auch immer eine Auseinandersetzung mit sich selbst – nicht stellen wollen, erscheint diese Form der Sozialen Arbeit sehr attraktiv, da sie ihnen Chancen, Übersichtlichkeit und Anerkennung verspricht.

Dies ist der Kontext, in dem sich eine kritische Soziale Arbeit gegenwärtig zu bewegen und zu bewähren hat, und der Grund dafür, dass das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit mit dem Projekt der Professionalisierung im skizzierten Sinne eng verbunden bleiben muss.

Redaktion

Wir danken Dir herzlich für das Gespräch.

*Hans-Uwe Otto, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik,
AG 8: Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Postfach 10 01 31, D-33501 Bielefeld
E-mail: hansuwe.otto@uni-bielefeld.de*

*Fabian Kessl und Holger Ziegler, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik,
AG 8: Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Postfach 10 01 31, D-33501 Bielefeld
E-mail: fabian.kessl@uni-bielefeld.de und ho.ziegler@gmx.de*

Ute Straub

Anti-Oppressive Social Work als kritische Soziale Arbeit

Soziale Arbeit ist eine „oppressive caring profession“, eine „unterdrückend-helfende Profession“ (Dominelli 2002: 28). Die „klassische“ Diskussion um den Auftrag Sozialer Arbeit, „Hilfe und Kontrolle“ vs. „Veränderung und Widerstand“, findet in diesem Terminus eine treffende Umschreibung.

Der Blick zurück in die Siebziger Jahre und die professionstheoretischen Auseinandersetzungen im Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) zeigen, dass Kapitalismuskritik (vgl. AKS 1977: 3–49), aber auch feministische Kritik an der patriarchalen Ausbeutung in helfenden Berufen konstitutiver Teil des (kritischen) sozialarbeiterischen Selbstverständnisses waren (vgl. Informationsdienst Sozialarbeit 1979).

Während sich aber derzeit in Deutschland trotz „Hartz IV“ und zunehmend prekären Arbeitsverhältnissen für Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen die Diskussion um emanzipatorische (in „alter“ Diktion: reformerische oder gar reformistische) Ansätze wie Ressourcenorientierung und Empowerment dreht, ohne dabei die Ebene der Interaktion zwischen SozialarbeiterIn/Klientin (Kunde und Kundin) hin zu gesellschaftsverändernden Perspektiven zu überschreiten, wurde in Großbritannien im Zusammenhang mit der Kritik an Neoliberalismus und „New Deal“ (Blair 1999) ein radikal gesellschaftskritischer Ansatz (wieder)belebt: Anti-Oppressive Social Work (AOSW).¹

Antidiskriminierungsansatz und AOSW

In Deutschland ist antidiskriminierende Soziale Arbeit wieder in der professionstheoretischen und -praktischen Diskussion, hat sich doch im Kontext der Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union und deren – zögerlicher – Überführung in nationale Antidiskriminierungsgesetze bis Ende 2003 ein Perspektivenwechsel von der zielgruppenorientierten hin zur zielgruppenübergrei-

WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 100, 26. Jg. 2006, Nr. 2, S. 119–125

fenden Sichtweise vollzogen (Treichler 2004, Rehländer 2005). Diesen multi-dimensionalen Ansatz vertritt auch AOSW, die in Großbritannien (und Kanada) als Oberbegriff für verschiedene Praxisansätzen radikaler, antirassistischer oder feministischer und anderer sozialer Bewegungen angesehen wird und eine Vielzahl von Unterdrückungsmerkmalen einbezieht (s.u.). Anders als der Antidiskriminierungsansatz (ADA), der versucht, bei den benachteiligten Gruppen vorwiegend durch Beratung und Hilfe gesetzlich festgelegte Maßnahmen durchzusetzen, vertritt AOSW die Position der politischen Einmischung. Von der Frauenbewegung wird eine grundlegende Aussage übernommen: „Private“ Probleme werden als gesellschaftliche Angelegenheit gewertet und daraus eine kritische Beziehung zwischen Gesellschaftsstruktur und Bewusstsein der Individuen abgeleitet. Bewusstsein und Analyse von Unterdrückung sind notwendige aber nicht hinreichende Anteile von AOSW, ebenso wichtig ist der gesellschaftsverändernde Impetus. Dies können Praxisrichtlinien, Zielformulierungen oder Strategien sein, die im Einklang mit einer Theorie sozialer Gerechtigkeit stehen sowie die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen.

AOSW hat einen differenzierten Blick auf die Verwobenheit von Hegemonien, versteht alle Formen von Unterdrückung und Dominanz als miteinander verknüpft. Die multifaktoriellen und sich überschneidenden Ursachen von Unterdrückung und Dominanz und der damit verbundene mögliche Rollenwechsel von TäterInnen und Opfern werden berücksichtigt. AOSW bezieht die Person der Professionellen ein und unterzieht die Beziehung zwischen SozialarbeiterIn und AdressatIn einer kritischen Analyse. Als professionelle Anforderung wird formuliert, auch in einem Kontext von Widersprüchen, Ungewissheiten und unterschiedlichen Realitätsdeutungen effektiv arbeiten zu können.

Diskriminierungs-/Unterdrückungsmerkmale

Interessanterweise ist das Stichwort „Unterdrückung“ in einschlägigen deutschen Handbüchern² nicht aufgeführt, anders als beispielsweise im Social Work Dictionary (Barker 2003: 306). Dies zeigt, dass „Unterdrückung“ im Gegensatz zur weniger radikal-politisch interpretierbaren „Diskriminierung“ in der aktuellen Fachdiskussion nicht präsent ist.

Folgende Merkmale, die zu Unterdrückung führen (können), werden im Ansatz der AOSW einer kritischen Betrachtung unterzogen, wobei sich der Blick auf die entsprechenden „-isms“ richtet (Bedeutungsunterschiede bei der Übertragung ins Deutsche sind zu berücksichtigen):

- ▷ sex/gender – sexism,
- ▷ race bzw. colour – racism („race“ steht nicht für „Rasse“ im deutschsprachigen Sinn, sondern bezeichnet die Unterscheidung nach ethnischer Zugehörig-

keit, „colour“ ist die angemessenere Begrifflichkeit, da „black people“ der Selbstdefinition aller nicht-weißen Gruppen entspricht, hellhäutige Volksgruppen sind „caucasian“),

- ▷ class – class oppression (Klasse steht sowohl für den marxistischen Klassenbegriff als auch für „soziale Schicht“),
- ▷ ability – abilism (manchmal auch mentally or physically challenged, challenged ability, *nicht* dis-ability),
- ▷ age – ageism,
- ▷ sexual orientation – homophobia,

und in der neueren Diskussion auch

- ▷ religious affiliation (Zugehörigkeit zu einer religiösen Richtung) – sectarianism (die Betrachtung anderer Religionen als Sektierertum).

AOSW in der Ausbildung in Großbritannien

In Großbritannien haben die so genannten Social Care Councils (national organisiert in den vier Ländern England, Wales, Northern Ireland und Schottland) die Aufgabe, als Kontrollbehörden Standards in der Sozialen Arbeit festzulegen und zu sichern, einen Verhaltenscodex zu entwickeln und auf seine Einhaltung zu achten sowie den Fort- und Weiterbildungsrahmen festzulegen. Alle ausgebildeten SozialarbeiterInnen werden zentral registriert, was alle drei Jahre zu erneuern ist und den Nachweis einer Weiterbildung von mindestens zwei Wochen oder 90 Stunden voraussetzt.

Die Social Care Councils sind auch die zuständigen Behörden, die die Hochschulen und ihre Studiengänge in Sozialer Arbeit akkreditieren (vgl. Lyons/Manion 2004:84). So wurde 1989 in den Richtlinien für die Ausbildung von SozialarbeiterInnen der anti-rassistische Ansatz verpflichtend vorgeschrieben, die nicht nur die Beteiligung „schwarzer“ Dozentinnen und die Entwicklung entsprechenden Lehrmaterials beinhaltet, sondern auch als Voraussetzung für die Abschlussprüfung den Nachweis darüber verlangt, dass sich die Studierenden mit dem Thema „Rasse“ auseinandergesetzt haben und in der Lage sind zu analysieren, wie Rassismus Politik und Praxis auf der individuellen, professionellen, organisationellen und nationalen Ebene beeinflusst (vgl. CCETSW 1991, Paper 30). Auf dieser Basis hat sich in den Neunziger Jahren AOSW in der Lehre etabliert:

„Die Einbeziehung der Theorien der Unterdrückung in die Lehrpläne für Soziale Arbeit zieht einen Perspektivenwechsel nach sich von Rasse zu Rassismus, Geschlecht zu Sexismus [...] und von den Unterdrückten zum Unterdrücker/zur Unterdrückterin. Diese Verschiebung ist radikaler als es auf den ersten Blick aussieht, [...] denn der Focus ist jetzt strukturell statt individuell, allgemein statt spezifisch. Der Schwerpunkt liegt jetzt auf den gesellschaftlichen Handlungsweisen, die Unterdrü-

ckung fortschreiben, statt darauf, etwas über kulturelle Besonderheiten einer bestimmten Gruppe [...] zu lernen und solch ein Blickwinkel kann für den Status Quo extrem bedrohlich sein“ (van Worner, 2005: 4).

Wie ein AOSW-Modul konkret aussehen kann, welche Anforderungen an das Lehrteam und die Studierenden gestellt werden, ist an anderer Stelle ausgeführt (Straub 2006). Im Kontext der Lehre sei aber hervorgehoben, dass der Anspruch besteht, zwischen dem, *was* gelehrt wird und *wie* es gelehrt wird, eine Kongruenz herzustellen. Ein DozentInnenteam an der University of Central England bietet seit drei Jahren ein AOSW-Modul an. Die Zusammensetzung aus männlichen/weiblichen, black/white und hetero-/homosexuellen Lehrenden wird ebenso zum Gegenstand der Lehre gemacht, wie die multi-ethnische Zusammensetzung der Studierendengruppe und deren Erfahrungen als Unterdrückte oder Unterdrückende (vgl. Chand et al. 2000).

AOSW in der Praxis

Der Ansatz der nicht-unterdrückenden Sozialen Arbeit sieht seine AkteurInnen zu gesellschaftskritischer Haltung verpflichtet. Soziale Arbeit wird in erster Linie anwaltschaftlich verstanden, als eine Profession, die ungerechte, unterdrückende Beziehungen verändern kann und muss. Von den Angehörigen der sozialen Zunft wird erwartet, dass sie das Veränderungspotenzial Sozialer Arbeit in der Arbeit mit Individuen, Gruppen oder Gemeinschaften zugunsten von mehr sozialer Gerechtigkeit nutzen, politische Einmischung wird explizit als eine Aufgabe Sozialer Arbeit definiert. Zu den von Dalrymple und Burke (1995) formulierten Rahmenbedingungen für AOSW gehören u.a. die Kenntnis darüber, wie Themen sozialer Gerechtigkeit öffentlich gemacht und eine Auseinandersetzung darüber auf individueller und struktureller Ebene erfolgen kann, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von research-mindedness (eine forschende Einstellung, eine Aufgeschlossenheit für Forschung) und Einsatz und Bereitschaft für Aktion und Veränderung (vgl. a.a.O.: 18). Die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen ist Teil des Selbstverständnisses und der Aufbau von alternativen sozialen Diensten und Aktionsgruppen gehört zur Strategie (vgl. Carniol 2000). SozialarbeiterInnen, die in einer nicht-unterdrückenden Praxis engagiert sind, vertreten eine starke Verknüpfung zwischen der individuellen Unterstützung für Menschen, die einer unterdrückten Gruppe angehören, und der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, die mit diesen unterprivilegierten Menschen verbunden sind. Indem diese beiden Arbeitsweisen verbunden werden, werden AnbieterInnen von sozialen Dienstleistungen von Grund auf herausgefordert (ebd.: 115).

Im Ethikcode der British Association of Social Workers (BASW) ist festgelegt, dass die Anerkennung des Wertes und der Würde eines jeden Menschen, unab-

hängig von Herkunft, Rasse, Status, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung, Glauben oder Beitrag zur Gemeinschaft (contribution to society) grundlegend für die Profession ist (BASW 1996, zit. N. Dominelli 2002: 64). Dies ist aus Sicht der VertreterInnen von AOSW nicht ausreichend, da es sich auf die Beziehung von SozialarbeiterIn und KlientIn und damit auf die individuelle Ebene beschränkt. Vernachlässigt wird die Tatsache, dass und wie SozialarbeiterInnen in einen sozialen und institutionellen Kontext eingebettet sind, der je nachdem mehr oder weniger Parteilichkeit erlaubt und sie zudem in ihrer ExpertInnenrolle leicht Gefahr laufen, ein Ungleichgewicht in die Beziehungen zu den KlientInnen zu bringen (Dominelli 2002: 64). Der Ansatz fordert also eine hohe Bereitschaft und Fähigkeit zur Reflektion der eigenen Gefühle, Denk- und Handlungsweisen, um Unterdrückungsmechanismen an sich selbst erkennen zu können (vgl. a.a.O: 7–35). Aber auch die Verinnerlichung stereotypen Einstellungen bei den KlientInnen, die sie daran hindern, sich ihrer Ressourcen bewusst zu werden, ist Thema der AOSW (a.a.O: 91). Ähnlich wie in den Forderungen des Arbeitskreises Kritische Sozialarbeit (AKS) in den Siebziger Jahren (vgl. AKS 1977, zit. n. Wollenweber 1983) werden die institutionellen Strukturen und die Arbeitsbedingungen der SozialarbeiterInnen einer kritischen Betrachtung unterzogen. Die Anbieter sozialer Dienstleistungen sollen jene Anteile von Unterdrückung, die in der institutionellen Praxis und den dominanten kulturellen Normen verborgen sind, aufdecken und – als längerfristige Perspektive – eine nicht-unterdrückende Arbeitsumgebung auch für die MitarbeiterInnen schaffen (vgl. Dominelli 2002: 33). Das bedeutet u.a., der Perspektive unterdrückter Gruppen dadurch mehr Gewicht zu verleihen, dass deren Angehörige in die professionelle soziale Arbeit integriert werden. Arbeit mit Gruppen, die Einbeziehung von Empowermentansätzen in gruppenspezifische Prozesse ist ein Teil der Arbeitsweise von AOSW, ebenso wie stadtteilorientierte oder Gemeinwesen-Arbeit (vgl. Moore 2003) und in der Frage der Verknüpfung von lokalem Handeln unter globalisierten Bedingungen bezieht sich AOSW auf die Ideen des „utopischen Realismus“ (Giddens 1994).

AOSW als kritische Soziale Arbeit

Legt man einer definitorischen Annäherung an kritische Soziale Arbeit zugrunde, dass sie den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sie arbeitet, und der Erzeugung sozialer Problemlagen erkennt (vgl. Scherr in diesem Heft) und in ihre professionellen Strategien einbezieht, dann ist diese Voraussetzung bei AOSW sicherlich gegeben. Erinnerungen an Positionen der Kritischen Sozialen Arbeit der Siebziger Jahre wecken auch die folgenden Maxime: Kritik an Normalitätskonzepten, anwaltschaftliche Praxis, Kooperation mit außerinstitutionellen sozialen Gruppen und sozialen Bewegungen, die Au-

thentizität der Lehrenden, die Übereinstimmung von Lehre und Gelehrtem, die Betonung von (professioneller) Selbstreflexion und last but not least die politische Einmischung.

Back to the future?

Anmerkungen

- 1 Anti-Oppressive Social Work ist wie vieles, was aus dem englischsprachigen Raum kommt, nur mit Bedeutungsverlust wörtlich zu übersetzen. Bei einigen Begriffen wird deshalb der englischsprachige Terminus beibehalten.
- 2 Z.B. Thole, W. (Hg.) (2002): Grundriss Soziale Arbeit, Opladen; Deutscher Verein (Hg.) (1997): Fachlexikon der Sozialen Arbeit, Frankfurt; Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.) (2001): Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Neuwied, Kriftel

Literatur

- Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Westberlin (1974): Reform und Reformismus als Problem praktischer Politik in der Sozialarbeit. In: Informationsdienst Sozialarbeit, H. 8. Nachgedruckt in: Wollenweber, Horst (Hrsg.) (1983): Sozialpädagogische Theoriebildung. Quellenband. Paderborn, München, Wien, Zürich
- Carniol, B. (2000): Case Critical. The Dilemma of Social Work in Canada. Toronto
- Central Council for Education and Training in Social Work (CCETSW)(1991): Rules and Requirements for Diploma in Social Work, 2. Auflage
- Chand, A./Clare, Jan/Dolton, Robert (2002): Teaching Anti-oppressive Practice in Social Work Course: Lecturers' Experiences, Students' Responses and Ways Forward. In: Social Work Education, H. 1
- Dalrymple, J./Burke, B. (1995): Antioppressive practice: Social care and the law, Buckingham
- Dominelli, Lena (2002): Anti-oppressive Social Work Theory and Practice, New York
- Giddens, Antony (1994): Beyond Left and right: The future of radical Politics. Stanford
- Lyons, Karen/Manion, Kathleen (2004): Education for Social Professions in the United Kingdom. In: Hamburger, Franz et al.: Ausbildung für Soziale Berufe in Europa, Bd.1, Frankfurt
- Moore, Paul (2003): Critical Components of an Anti-oppressive framework. In: The International Child and Youth Care Network, H.59
- Rehländer, Stefanie (2005): Perspektivenwechsel in der Antidiskriminierungsarbeit. In: sozialexta, H. 1
- Sozialistisches Büro (Hg.) (1979): Informationsdienst Sozialarbeit, Schwerpunktthet: Frauen und Sozialarbeit, Offenbach, H. 23
- Straub, Ute (2006): Anti-Oppressive Practice in der Sozialen Arbeit. In: Sozialmagazin, H.1
- Treichler, Andreas (2004): Wi(e)der Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – Europäische Grundlagen und menschenrechtliche Perspektiven der Antidiskriminierungsarbeit.

In: Treichler, Andreas/Zyrus, Norbert (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt

Wormer, van Katherine (2005): Concepts for Contemporary Social Work: Globalisation, Oppression, Social Exclusion, Human Rights, Etc.. In: Social Work & Society, H. 1

*Prof. Dr. Ute Straub, Fachhochschule Frankfurt am Main, Fachbereich 4,
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt a.M.
E-mail: straub@fb4.fh-frankfurt.de*





Jutta Dalhoff (Hrsg.)

Anstoß zum Aufstieg – Karrieretraining für Wissen- schaftlerinnen auf dem Prüfstand

CEWS Beiträge Frauen in Wissenschaft
und Forschung, Band 4

2006, ISBN 3-89370-417-5, 196 Seiten
€ 20,40 / SFr 35,90

Karriere- und Berufungstraining – haben fachlich hoch qualifizierte Wissenschaftlerinnen das denn auf dem Weg zu Führungspositionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen wirklich nötig? Die Expertinnen aus Deutschland, Österreich und den USA, deren Erfahrungen mit entsprechenden Programmen und Seminaren in diesem Band zusammenfassend vorgestellt werden, würden die Frage uneingeschränkt mit »ja« beantworten.

Die häufig anzutreffende Vorstellung, dass ausschließlich die akademische Exzellenz im Wettbewerb um diese Positionen zähle, gehört in den Bereich der Mythenbildung. Es geht – vor allem für Frauen – im Arbeitsfeld Forschung und Lehre auch um frühzeitige Karriereplanung, Netzwerkbildung, zielorientiertes Coaching, Aneignung von sozialer Kompetenz, ein gutes Zeit- und Informationsmanagement und die sorgfältige Vorbereitung von entscheidenden Bewerbungs- und Berufungsverfahren.

Insbesondere deutsche Berufungsverfahren mit ihrem Kooptationsprinzip sind aufgrund ihrer Intransparenz in der letzten Zeit Gegenstand kritischer Betrachtungen geworden. Vorerst sind sie aber das Nadelöhr, durch das alle Aspirantinnen und Aspiranten auf eine Professur oft mehrfach hindurch müssen.

Im Programm »Anstoß zum Aufstieg« wurden deshalb über 700 Wissenschaftlerinnen in Seminar, Rollenspiel, Verhandlungstraining und Coaching professionell auf das Prozedere vorbereitet. Die in diesem Band dokumentierten umfassenden Evaluationsergebnisse der Befragung der Teilnehmerinnen von »Anstoß zum Aufstieg« weisen die Sinnhaftigkeit der Zielsetzungen und die Effizienz der Maßnahme für diese große Kohorte eindeutig nach. Es ist außerdem gelungen, dieses Berufungstraining aufgrund seines qualitätsüberprüften Konzepts als institutionelles Fortbildungsangebot zu verankern.

Abgerundet wird der Band durch einen Beitrag, der die aktuelle Situation der Wissenschaftlerinnen an Hochschulen analysiert, sowie mit einem umfassenden Literaturüberblick zum Thema Frauen in Wissenschaft und Forschung.

Ulrike Urban und Peter Schruth

Der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V.: Hilfe zum Recht – Hilfe zu Recht

Jugendhilfe wird öffentlich und medial zunehmend reduziert wahrgenommen als Eingriffsbehörde gegen Kindeswohlgefährdung, als zu spät oder rechtzeitig handelnde Befreier von Kindern aus vernachlässigenden Familien- und Wohnverhältnissen, als hoheitliches Wächteramt zum Schutze wehrlos ausgelieferter Kinder. Bei Kindeswohlgefährdungen wird regelmäßig öffentlich die Frage gestellt, ob das Jugendamt rechtzeitig eingegriffen habe, und es werden neue und bessere Konzepte des Kinderschutzes gefordert. Der umfassende gesetzliche Auftrag von Jugendhilfe, die Förderung junger Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 Abs. 1 KJHG) und die daraus resultierende Vielfalt der Angebote, sind demgegenüber öffentlich nur selten Thema – obwohl wirkungsvoller Kinderschutz auf diese Vielfalt angewiesen ist.

Und so bleibt es in der Öffentlichkeit auch weitgehend unbemerkt, dass diese Vielfalt in Zeiten knapper kommunaler Kassen eingeschränkt und eingespart wird. Trotz bestehender gesetzlicher Grundlagen und sogar individueller Rechtsansprüche werden Einrichtungen geschlossen und Hilfeleistungen abgelehnt. Dieses Vorgehen birgt für die Politik wie für die Verwaltung ein nur geringes und kalkulierbares Risiko: Die Zielgruppe der Jugendhilfe, insbesondere junge Menschen und deren Familien mit hohem individuellen Hilfebedarf, hat weder eine starke Lobby, noch verfügt sie über die notwendigen Ressourcen, um ihre Rechte individuell zu vertreten oder gar zu erstreiten.

In Berlin taten sich im Sommer 2002 Fachkräfte der Jugendhilfe zum Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V. (BRJ) zusammen, um diesen Menschen Unterstützung zu geben: Beratung, persönliche Begleitung und rechtliche Vertretung. Damit gründete sich die bundesweit erste Ombudsstelle für junge Menschen und ihre Familien mit berechtigtem, aber unerfülltem Jugendhilfebedarf. In fast vier Jahren unseres Bestehens haben wir mit umfassendem, überwiegend ehrenamtlichem Engagement über 200 Betroffene beraten. Neben der individuellen Bera-

tungsarbeit versuchen wir über Fortbildungsangebote, Fachveranstaltungen und Veröffentlichungen öffentlich auf die uns bekannt werdenden Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen aufzuklären und dazu Stellung zu nehmen.

Anfragen aus mehreren Bundesländern, in denen ähnliche Initiativen geplant sind, zeigen, dass diese Problematik keineswegs spezifisch für Berlin ist. Wir stellen nachfolgend den Hintergrund unserer Arbeit, unsere Entwicklungen und Erfahrungen vor und möchten damit anderen Fachkräften Mut machen, angesichts des aktuellen Wandels (oder: Abbaus) des Sozialstaats in ihrem Alltag Position für eine offensive, bedarfsgerechte und rechtmäßige Jugendhilfe zu beziehen.

Anlässe – Empörung – Initiative

Die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, verschärft durch einige länderspezifische Besonderheiten, vor allem die Bankenkrise, führten in Berlin seit dem Jahr 2000 zu regelmäßigen Kürzungen der finanziellen Mittel im Jugendhilfebereich. Vor allem die Kosten der Erziehungshilfen wurden als zu hoch kritisiert. Die öffentlichen Jugendhilfeträger begannen daraufhin, mit verschiedenen haushaltsrechtlichen und verwaltungsinternen Instrumenten wie pauschalierten Minderausgaben, Fallzahl- und Einsparvorgaben sowie Standardabsenkungen bis hin zur Infragestellung individueller Rechtsansprüche die Kosten für diese Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu reduzieren. Die vom Berliner Senat vorgegebenen Kostenreduzierungen führten dazu, dass diese Rechtsansprüche auf Jugendhilfeleistungen nicht mehr durchgängig in gesetzeskonformer Weise erfüllt wurden. Neben die individuellen Ziele trat in der Hilfeplanung das Ziel der Erfüllung von Sparvorgaben. Fachkräfte der Jugendhilfe erlebten immer häufiger, dass finanzielle Aspekte gegenüber fachlichen Aspekten höher gewichtet wurden:

- ▷ Die Definition des Hilfebedarfs nach § 27 KJHG wurde unabhängig vom Einzelfall zunehmend restriktiver ausgelegt.
- ▷ Junge volljährige Menschen wurden nach eigenen Angaben ohne Einzelfallprüfung ihres Rechtsanspruchs oder sogar mit der Aussage, das Jugendamt sei für Volljährige nicht mehr zuständig, an das Sozialamt (heute: Jobcenter) verwiesen.
- ▷ Standards, insbesondere der ambulanten Erziehungshilfen, wurden pauschal abgesenkt. Dies betraf insbesondere die pauschalierte Stundenreduzierung sowie die Laufzeit der Hilfe.
- ▷ Unter Berufung auf das Nachrangprinzip des § 13 Abs.2 KJHG wurden Jugendliche, die erhöhte sozialpädagogische Unterstützung bei der Berufsaus-

bildung benötigten, ohne Einzelfallprüfung an das Arbeitsamt (heute: Jobcenter/ARGE) verwiesen.

- ▷ Die Hilfebedarfe junger Menschen, die im Hilfeplanprozess nach §36 KJHG vom Jugendamt mit den Beteiligten festgestellt wurden, wurden durch Dienstvorgesetzte, übergeordnete Fachdienste oder im Rahmen von „Fallrevisionen“ abgelehnt.

In den Dienstanweisungen der Jugendämter, die dieses Vorgehen nahe legten, wurde zwar stets auf die notwendige Einzelfallprüfung und die Sicherung des individuellen Rechtsanspruchs verwiesen. Beobachtungen zeigten jedoch, dass dem in der Realität nicht ausreichend nachgekommen wurde. Die Sparpolitik in Berlin ging zu Lasten junger Menschen und ihrer Eltern mit Hilfebedarf. Jugendhilfefachkräfte waren empört über diese Versuche der öffentlichen Verwaltung, im Namen der fiskalischen Sanierung das Verfassungsprinzip der Rechtsstaatlichkeit, nach dem die Verwaltung an Gesetz und Recht gebunden ist, mit den vorgenannten Instrumenten einzuschränken. Wenn in diesem Sinne Politik und Verwaltung in der Umsetzung des KJHG rechtsstaatlich versagen, kann dem nur noch auf rechtlicher Ebene begegnet werden. Die Betroffenen sind hierzu jedoch ohne Unterstützung nicht in der Lage: Sie wissen in der Regel nicht, welche Rechte ihnen zustehen und wie diese durchgesetzt werden könnten. Auch darf man nicht unterschätzen, dass der Klageweg emotionale Stabilität und finanzielle Mittel erfordert, über die die Betroffenen selten verfügen. Und: Es gab keine Anlaufstelle oder Institution in Berlin, an die sich die Betroffenen in dieser Situation hätten wenden können, und die sie darin unterstützt hätte, ihren Rechtsanspruch auf Hilfe einzuklagen und durchzusetzen.

Als eine wachsende Anzahl fachlich und rechtlich zweifelhafter Entscheidungen in Fachkreisen Aufsehen erregte, beschlossen engagierte Einzelpersonen und Jugendhilfeträger, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen: Am 12. Juni 2002 wurde der Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V. (BRJ) gegründet. Damit begann ein bis dato bundesweit einmaliges Projekt. Der BRJ bildet eine von den Interessen freier und öffentlicher Jugendhilfeträger unabhängige Anlaufstelle für Betroffene, denen Jugendhilfeleistungen widerrechtlich vorenthalten werden.

Die Arbeit orientiert sich am Wohl der betroffenen Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen. Sie und ihre Eltern werden zu ihrem Jugendhilfebedarf sozialpädagogisch beraten und falls erforderlich finanziell darin unterstützt, sich auf dem Klageweg gegen Verwaltungsentscheidungen zu wehren.¹

Um welche Konflikte geht es?

Die Menschen, die sich an den BRJ wenden, fühlen sich im Jugendamt nicht gut beraten oder ungerecht behandelt. Unabhängig davon, ob die behördlichen Entscheidungen rechtlich korrekt waren, haben die Betroffenen einen Beratungsbedarf, der im Jugendamt nicht erfüllt wurde. Einige Betroffene berichten von emotionalem Druck, Resignation und sogar Drohungen, die sie im Jugendamt erlebten:

- ▷ „Wenn ich Ihnen die Hilfe genehmige, geht das von meinem Budget ab, und dann habe ich kein Geld mehr für andere Kinder, die die Hilfe viel mehr brauchen.“
- ▷ „Ich bekomme die Hilfe hier intern nicht durch. Sie haben nur eine Chance, wenn sie klagen.“
- ▷ Eine Mutter mit geringen Deutsch-Kenntnissen erhielt durch den BRJ Unterstützung bei der Formulierung eines Antrags auf Hilfe. Sie übergab ihn der Jugendamtsmitarbeiterin persönlich, wollte jedoch nicht sagen, wer ihr dabei geholfen hat. Diese erwiderte: „Diesen Antrag ignoriere ich. Sie können sich gerne Beratung für ihre persönlichen Probleme holen, aber ich warne sie (erhebt den Zeigefinger): Legen Sie sich nicht mit mir an.“
- ▷ Eine Mutter mit drei Kindern wehrte sich gegen die vorzeitige und einseitig durch das Jugendamt beschlossene Beendigung der stationären heilpädagogischen Hilfe für eine ihrer Töchter. Der zuständige Mitarbeiter des ASD warf ihr daraufhin vor: „Sie haben ja nur Angst, Ihre Tochter wieder zu sich zu nehmen. Arbeiten und zwei Kinder ist halt bequemer als drei Kinder zu versorgen.“ Nach dem Antrag des Rechtsanwalts auf Akteneinsicht wurde der Beendigungsbescheid sofort zurückgezogen.

Die Konflikte zwischen Betroffenen und Jugendämtern sind außerordentlich komplex. Nur selten wird eine Entscheidung nachweisbar und ausschließlich aus finanziellen Gründen gefällt oder verzögert. In diesen Fällen ist die Intervention des BRJ „einfach“. Einige Betroffene können nach einer Aufklärung und Bestärkung durch den BRJ ihre Rechte selbst im Jugendamt einfordern. Diese Eltern mit hohen sozialen Kompetenzen haben in der Regel schnell Erfolg. In anderen Fällen tritt der BRJ im Auftrag der Betroffenen mit dem Jugendamt in Kontakt. Sofern erforderlich wird ein Rechtsanwalt eingeschaltet, um zu verdeutlichen, dass die Anspruchsberechtigten bereit sind, alle Mittel auszuschöpfen. Wenn tatsächlich ausschließlich finanzielle Entscheidungsgründe vorlagen, erklärt sich das Jugendamt auf diese Interventionen hin schnell zur Leistung der Hilfe bereit. In der Mehrzahl der Fälle ist die Situation jedoch nicht so eindeutig. Die Struktur sozialpädagogischer Entscheidungsfindung ist ja bereits an sich nicht eindeutig, sondern erfordert ein Handeln in Unsicherheiten und Ambivalenzen. Das Handeln der Fachkräfte in dieser Ausgangssituation wird durch individuelle, fachliche und persönliche Orientierungen geprägt. Wenn die Familie dem Ju-

gendamt seit längerem bekannt ist, gibt es häufig eine persönliche Vorgeschichte der Familie mit dem/der Sozialarbeiter/in. Zu all diesen Aspekten kommen nun ein immenser finanzieller Druck, eine hohe zeitliche Arbeitsbelastung und eine angespannte Atmosphäre im Jugendamt. All diese (und weitere) Elemente können zu behördlichen Entscheidungen beitragen. Eine wichtige Aufgabe in der Beratung des BRJ ist es daher, den Fall und die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten sorgfältig zu rekonstruieren. Erst auf dieser Grundlage sind eine angemessene Einschätzung der Entscheidung des Jugendamts und die Beratung geeigneter Handlungsstrategien möglich.

Die Beratungsarbeit

Seit Beginn der Beratungsarbeit wurde großer Wert auf die Absicherung der Fachlichkeit unserer Angebote gelegt. Daher orientieren wir uns bei der Bildung von Beratungsteams am Prinzip der kollegialen Beratung, wie es das KJHG im Hilfeplanverfahren vorgibt. In den Teams arbeiten Fachkräfte aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern, Mitarbeiter/innen freier und öffentlicher Jugendhilfeträger, erfahrene und weniger erfahrene Fachkräfte und Professionelle aus unterschiedlichen Disziplinen gemeinsam. Dies ermöglicht es, unterschiedliche Fachkenntnisse in die Beratungsarbeit einzubringen und eröffnet optimale Möglichkeiten der fachlichen Diskussion und Reflexion. Ein Beratungsteam bestand zunächst aus jeweils drei Fachkräften, die die Verantwortung für einen Fall übernahmen. Allerdings erwies sich diese Größe der Beratungsteams bald als ungünstig, sodass die Arbeit auf ein anderes System umgestellt wurde. Die Beratungsteams bestehen nun aus zwei Fachkräften und werden durch „Mobile Berater/innen“ unterstützt. Diese sind in einzelnen Bereichen besonders qualifizierte oder erfahrene Fachkräfte, die den Teams auf Abruf zur Verfügung stehen. Sie werden z.B. bei rechtlichen Fragen, bei Unklarheiten in Bezug auf das Verwaltungsverfahren oder auf die Abläufe im Jugendamt, bei Fragen zu bestimmten Hilfeformen oder Problemlagen in Anspruch genommen. Diese Beratungsform hat sich bewährt.

Die Beratungsteams führen Beratungsgespräche, rekonstruieren den Fallverlauf, sichten die existierenden schriftlichen Unterlagen, nehmen eine Einschätzung des Jugendhilfeanspruchs vor und prüfen den Verfahrensablauf. Im Team und mit den Betroffenen wird anschließend besprochen, welches Vorgehen sinnvoll erscheint. Dabei steht bei Bedarf juristische Beratung zur Verfügung. Im ersten Schritt wird stets versucht, eine einvernehmliche Lösung mit den Mitarbeiter/innen des Jugendamts zu finden. Die Betroffenen werden dazu beraten, wie sie in Gesprächen mit dem Jugendamt vorgehen können, und beim Verfassen von Anträgen, Widersprüchen und Briefen unterstützt. Wenn es sinnvoll erscheint und von den Betroffenen gewünscht wird, nehmen Mitarbeiter/innen des BRJ

telefonisch Kontakt mit dem zuständigen Jugendamt auf oder begleiten die Familie zum Jugendamt. Dies ist auch notwendig, um die Perspektive der federführenden Fachkräfte einzubeziehen und Informationen der Betroffenen gegebenenfalls zu korrigieren.

Die vorrangige Orientierung an der außergerichtlichen Vermittlung hat sich als außerordentlich wichtig erwiesen: Je besser diese Phase gestaltet werden kann, umso schneller lässt sich für die Betroffenen eine zufrieden stellende Lösung erarbeiten. Die Information, dass Betroffene bereit wären, rechtliche Schritte einzuleiten, führte in vielen Fällen zum Einlenken oder zur Kompromissbereitschaft in den Jugendämtern. Klagewege hingegen sind nicht nur langwierig, sondern bedeuten auch eine hohe emotionale Belastung der Betroffenen. In Fällen mit hoher Eilbedürftigkeit oder wenn keine Einigung erzielt werden kann, ist eine Klage dennoch nicht zu vermeiden.

Ein Beispiel: Beratung, Vermittlung und Finanzierung einer Klage

Nesrin R. ist 16 Jahre alt, ihre Familie stammt aus Marokko. Sie selbst wurde dort geboren und eingeschult, pendelte aber während der Schulzeit zwischen Deutschland und Marokko. Die häufigen Landeswechsel und familiäre Konflikte führten zu Sprachschwierigkeiten und erschwerten es Nesrin, sich in einem der Länder sozial zu integrieren. In der Schule war Nesrin anfangs gut motiviert, nach einiger Zeit jedoch aufgrund der Sprachprobleme den Leistungsanforderungen nicht mehr gewachsen. Hinzu kamen Probleme durch mehrere Klassenwechsel. Das Mädchen fand weder zu ihren Lehrer/innen noch zu ihren Mitschüler/innen eine soziale Anbindung und ging schließlich ohne Schulabschluss von der Schule ab. Zu diesem Zeitpunkt gab es bereits seit längerem Kontakt zum Jugendamt. In einer Diagnose des Schulpsychologischen Dienstes wurde festgestellt, dass Nesrin zwar schulumüde, aber ausbildungsfähig sei. Die Jugendliche hatte einen klaren Berufswunsch: Sie wollte Köchin werden. Allen Beteiligten war jedoch bewusst, dass die Jugendliche keine Chance auf einen Ausbildungsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt haben würde. Ohne Schulabschluss, mit deutlichen Defiziten im sprachlichen und schriftlichen Bereich und den schwierigen Bedingungen im familiären Umfeld wäre sie ohne zusätzliche Unterstützung realistisch betrachtet nicht in der Lage, eine Ausbildung und die Berufsschule erfolgreich zu absolvieren. Auch das Arbeitsamt konnte Nesrin keine geeignete Maßnahme anbieten. Der Berufswunsch war für Nesrin eine hohe Motivation. Um ihr Ziel zu erreichen, engagierte sie sich ein Jahr lang in beeindruckender Weise. Sie arbeitete eng mit dem Jugendamt und dem Arbeitsamt zusammen und bewarb sich bei mehr als 10 Ausbildungsprojekten. Alle Termine nahm sie

regelmäßig und pünktlich wahr und absolvierte ein Praktikum bei einem Ausbildungsträger. Schließlich, nach einem Jahr der fachlichen Prüfung und Beratung, befürworteten der federführende Mitarbeiter und das zuständige Fachteam des Jugendamts die Maßnahme der Jugendberufshilfe nach §13 Abs.2 KJHG. Ein Hilfeplan wurde erstellt unter dem Vorbehalt, dass für die endgültige Bewilligung noch die Genehmigung des Vorgesetzten erforderlich sei. Danach hörte Nesrin nichts mehr vom Jugendamt. Vier Wochen später, am Tag des geplanten Ausbildungsbeginns, rief der Träger im Jugendamt an und fragte nach. Die Sozialpädagogin wurde gebeten, mit der Aufnahme der Jugendlichen noch zu warten, es gebe noch interne Gespräche. Eine weitere Woche später erhielten Nesrins Eltern die schriftliche Ablehnung der Hilfe mit der Begründung, die finanziellen Mittel für diese Hilfen seien ausgeschöpft. Nesrins Vater wandte sich daraufhin direkt an den Vorgesetzten, der in einem persönlichen Gespräch die Orientierung der Jugendlichen an einer bestimmten Ausbildung kritisierte. Er meinte, sie könne doch etwas anderes lernen, etwas Technisches oder Hauswirtschafterin, da gebe es vielleicht Möglichkeiten. Daraufhin wandte sich Herr R. an den BRJ. Die Jugendliche war zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem Jahr ohne Schul- und Berufsausbildung zu Hause. Es fand ein Treffen mit Herrn R., einer Vertreterin des BRJ und einem Rechtsanwalt statt. Nach der Beratung legten die Eltern der Jugendlichen Widerspruch gegen die Entscheidung ein. Parallel dazu kontaktierte die BRJ-Mitarbeiterin im Auftrag der Familie das Jugendamt, um die Möglichkeit einer außergerichtlichen Einigung auszuloten. Der federführende Sozialarbeiter verwies an seinen Vorgesetzten. Dieser beharrte auf seiner Position, Jugendberufshilfe sei eine freiwillige Leistung und die Jugendliche hätte nicht bei ihrem Berufswunsch bleiben dürfen. Die Entgegnung, dass es im KJHG keine freiwilligen Leistungen, sondern nur Leistungen der Jugendhilfe gebe, und dass die Berufsfindung ein wichtiges Ziel der Jugendberufshilfe darstelle und der Jugendlichen daher nicht vorgeworfen werden könne, wies er ab. Der BRJ kündigte daraufhin an, dass sich ein Rechtsanwalt im Auftrag der Eltern melden werde. Der Rechtsanwalt beantragte Akteneinsicht, begründete den Widerspruch und beantragte beim zuständigen Verwaltungsgericht einstweiligen Rechtsschutz. Der zuständige Richter sah dringenden Handlungsbedarf und schrieb das Jugendamt an. Kurze Zeit später wurde die Hilfe vom Jugendamt genehmigt.

Hilfe zum Recht – Hilfe zu Recht

Die Initiative des BRJ ist der (letztlich defensive) Versuch, offensiv Rechtsstaatlichkeit in der Jugendhilfe zu verteidigen, jungen Menschen und ihren Familien Hilfe zum Recht da zu geben, wo Jugendämter eine zu Recht geforderte Hilfe verweigern. Sie ist auch der Versuch, Einzelfallgerechtigkeit in der Jugendhilfe

zu befördern, wo sich die öffentliche Seite aus Einspargründen, aus Gründen der neuen Workfare-Logik in der Sozialpolitik, aus Gründen der Individualisierung sozialer Risiken zynisch von den problembelasteten Lebenslagen junger Menschen abwendet. Die Lebenslagen, Bedürfnisse und Probleme junger Menschen und daraus resultierende Bedarfe werden in der fachlichen wie in der öffentlichen Debatte weitgehend ausgeblendet. Stattdessen geht es um Kostenreduzierungen, Controlling und Leistungsvereinbarungen, um Preisdumping und Trägerbereinigung. Jugendhilfe soll im schlanken Staat nur noch Kernaufgabe sein, sich der Logik des aktivierenden Staates unterordnen, letztlich nur noch Hilfen geben, wo junge Menschen – wie in der Einführung zu diesem Beitrag dargelegt – offensichtlich gefährdet sind. Öffentliche Jugendhilfe zieht sich so mehr und mehr zurück, überlässt junge Menschen mit ihren Problemen und unerfüllten Bedürfnissen sich selbst. Diese Veränderung hat (derzeit noch) keine gesetzliche Grundlage. Das KJHG gilt unverändert fort, im Gegenteil, die Veränderungen des TAG (Tagesbetreuungsausbaugesetz) und des KICK (Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz) betonen die Logik und Struktur der bisherigen Gesetzgebung der Jugendhilfe. Dennoch, in der Praxis zeigt die von „Hartz IV“ ausgehende neue kontrollierende und disziplinierende Staatlichkeit auch Auswirkungen auf die Jugendhilfe. Insbesondere in der Jugendsozialarbeit sehen sogar Vertreter/innen der öffentlichen Träger Jugendhilfe nur noch als Appendix des SGB II. Fast wirkt es so, als sei mit „Hartz IV“ ein neuer Sozialstaatsartikel ins Grundgesetz eingefügt worden, der da lautet: Auf soziale Sicherung hat nur Anspruch, wer ohne Widerspruch bereit ist, die zumutbaren Ausgrenzungen des Arbeitsmarktes mittels unzumutbarer Arbeitsgelegenheiten auszugleichen. Und wird dieses Verständnis von Sozialstaatlichkeit praktisch in den unantastbaren Verfassungsrang gehoben, definieren sich die Selbstverständnisse, Auslegungen, Richtlinien der einfachgesetzlichen Sozialleistungen – wie des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – mit Berührungen zum SGB II – en passant von selbst neu. Diejenigen Teile der Jugendhilfe, die wie die Jugendsozialarbeit mit sozialer Sicherung (junger Menschen) zu tun haben, sollen mit dieser neuen und verbreiteten sozialstaatlichen Denkweise dem Workfare-Ansatz des SGB II untergeordnet werden.

Dass dieser Prozess mancherorts von den öffentlichen Jugendhilfeträgern ungeprüft in die Umsetzungslogik aufgenommen wurde, hat auch mit Strukturentwicklungen der Jugendhilfe selbst zu tun. Obwohl die Jugendsozialarbeit über seit Jahrzehnten entwickelte professionelle Standards verfügt, obwohl das SGB VIII seit Inkrafttreten als Bundesgesetz seit 15 Jahren nahezu unverändert fortgilt und eine ganze Reihe wesentlicher Leistungsprinzipien und individueller Rechtsansprüche festgeschrieben hat: Wenn Jugendhilfe stärker die Ressourcen als die Hilfeplanung im Auge hat und vor der Bedarfsprüfung bereits die Kosten für eine Hilfe ausrechnet, läuft sie praktisch Gefahr sich zu deregulieren. Jugend-

hilfe steht somit nicht nur durch das SGB II-Denken jugendhilfeextern, sondern auch jugendhilfeintern unter erheblichem Druck – weitgehend unabhängig von der Geltung eines vorbildlichen Sozialleistungsgesetzes.

Das Jugendhilferecht und die daraus ableitbare Jugendhilfepraxis bedürfen im Interesse hilfsbedürftiger junger Menschen eines doppelten Schutzes: Als vorbildliches Sozialleistungsgesetz gegenüber dem workfare-Denken des SGB II und als eine gesetzliche Aufgabenverpflichtung der öffentlichen Jugendhilfeträger. Es wird Zeit, dass Jugendhilfe in die Offensive geht – für den Erhalt einer sozialstaatlichen Verpflichtung zur umfassenden Bedarfsgerechtigkeit, für soziale Grundsicherung und für die Gewährleistung rechtsstaatlichen Verwaltungshandelns. Dem haben sich die ehrenamtlichen Fachkräfte in ihrem Engagement im Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e. V. verschrieben.

Anmerkung

- 1 Grundlage des BRJ ist ein Bündnis von fördernden Trägern und Einzelpersonen. Die Mitglieder des Vereins unterstützen die Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und ehrenamtliche Mitarbeit, z.B. in der Beratungs- und in der Öffentlichkeitsarbeit. Die Homepage des BRJ e.V.: www.brj-berlin.de

Literatur

- BRJ 2005: Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe e.V. – Drei Jahre Lobbyarbeit für junge Menschen und ihre Familien, Broschüre erarbeitet von Ulrike Urban, als Download unter http://www.brj-berlin.de/upload/pdf/BRJ_Broschuere_234KB.pdf
- Schruth, Peter 2003: Rechtssicherheit in schwierigen Zeiten der Jugendhilfe. In: Heim und Erzieher Zeitschrift, Heft 2/2003, S. 1ff.
- Schruth, Peter; Urban, Ulrike 2002: Verteidigt die Rechtsstaatlichkeit in der Jugendhilfe: Zur Idee des Berliner Rechtshilfefonds Jugendhilfe. In: Sozial Extra Heft 11–12/2002, S. 23–25
- Urban, Ulrike 2006: Wo kein Kläger, da kein Rechtsbruch ? In: Zeitschrift für Kind-schaftsrecht und Jugendhilfe, Heft 3/2006, S. 126–135

*Prof. Dr. Ulrike Urban, Alice Salomon Fachhochschule Berlin,
Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin
E-mail: urban@asfh-berlin.de*

*Prof. Dr. Peter Schruth, Hochschule Magdeburg Stendal,
Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Breitscheidstr.2, 39114 Magdeburg
E-mail: peter.schruth@sgw.hs-magdeburg.de*

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



In der aktuellen Ausgabe (5/06) u.a.:

- ◆ Jürgen Karasch: »Auf dem Weg zu Hartz V«, Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen im Arbeitsförderungsrecht
- ◆ Kirsten Huckenbeck: »Mehr Fläche – mehr Löcher?«, Tarifabschluss d. Länder
- ◆ Anne Allex: »Krieg den Hütten«, über Zwangsumzüge im Rahmen von Hartz IV
- ◆ »Das wichtigste ist, jetzt am Ball zu bleiben«, ein Gespräch über Erfahrungen aus dem ver.di-Streik
- ◆ Wolfgang Schaumberg: »Regulierte Leidverteilung?«, zur globalen Strategie der DGB- und IGM-Führung
- ◆ Nadja Rakowitz: »Schwach zu werden – ein Zeichen von Stärke?«, zum Vorschalt-Tarifvertrag an der Charité
- ◆ Leonhard Regneri: »Gralsküter ohne Grala«, Umbrüche in der Bankenbranche
- ◆ »Bittere Brause«, Coca Cola profitiert von Repression, Raubbau und Personalabbau

- Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Da geht noch was:
Leben an der Basis

Heinz-Günter Lang zum 70sten



»Über ... kein Meinungsmodell
wird die Jahre in gute (öffentliche) Institute,
mit dem Schicksal,
in den die Menschen über die Höhe (Stimm) leben.«
(Heinz-Günter Lang)

Broschüre mit Texten von H.G. Lang und seinem alter ego A.D. Timm in express und in verschiedenen Büchern sowie Beiträge von Weggefährten: Manfred Birkhahn, Peter Grohmann, Wolfgang Günther, Kirsten Huckenbeck/Nadja Rakowitz, Jens Huhn, Otto Jacobi, Anton Kobel, Hans-Werner Krauß, Sybille Laturner, Mia Lindemann, Ulrich Mückenberger, Mathias Münter-Elfner, Walter Müller-Jentsch, Hinrich Oetjen, Knut Riedel, Bernd Riexinger, Eberhard Schmidt, Edwin Schudlich, Wolfgang Stather, Norbert Trautwein, Karin Volkmer/Ernst Dohr, Ewald Wehner und Edgar Weick. (198 Seiten)

Zu beziehen über die
Redaktion des express für 9 Euro
zzgl. Porto und Versand

Redaktion express
PF 10 20 62
63020 OFFENBACH

Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Manfred Kappeler und C. Wolfgang Müller

Anregung – Provokation – Utopie?

Ein Gespräch über David G. Gils Buch

„Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung –
Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter“

Wir haben unser Gespräch über David G. Gils Buch mitgeschnitten, es transkribieren lassen und das Transkript redaktionell bearbeitet. Das Ergebnis wird im Folgenden abgedruckt. Das ist ein Versuch, mit anderen Stilmitteln als dem gewohnten wissenschaftlichen Schreiben, zum Beispiel der Rezension, Leserinnen und Leser auf ein Buch neugierig zu machen, von dem wir glauben, dass es wichtige Impulse für den Diskurs über das politische Selbstverständnis von Professionellen in der Sozialen Arbeit der Bundesrepublik geben kann. Das Buch erschien in der Übersetzung von Tilman Lutz mit einer Einführung von Timm Kunstreich und Tilman Lutz, beide aus der Redaktionsgruppe der WIDERSPRÜCHE, vor einigen Monaten im Kleine Verlag Bielefeld. Wer das Buch schon gelesen hat, wird mit dem Gespräch von C.W. Müller und M. Kappeler über G. Gil vielleicht noch mehr und anderes anfangen können. Die Gesprächspartner haben eine lange Geschichte in der Sozialen Arbeit hinter sich: C.W. Müller seit 1957 und M. Kappeler seit 1959.¹

C.W.: Meine erste Idee war, die Position David Gils, eine „Radikale Sozialarbeit“ in der deutschen Sprache als „Kritische Sozialarbeit“ in der Tradition der „Kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule von Adorno und Horkheimer zu buchstabieren. Aber dann sind mir Zweifel gekommen. Die Frankfurter Schule war ja sicher ehrenwert und hat in der Studentenbewegung vor allem im Westen Deutschlands eine große Rolle gespielt. Nicht in Berlin. Für mich war sie immer eine Idee zu blutleer, zu wenig handlungsorientiert und nicht auf mögliche Veränderungen bezogen. Aber gerade das beansprucht Gil ja ganz vehement.

M.: *Diese Kritik haben ja die Übersetzer in der Einleitung auch formuliert. Sie haben gesagt, der Unterschied der Kritischen Sozialen Arbeit aus den Sechzigern und Siebzigern zu Gils „Radikaler Sozialarbeit“ sei gerade, dass die „Kritische Sozialarbeit“ in der analytischen Kritik an den bestehenden Verhältnissen stecken geblieben sei. Diese Sichtweise kann ich nicht richtig nachvollziehen. Denn wenn*

ich mir anschaue, was der Gil heute über eine Radikale Praxis schreibt, dann weiß ich, das habe ich Jahrzehnte lang gemacht.

C.W.: Du bist ja auch nicht Frankfurter. Ich beziehe das auf die Frankfurter Schule. – M.: Ja. Aber die Soziale Arbeit, die in den Sechzigern und Siebzigern in Bewegung gekommen ist, die sich selber „Kritische Sozialarbeit“ nannte, denk’ doch nur an den „Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit“, zum Beispiel Rüdiger Baron, Rolf Landwehr, Christin Dykerhoff, Hans Notbar und andere, die haben ihr Denken und Handeln doch nicht primär von der Frankfurter Schuler bezogen, sondern aus einer Kritik der Praxis, in der sie standen. Hans Notbar zum Beispiel war Fürsorger, tatsächlich noch „Fürsorger“ in Kreuzberg. Christin Dykerhoff hat im Evangelischen Zentrum „Haus der Mitte“ in der Berliner Gropiusstadt Gemeinwesenarbeit gemacht und ich bin in der Heimerziehung, in der Bewährungshilfe, in der Jugendarbeit gewesen. Aus der Praxis kamen fast alle, die sich unter diesem Label versammelten. Wir haben doch unsere Kritik an den Verhältnissen in der Sozialen Arbeit aus der Auseinandersetzung mit der Praxis, die wir vorfanden, entwickelt. Und haben dann doch auch wirklich Alternativen ausprobiert. Denk’ doch nur an die Heimkampagnen, an die Jugendwohngemeinschaften als Alternative zur Fürsorgeerziehung, an die Stadtteilarbeit in Arbeitervierteln, an die politische Gemeinwesenarbeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

C.W.: Ich sehe noch nicht so richtig, wie ich Gil da einordnen soll. Du vielleicht auch nicht. Aber wo er hin will, da finde ich viel Gemeinsamkeiten, die sich mit ihm ergeben. Er ist aber besser dran als wir es seinerzeit waren. Er hat drei Bezugsrahmen: Da ist einmal der „Code of Ethics“, der ja von den US-amerikanischen Berufsorganisationen akzeptiert worden ist wie ein hypokratischer Eid. Da musst du zumindest deine Hand heben oder vors Herz legen, wie Bush das macht, und musst sagen „Das schwöre ich“. Und dann hat Gil eben auch das, worauf wir uns nicht berufen haben, nämlich das Glaubensbekenntnis der Vereinten Nationen von 1948, das die Internationale Sozialarbeiterbewegung als Fundament akzeptiert hat.

M.: Gil bezieht sich ja auf die in den 40er Jahren von Präsident Roosevelt kommenden neuen Impulse, die für ihn einen starken Bezugspunkt bilden und die er in seinem Buch auch noch einmal abgedruckt hat. Ich hab’ das zum ersten Mal gelesen. Da ist ja alles drin. – Da ist alles drin, wunderbar, nicht? – Dann kam diese Wende mit dem Truman. Ich kann jetzt ein bisschen nachvollziehen, was das bedeutete und wie das dann in die McCarthy-Ära reinging. Das muss ja ein unglaublicher Bruch gewesen sein, wenn man mal davon ausgeht, dass Roosevelt die Propagierung der sozialen Rechte 1944 im Ausblick auf das Ende des Krieges ernst gemeint hat.

C.W.: Roosevelt hat mit dem New-Deal ja zum ersten Mal quasi sozialstaatliche Prinzipien in den USA durchgesetzt. Und das ist vielen US-Amerikanern wie eine kommunistische Erfindung vorgekommen.

M.: *Ja, das entscheidende ist, glaube ich, dass er die politischen Freiheitsrechte, die bürgerlichen Freiheitsrechte, durch soziale Rechte ergänzen wollte, aus der Überzeugung heraus, dass die Freiheitsrechte sich eigentlich nur realisieren lassen, dass es Freiheit nur geben kann, wenn es auch soziale Teilhabe gibt. Also Arbeit, Wohnen, Bildung – alles, was der Mensch zum Leben braucht. Das ist 'ne erstaunliche Sache, weil in dem gegenwärtigen Menschenrechtsdiskurs genau das wieder eingefordert wird und von Nichtregierungsorganisationen die Reduzierung der Menschenrechtsdiskussion, ihre Fixierung auf die bürgerlichen Freiheitsrechte, kritisiert wird. Die alte Kritik der sozialistischen Staaten, auch der DDR, die gesagt haben, was sind das für Freiheitsrechte, wenn die Leute kein Recht auf Arbeit haben, oder so. Gil bezieht sich auf die Freiheitsrechte und die sozialen Rechte gleichermaßen.*

C.W.: Und das finde ich an Gil auch so gut. Nur frage ich mich dann: Können wir diese konsequenten, diese radikalen Forderungen an uns selber als Träger unserer Arbeit und als Repräsentanten unserer Berufe in der Sozialen Arbeit wirklich auch öffentlich stellen und durchsetzen, ohne verlacht oder entlassen zu werden?

M.: *Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, Wolfgang, dann sagt Gil, dass die verfasste Soziale Arbeit, die juristisch und politisch verfasste Soziale Arbeit, im Grunde genommen immer nur dafür sorgt, dass die Leute sich an die Zumutungen der kapitalistischen Gesellschaft gewöhnen und lernen sie zu ertragen, sich an sie anzupassen. Und das funktioniere nur, sagt Gil, indem die Soziale Arbeit die Auswirkungen der strukturellen Ungleichheit in der Ausbeutungsgesellschaft bilde. Nach dieser Feststellung fordert er dann, dass Soziale Arbeit darüber hinaus gehen müsse und macht den wichtigen Unterschied zwischen kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Strategie. – Richtig, ja. – Was auf der Ebene der kurzfristigen und der mittelfristigen Strategie laufe, müsse im Blick der Akteure immer bezogen bleiben auf die langfristige Strategie, das heißt auf die Zielvorstellung, die Strukturen, die Ausbeutung und Ungerechtigkeit hervorbringen, abzuschaffen. Bei diesen Passagen in Gils Text habe ich gedacht, er hätte Rosa Luxemburg zitiert. Aber die taucht bei ihm explizit nicht auf. Rosa Luxemburg in „Sozialreform und Revolution“. Ich hab' mir ihren Text dann nochmal rausgeholt und gelesen. – Kannst du's mal zitieren? – Ja, kann ich kurz zitieren. Die sagt das fast mit den gleichen Worten wie Gil in ihrer Auseinandersetzung mit Bernstein um dessen Äußerung, die Bewegung sei alles und die Ziele interessierten ihn nicht. Sie zitiert Bernstein: „Für den praktischen Kampf der Sozialdemokratie ergibt sich daraus die allgemeine Weisung, dass sie ihre Tätigkeit nicht auf die Besitzergreifung der politischen Staatsmacht, sondern auf die Hebung der Lage der Arbeiterklasse und auf die Einführung des Sozialismus nicht durch eine soziale und politische Krise, sondern durch eine schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle und eine stufenweise Durchführung des Genossenschaftlichkeitsprinzips zu richten habe.“*

Ihre Kritik zu diesem Standpunkt Bernsteins lautet: „Die Mystifikation liegt hier auf der Hand. Der heutige Staat ist eben keine Gesellschaft im Sinne der aufstrebenden Arbeiterklasse, sondern Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft, das heißt Klassenstaat. Deshalb ist auch die von ihm gehandhabte Sozialreform nicht eine Betätigung der gesellschaftlichen Kontrolle, das heißt der Kontrolle der freien arbeitenden Gesellschaft über den eigenen Arbeitsprozess, sondern eine Kontrolle der Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozess des Kapitals. Darin, das heißt in den Interessen des Kapitals, findet denn auch die Sozialreform ihre natürlichen Schranken“. Und nun die Passage, die mich so an Gils Ausführungen zur Strategie einer radikalen Praxis erinnert: „Sozialreform oder Revolution? Kann denn die Sozialdemokratie gegen die Sozialreform sein? Oder kann sie die soziale Revolution, die Umwälzung der bestehenden Ordnung, die ihr Endziel bildet, der Sozialreform entgegenstellen? Allerdings nicht. Für die Sozialdemokratie bildet der alltägliche praktische Kampf um soziale Reformen, um die Besserung der Lage des arbeitenden Volkes noch auf dem Boden des Bestehenden, um die demokratischen Einrichtungen, vielmehr den einzigen Weg, den proletarischen Klassenkampf zu leiten und auf das Endziel, auf die Ergreifung der politischen Macht und die Aufhebung des Lohnsystems hinzuarbeiten. Für die Sozialdemokratie besteht zwischen der Sozialreform und der sozialen Revolution ein unzertrennlicher Zusammenhang, in dem ihr der Kampf um die Sozialreform das Mittel, die soziale Umwälzung aber der Zweck ist.“ Ich habe den Eindruck, dass Gil quasi zwischen Rosa Luxemburg und Bernstein hin und her pendelt und es ihm schwer fällt, seine strategischen Überlegungen für die Praxis der gegenwärtigen Sozialen Arbeit zu konkretisieren. Aber ehrlich gesagt, so geht es mir heute auch und wie ich weiß, vielen anderen geht es auch so, die daran festhalten, ihre Praxis in der Sozialen Arbeit über das unmittelbare Unterstützen und Helfen hinaus auch weiterhin politisch zu verstehen, das heißt ihr Denken und Handeln kritisch auf die Gesellschaft zu beziehen, in der diese Praxis geschieht.

C.W.: Timm Kunstreich und Tilman Lutz unterstreichen ja in ihrem Vorwort die Einschätzung David Gils, Institutionen der Sozialen Arbeit könnten nie Teil oder Element von sozialen Bewegungen sein, sondern nur einzelne SozialarbeiterInnen als verantwortlich handelnde Subjekte. Das ist mir zu wenig. Ich sehe bei Gil die Schwierigkeit, dass er diese alte Gegenüberstellung von Individuum und spätkapitalistischer Gesellschaft macht und dazwischen kein Zwischenglied hat. Luxemburg hat die Partei als ein handelndes Kollektiv. – *Und er hat die Organisation, die entstehen soll. Und die Arbeitskreise* – Gewiss, Gil nennt Arbeitskreise und größere Organisationen als Elemente einer sich selbst stabilisierenden Radikalen Praxis. Aber das ist mir ein bisschen zu kleingruppenhaft und zu gruppendynamisch.

M.: *Naja, die Arbeitskreise sind schon ein bisschen größer gestrickt als unsere Kleingruppen und sie sollen sich auch vernetzen, sie sollen überall entstehen. –*

Aber er hat keine Partei. – *Nein, er hat keine Partei. Und was er damit nicht hat, das ist ein solidarisches Netz, was die SozialarbeiterInnen, die sich im Widerspruch zu ihrer Institution radikal verhalten sollen, eine radikale Praxis machen sollen, wie er fordert, auffängt, wenn sie dabei geschasst werden. Bis zum letzten Satz seines Buches geht er auf diese Problematik nicht ein. Ich habe mich bei der Lektüre gefragt, wie federt er eigentlich bezogen auf die individuellen Schicksale derjenigen, von denen er die radikale Praxis fordert, das Risiko ab. Und er schreibt ja, dass eine solche Praxis ein Risiko für jede private Lebensführung, für ihre ganze Existenz sei. Das kann auch nicht anders sein, wenn eine Radikale Praxis nicht von den Institutionen der Sozialen Arbeit entwickelt und getragen wird, sondern von den Menschen, die in diesem Rahmen tätig sind, oft genug gegen die Institution – eine Auffassung, die ich voll unterschreiben kann. Deswegen wundere ich mich, dass er die bei einer solchen Praxis zu erwartenden Konsequenzen für die PraktikerInnen beziehungsweise den Umgang mit den Konsequenzen, nicht bedenkt.*

C.W.: Gil nennt acht Elemente einer Radikalen Praxis: von parteilichen Sozialarbeitern, die für mich etwas mit der Ausbildung und mit der „Bündnisfähigkeiten“ der Leute zu tun hat, die diese Elemente realisieren sollen. Weil die so wichtig sind, will ich sie zitieren:

1. Keine unentschiedene Neutralität und vor allem kein Diskriminieren der Opfer von Ungleichheit und Ungerechtigkeit.
2. Bejahung der Werte Gleichheit, Freiheit, Gemeinschaft, Kooperation – die Menschenrechte halt.
3. Dialogische Vermittlung von kritischem Bewusstsein.
4. Wegräumen von Hindernissen zur Befriedigung horizontaler Bedürfnisse.
5. Nicht als technokratische Reparaturwerkstatt arbeiten.
6. Wissen um die eigene Abhängigkeit.
7. Denken in Zukunftsmodellen.
8. Aneignung und Verbreiten eines kritischen Bewusstseins (S. 138–142 und S. 147ff. in Gils Buch).

Um diese Prinzipien durchhalten und diese Perspektiven entwickeln zu können, empfiehlt Gil dann die Unterstützungs- und Arbeitskreise. Mir fällt auf, dass er in diesem Zusammenhang weder Gewerkschaften noch die sozialistischen Parteien nennt, deren Vorsitzender er selbst ja war. Mit der Nummer 6 „Das Wissen um die eigene berufliche Abhängigkeit“, muss ja auch das Wissen um das eigene berufliche Risiko verbunden sein. Das war und ist sicher in den USA immer schon mehr oder weniger manifest vorhanden – und in Deutschland ist es nicht grundsätzlich anders. Ich denke nur an die Zeit der Berufsverbote.

M.: *Ja – ich hab’ nochmal nachgelesen in einem Gerichtsurteil zu einem Berufsverbot aus dem Jahre 1976, das in der zweiten Instanz von den Richtern mit einer in*

diesem Zusammenhang interessanten Begründung festgeschrieben wurde: „Wenn der Kläger die Auffassung vertritt, er habe als Sozialarbeiter die Aufgabe, die Organisierung der unterdrückten Klassen – und dazu zählt er die Jugendlichen in den Heimen – gegen die unterdrückende Klasse zu unterstützen, so entfernt er sich weit von den Vorstellungen, die die Beklagte unter Zugrundelegung des so genannten Heimberichts von der Heimerziehung hat. Er steht damit den Vorstellungen der Beklagten sogar entgegen. Wenn er aber derartige gegensätzliche Ansichten vertritt, so ist es der Beklagten zuzubilligen, daraus die Folgerung zu ziehen, der Kläger sei für die zu vergebende Stelle nicht geeignet.“ Und das wird dann von den Richtern noch zugespitzt. An einer Stelle der Urteilsbegründung schreiben sie nämlich, wenn „ein Bewerber wie der Kläger die Maßnahmen der Beklagten zur Lenkung von Jugendlichen, die ohne Rechtsgrund ein leer stehendes Haus besetzen, als den Einsatz des Repressionsapparates bezeichnet, der, wie der Kläger, solche Maßnahmen Ungerdrückungsmaßnahmen der Sozialadministration nennt, und der wie der Kläger seine Aufgabe als Sozialarbeiter in der Unterstützung der Organisierung“ – das ist ja der zentrale Bezugspunkt bei Gil – „der unterdrückten Klassen gegen die unterdrückende Klasse sieht, dann ist er für die Tätigkeit als Sozialarbeiter im Öffentlichen Dienst nicht geeignet“. Also was Gil da fordert und auch was Alinsky gemacht hat, nämlich Prozesse zu organisieren und zu unterstützen, die zum Beispiel um die Wohnbedingungen zu verbessern, zur Besetzung von leer stehenden Häusern führen können und so weiter, zu solch einer Praxis sagt ein oberstes Gericht in der Bundesrepublik klipp und klar, so jemand kann als Sozialarbeiter im Öffentlichen Dienst nicht beschäftigt werden. Die Berliner Senatsverwaltung hatte damals aus diesem Urteil umfassende personalpolitische Konsequenzen gezogen und die Urteilsbegründung in einem Rundbrief für alle sozial Arbeitenden veröffentlicht, um zu zeigen: Wenn ihr so etwas macht, dann blüht euch das, was dem geblüht hat. Daran musste ich denken, als ich Gils Forderung, die sozial Arbeitenden sollen die Organisierung der Unterdrückten, Unterprivilegierten, Deprivierten und so weiter unterstützen und eine radikale Praxis entwickeln. Wie soll denn das bezogen auf die Einzelnen in ihren Abhängigkeiten, die er ja beschreibt, realisiert werden? Ich glaube, das ist einer der größten Hemmschuhe für die Realisierung einer radikalen sozialarbeiterischen Praxis gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung heutzutage. Mehr noch als 1976. Denn damals, als dieses Urteil gesprochen wurde, gab's 'ne große Solidarität für die von Berufsverboten Betroffenen. Dieser Sozialarbeiter, gegen den sich das zitierte Urteil richtete, hat nicht sehr darunter gelitten, weil er von vielen unterstützt wurde, moralisch und politisch sowieso, aber auch ganz praktisch materiell.

C.W.: Manfred, es gab aber auch in der Stadt Berlin, mit der Du Deine eigenen politischen Erfahrungen gemacht hast, die so genannte „Berliner Linie“ der Hausbesetzung und einen behördlichen Umgang mit ihr, wo die Arbeiterwohlfahrt und das Sozialpädagogische Institut mit Unterstützung der Senatsverwal-

tung Hausbesetzungen als politische Notwehr akzeptierten und aus Hausbesetzern Hausinstandbesetzer und dann auch Hausbewohner gemacht hat.

M.: *Ja, Wolfgang, das war aber genau zehn Jahre später. Da kann man auch Entwicklungen sehen. – Ja. Genau. – Das heißt, für so 'ne Praxis wie Gil sie fordert, braucht man einen langen Atem, das sind lange Prozesse und so weiter. Aber diese Prozesse müssen auch ausgehalten und überstanden werden. Und ich kann nur wiederholen, ohne 'ne umfassende Solidarität von und mit Gleichgesinnten ist eine radikale Praxis im Sinne Gils nicht zu machen.*

C.W.: Ja – Gil müsste auch was zur notwendigen Absicherung radikaler Praxis sagen. Und ich wundere mich, dass er es unterlässt, denn wie ich schon erwähnte, war er ja selbst eine zeitlang stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Partei der USA.

M.: *Wolfgang, ich meine mich zu erinnern, dass er doch immer irgendwie die Gewerkschaften im Blick hat und den SozialarbeiterInnen empfiehlt, dass sie sich gewerkschaftlich organisieren sollen. Aber das ist vielleicht 'ne andere Situation mit den Gewerkschaften in den USA als bei uns, weil die, glaube ich, einen anderen Gewerkschaftsbegriff haben.*

C.W.: Also die IG Metall und Verdi würden es sicher ablehnen, mit den nordamerikanischen Gewerkschaften in einem Atemzug genannt zu werden. Aber im zweiten Teil seines Buches nennt er ja eine Reihe von Beispielen für eine Radikale Praxis, wie er selber sie erfahren hat, beispielsweise die Arbeit in Kinderschutzzentren. Und dort besteht seine Radikalität, die ich sehr schätze und sehr unterstützen würde, darin, dem Satz zu folgen, dass man keine Opfer des Systems diskriminieren und als Abweichung von einer allgemeinen akzeptierten Norm bloßstellen solle. Man darf also nicht nur mit den Kindern arbeiten, man solle auch mit deren Vätern arbeiten, die sie missbraucht, misshandelt und geschlagen haben. Weil ja auch die Väter unter Umständen Opfer dieses Systems sind, die man nicht außen vor lassen soll. Das finde ich richtig. Das ist eine humanistische Forderung. Aber diese Haltung und auch eine entsprechende Praxis erreicht nicht den Grad von Radikalität, den Gil im ersten Teil seines Buches beansprucht.

M.: *Das stimmt Wolfgang. Auch bei Gil sind Theorie und Praxis nicht immer deckungsgleich. Ich finde aber an dem Buch für unsere heutige Situation wichtig, dass da ein Text kommt, der die Frage nach einer radikalen sozialarbeiterischen Praxis einfach mal wieder stellt. Der einen Begriff nimmt, der bei uns gar nicht mehr gesprochen – und gedacht? – wird, der von Radikaler Sozialer Arbeit und Radikaler Praxis spricht und sagt, das ist eine Konsequenz der Forderung unseres ethischen Code und es sei keine Zumutung, ein solches Handeln von den PraktikerInnen zu erwarten. Dann sagt er aber, ein Problem bestehe darin, dass, bevor so eine Praxis entwickelt werden könne, bei den PraktikerInnen erstmal ein kritisches*

Bewusstsein entstehen müsse. – Richtig. Jawoll. – Damit weist er den Ausbildungsstätten ihre Bedeutung zu. Meines Erachtens macht er aber da einen großen Fehler. An allen Stellen, wo er vom Kritischen Bewusstsein spricht, entspringt aus diesem kritischen Bewusstsein unmittelbar die radikale Praxis – Hmhm. – und unsere Erfahrung ist ja, dass kritisches Bewusstsein und affirmative Praxis durchaus im relativen Frieden miteinander leben können, in einer einzigen Person. Also – dass viele, die heute in der Praxis tätig sind, in ihrem Selbstverständnis, in ihrem Bewusstsein, ihr kritisches Denken bewahrt haben, ihre Praxis davon aber überhaupt nichts mehr widerspiegelt. Sie ziehen sich sozusagen auf dieses Bewusstsein zurück und rechtfertigen das mit Redewendungen wie: Man könne ja nichts machen, die Zeiten seien ja nicht mehr so wie früher, uns fehle ja die Bewegung im Rücken, die wir damals hatten – alles das. Also es gibt tausend Gründe ... – Es bläst uns ins Gesicht. – Alles lauter Gründe, die irgendwie ja auch stimmen und doch entschuldigen sollen, dass dem kritischen Bewusstsein keine radikale Praxis entspringt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in den Vereinigten Staaten von Nordamerika so grundsätzlich anders ist. Das beschreibt Gil ja auch immer wieder. Zum Beispiel sagt er, die Bereitschaft zu so einer radikalen und kritischen Praxis sei sehr zurückgegangen. Er bezieht sich auch auf die 70er Jahre, in denen es eine Radikale Praxis und ein diese Praxis tragendes Bewusstsein gegeben habe. Er sagt auch, das Kritische Bewusstsein habe nachgelassen. Es gäbe heute ganz viele sozial Arbeitenden, die sich mit ihrer Tätigkeit als Linderer der im Kapitalismus erzeugten sozialen Not zufrieden geben und nicht darüber hinaus denken. Er kritisiert, dass viele SozialarbeiterInnen, was in ihrer Praxis an Problemen auftaucht, individualisieren und den Einzelnen zuschreiben und fordert dagegen ein kritisches Bewusstsein. Aber er glaubt, wenn die PraktikerInnen dieses Bewusstsein haben, dann werden sie auch entsprechend handeln – und das finde ich erstaunlich. Wie kann das sein? Wir wissen doch alle von uns selbst in bestimmten Bezügen, dass es diese einfache Übereinstimmung von Bewusstsein und Handeln nicht gibt. Ich habe ein kritisches Bewusstsein zur Umweltzerstörung und kriege es nicht hin, mein Auto öfter mal stehen zu lassen. Und da muss ich mich mit Recht von meiner radikal-ökologischen Tochter belehren und beschimpfen lassen, weil sie sagt, warum bist du denn da so inkonsequent und eine solche Umweltsau. Das passt doch gar nicht zu dir. – Ja – Oder sowas. Das kennen wir doch alle. Und genau in diesem Bruch zwischen Bewusstsein und Praxis besteht ja auch ein Stück der Misere, die wir gegenwärtig haben.

C.W.: Nun sagen ja die Herausgeber und Übersetzer im Vorwort, dass sie an Gil bei all seiner Radikalität seinen Pragmatismus schätzen. Das heißt, er ist kein Fundamentalist, der davon ausgeht, dass jeder von uns die vollmundig ausformulierten Ziele bis zum letzten Schritt in die Alltagspraxis übersetzen könne. Und gleichzeitig gibt es langfristig gesehen eine Art, sich mit den Umständen abzufinden, die zu einer langsamen und schrittweisen Umdefinition der Ziele führt,

sodass du am Schluss denkst, ich tue ja das alles, was ich immer schon wollte. Und insgeheim habe ich einfach die Ziele so weit heruntergeholt, dass sie für mich in meiner gegenwärtigen Situation erreichbar werden.

M.: *Richtig – ja –. Dieser Mechanismus, die Adaption an das Geforderte, geht so weit, dass zum Schluss jemand sagt, diese, wie Du sagst „herunter geholten Ziele“, das sind ja meine Ziele. Nehmen wir zum Beispiel diese allgegenwärtige Rede von der „Sozialen Integration“ – Ja. – die finde ich dafür geradezu paradigmatisch. Überall, wo Fortbildung heute passiert und Weiterbildung, tauchen die, die von sich glauben, dass sie ein Kritisches Bewusstsein haben, auf und sagen, unsere Aufgabe beziehungsweise der gesellschaftliche Auftrag der Sozialen Arbeit ist „soziale Integration“. – Hmhm. – Und tatsächlich lauten die Strukturen in dieser Gesellschaft genau umgedreht. Jeden Tag werden tausende von Arbeitsplätzen vernichtet und Leute ins Abseits geschoben. Und mit der Rede von der „sozialen Integration“ ist die Rede von der „Ressourcenorientierung“ verbunden. – Ja. – Und es wird unterstellt, dass diese Gesellschaft, auch dieser Staat, ein Interesse daran hat, die Ressourcen, die in den Individuen und in den Sozialräumen und so weiter stecken, zu finden und zu nutzen. Tatsächlich läuft die praktische Alltagspolitik aber jeden Tag auf die massenhafte Vernichtung von Ressourcen hinaus. Angesichts dieser Verhältnisse zu sagen, „soziale Integration“ sei die uns vom Staat zugewiesene gesellschaftliche Aufgabe – das finde ich schon erstaunlich. Das bedeutet doch, genauer betrachtet die real stattfindende Exklusion in ihr Gegenteil, nämlich Inklusion oder sozialarbeiterisch gesprochen „soziale Integration“ umzudefinieren. Ich sage dazu: die Leute ruhig stellen auf'm Parkplatz.*

C.W.: Ich dachte mir schon, dass Du das so sagst. Ich würde es anders sagen. Ich denke, es macht einen Unterschied, ob ich mit einzelnen Menschen arbeite oder ob ich einer sozialpolitischen oder politischen Grundorientierung folge. Beides kann durchaus nebeneinander stehen ohne dass es sich gegenseitig falsifiziert. Also im Einzelfall bin ich dafür, einem Klienten zu helfen, sich gravierende Konflikte zu ersparen, die er nicht bewältigen kann, ihn also wieder reinzuholen und ihm die Chance zu geben, ein einigermaßen selbstständiges Leben zu führen.

M.: *Das habe ich in meiner sozialarbeiterischen Praxis auch immer so gemacht. Aber es kommt doch darauf an, wie ich selber dieses Handeln beurteile und wie ich mich mit meinem Handeln positioniere zu den Aufträgen, die mir zugemutet werden. Wenn ich in der Drogenberatung einen Jugendlichen habe, der einen problematischen Drogenkonsum entwickelt, dann kann ich ihm zeigen, welche negativen Folgen das für ihn hat. Und wenn er dann zu mir sagt „Ja, und ich kiffe, weil ich keine Arbeit habe“ und so, dann sage ich „Komm, mein Lieber, das spielt jetzt keine Rolle, wenn du'n problematischen Drogenkonsum entwickelst, dann ist es deine Aufgabe, damit umzugehen und deine Lebensumstände mögen noch so sein wie sie sind, aber bitte red' dich mit deinem Drogenkonsum nicht darauf heraus“. –*

Gut, gut. – Aber gleichzeitig werde ich gegenüber dem Drogenreferat des Senats die Praxis, die aus dem Betäubungsmittelgesetz entspringt und die das Handeln des Jugendlichen kriminalisiert, kritisieren und sagen, das ist keine Drogenhilfe (schreckliches Wort, als wenn den Drogen geholfen werden soll), was ihr da macht und von den Beratungsstellen fordert, sondern das ist wirklich 'ne knallharte Ausgrenzung und Kriminalisierung von Jugendlichen und werde mich bemühen, mit meiner Praxis diese Folgen von dem Jugendlichen abzuwenden. Ich glaube, was Gil fordert, ist ein Bewusstsein, das sich selber nicht diese analytische Ebene verstellt – Ja, gut. – und nicht in diesem Hilfeprozess allein, oder anders gesagt „in der helfenden Beziehung“ seine subjektive Erfüllung findet, sondern ein Bewusstsein, das sich immer selber auf der Spur bleibt. Wolfgang, Du hast, glaube ich, mal gesagt, wir sollten uns bei unserem beruflichen Handeln immer selbst von hinten über die Schulter gucken – Ja. Ja. Ja. – Also dass dieser Blick nicht abhanden kommt, denn wenn der einmal weg ist, gibt es auch keine Voraussetzungen mehr für 'ne Radikale Praxis da wo sie möglich ist, dann gibt es keine Voraussetzungen mehr für SozialarbeiterInnen, sich zu organisieren. Das ist dann alles weg. Du kannst dich dann in diesen therapeutisch-pädagogischen Settings sawohl fühlen – Richtig. – und sagen, ich mach doch gute humanistische Sozialarbeit – Ja, das isse ja dann wohl auch, aber die Radikalität ist dann raus. –

C.W. Manfred, nun mal auf uns gewendet. Wir sind ja nun beide jahrzehntelang in unserem Institut für Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule und dann an der Technischen Universität Berlin tätig gewesen, und nicht nur dort, sondern auch in zahlreichen Praxisfeldern. Hast Du Dich im letzten Teil des Buches von Gil an etwas erinnert, das Dir bekannt vorkam, was etwas mit unserer eigenen gesellschaftlichen Praxis zwischen 1970 und 2005 zu tun hatte?

M.: Also Wolfgang, ich musste beim Lesen oft schmunzeln. Vor allem, weil die Übersetzer, die das Buch jetzt für uns zugänglich gemacht haben, in ihrer Einleitung überhaupt keinen Bezug darauf nehmen, dass Teile dessen, was Gil vorschlägt, schon lange auch von uns praktiziert worden sind. Nicht nur an unserem Institut. Das Projektstudium, das ja große Übereinstimmung mit dem zeigt, was Gil über die Rolle der Ausbildung bei der Erzielung eines Kritischen Bewusstseins und damit für die Voraussetzung für eine radikale Praxis – Auch der Rolle der Hochschullehrer. – ja, auch der Hochschullehrer, schon realisiert hatte. Mir fielen natürlich unsere Theorie-Praxis-Seminare ein, die ja von der ganzen Konzeption her das vollständig abdecken, was Gil fordert. Bis hin in die curricularen Bestimmungen unserer Studienordnung. Ich dachte manchmal, der hat unserer Studienordnung gelesen, als er seinen Text geschrieben hat. – Ja. Ja. Ja. – Mich hat ein bisschen gewundert, dass das offensichtlich aus dem Bewusstsein der Übersetzer und Einleiter verschwunden ist oder es ist ihnen nicht eingefallen, als sie ihren Text schrieben, weil sie hätten schon ... Also ihre Kritik, der ich zustimme, ist ja, dass sich die Kritische Soziale Arbeit bei uns, in dem, was sie veröffentlicht hat, in der

Kritik der Verhältnisse, in der analytischen Kritik und so weiter erschöpft habe. Aber die Praxis, gerade auch wie sie aus dem sozialistischen Büro hervorging – ich muss mich korrigieren: die ist ja auch immer veröffentlicht worden – und wie sie vom Kreis der Redakteure und Redakteurinnen der WIDERSPRÜCHE ja auch selber geleistet wurde und wird, war doch schon immer eine kritische und teilweise auch eine radikale Praxis. Ich verstehe nicht, warum Timm Kunstreich und Tilman Lutz den Reflex dieser Aufbruchstimmung in den Studiengängen an den Fachhochschulen und an den Universitäten in den siebziger und 80er Jahren vergessen haben – es wundert mich. Ich kann mich doch erinnern, als das mit dem Studiengang Diplom-Erziehungswissenschaft an der Pädagogischen Hochschule losging, da waren die Studierenden zu achtzig Prozent Leute, die über den zweiten Bildungsweg kamen, die oft genug 'ne lange Praxis als Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin, SozialpädagogInnen, KrankenpflegerInnen und so weiter hatten, das heißt aus Praxisfeldern kamen, die zur Sozialen Arbeit gehören. Und die haben ja gerade die Chance, ein kritisches Studium zu machen, genutzt, um die gesammelten Praxiserfahrungen, die sie schon mitbrachten, nochmal neu zu reflektieren, zu analysieren und zu begreifen. So ging es mir jedenfalls, und ich war da nicht der einzige. Ich hab' mich da ja völlig aufgehoben gefühlt in dieser Runde. Dass diese wichtige historische Erfahrung hierzulande in der kommentierenden Einleitung nicht drin ist, finde ich schade, denn sie könnte ja bezogen auf die Geschichte der Sozialen Arbeit in der Bundesrepublik, die in Teilen ja auch unsere eigene Geschichte ist, für die Jungen, die das heute lesen, eine interessante Sache sein – nochmal zu gucken, wie denn schon einmal eine Radikale Praxis auf der Grundlage eines Kritischen Bewusstseins entwickelt wurde. Es sieht so aus, was ich mir bei den Autoren gar nicht vorstellen kann, als hätten sie eine rudimentäre Geschichtsauffassung. Jedenfalls wird mit der Einleitung der Eindruck erweckt, als hätte es in der Bundesrepublik einen ziemlich heftigen und umfassenden Abbruch von Bewusstsein und Praxis gegeben. Ich halte mich da lieber an Ernst Bloch mit seiner These vom Ungleichzeitigen im Gleichzeitigen der Geschichte.

C.W.: Manfred, ich denke wie Du, dass es wünschenswert ist, dass das Buch von David Gil ein Basistext für Studierende wird. Aber ich denke auch, dass es in der gegenwärtigen Situation schwer fallen wird, diese Radikale Praxis in der grundständigen Ausbildung anzueignen. Dazu braucht man schon eine Menge an Vorerfahrungen und eine politische Unzufriedenheit mit unserem Beruf als Ausdruck politischer Beschwichtigung. Von daher habe ich einige Hoffnungen auf die weiterbildenden Master-Studiengänge mit Kolleginnen und Kollegen, die bereits aus einer gestandenen Praxis kommen und sich nun in einem zweiten Ansatz noch einmal reflektierend mit ihrer eigenen Praxis auseinander setzen und nach Alternativen innerhalb (nicht außerhalb) dieser Praxis suchen.

M.: *Das mag für die mit einem anerkannten Abschluss ausgestatteten Weiterbildungs-Master-Studiengänge gelten. Für die grundständigen konsekutiven Studien-*

gänge (Bachelor und Master) bin ich da allerdings sehr skeptisch. Die Modularisierung der Studieninhalte in diesen neuen Studiengängen lässt ja ein Projektstudium, wie Gil und wir das verstehen, nicht zu. – Ja. Richtig. – Das ist nicht mehr vorgesehen. Das ist ein völlig fragmentarisierendes Studium, über das fast alle Kolleginnen und Kollegen, die sich im Moment damit befassen müssen, klagen. Sie sagen, die Inhalte dieser Module sind überhaupt nicht kompatibel, weil jeder Studiengang seine eigenen Module entwirft, die mit denen anderer Studiengänge nur noch formal übereinstimmen. Das bedeutet, wenn eine Studentin oder ein Student mit seinen Modulen in der Tasche und den entsprechenden Credit-Points im Portemonnaie an andere Universitäten oder Fachhochschulen wechselt, dort niemand wissen kann, was sich in diesem mitgebrachten Modul verbirgt. Aber die Sache ist abgeschlossen, braucht nicht mehr studiert werden, wird vorgelegt mit 'ner Bescheinigung, fertig. Das, was wir mit dem Projektstudium gemacht haben über vier Semester – und eigentlich war ja auch schon unsere Einführungsveranstaltung über zwei Semester im Grundstudium tendenziell ein Projekt – Ja. Eindeutig. – ist meines Erachtens in den neuen Studiengängen nicht möglich, aber auch gar nicht vorgesehen.

C.W.: Manfred, ich glaube, Du hast Recht. Aber gerade, weil Du Recht hast, finde ich das Ganze sehr deprimierend. Das würde ja bedeuten, man könnte den Gil auch ruhig curricularisieren und modularisieren und ihn auf diese Weise in ein anspruchsvolles Master-Studium einspeisen – er würde keine Wirkung haben und wäre unschädlich gemacht.

M.: Ich denke aber, Wolfgang, die Praxis dieser neuen Studiengänge wird irgendwann in den nächsten fünf, sechs Jahren platzen. Ich bin davon überzeugt, dass bei dem, was jetzt eingeleitet wird, nicht schon klar ist, was zum Schluss dabei herauskommen wird. Ich höre schon jetzt immer mehr Studierende, die sagen „Das ist'n Scheißstudium“ – Ja. Isses auch. Also, vielleicht ist es möglich, höhere Mathematik so zu machen oder Mikrobiologie, aber nicht unser Studium. –

M.: Jetzt haben wir noch einen Punkt, Wolfgang, den Du vorhin auch schon angesprochen hast. Dem ganzen Entwurf von Gil liegt ja seine Bedürfnistheorie zugrunde – Ah ja, oh Gott, ja. –, und er hat ja da eine sehr starke anthropologische Sichtweise und geht von vermeintlich universalen Bedürfnissen, von Grundbedürfnissen der Menschen aus. Man könnte sagen, von einer festgeschriebenen *Conditio Humana*, die unabhängig von Kultur und Geschichte, von gesellschaftlichen Systemen generell, vorhanden ist. Das hat mich so'n bisschen an Carl Gustav Jung's Archetypen erinnert. Die kann er auch überall in der Welt mit den selben Symbolen und Bildern wiederfinden, weil sie sich angeblich im kollektiven Unbewussten, in unserer Tiefen-Seele befinden und mit mäeutischen und therapeutischen Verfahren ans Licht befördert werden können. Da bin ich doch ein bisschen überrascht. Zum Beispiel bei dem von Gil behaupteten Bedürfnis nach „Selbstver-

wirklichung, Selbstentfaltung“, wissen wir doch, dass dem eine bestimmte Vorstellung vom „Ich“ zugrunde liegen muss, eine Vorstellung von Individualität, die in manchen anderen Kulturen so nicht vorhanden ist. In bestimmten buddhistischen Zusammenhängen gibt es das Wort für „ich“ nicht. Auch die Worte für „Individualität, Individuum, Identität“ gibt es da nicht und die Menschen schauen einen mit großen Augen an, wenn man von „Selbstverwirklichung“ spricht. Und man kann ja nun nicht sagen, dass das irgendwelche überlagernden Entwicklungen seien, die den Grundbedürfnissen übergestülpt worden wären, die nur beiseite geschafft werden müssten, damit man an sie wieder anknüpfen könnte. Diese alte Vorstellung, die wir marxistisch Denkenden ja auch gehabt haben, nämlich dass die kapitalistische Gesellschaft die eigentlichen Bedürfnisse zuschütte und wenn man diese verhindernden und unterdrückenden Bedingungen wegschaffe, entstehe, sozusagen wie der Phoenix aus der Asche, der neue, der befreite Mensch. Das erinnert mich auch an eigene „Sünden“. Da war diese Rede von den objektiven Bedürfnissen. – Ja! Ja! – Wir haben ja in unserer antikapitalistischen Jugendarbeit auch lange die Unterscheidung in subjektive und objektive Bedürfnisse beziehungsweise subjektive Bedürfnisse und objektive Interessen gemacht. Bezogen auf die Jugendlichen hieß das, dass ihre subjektiven Bedürfnisse sie oft genug in Schwierigkeiten bringen: Drogenkonsum, Klauen, irgendwelche unterdrückenden Geschlechterbeziehungen und so weiter. Dem haben wir ihre objektiven Bedürfnisse beziehungsweise objektiven Interessen gegenübergestellt, die aus ihrer Klassenlage resultieren und es als unsere Aufgabe angesehen, den Jugendlichen ihre objektiven Bedürfnisse/Interessen zu spiegeln – Ja. Ja. –, damit sie ihnen bewusst werden und – derselbe Fehler wie bei Gil – aus diesem Bewusstsein heraus entsprechend politisch handeln. Es gab ja diesen Song, den wir selber gegenüber K-Gruppen-Leuten als Spottlied gesungen haben: „Wir sind die Pädago-ho-gen des Proletariats“ – die wir ja auch selber irgendwie waren, haben uns aber so gar nicht gesehen. Also diese Unterscheidung zwischen subjektiven Bedürfnissen und objektiven Interessen, aus denen bei Gil und anderen dann die Grundbedürfnisse werden. Ich fände es besser, bezogen auf Nahrung, Schutz vor Witterung et cetera, den ganzen Bereich der Subsistenzsicherung und -reproduktion von Notwendigkeiten, von existenziellen Notwendigkeiten, zu sprechen.

C.W.: Ich habe da auch meine Schwierigkeiten mit ihm. Auch systematische Schwierigkeiten. Seinen Bezug auf eine allgemeine Anthropologie als Grundbegriff, aus dem die „eigentlichen“ Bedürfnisse von Menschen, von allen Menschen, erwachsen, ist für mich gewöhnungsbedürftig. Man muss schon ein hartleibiger Strukturalist sein, der all over the world die gleichen menschlichen Strukturen, Ausprägungen und Bedürfnisse vermutet. Unabhängig von der Kultur, in der man sich befindet, der Entfaltung der Produktivkräfte, der Produktionsmittel, dem Verhältnis von Ausbeutung und Freiheit. Bedürfnisse sind anpassungsfähige Ergebnisse menschlicher Aktivitäten und gesellschaftlicher Ermöglichun-

gen und Verhinderungen und sie zu strukturalisieren und auf bestimmte Kategorien festzuklopfen und schockgefroren an die kommenden Generationen zu vermitteln, erscheint mir ... also das würde ich nicht mitmachen.

M.: *Ja – das ist so eine Art Bedürfnisinflation. Alle wichtigen Sachen werden als Grundbedürfnisse definiert. Ein Bedürfnis nach Arbeit zum Beispiel. – Ja, das ist Dein Punkt. An sich könnte man ja sagen: Bedürfnis nach Tätigkeit. Das wäre ja eine Form von Selbstentfaltung. – Ja. Das würde aber diesen puritanischen Arbeitsbegriff Max Webers, die „innerweltliche Askese“, die damit verbunden ist, die den ganzen Arbeitsbegriff konnotiert, legitimieren und die starke Fixierung an Erwerbsarbeit nicht aufbrechen, die heute meines Erachtens problematischer ist denn je. Schon Marx hatte sich über seinen Schwiegersohn furchtbar aufgeregt, als der seinen Essay über ein „Recht auf Faulheit“ veröffentlichte, mit dem er ja einen wunden Punkt der Arbeiterbewegung wirklich helllichtig aufgespießt hatte, nämlich das geforderte „Recht auf Arbeit“, mit dem die Arbeiter, den Kapitalisten, wie Paul Lafargue meinte, auf die Schippe springen würden. Gut, da kann man unterschiedlich drüber denken, aber ich finde, wenn die Arbeit als Bedürfnis aus der *Conditio Humana* abgeleitet wird, steht das auf jeden Fall im Widerspruch zur Paradiesvorstellung im Alten Testament. Adam und Eva wurden schließlich mit Arbeit bestraft, weil sie dem göttlichen Erkenntnis-Verbot nicht gehorchten: „Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot verdienen“ – oder so ähnlich. Das ist ein Fluch.*

C.W.: Manfred, weil Du gerade dabei bist: Auch ich vermisse ein paar Autoren, auf die ich mich beziehen würde, wenn ich der Linie von David Gil folgen würde. Du hast Rosa Luxemburg genannt, ich vermisse Karl Marx und Friedrich Engels – aber das ist vielleicht eine Marktfrage für den amerikanischen Verlag, die Columbia University Press, gewesen, in dem das Buch 1998 erschienen ist.

M.: *Mir ist aufgefallen, Wolfgang, dass es große Übereinstimmung oder zumindest Annäherung zwischen Gil und Alinsky gibt. Und zwar gerade, wenn es sich um die Notwendigkeit handelt, sich für eine Radikale Praxis zu organisieren. Auch wo Alinsky Radikalität so definiert, dass sie nicht darin besteht, die Leute für das System zu normieren oder zu normalisieren, sondern darin, Bedingungen, unter denen die Menschen leiden – Alinsky sagt es radikal „gesprengt werden müssen“. – Ja. Ja. Ja. – Diese radikale Sprache hat Gil nicht, aber er hat auf jeden Fall ganz ähnliche Prinzipien wie Alinsky, bei dem, was er Radikale Soziale Praxis nennt. dass Gil den Alinsky, den ja wahrscheinlich jeder in der Sozialen Arbeit der USA kennt, nicht erwähnt, wundert mich. Alinsky hat ja auch hier bei uns 'ne große Rolle gespielt bei der Gründung des Arbeitskreises „Kritische Sozialarbeit“ zum Beispiel, und wenn ich Dieter Oelschlegel lese und *Dich – Ich hab' ihn* zu allererst übersetzt, ein Kapitel von ihm, Müller, Gemeinwesenarbeit – *Genau das. Und Du erinnerst auch nochmal daran in der Festschrift für Dieter Oelschlegel, die im**

vergangenen Jahr erschienen ist zu seinem fünfundsechzigsten Geburtstag. Auch die sozialpädagogische Pressekorrespondenz von damals hat den Bezug zu Alinsky gehabt. Gil zitiert in seiner historischen Einleitung Jane Adams und die Reynolds und noch manches mehr, aber Alinsky fehlt. Ich hab' mich schon gefragt, ob das vielleicht daran liegt, dass der Alinsky dezidiert gesagt hat: „Der Wohlfahrtsklimbim interessiert mich nicht, mit diesen Wohlfahrtsverbänden habe ich nichts zu tun“.

C.W.: Hat er gesagt – auch Gil sagt, die Wohlfahrtsverbände werden niemals Träger einer Radikalen Sozialarbeit sein – aber bei uns gibt es und gab es bemerkenswerte soziale Bewegungen als Träger Radikaler Sozialarbeit. – Aber sie sind alle zu etablierten Wohlfahrtsverbänden geworden. – Aber sie waren Träger radikaler Sozialarbeit und sie haben uns in unseren methodischen Arbeiten und in unserem institutionellen gesellschaftlichen Bewusstsein ein großes Stück vorangebracht. –

M.: Aber Alinsky hat das auf die Soziale Arbeit insgesamt bezogen. – Okay, ja. – Aber davon abgesehen geht es ja um die von Gil herausgestellte Strategie, dass jeder Schritt auf dem Weg zur Sozialreform, der das Leben der Menschen im Kapitalismus erleichtert und erträglicher macht, die Perspektive auf die notwendige Änderung der gesellschaftlichen Strukturen nicht verstellen darf und nicht vergessen machen darf. Das ist bei einer „Kritischen Sozialen Arbeit“ meines Erachtens das Entscheidende. – Die langfristige Perspektive. – Die langfristige Perspektive. Das wieder zu betonen, heute, in der Ausbildung, in der Praxis, in diskutierenden Zusammenhängen von SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen, finde ich wichtig. Da gibt Gil wichtige Anstöße, denn eins ist meines Erachtens klar: Die einzelne Kollegin, der einzelne Kollege in der Praxis kann noch so viel kritisches Bewusstsein entwickeln – es nützt nichts, wenn es ihnen nicht gelingt, sich zu organisieren, hat dieses Bewusstsein keine Chance, in Praxis umgesetzt zu werden. Und sei es in diesen zunächst mal etwas hausbacken anmutenden Arbeitskreisen, die Gil genannt hat. Wenn sich die Kolleginnen und Kollegen aus einem „Sozialraum-Team“ in Berlin-Neukölln zusammensetzen würden, um darüber nachzudenken, gemeinsam, was diese Sozialraumorientierung im Kontext radikaler Streichungen im Sozialhaushalt alles für Fallen beinhaltet und wie hier ein unter fachlichen Gesichtspunkten betrachtet wichtiges Prinzip politisch funktionalisiert wird, wenn sie die Sozialraumorientierung gegeninterpretieren würden, nicht so einfach übernehmen und verwenden würden, wie es der Berliner Senat mit Stichtag und flächendeckend für alle sechzehn Bezirke einfach mal beschlossen hat, wenn sie es hinkriegen würden, sich außerhalb ihrer Qualifizierungsmodule, die sie machen müssen, mit dem Kollegen Hinte und anderen hinzusetzen und zu sagen: „Wir wollen doch mal selber darüber nachdenken, was das eigentlich jetzt zu diesem Zeitpunkt bedeutet“, wäre das ganz toll. Ich treffe ja oft Menschen aus der täglichen Praxis. Wenn wir darüber reden, dann sagen sie durchaus traurig:

„Ja, das wäre schön, aber wann sollen wir das denn machen“. Und das ist ein weiterer Punkt, der bei Gil auch noch nicht, finde ich, richtig aufgenommen ist. Das Bedürfnis, sich nicht immer in der Auseinandersetzung, nicht immer im Kampf zu befinden, eh individuelle Reproduktion halt. Im Grunde genommen formuliert Gil da 'ne moralische Position, wenn er sagt „Du musst auf dein Leben weitgehend verzichten und dich selber verwirklichen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung an der Seite derjenigen, die darunter am meisten leiden“. Mit diesem Gestus sind wir auch aufgetreten. Ich auch. Mir selber habe ich das auch abverlangt. Ich weiß heute und kriege es immer noch gesagt von Leuten, die mir begegnen: „Das war gut, dir zuzuhören, aber du hast uns Angst gemacht“. Also mit dieser radikalen Forderung, bis an die Existenz zu gehen, bis an den Rand und alles zu riskieren, weil die revolutionäre Ethik das verlangt. „Die Familie ist das Bleigewicht an den Füßen des Klassenkämpfers“ hat Edwin Hörnle in den 20er Jahren gesagt. So nach diesem Motto. – Sag's nochmal. – Die Familie ist das Bleigewicht an den Füßen des Klassenkämpfers.

C.W.: Ja. Das stimmt. Und Marx sprach doch von der „erzwungenen Familienlosigkeit des Proletariats“. Weil in die Produktion nicht nur er selber, sondern auch seine Frau und die Kinder eingespannt waren und weil er einfach keine freie Zeit hatte, um menschlichen Bedürfnissen und Interessen zu folgen.

M.: *Das ist natürlich auf 'ner sehr abstrakten allgemeinen Ebene – Ist aber so. – und auch dagegen ist ja Widerstand erforderlich. Die subversive Kraft der sinnlichen Bedürfnisse, jetzt nicht im Sinne von anthropologischen Grundbedürfnissen bei Gil, aber die subversive Kraft von Sexualität zum Beispiel, von diesem elementaren im umfassenderen Sinn Lust-Streben, die ist ja immer da gewesen und die Herrschenden haben damit immer Probleme gehabt. Die selbstbestimmten Lebensentwürfe der Swing-Kids in Hamburg zum Beispiel oder der Edelweißpiraten haben die Nazis zum Ausrasten gebracht. Das waren keine Widerstandsformen, die sich aus 'ner primär politischen Kritik, sondern ganz unmittelbar aus den Lebensbedürfnissen, aus dem Wunsch der Jugendlichen, zu leben, zu tanzen, den Körper zu erfahren, Musik zu hören, sich zu kleiden, wie sie wollten und so weiter, ergaben. – Daran ist ja auch die DDR gescheitert. An dem Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen dieser Bedürfnisse. – Und daran rasten sie aus. Wenn Du den Himmler-Erlass zu den Swing-Kids liest – der schäumt – genau weil diese Jugendlichen „hedonistische Momente“ nicht preisgeben wollten. Das fehlt bei Gil vollständig. Er ist so ein Puritaner in seinen Ansprüchen, und das gefällt mir nicht. Heute sind wir an einem historischen Punkt, wo es darum geht, die sinnlich-ästhetischen Ansprüche des Lebens mit der Ethik des Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu verbinden.*

C.W.: Wir brauchen sie nicht mehr – diese Extraprofite braucht das Kapital nicht mehr, um der lebendigen Arbeit den Mehrwert abzupressen. Sie werden nur noch zu allgemeinen Disziplinierungen gebraucht.

M.: *Ja – die Tatsache, dass das nach wie vor eingefordert wird, ist eine Disziplinierungsstrategie, ist Disziplinierung. – Völlig richtig, sind wir uns einig. – Du hast es gesagt, es gibt keine Notwendigkeit mehr, die Fabrik tugenden den Menschen einzupeitschen, wie in der Epoche der „Entstehung des Proletariats als Klasse“, um die psychische Disposition des Lohnarbeiters herzustellen. Über die protestantische Ethik hat sich das quasi klassenübergreifend – besonders beim so genannten Bildungsbürgertum der Mittelschichten – verselbstständigt. An diesem Punkt waren mir die Anarchisten schon immer sympathischer.*

C.W.: Du kommst auf andere Gedanken, wenn Du erst einmal Zeit hast, zu sinnieren und zu rasonieren. Du kennst doch die Geschichte mit dem Nante Eckensteher? Der Polizist kommt und fragt: „Was rasoniert Er?“ Nante: „Icke? Ick rasonier’ doch nich’.“ Der Polizist: „Red’ Er sich nicht raus. Er rasoniert inwendig!“

M.: *Ja, das ist gefährlich. Das kann man nicht kontrollieren, das innerliche Rasonieren – aber „die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten?“ – Das allein reicht eben nicht. Darauf hingewiesen zu haben, den Zusammenhang von Denken, Sprechen und Handeln in seiner Bedeutung für eine Radikale Praxis im System der Sozialen Arbeit – oder wie es in diesem WIDERSPRÜCHE-Heft diskutiert wird, für eine „Kritische Soziale Arbeit“ als Praxis von sich organisierenden Individuen, ist das Verdienst dieses Buches.*

Uns hat das Radikale Denken und Schreiben Gils, das mit den Konventionen des zurzeit dominierenden ökonomischen und technokratischen Fachjargons bricht, beeindruckt. Auch, dass der nunmehr weit über achtzigjährige Autor seine Erfahrungen mit dem Faschismus in Deutschland/Österreich, die er in seinem Buch nur andeutet, so offensiv gegen eine auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhende Gesellschaft wie den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika wendet, bringt den LeserInnen in der Bundesrepublik Anstöße und Anregungen, seine Überlegungen auf ihre Bedeutung für die Situation hierzulande zu reflektieren – und das wäre schon eine praktische Anwendung, mit anderen zu diskutieren.

Anmerkung

- 1 Die Gesprächssentenzen von C.W. Müller sind in normaler Schrift, die von M. Kappeler sind kursiv gedruckt. Auf diese Kennzeichnung sollten die Leserinnen und Leser auch in längeren Textpassagen achten, weil die Gesprächspartner sich hin und wieder gegenseitig in ihrem Redefluss unterbrechen. Um die lebendige Gesprächsstruktur zu erhalten, wurde der Gesprächsverlauf, wo immer es ging, nicht „geglättet“.

C.W. Müller, Bozener Str. 3, 10825 Berlin

Manfred Kappeler, Belziger Str. 38, 10823 Berlin



Maren A. Jochimsen,
Ulrike Knobloch (Hrsg.)

Lebensweltökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung

Reihe Lebensweltökonomie, Band 2

2006, ISBN 3-89370-418-3, 208 Seiten
€ 20,80 / SFr 36,50

Welche Auswirkungen hat die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung auf die Lebenswelt? Welche Verschiebungen haben in und zwischen dem versorgungswirtschaftlichen und dem erwerbswirtschaftlichen Bereich stattgefunden? Welche Tendenzen für die Zukunft deuten sich heute schon an?

Lebensweltökonomie macht die Auswirkungen wirtschaftlicher Globalisierung auf die Versorgung der Menschen mit dem zum (guten) Leben Notwendigen sichtbar und zeigt die Rückwirkungen dieser Veränderungsprozesse auf die Erwerbswirtschaft. Die Beiträge in diesem Buch analysieren die Bereiche der bezahlten und unbezahlten Versorgungswirtschaft, in denen für die Einzelnen wie für die Gemeinschaft und Gesellschaft notwendige Tätigkeiten erbracht werden und deren lebensweltlicher und ökonomischer Bezug offenkundig ist:

- Hausarbeit
- Subsistenzproduktion
- Eigenarbeit
- zivilgesellschaftliches Engagement
- Pflege
- soziale Dienstleistungen

Lebensweltökonomie stellt mit ihrer Konzentration auf die alltägliche Befriedigung zum guten Leben notwendiger Bedürfnisse ein sinnlich erfahrbares und im eigenen Leben verortbares Gegengewicht zur Abstraktheit und zur Anonymität der wirtschaftlichen Praxis der Globalisierung dar. Die lebensweltliche Einbettung wirtschaftlichen Handelns ermöglicht, Ökonomie in Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung sozial und ökologisch verträglich zu gestalten.

Mit Beiträgen von *Günther Bien, Erika Claupein, Veronika Bennholdt-Thomsen, Andrea Baier und Elisabeth Redler, Adelheid Biesecker, Günter Thiele, Frank Schulz-Nieswandt, Bettina Hollstein.*
Eingeleitet von *Maren Jochimsen und Ulrike Knobloch.*

Martin Dörrlamm

Professionelle Nähe – auf Distanz zum Status quo

Innerhalb der real existierenden Sozialen Arbeit wird großer Wert auf die Bedeutung ausreichender „professioneller Distanz“ gelegt. Auch im Rahmen der Ausbildung wird dieser Aspekt des Nähe-Distanz-Verhältnisses häufig betont. Bei Nichtbeachtung drohe den BerufseinsteigerInnen ein frühzeitiges „Ausbrennen“. Um die „professionelle Distanz“ wahren zu können, müsse ihnen unterstelltes überbordendes Gutmenschentum ausgetrieben werden. In der praktischen Arbeit wird einem die Rede von der professionellen Distanz immer dann entgegen gehalten, wenn die Problemlagen der KlientInnen den Rahmen des gängigen Repertoires sprengen.

Damit wird aber genau der Teil des Verhältnisses von Nähe und Distanz in den Beziehungen zwischen SozialarbeiterIn und KlientIn unterschlagen, der die notwendige Voraussetzung für erfolgreiche Soziale Arbeit ist. Um die zentrale Bedeutung der Beziehung zwischen SozialarbeiterIn und KlientIn deutlich zu machen, haben wir in der praktischen Arbeit mit Drogen konsumierenden und sich prostituierenden Jugendlichen für uns den Begriff der „professionellen Nähe“ entwickelt. Professionelle Nähe beinhaltet grundsätzlich auch das Problem des Ausbalancierens zwischen Nähe und Distanz. Im Gegensatz zur „professionellen Distanz“ kann dieser Begriff aber weder zur Abwehr von Ansprüchen der KlientInnen dienen, noch die Beziehung zwischen SozialarbeiterIn und KlientIn entwerten. Dadurch wird es wichtiger, genau zu bestimmen, was die Professionalität der Nähe ausmacht, und zu verstehen, wie die Nähe der professionellen Arbeit nützt. Voraussetzung dafür ist es, sich andere gesellschaftliche Bedingungen vorstellen und das Gegebene immer wieder in Frage stellen zu können. Das beinhaltet dann auch die Ablehnung konkreter Ausgrenzungsmechanismen und Ausbeutungsverhältnisse, die zwar in der real existierenden Sozialen Arbeit notwendig nicht überwunden, aber skandalisiert und in ihren Auswirkungen individuell entschärft werden können.

Professionelle Distanz als Abwehr

Die Rede von der professionellen Distanz ist mit der Hoffnung verbunden, dass, wenn man sich vom sozialarbeiterischen Gegenüber nur weit genug entfernt halte, man mit den bestehenden Bedingungen der Sozialen Arbeit nicht in Konflikt käme. Die Distanz soll das angeblich notwendige Scheitern der konkreten Arbeit an den Verhältnissen mit den eigenen Vorstellungen in Einklang bringen und somit dem Burn-Out vorbeugen. Hier soll nun dargestellt werden, dass diese Hoffnung nicht nur nicht greift, sondern Soziale Arbeit grundsätzlich unmöglich macht. Aus meiner Sicht findet erfolgreiche Soziale Arbeit nur durch ein überschießendes Moment statt, das die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Menschen, mit denen sie arbeitet, über die bestehenden Verhältnisse stellt. Das bedeutet dann auch, dass in Ausbildung und Beruf die konkreten Erfahrungen mit diesen Menschen ernst genommen werden müssen. Dafür ist etwas anderes erforderlich als die Vermittlung und Umsetzung von abstraktem Methodenwissen. Vielmehr geht es um das tagtägliche Abarbeiten an den aktuellen Bedingungen – das macht den Inhalt Sozialer Arbeit letztlich aus.

Das Verhältnis von Nähe und Distanz ist in beruflich definierten sozialen Beziehungen von entscheidender Bedeutung. In der gängigen Auseinandersetzung mit diesen Beziehungen wird regelmäßig nur die professionelle Distanz betont, obwohl sich die jeweils angemessene und reflektierte Balance in diesem Verhältnis auch vom anderen Ende her bestimmen lässt. Die Distanz gerät ins Zentrum der Überlegungen, wenn die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen als nicht hintergebar betrachtet werden. Deutlich wird dies in den Zusammenhängen, in denen die Bedeutung professioneller Distanz besonders hervorgehoben wird. Studierenden wird erst einmal unterstellt, die Bedingungen, unter denen Soziale Arbeit stattfindet, nicht zu kennen. Entsprechende Annahmen liegen dem Hinweis auf die mangelnde professionelle Distanz von StreetworkerInnen oder anderen „Frontschweinen“ zu ihren KlientInnen zu Grunde. Implizit wird unterstellt, sie würden die Situation der KlientInnen und deren Bedürfnisse über das professionell Machbare stellen. Die zentrale Frage innerhalb der Sozialen Arbeit besteht allerdings genau darin, dieses Machbare zu bestimmen. Was tatsächlich zu erreichen ist, ist auf der konkreten Ebene sozialarbeiterischen Tagesgeschäftes eine empirische Frage, die nicht abstrakt entschieden werden kann. Das eigene nicht (mehr) Infragestellen lässt sich im konkreten Umgang mit Jugendlichen oder anderen KlientInnen nur als „professionelle Distanz“ durchhalten. Sie dient dann mehr der Verteidigung eines abstrakten sozialarbeiterischen Selbstbildes, als konkreter Arbeit, die ihre professionellen Ziele verfolgt.

Die Setzung des Status quo als Ausgangspunkt Sozialer Arbeit zielt auf die Anerkennung der bestehenden Verhältnisse durch die SozialarbeiterInnen. Faktisch

konstituiert sie eine Soziale Arbeit, die nur noch die Zurichtung der KlientInnen erreichen will. Sie sollen wieder in Strukturen passen und passend gemacht werden, aus denen sie zuvor ausgeschlossen wurden. Erst durch diese Ausgrenzung werden sie schließlich zu KlientInnen gemacht. Scheitert dieser Versuch der Zurichtung, so sind weder die bestehenden Verhältnisse noch die in der Sozialen Arbeit Tätigen, sondern ausschließlich die widerständigen KlientInnen das Problem.

Es geht auch anders

Geht man umgekehrt von den Erfahrungen, Bedürfnissen und Vorstellungen der KlientInnen aus und versucht auf dieser Basis gemeinsam mit ihnen unter den Bedingungen des Bestehenden Wege zu finden, die ihre Handlungsmöglichkeiten und -spielräume sinnvoll erweitern, stößt man gleichfalls an diese Grenzen. Man muss sie dann aber nicht unreflektiert und unhinterfragt als gegebene voraussetzen, sondern kann sie auf der handlungspraktischen Ebene im Einzelfall immer mal wieder verschieben. Diese tatsächlich parteiliche Position nimmt nicht nur die allgemein in der Sozialen Arbeit übliche „kritische Haltung“ auf und entspricht den allgemeinen Vorstellungen von Freiwilligkeit, Empathie etc. Vielmehr stellt sie die gegebenen Rahmenbedingungen immer wieder in Frage und sucht nach Möglichkeiten, die bestehenden Ausgrenzungsmechanismen und Machtverhältnisse zu kritisieren und im Einzelfall zu umgehen oder zu überwinden. Soziale Arbeit als praktische Tätigkeit kann sich dabei nicht auf abstrakte Kritik zurückziehen. Vielmehr kommt es in jeder konkreten Situation auf konkretes Verhalten an, das entweder auf einer kritischen Haltung gegenüber dem Bestehenden beruht oder dieses Bestehende stützt. Individuell (als Burn-Out) und professionell (als unreflektiertes und die Menschen übergehendes Verwaltungshandeln) besonders problematisch ist hier die affirmative Haltung und Handlung, die sich noch als „irgendwie kritisch“ begreifen will. Dieser Einstellung fehlt es notwendig an Reflektion und konsequenter Positionierung. Beides ist aber Voraussetzung, um für die KlientInnen nicht nur als Funktionsträger sondern als Person in Erscheinung treten zu können.

Professionelle Nähe als Grundlage erfolgreicher Sozialer Arbeit

Erfolg ist in der Sozialen Arbeit durch das doppelte Mandat von Hilfe und Repression sehr widersprüchlich definiert. Beide Seiten beziehen sich dennoch allgemein auf eine Veränderung der Lebenssituation, die einerseits unter dem

Blickwinkel einer Veränderung der Umstände andererseits als eine Anpassung und Unterordnung der einzelnen KlientIn gefasst wird. Auch die hier eingenommene Perspektive der Erweiterung von individuellen Handlungsspielräumen entgeht diesem Spagat nicht. Anpassungs- und Unterordnungsleistungen sind praktisch immer Teil des gemeinsam von KlientIn und SozialarbeiterIn betriebenen Prozesses. Das Ziel bleibt aber die Erweiterung und Schaffung von individuellen Handlungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven.

Dieses Ziel ist notwendige Grundlage für das Zustandekommen eines gemeinsamen Projektes, das die Beziehung zwischen SozialarbeiterIn und KlientIn konstituiert. Das allgemeingesellschaftliche Interesse an Hilfe und Repression stellt sozusagen die Mittel zur Verfügung, die dieses gemeinsame Projekt ermöglichen. Definiert wird es aber in der Beziehung zwischen den Beteiligten, d.h. auch in der geteilten Zielsetzung einer subjektiv sinnvollen Verbesserung der Lebenssituation. Um die damit verbundenen Veränderungen angehen zu können, ist in der Regel die direkte und individuelle Unterstützung durch die SozialarbeiterIn notwendig. Wäre diese Hilfe nicht erforderlich, so würde es sich nicht um eine KlientIn-SozialarbeiterIn-Beziehung handeln und uns niemand dafür bezahlen. Die Unterstützung lässt sich allerdings nach allgemeiner Erfahrung nicht auf ein personenunabhängiges Vermitteln von Informationen reduzieren. Gerade in schwierigen Arbeitsfeldern wird von den KlientInnen eine erfahrbare Person und nicht ein Servicepoint erwartet und eingefordert. Insofern stellt die angemessene Balance von Nähe und Distanz ein zentrales Arbeitsmittel im pädagogischen Prozess dar.

Was heißt dann professionelle Nähe?

Der Begriff der professionellen Nähe betont die Bedeutung der Beziehung zwischen SozialarbeiterIn und KlientIn für die Erreichung des professionellen Zieles. Entscheidend ist, dass die SozialarbeiterInnen sich dabei jederzeit darüber im Klaren sind, dass es sich nicht um eine private Beziehung und nicht um eine Beziehung zwischen gleichberechtigten Gegenübern handelt. Ohne die Notlage des einen und den beruflichen Arbeitsauftrag des anderen würden sich beide Personen höchstens zufällig begegnen und kaum gemeinsam an der Erreichung eines Zieles arbeiten. Er beinhaltet eine klare Entscheidung für eine bestimmte Klientel, die auch eine entsprechende Verantwortlichkeit umfasst. Auf der Basis eines empathischen Arbeitszugangs sind weitestgehende Parteilichkeit, Freiwilligkeit und Transparenz notwendige Bestandteile. Die Beziehungsarbeit, die für pädagogische Arbeit notwendig ist, setzt voraus, dass die in der Sozialen Arbeit Tätigen als greifbare Person in Erscheinung treten. Grundlage sind die Erfahrungen in sozialen Beziehungen, die unsere KlientInnen bisher gemacht haben.

Diese sind in der Regel hochproblematisch. Entsprechend belastet und belastend ist diese Form der Arbeit.

Entscheidend ist, dass sie von den Bedürfnissen der Jugendlichen, Drogenkonsumierenden, Alten etc. ausgeht. Indem sich die KlientInnen auf das gemeinsame Arbeitsbündnis einlassen, haben sie auch den Anspruch auf die unter den bestehenden Bedingungen möglichen Hilfen. So verstanden setzt professionelle Nähe alles voraus, was gewöhnlich unter Professionalität gefasst wird. Vom umfassenden Überblick über die tatsächlichen Möglichkeiten des Hilfesystems über die Notwendigkeit, sich arbeitsfähig zu halten, bis zum Aufzeigen der aktuellen Defizite des Hilfesystems. Da aber nicht von vorneherein ausgemacht ist, wo die Grenzen hiervon liegen, geht es auch immer wieder darum, anhand des Einzelfalls Ausgrenzungsmechanismen und Klassifizierungen in Frage zu stellen und Realisierungsmöglichkeiten überall, also auch jenseits der bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen, zu suchen. Dabei werden diese Bedingungen nicht ausgehebelt, sondern als von Menschen gemachte thematisiert und als widersprüchliche kritisiert.

Haarspalterei?

Der Unterschied in der Einstellung zu den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen, affirmative Bestätigung oder die Widersprüche problematisierende Kritik, lässt sich nun nicht auf eine austauschbares Beiwerk in der Psyche des sozialarbeiterisch/-pädagogisch tätigen Menschen reduzieren. Vielmehr ermöglicht er für die Arbeit in diesem Bereich zentrale Wahrnehmungen, Arbeitsansätze und Lösungsansätze oder verhindert sie. Für die grundlegend problematische Balance zwischen Nähe und Distanz in der Beziehungsarbeit als Basis pädagogischer Prozesse ermöglicht er eine klare Positionierung und damit die notwendige Reflektion der eigenen Person und Tätigkeit. Diese kann sich nicht auf das Feld der Sozialen Arbeit beschränken, sondern bezieht sich auch auf allgemeine gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Erst diese Positionierung ermöglicht das Ernstnehmen der Erfahrungen von KlientInnen und SozialarbeiterInnen in der Gesellschaft.

Das zentrale Merkmal von professioneller Nähe ist, dass die eigenen Voraussetzungen permanent überprüft werden. Dazu zählen die institutionellen und gesellschaftlichen Bedingungen, aber auch der Umgang mit den Klientinnen und Klienten und sich selbst. Weder die jeweils in der konkreten Arbeit (re-)produzierten Verhältnisse noch deren Grundlagen sind dabei als absolute zu sehen. Die wichtigste Arbeitsleistung, für die wir regelmäßig bezahlt werden, besteht in der Anstrengung, sich diesen Prozessen immer wieder auszusetzen. Dabei sind die Ergebnisse dieser Anstrengung es immer wieder wert. Der erfolglose Ver-

such, den Status quo und starre Regeln gegen (neue) Realitäten aufrecht erhalten zu wollen, scheint mir dagegen der entscheidende Faktor für Burn-Out-Phänomene zu sein. Die Rede von der „professionellen Distanz“ trägt mehr zum „Ausbrennen“ bei, als dass sie den einzelnen KollegInnen den Umgang mit diesen Realitäten ermöglicht. Das regelmäßige Infragestellen und Überprüfen, was hat mein Handeln mit dem Ziel meiner Arbeit zu tun, könnte helfen, sozialarbeiterische Tätigkeit und Möglichkeit soweit in Einklang zu bringen, dass dem Burn-Out oder einem sinnlosen Verheizen von KollegInnen entgegengewirkt werden könnte. Die Furcht vor den KlientInnen, die in dem ritualisierten einfordern „ausreichender“ professioneller Distanz immer wieder durchschlägt, hat zumindest viel zu häufig den gegenteiligen Effekt.

*Martin Dörrlamm, Theodor-Fischer-Weg 31, 60488 Frankfurt
E-mail: www.streetwork.de.md*

Eberhard Mannschatz

Soziale Arbeit, Erziehung und Politik Zur Problematik an den Schnittflächen

Erörterungen über Soziale Arbeit reichen weit in die *Politik*problematik hinein, insbesondere dann, wenn sie sich um die Klärung von Grundfragen ihres Fachgebietes bemühen und nicht in Detailfragen zerfasern. Wenn gegenwärtig Abhandlungen solcher Art häufiger vorgelegt werden, dann hängt das offensichtlich damit zusammen, dass die Soziale Arbeit vor neuen Herausforderungen steht, die sich aus dem politische Raum ergeben und auf welche die Sozialpädagogik sensibel reagieren muss und will (aktuell z.B. Böhnisch u.a. 2005, Gil 2006, Keupp 2005, Bütow u.a. 2006).

Sie sieht sich dazu gedrängt, weil ihr fachlicher Gegenstand in den Auswirkungen gesellschaftlicher Verhältnisse und Politik auf das Leben von Menschen gewissermaßen am Ende der Wirkungskette besteht, weil er im Grenzbereich von Parteien- und Staatspolitik einerseits und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten andererseits angesiedelt ist und weil er mit dem komplizierten Netzwerk von Vorstellungen und Gefühlen von menschlicher Fürsorge und Hilfsbereitschaft, geschäftsmäßigem Mitleid, gleichgültigem Unverständnis oder gar Missachtung gegenüber angeblicher Untüchtigkeit und fehlender Eigeninitiative der Betroffenen und den entsprechenden Verbrämungen und Ideologien zu tun hat.

Dazu kommt, dass Sozialpädagogik in ihrer gegenstandsbezogenen politischen Draufsicht mehrere Politikbereiche wie Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Jugendpolitik, Bildungspolitik, Ordnungspolitik berührt und demzufolge Schnittflächen zu Sozialwissenschaft, Soziologie, Rechtswissenschaft, Psychologie und Pädagogik in ihre Betrachtung einbeziehen muss. Der administrativ-organisatorische Aspekt Sozialer Arbeit, für den sie Erklärung und helfende Anleitung geben will, steht als Aktivität zwischen Anwaltschaft und Wächteramt, zwischen Wahrnehmung gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben und Förderung von Initiativen von Freien Trägern und bürgerschaftlichen Projekten. Und schließlich: Sozialpädagogische Tätigkeit wirkt in den sensiblen Bereich von Familien-

und Eltern-Kind-Beziehungen hinein, der seinerseits über Vermittlungen mit politischen Stimmungslagen zusammenhängt.

Aus dieser komplexen und zugleich differenzierten *Schnittfläche zwischen Sozialer Arbeit und Politik* ergeben sich der quasi berufseigene *kritische* Blick der Sozialpädagogik auf gesellschaftliche Zustände und Politik und zugleich die beeindruckende und unbestreitbare *Kompetenz* der Autoren, sich in den politischen Diskurs einzubringen. Aus der Sicht der Sozialpädagogik wird manches genauer gespiegelt als durch die Brille vorgefasster parteipolitischer Interessen. Politik und Gesellschaftswissenschaft wären gut beraten, diese Kompetenz ernst zu nehmen und als Beratungspotenzial zu nutzen.

Die besondere Affinität zur Politik gilt nicht nur für theoretische Erörterungen, sondern auch für Sozialarbeit als *praktisches* Geschehen. Sozialarbeiter haben mit Problemlagen von Menschen zu tun und versuchen sie helfend zu bewältigen, für deren *Verursachung* der unmittelbare Bezug zum Gesellschaftszustand spürbar ist; und sie agieren in Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Bemühungen oft an politikgemachte Grenzen stoßen. Sie erwarten demzufolge von der Sozialpädagogik Handlungsanleitungen, an denen sie sich in dieser ihrer komplizierten Alltagsarbeit orientieren können.

Meine Behauptung geht nun dahin, dass der gegenwärtige sozialpädagogische Disput diesbezüglich hinter den Erwartungen zurückbleibt. Der Fülle beeindruckender Aussagen zur politischen Dimension Sozialer Arbeit steht ein Defizit hinsichtlich erzieherischer Handlungsanleitungen gegenüber.

Um dieser provokatorisch zugespitzten Vermutung nachzugehen, ist zunächst die Frage zu stellen, ob die Schnittfläche zwischen theoretischen Erörterungen und Praxisanleitung bezüglich Sozialer Arbeit mit dem Hinweis auf Hilfe für *erzieherische* Tätigkeit richtig benannt ist.

Als Praktiker sind die Sozialarbeiter im unmittelbaren Kontakt mit Menschen, betreuen und versorgen sie, versuchen, das Bedingungsgefüge für deren Leben günstiger zu gestalten; aber sie nehmen auch auf das Verhalten und letztlich auf die Persönlichkeitsentwicklung *Einfluss*; wobei das nicht vordergründig zu verstehen ist als missionarisches Gehabe aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, oder gar als politischer Auftrag, sondern als begleitende Hilfe für die Betroffenen, mit sich und der Welt zurecht zu kommen, also deren Selbsterkenntnis ihrer Lage und ihre Eigeninitiative zu befördern, was nicht ohne Anstöße zur *Veränderung* ihres Verhaltens und ihrer Einstellung auskommt. Natürlich variiert das bezüglich der Altersgruppen. Bei Senioren tritt es zurück, bei jungen Menschen, zumal solchen, die mit sich und ihrem Leben Schwierigkeiten haben, steht es im Vordergrund. Im Kern seiner Tätigkeit ist und bleibt aber der Sozialarbeiter *Erzieher*.

Zuweilen gilt das heute nahezu als „altväterliche“ Auffassung und ist auch terminologisch aus dem Sprachgebrauch fast verschwunden. Man scheut sich, von „Erziehung“ zu reden, gar von „Einflussnahme“. Es wird die Frage aufgeworfen, ob man sich nicht von dem „pädagogischen Handlungsmodell“ lösen sollte. Im Gegenzug allerdings beschwört man die „Wiedergewinnung des Pädagogischen“.

Das alles ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund von Unsicherheiten und unterschiedlichen Standpunkten hinsichtlich des *Erziehungsverständnisses*, die zu einer gewissen Ratlosigkeit geführt haben. Man braucht heutzutage ein gutes Buschmesser, um sich im Dickicht der pädagogischen Wissenschaft zurechtzufinden. In dieses Dickicht gelangen wir hinein, wenn wir dabei bleiben, den Kern sozialarbeiterischer Aktivität in *erzieherischer Tätigkeit* zu sehen. Vielleicht ist das einer der Gründe für das behauptete Defizit hinsichtlich der Passfähigkeit der Schnittfläche zwischen theoretischen Erörterungen und Praxisanleitung.

Ohne mich auf eine umfassende Einschätzung der Lage in der Erziehungswissenschaft einzulassen (das ist hier nicht zu leisten; und das ist nicht von mir zu leisten), will ich skizzenhaft auf einen Denkanstoß hinweisen oder ihn einbringen hinsichtlich der Frage, *welche Art von Erziehungsauffassung anschlussfähig* sein könnte an die Aufgabenstellung der Sozialen Arbeit, die in der oben angedeutete Weise mit Politik verflochten ist.

Das ist sicher ein seltsames Herangehen, das mir aber zugebilligt werden sollte, da es hier um die *Schnittstelle zwischen Politik und Erziehung* geht.

„Anschlussfähig“ ist gemeint als Heranführung oder Einbindung der Erziehungsauffassung und vor allem ihrer praktisch-methodischen Aussagen an die *kritische* Bezugnahme auf Politik, ihre Verortung im Raum von Resistenz oder widerständigen Veränderungen. Befördern oder ermöglichen muss sie Selbstbewusstsein, eigenständiges Denken und Handeln, Aufgeschlossenheit zu solidarischem Miteinander und damit Bereitschaft und Fähigkeit zu aktiver und erfolgreicher Lebensbewältigung.

Untauglich in diesem Sinne sind Erziehungsauffassungen, welche Erziehung gewissermaßen als Wurmfortsatz der herrschenden Politik betrachten, als Unternehmung, die *für* Kinder und Jugendliche inszeniert wird, als organisierte lineare Aktivität, mit der Politik nach Belieben und Willkür umgehen kann und den Praktikern nahe legt, sich innerhalb dieser Kanalisierung zu bewegen.

Verwendbar und anschlussfähig im genannten Sinne sind Erziehungsauffassungen, welche in Erziehung eine gemeinsame Aktivität der Beteiligten sehen, innerhalb derer aus Eigenem Werte, Strukturen, Verläufe hervorgebracht werden, stimuliert durch und bezogen auf eine mit den je individuellen Interessen verzahnte gemeinsame Aufgabe, auf die man sich freiwillig vereinbart hat. Unter dieser Sicht ist Erziehung ein Elementarvorgang gesellschaftlichen Zusammen-

lebens, der von Politik modifizierend beeinflusst, aber in seiner eigenständigen Gesetzmäßigkeit nicht außer Kraft gesetzt werden kann. Sie kann sich deshalb in ein kritisches Verhältnis zu Politik und Gesellschaft setzen.

Erziehungsauffassungen solcher Art sind in der Theoriegeschichte existent (vgl. z.B. Kunstreich 1997/1998) Sie scheinen allerdings auf merkwürdige Weise an den Rand gedrängt; vielleicht (das ist meine Meinung) deshalb, weil die Sozialpädagogik sich durch die unsägliche Gegenüberstellung von Individualerziehung und Gemeinschaftserziehung selbst Fallstricke angelegt hat.

In der *Praxis* sozialpädagogischer Tätigkeit spiegeln sich solche Erziehungsauffassungen in der *Projektarbeit* wider, die zunehmend an Bedeutung gewinnt (wohl-gemerkt: Projekte *der* Kinder und Jugendlichen, Obdachlosen, ehemals Drogen-süchtigen usw. nicht zu verwechseln mit Projekten *für* diesen Personenkreis); und zwar nicht nur in der Erlebnispädagogik, sondern auch als „Einsprengsel“ in makrokonzeptionell anders angelegte Betreuungs- und Erziehungsarbeit.

„Projektarbeit“ als Medium sozialpädagogischer Tätigkeit oder als Einfügung meint, dass Erwachsene und Kinder sich einer vereinbarten Aufgabe mit perspektivischer Sogkraft zuwenden, ihre darauf bezogene freiwillige Aktivität bündeln, sich den dabei auftretenden Problemen und Schwierigkeiten stellen, aus Eigenem dafür zweckentsprechende Lösungsstrategien und Verhaltensweisen sowie soziale und organisatorische Strukturen entwickeln. Gelingt dieser vereinbarte Bezug auf das „gemeinsame Dritte“ innerhalb von konkreten Projekten nicht, bleibt sozialpädagogische Tätigkeit im latenten Zustand des Zufälligen und Unverbindlichen; sie verliert sozusagen ihre „Geschäftsgrundlage“.

Wenn man das in Handlungsanleitungen weiterdenkt, offenbart sich zwingend eine *methodische Denkart*, die gekennzeichnet ist durch Begegnung von Erziehern und Jugendlichen auf der sachlichen Ebene von Aufgabenfindung und Aufgabenlösung, durch demokratische Verfasstheit als Konsensbildung und Aushandeln, durch operativen Charakter in Sinne von zweckentsprechendem Vorgehen gemäß der jeweiligen Situation und Kräftekonstellation, also als „Kunst des Möglichen“ (vgl. Mannschatz 2005).

Das ist ein Gegenentwurf zu einer zuweilen angestrebten sterilen „Ordnung“ in scheinbarer Stabilität und Harmonie, welche keine Bewegung zulässt, Widersprüche und Konflikte gar als ärgerliche Störfaktoren einstuft; und in der Regel zu Erstarrung und Verkrustung von Strukturen führt.

Projektarbeit in diesem Sinne bezeichne ich als „Gemeinsame Aufgabenbewältigung“.

Sie konstituiert ein Geschehen, in dem sich der Erzieher nicht auf beherrschende oder erklärende Rede beschränkt oder allein auf die Wirkung seines vorbild-

gebenden Verhaltens vertraut, sondern mittendrin ist in *Alltags-Konstellationen*, die sich quasi natürlich aus dem Verlauf der Aufgabenbewältigung ergeben. In solchen Konstellationen sind die Kinder veranlasst, sich in bestimmter Weise zu verhalten, beispielsweise auf Anforderungen einzugehen oder sie abzulehnen, Verantwortung zu übernehmen, Fähigkeiten zu beweisen, sich einer Beurteilung zu stellen, Vertrauen, Anerkennung oder Missbilligung zu erleben usw. Das alles geschieht auf der Grundlage ihrer eigenen Aktivität, im Kontext ihres Einverständnisses mit der Aufgabenbewältigung. Damit gelangt ein Moment elementarer Vernunft in das Geschehen, scheinbar weitab von vordergründigen pädagogischen Überlegungen, die den Kindern in der Regel allemal suspekt sind. Der Erzieher kann seinen Einfluss geltend machen, indem er mit den Kindern in solchen Konstellationen agiert und seine Vorstellungen zu konkreter Aufgabenbewältigung einbringt. Er tritt ihnen als gleichberechtigter Partner gegenüber, der seine Autorität nicht aus einem „Amt“, sondern aus seinem überlegenem Wissen, seiner Erfahrung und seiner charismatischen Ausstrahlung bezieht. Die Bindekraft, die daraus erwächst, ist weit stärker und in aller Augen „natürlicher“ als eine Beziehung, die aus einem vorgegebenen „Machtverhältnis“ oder einer verschwommenen pädagogischen Ethik konstruiert ist.

Im Zuschnitt auf *sozialpädagogische Tätigkeit* erfüllt Aufgabenbewältigung in organischer Verbindung mehrere Funktionen: Sie bietet für die Bewältigung individueller Problemlagen die Einbindung in soziale Beziehungen an und bewegt sich damit auf der Linie dessen, was den Kern von Hilfebemühungen ausmacht, unabhängig von den Besonderheiten dieser Problemlagen; denn diese sind nicht Ausdruck einer Defektivität der jeweiligen Persönlichkeit, sondern der Defektivität ihrer sozialen Beziehungen. Sie bewirkt und befördert die Ausprägung von individueller sozialer Handlungskompetenz und führt im Gelingensfalle dazu, dass der Betreffende aus eigener Kraft und dauerhaft aus den belastenden Verstrickungen und Deformationen seiner personalen Umweltbeziehungen und den damit verbundenen eingeschliffenen Verhaltensbesonderheiten herausfindet.

Dieses Vorgehen hebt sich ab von oder stellt sich gegen andere Tendenzen, nämlich die zu beobachtende Hineinwucherung in eine quasi klinische Praxis, in der Gemeinschaftsleben nur den Hintergrund für Therapieabschnitte abgibt; und auch gegen die Hypertrophie von solcher „Beziehungsarbeit“, die sich nicht bewusst macht, dass soziale und zwischenmenschliche Beziehungen nicht „an sich“ existieren, sondern immer und ausschließlich aus dem gemeinsamen Tun erwachsen.

Kann dem vorgestellten Konzept die Qualität eines erfolversprechenden Ansatzes zugeschrieben werden? Diese Frage ist durchaus nicht entschieden. Aber Aufmerksamkeit sollte ihm geschenkt werden. Nicht zuletzt deshalb, weil sich von diesem pädagogischen Grundansatz her eine *Rückbindung an Politik* andeutet. Und das ist ja unser Thema.

Unter dieser Sicht kann dem Konzept Aufgabenbewältigung nämlich eine weitere Funktion zugeordnet werden, und zwar die Funktion, Orientierungsfähigkeit und Lebenstüchtigkeit in Berührung mit Gesellschaft und Politik hervorzubringen.

Diese Vermittlung kann man so andeuten: In der Regel sehr bescheiden, verhalten, vielleicht nur tangierend stößt Aufgabenbewältigung insofern in den gesellschaftlichen Raum vor, als die Gemeinschaft in diesem Prozess auf Rahmenbedingungen trifft, welche die Lösung und Verwirklichung des Vorhabens begünstigen oder möglicherweise erschweren. Sie muss sich mit diesem Spielraum oder mit dieser Grenzsetzung auseinander setzen, die Möglichkeiten nutzen, austesten oder zu erweitern versuchen. Sie ist – wenn man das verallgemeinert – gehalten, veranlasst und bemüht, eine *sozial gerechte Platzierung* der jeweils konkreten Gemeinschaft in der Gesellschaft zu erreichen (vgl. Kunstreich 1994).

Diese Aussage mag zunächst überzogen erscheinen, wenn man Gesellungen junger Menschen ins Auge fasst, die sich wiederholt an einer Straßenecke treffen, um miteinander zu reden; auf einer öffentlichen Anlage Sport treiben; Computererfahrungen austauschen; als Mannschaft in einer Sportorganisation trainieren; einer Selbsthilfegruppe angehören; in einer Heimgruppe leben usw. Aber solche Gesellungen entwickeln in der Regel ein relativ beständiges Aufgaben- und Strebenprofil mit Bezug auf die favorisierte *Sachaufgabe*, in dem die jeweiligen persönlichen Interessen der Teilnehmer aufgehoben sind. Ob es nun den Mitgliedern bewusst ist oder nicht: Die Gesellungen setzen sich damit zugleich *in ein Verhältnis zu dem gegebenen gesellschaftlichen Kontext*, der ihnen als günstiger oder hinderlicher Bedingungsrahmen gegenübertritt; und mit dem sie sich unter der Zielstellung gerechter sozialer Platzierung ihrer Gemeinschaft auseinander setzen müssen.

Die Akteure gelangen über Aufgabenbewältigung gewissermaßen zwangsläufig in diese Stellung. Sie sehen sich herangeführt an Beurteilung und Einschätzung von Rahmenbedingungen, sammeln Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit ihnen, erleben Erfolge und Misserfolge und testen damit ihre Durchsetzungsfähigkeit hinsichtlich ihrer persönlichen Interessen im Einklang mit gesellschaftlichen Zuständen bzw. im Widerstand gegen Beeinträchtigungen, die von ihnen ausgehen.

Der Erziehung wächst in diesem Sinne ein nahezu basisdemokratischer Charakter zu. Sie bewegt sich an der Schnittfläche zu Politik; nicht künstlich herangeführt, sondern aus der Gestaltung von Erziehung als Aufgabenbewältigung heraus.

In diesem Ansatz liegt eine *Rückbindung* erzieherisch-praktischer Arbeit in das politische Anliegen Sozialer Arbeit. Diese gewinnt den Charakter *kritischer* Sicht und Aktivität und befördert die „berufseigene“ Absicht, die weiter oben

beschrieben wurde. Diese quasi organische Rückbindung schwächt auch die Dramatik des viel erwähnten Dilemmas ab, das darin besteht, dass sie Soziale Arbeit einer „gesellschaftlichen Inanspruchnahme“ ausgesetzt ist und zugleich „Instrument der Kritik der Gesellschaft“ sein muss und will (Böhnisch 2005, 12); oder in die Widersprüche zwischen der reinen Symptombehandlung und der Bekämpfung der Ursachen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung gerät (Gil 2006, 167). Der Hilfecharakter Sozialer Arbeit, *gestaltet als Aufgabenbewältigung*, bringt organisch und keinesfalls aufgepfropft Momente gesellschaftsverändernder Aktivität hervor; wenn auch in bescheidenem Maße. Sie lässt sich damit *praktisch* von dem Dilemma nicht behindern.

Der reflexiven Sozialpädagogik wachsen zudem empirische Erfahrungen zu, die sie analysieren, verarbeiten oder gar als Ausgangsbasis für verallgemeinernde Überlegungen nehmen kann. Sie werden von der Empirie her weitergedacht in Sozial- und Gesellschaftspolitik und ergänzen oder bereichern Gedankengänge an, welche von der Politik zur Sozialen Arbeit verlaufen.

Ich hoffe gezeigt zu haben, dass die Problematik an den Schnittstellen von Sozialer Arbeit, Erziehung und Politik nachdenkenswert ist und durchaus der weiteren Bearbeitung bedarf, um gedankliche und praktische Reibungsverluste zu vermeiden. Mehr kann durch eine solche kurze Abhandlung nicht angestrebt werden.

Literatur

- Bütow, Birgit u.a. (2006): Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau – Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe; Wiesbaden
- Böhnisch, Schröer, Thiersch (2005): Sozialpädagogisches Denken – Wege zu einer Neubestimmung; Weinheim und München
- Gil, David. G. (2006): Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung – Konzepte und Strategien für Sozialarbeiter; Impulse – Schriftenreihe des FHS für Sozialpädagogik der Diakonenanstalt des Rauhen Hauses Hamburg; Bielefeld
- Kneupp, Heiner (2005): Risiken von Familien mit Kindern und ihre Bewältigungsstrategien; in: ISA-Jahrbuch 2005
- Kunstreich, Timm (1994): Ist kritische soziale Arbeit möglich?; in: Widersprüche, Zeitschrift 2000 GmbH. Offenbach/Main, Heft 50/1994
- Kunstreich, Timm (1997 und 1998): Grundkurs Soziale Arbeit, Band I und II; Agentur des Rauhen Hauses Hamburg
- Mannschatz, Eberhard (2003): Gemeinsame Aufgabenbewältigung als Medium sozialpädagogischer Tätigkeit – Denkanstöße für die Wiedergewinnung des Pädagogischen aus der Makarenko-Rezeption; Berlin
- Mannschatz, Eberhard (2005): Erziehungsmethodik; Berlin

Eberhard Mannschatz, Weißenfelder Str. 18, 12627 Berlin

Band 15

David G. Gil

**Gegen Ungerechtigkeit
und Unterdrückung
Konzepte und Strategien
für Sozialarbeiter**

2006, ISBN 3-89370-410-8, 198 Seiten, € 20,40

Band 14

Wolfgang Braun, Matthias Nauerth (Hrsg.)

**Lust an der Erkenntnis
Zum Gebrauchswert soziologischen
Denkens für die Praxis Sozialer Arbeit**

2005, ISBN 3-89370-404-3, 250 Seiten, € 22,00

Band 13

Michael Langhanky, Cornelia Frieß,
Marcus Hußmann, Timm Kunstreich (Hrsg.)

**Erfolgreich sozialräumlich handeln
Die Evaluation der Hamburger
Kinder- und Familienhilfezentren**

2004, ISBN 3-89370-396-9, 208 Seiten, € 20,60

Band 12

Michael Lindenberg, Lutz Peters (Hrsg.)

**Die gelebte Hoffnung der
Gemeinwesenökonomie**

2004, ISBN 3-89370-390-X, 266 Seiten, € 22,40

Band 11

Anja Wendland

**Mitbestimmung oder Beteiligung
im Laufstall
Zur Diskussion um Partizipation in der
sozialen Stadtteilentwicklung**

2002, ISBN 3-89370-366-7, 141 Seiten, € 15,80

Band 10

Hans-Jürgen Benedict

**Die schönen Künste, das Soziale
und die Gottesfrage**

2001, ISBN 3-89370-359-4, 349 Seiten, € 23,80

Band 9

Michael Lindenberg (Hrsg.)

**Von der Sorge zur Härte
Kritische Beiträge zur Ökonomisierung
Sozialer Arbeit**

2000, ISBN 3-89370-347-0, 166 Seiten, € 16,50

Band 8

Harald Ihmig (Hrsg.)

**Wochenmarkt und Weltmarkt?
Kommunale Alternativen zum
globalen Kapital**

2000, ISBN 3-89370-341-1, 148 Seiten, € 15,80

Band 7

Timm Kunstreich

**Grundkurs Soziale Arbeit
Sieben Blicke auf Geschichte und
Gegenwart Sozialer Arbeit**

**Band II: Blicke auf die Jahre 1955, 1970,
1995 und ein Rückblick auf die Soziale Arbeit
in der DDR (von Eberhard Mannschatz)**

2. korrigierte Auflage

2001, ISBN 3-89370-329-2, 438 Seiten, € 25,50

Band 6

Timm Kunstreich

**Grundkurs Soziale Arbeit
Sieben Blicke auf Geschichte und
Gegenwart Sozialer Arbeit**

**Band I: Blicke auf die Jahre 1850, 1890,
1925 und 1935**

2. korrigierte Auflage

2000, ISBN 3-89370-328-4, 276 Seiten, € 20,00

Albert Scherr

Annäherungen an Kritikbegriffe einer kritischen Sozialen Arbeit¹

„Narren, die den Verfall der Kritik beklagen. Denn deren Stunde ist längst abgelaufen. Kritik ist eine Sache des rechten Abstands. Sie ist in einer Welt zu Hause, wo es auf Perspektiven und Prospekte ankommt und einen Standpunkt einzunehmen noch möglich war.“ (Benjamin 1928/1980: 95)

„Das veränderliche Leben des Begriffs bedeutet nicht, dass er nicht zu gebrauchen ist. Wenn ein Begriff fraglich ist, soll das etwa heißen, dass er nicht weiter zu verwenden ist, dass wir also nur diejenigen Begriffe verwenden können, die wir bereits beherrschen? Wenn man einen Begriff befragt, warum sieht es dann so aus, also wollte man seine Verwendung verbieten lassen?“ (Butler 2006: 253)

Die folgenden Überlegungen stellen sich der Frage, welche Bedeutungen der Begriff Kritik im Kontext Sozialer Arbeit annimmt und wie er gegenwärtig in einer Weise gebraucht werden kann, die nicht selbst der Kritik anheim fällt. Diese Fragen zu stellen, zielt nicht darauf ab, die Legitimität und die Notwendigkeit der Beanspruchung einer kritischen – im Unterschied zu einer theoretisch naiven und/oder affirmativen – Perspektive in Zweifel zu ziehen. Hinterfragt werden soll jedoch zum einen die Gleichsetzung von Kritik mit der (unkritischen) Inanspruchnahme bestimmter theoretischer Bezüge, also die Unterstellung, es wäre per se kritisch, sich etwa auf Marx, Adorno oder Foucault zu beziehen, dagegen aber unkritisch, Luhmann oder Lyotard als Referenzautoren in Anspruch zu nehmen. Zum anderen wird argumentiert, dass der Kritikbegriff selbstreferenziell zu fassen ist: Die Kritik macht vor der Kritik nicht Halt, der jeweilige Standpunkt der Kritik kann sich, anders als die klassische Ideologietheorie annimmt, selbst nicht gegen Kritik immunisieren (s. Schweitzer 2006). Insofern ist Kritik gut beraten, nach ihren Bedingungen, Grenzen und ihrem eigenen blinden Fleck zu fragen. Soziale Arbeit – und in diese These mündet die folgende Skizze ein – kann folglich keine fraglos-gewisse begriffliche oder normative Grundlage² der Kritik für sich beanspruchen, sondern ist darauf verwiesen, gegenstandsbezogen und in undogmatischer Auseinandersetzung mit verfüg-

baren Theorieangeboten und Ethiken zu bestimmen, wie eine kritische Perspektive konturiert und ausgewiesen werden kann.

1. Erste Annäherung an die Idee einer kritischen Sozialen Arbeit

Ein grundlegendes Element des inzwischen etablierten und gegen Rückfälle zu verteidigenden Selbstverständnisses einer sozialwissenschaftlich aufgeklärten Sozialen Arbeit ist die Distanzierung von einer solchen Ausrichtung, die in der Tradition der Fürsorgewissenschaft die vermeintliche „Unangepasstheit des Einzelnen an die materiellen Lebensbedingungen“ und seine „Unzulänglichkeit gegenüber der moralischen Ordnung der Gemeinschaft“ – so Hans Scherpner (1962: 122) – als Bezugsproblem sozialarbeiterischer Interventionen behauptet. Die Verabschiedung von moralisierenden, stigmatisierenden und pathologisierenden Sichtweisen ihrer Adressaten und der damit verbundene Anspruch, eine irgendwie kritische, jedenfalls keine naive oder affirmative Haltung gegenüber den Traditionen, die diese Sichtweisen nahe legen, einzunehmen, gehört in der Sozialen Arbeit inzwischen zum guten Ton. Hierin ist meines Erachtens zweifellos ein Erfolg sozialwissenschaftlicher Kritik und der durch diese ermöglichten kritischen Selbstaufklärung zu sehen.

Rückfälle hinter den fachwissenschaftlich erreichten Stand an möglicher wissenschaftlicher Reflexivität sind jedoch keineswegs ausgeschlossen. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf den Theoriediskurs der Sozialen Arbeit, wie exemplarisch am Fall des einflussreichen Anti-Aggressivitäts-Trainings, insbesondere seiner soziale Kontextbedingungen ausblendenden personalisierenden Sichtweise von Gewaltkriminalität, deutlich wird (s. Scherr 2002). Darüber hinaus unterliegt die Praxis Sozialer Arbeit immer wieder der Tendenz, politisch, rechtlich und medial vorgegebene Problemdefinitionen, die unliebsame Verhaltensweisen bzw. Eigenschaften der Adressaten als zu beseitigende Störung der sozialen Ordnung bestimmen, als Ausgangspunkt für Interventionen vorauszusetzen, statt diese selbst zunächst in Hinblick auf ihre Voraussetzungen, Implikationen und Folgen zu analysieren. Und auch die Zielformulierung des in Fachkreisen allzu selten kritisch diskutierten KJHG (§11), dass es um die Erziehung zu einer „eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen“ Persönlichkeit gehen soll, lässt Lesarten zu, die die Einordnung als Einzelnen in die als Gemeinschaft missverständene Gesellschaft als eigentliche Leitorientierung fassen. Demgegenüber reicht es aber auch nicht aus, in Theorien Sozialer Arbeit Eigenverantwortlichkeit und Autonomie als Postulate zu setzen und es der Praxis zu überlassen, wie sie mit fremd- und selbstgefährdenden Ausdrucksformen von Subjektivität zurecht kommt. Kritische Soziale Arbeit ist vielmehr auf theoretische Bemühungen verwiesen, die sich auf in den Handlungsfeldern bedeutsame Problemlagen in einer

Weise einlassen, die eine veränderte Praxis zu entwerfen erlauben. Der Rückzug auf eine Position der Gesellschaftskritik ist zwar im disziplinären Kontext der Soziologie durchaus zulässig; im Kontext Sozialer Arbeit trägt er aber zur Verfestigung der Aufspaltung in wissenschaftliche Diskurse einerseits, wissenschaftsferne Praxis andererseits bei, die ihrerseits kritikbedürftig ist.

2. Zweite Annäherung: Kritik als selbstreflexive Kritik

Ein kritisches Selbstverständnis Sozialer Arbeit schließt Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Programmen ein, die dann als spezifisch sozialarbeiterische/sozialpädagogische Kritik qualifiziert werden kann, wenn sie nicht als Artikulation eines generellen Unbehagens mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern in Bezug auf die Problemlagen der Adressaten Sozialer Arbeit sowie die strukturellen Begrenzungen und Behinderungen sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Interventionen formuliert wird. Eine kritische Soziale Arbeit, so lässt sich also feststellen, nimmt die gesellschaftlichen Bedingungen, in denen sie situiert ist, nicht einfach als schlicht gegebene Tatsache hin, sondern thematisiert sie als Erzeugungszusammenhang der Problemlagen, mit denen Soziale Arbeit befasst ist und als Begrenzung ihrer Möglichkeiten.

Ein solches Selbstverständnis unterläuft aber – jedenfalls dann, wenn ‚die Gesellschaft‘ als Ursache, Soziale Arbeit als Lösung von sozialen Problemen konzipiert wird – die Notwendigkeit einer selbstkritischen Reflexion, die unhintergebar ist, wenn Soziale Arbeit (einschließlich ihrer Theorien) nicht außergesellschaftlich gedacht wird. Der Anspruch einer kritischen Sozialen Arbeit ist dann darauf verwiesen, Selbstreflexivität in einem theoretisch präzisen Sinn einzuschließen: Soziale Arbeit kann (als Theorie und Praxis) keinen Standort außerhalb gesellschaftlicher Strukturen, Ideologien und Diskurse beanspruchen, sondern ist als gesellschaftliche Reaktion auf gesellschaftliche Problemlagen in der Absicht in den Blick zu nehmen, Distanz zu solchen Traditionen und Routinen, Strukturen und Praktiken, Theorien und Methoden einzunehmen, die zur Herstellung, Verfestigung und Legitimation von Ungleichheiten, Herrschaftsverhältnissen und sozialer Ausgrenzung beitragen.

Kritische Soziale Arbeit benötigt also eine gesellschaftstheoretisch fundierte (Selbst-)Beobachtung. Dies setzt zum einen Abstand zu disziplinären und professionellen Legitimationszwängen voraus, zum anderen die Bereitschaft, sich auf theoretisch begründete Denkangebote einzulassen, die tradierte Gewissheiten (auch kritischer) Theorien der Sozialen Arbeit hinterfragen. Denn das kritische Potenzial von Theoremen und Begriffen kann sich verbrauchen und ggf. auch in Affirmationen transformieren. So ist es etwa durchaus zu diskutieren, ob sich ein normativer Subjektbegriff, der individuelle Autonomie als Gegensatz zu gesell-

schaftlich zugemuteten Einschränkungen fasst, unter Bedingungen der neoliberalen Aktivierung des Subjekts noch als kritische Kategorie eignet oder ob eine Reformulierung erforderlich ist, die sich mit poststrukturalistischen und systemtheoretischen Kritiken des Subjektbegriffs nicht nur defensiv auseinandersetzt.

3. Traditionsbestände einer kritischen Sozialen Arbeit

Im Rückblick auf die Theoriegeschichte der Sozialen Arbeit „seit 1968“ können unterschiedliche Varianten einer kritischen Positionierung Sozialer Arbeit unterschieden werden (s. als Überblick zusammenfassend Bommers/Scherr 2000: 36ff.), die mit heterogenen theoretischen Bezügen – so nicht zuletzt in Anlehnung an die ältere und neuere Kritische Theorie, an Theorien der Sozialdisziplinierung, den Labeling Approach und Goffmans Analyse totaler Institutionen – mit der Zielsetzung formuliert wurden, Soziale Arbeit als gesellschaftliche Reaktion auf gesellschaftlich verursachte Problemlagen in den Blick zu rücken. Kritik wurde formuliert als

- ▷ von in den Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit sichtbar werdenden Problemlagen ausgehende Kritik der Strukturen kapitalistischer bzw. moderner Gesellschaften und/oder als Kritik der Defizite darauf bezogener gesellschaftspolitischer Konzepte;
- ▷ Kritik der Verkenntung gesellschaftsstruktureller Ursachen der SozialarbeiterInnen zur Bearbeitung zugewiesener Problemlagen von Individuen, Familien und sozialen Gruppen sowie diese Ursachen ignorierender Interventionskonzepte;
- ▷ Kritik unreflektierter Normen und Normalitätskonzepte, mit denen u.a. das Straf- und Sozialrecht, medizinische und psychologische Diagnostiken, pädagogische Theorien aber auch TheoretikerInnen und PraktikerInnen der Sozialen Arbeit selbst theoretisch und praktisch operieren;
- ▷ Kritik der Verstrickung Sozialer Arbeit in den Reproduktionsprozess sozialer Ungleichheiten sowie in die Aufrechterhaltung und Durchsetzung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen;
- ▷ Kritik der Anpassungsbereitschaft von Institutionen und PraktikerInnen an (förderungs-)politische Vorgaben und der folgenreichen institutionellen Verflechtungen von Sozialer Arbeit und staatlicher Politik sowie als
- ▷ Kritik des Widerspruchs zwischen anerkannten und rechtlich kodifizierten Normen und der unzureichenden sozialpolitischen Anstrengungen, die Mittel bereitzustellen, die für eine Realisierung daraus resultierender Ansprüche erforderlich sind.

Im Sinne einer dritten Annäherung an einen Kritikbegriff Sozialer Arbeit kann diesbezüglich unterschieden werden zwischen (1) einer solchen im Kern norma-

tiv fundierten Kritik, die Diskrepanzen zwischen gesellschaftlich anerkannten, etwa den grund- und menschenrechtlich kodifizierten und sozialrechtlich spezifizierten Normen und Werten einerseits, den Adressaten Sozialer Arbeit unter Bedingungen von Armut, Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung zugemuteten Lebensbedingungen andererseits fokussiert.

Dagegen stellt eine (2) stärker macht- und herrschaftskritisch ausgerichtete und ideologiekritisch akzentuierte Kritik die wohlfahrtsstaatliche Verschränkung von Hilfe und Kontrolle sowie die Soziale Arbeit selbst unter den Verdacht, nicht einfach in der Position des Repräsentanten positiv beanspruchbarer grund-, menschenrechtlicher und sozialstaatlicher Normen und Prinzipien zu sein, die es ermöglichen, die problematischen Auswirkungen der kapitalistischen Ökonomie einzuschränken. Vielmehr wird hier die Funktionalität von Sozialstaatlichkeit und Sozialer Arbeit für die Durchsetzung und Aufrechterhaltung sozialer Ungleichheiten sowie für die Stabilisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zum Gegenstand der Analyse. Für ein solches Verständnis kritischer Sozialer Arbeit ist der Versuch konstitutiv, Distanz einzunehmen gegenüber Versuchen ihrer Funktionalisierung für die Aufrechterhaltung und Legitimation von sozialen Ungleichheiten, Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie damit zusammenhängenden Sichtweisen ‚sozialer Probleme‘ und ‚individueller Pathologien‘.

Hierfür sind (3) Varianten einer wissenschaftsinternen Kritik bedeutsam, die mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Geltung einhergehende Sichtweisen insbesondere von abweichendem Verhalten, psychischen Erkrankungen und „Kriminalität“ in Hinblick auf ihre theoretischen Voraussetzungen und begrifflichen Setzungen dahingehend hinterfragt, ob sie ihre wissenschaftlich-rationalen Geltungsansprüche tatsächlich einlösen können, oder aber mit nach wissenschaftlichen Kriterien kritisierbaren und kritikbedürftigen Vorannahmen operieren. Dabei steht zunächst – d.h. vor den unter den Stichworten ‚Postmoderne‘ und ‚Konstruktivismus‘ geführten Auseinandersetzungen – nicht zur Diskussion, ob eine kritische Soziale Arbeit sich an den Maßstäben wissenschaftlicher Rationalität orientieren kann oder soll. Vielmehr wird in der Traditionslinie eines an der Philosophie der Aufklärung orientierten (und in der Habermas’schen Variante kritischer Theorie emphatisch reklamierten) Kritikverständnisses davon ausgegangen, dass wissenschaftliche Rationalität die rationale Fundierung einer Kritik ermöglicht, die dazu befähigt, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu durchschauen und zu delegitimieren.

Solche wissenschaftsimmanente Kritik ist keineswegs hinfällig geworden und das Projekt der Kritik kann auf wissenschaftliche Fundierung nicht verzichten. Aber die Möglichkeit, auf das herrschaftskritische Potenzial wissenschaftlicher Rationalität zu vertrauen, ist inzwischen – und dies in einer für die Soziale Arbeit auch

thematisch relevanten Weise nicht zuletzt durch Foucaults Analyse der Verschränkung von wissenschaftlicher Rationalität mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen – in Frage gestellt (s. Deleuze 1992: 99ff.). Der Anspruch, eine macht- und herrschaftskritische Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zu entwickeln findet in der Folge auch in der Referenz auf die Instrumente wissenschaftlicher Theoriebildung und Forschung keine sicherheitsstiftende Grundlage mehr. Ist es damit unmöglich geworden, Kritik als Aufklärung zu begreifen, für die gilt, dass wissenschaftliche Vernunft als Gewährleistungsinstanz herrschaftskritischer Mündigkeit beansprucht werden kann und stattdessen geboten, sich auf die Position des Beobachters zurückzuziehen, der nichts anderes anzubieten hat als „andere Unterscheidungen“, die es erlauben, „das, was den Einheimischen als notwendig und als natürlich erscheint, als kontingent und artifiziell darzustellen“? (Luhmann 1993: 256)

4. Von der gesellschaftskritischen Theorie Sozialer Arbeit zur systemtheoretischen Beobachtung?

Diese Frage ist hier nicht vereindeutigend zu beantworten, denn sie wirft erhebliche erkenntnistheoretische Komplikationen auf. Hinzuweisen ist nur darauf, dass der Versuch, eine gesellschaftstheoretisch fundierte Theorie der Sozialen Arbeit als systemtheoretische Soziologie der Sozialen Arbeit anzulegen – jedenfalls in der von mir mitvertretenen Variante (s. Bommers/Scherr 2000; Scherr 2005) – keineswegs eine Verabschiedung von einer gesellschaftskritischen Programmatik beabsichtigt, sondern auf deren Weiterentwicklung zielt. Dieser Versuch war und ist von der Überzeugung getragen, dass die Theorie funktionaler Differenzierung Analysemöglichkeiten eröffnet, die über das Repertoire neomarxistischer bzw. neweberianischer Theorien kapitalistischer Vergesellschaftung hinausreichen, ohne eine Verkennung der Realität sozialer Ungleichheiten und staatlich-politischer Machtverhältnisse zu implizieren. Auf die diesbezügliche, auch in dieser Zeitschrift geführte Kontroverse kann hier nicht erneut eingegangen werden (s. May 2000; Scherr 2000 und 2001). Unbestreitbar ist aber, dass mit der grundlagentheoretischen Referenz auf die Variante systemtheoretischer Soziologie Luhmanns eine Infragestellung des Nexus von wissenschaftlicher Rationalität und politischer Gesellschaftskritik ebenso verbunden ist, wie eine Skepsis gegenüber der Möglichkeit, tradierte emanzipations-, subjekt- und bildungstheoretische Semantiken als fraglos-selbstverständliche normative Grundlage der Kritik beanspruchen zu können. Denn Luhmanns Theorieanlage gründet in der Überzeugung, dass es keinen normativen oder wissenschaftlich-rationalen Standort außerhalb der Gesellschaft geben kann, der einer (kritischen) Theorie und Praxis Gewissheit hinsichtlich der objektiven Gültigkeit ihrer erkenntnis-

leitenden Annahmen und normativen Prämissen garantiert. Daraus resultiert ein Misstrauen gegenüber der Möglichkeit, Kritik auf eine unbezweifelbare Grundlage stellen zu können sowie ein Plädoyer für eine „selbstkritische“ und „ironische“ Vernunft, die „nicht an sich selber zu glauben beginnt“ (Luhmann 1996: 45).

In einer für die Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit durchaus anschlussfähigen Weise folgert Luhmann daraus, dass das Kriterium, an dem theoretische Analysen und an diesen orientierte Praktiken zu bemessen sind, nicht länger ihre vermeintlich objektive Wahrheit ist, sondern die Ermöglichung „weniger schmerzhafter Lösungen“ nicht nur im Bereich der Therapie, an dem Luhmann die Konsequenz der Umstellung auf die Annahme, dass jede Wahrheitsbehauptung die Konstruktion eines Beobachters ist, verdeutlicht: „Soweit noch mit dem Therapieschema pathologisch/normal gearbeitet wird, heißt dies, dass ‚Normalität‘ nicht als bessere Anpassung an eine externe Realität definiert werden kann, wohl aber als eine weniger schmerzhaft, besser erträgliche Konstruktion. [...] Man braucht Realitätsunterstellungen, aber nur, um eine Mehrheit von inkommensurablen Konstruktionen akzeptieren und bei Bedarf von einer zur anderen übergehen zu können“ (ebd.: 43f.).

5. Kritik ohne Gewissheit?

Damit wird auf die Beanspruchung unbezweifelbarer Grundlagen wissenschaftlicher und normativer Kritik verzichtet, und dies keineswegs in der Gestalt einer prinzipiellen oder gar „irrationalen“ Vernunftskepsis, sondern mit dem Anspruch, Konsequenzen aus einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen der rationalen Begründung von Tatsachenbehauptungen und Normen zu ziehen. Verliert damit die Idee einer rationalen, mit dem Anspruch auf wissenschaftliche Gültigkeit einhergehenden Kritik ihr Fundament?

Für die Diskussion dieser Frage finden sich bei Foucault (1992) entscheidende Hinweise. Denn in seinem Text „Was ist Kritik?“ versucht Foucault eine Neubestimmung des Verhältnisses von wissenschaftlicher und politischer Kritik zu ermöglichen, die – und hierin ist nicht nur eine von ihm selbst reklamierte Nähe zu älteren kritischen Theorie, sondern auch eine Überstimmung mit Luhmann zu sehen – von einer erkenntniskritischen Analyse der Möglichkeiten wissenschaftlicher Rationalität ausgeht. Diese Neubestimmung begreift wissenschaftliche Verfahren als ein Mittel der Auseinandersetzungen mit Fragestellungen, die nicht selbst wissenschaftsintern generiert wurden und auch nicht wissenschaftlich entscheidbar, sondern politisch veranlasst sind und ethisch zu verantwortende Entscheidungen nicht ersetzen können.

In seiner Rekonstruktion des Kritikbegriffs problematisiert Foucault die historisch gewordene Aufspaltung in einerseits eine wissenschaftliche Kritik, die nach den Bedingungen der Möglichkeit rationaler Erkenntnis fragt, und eine politische Kritik andererseits, die er als kritische Haltung gegenüber dem Versuch der „Regierbarmachung der Gesellschaft“ (ebd.: 17) charakterisiert. Die noch bei Kant vorzufindende Verschränkung beider Aspekte ist Foucault zufolge demgegenüber darin begründet, dass eine „Haltung der Kritik“ eingenommen wird, in der „eine bestimmte Art zu denken, zu sagen, zu handeln, auch ein bestimmtes Verhältnis zu dem, was existiert, zu dem, was man weiß, zu dem, was man macht, ein Verhältnis zur Gesellschaft, zur Kultur, ein Verhältnis zu den anderen“ (ebd.: 8) konvergieren. Diese Konvergenz wurde ermöglicht durch eine Hinterfragung der Legitimationen gegebener Herrschaftsverhältnisse, durch die Infragestellung ihrer autoritativen, ihrer normativen und ihrer rationalen Grundlagen. Rational-wissenschaftliche Kritik wird politisch relevant, wenn sie im Sinne der Aufklärung nichts als wahr akzeptiert „was eine Autorität als wahr ansagt“ oder „weil eine Autorität es als wahr vorschreibt“ (ebd.: 14).

In seiner (kritischen) Anknüpfung an Kant distanziert sich Foucault vom klassischen Selbstverständnis der Aufklärung und der Ideologiekritik, ohne damit jedoch den Anspruch der Kritik als solchen preiszugeben: „Man möchte nicht wissen, was wahr oder falsch, begründet oder nicht begründet, wissenschaftlich oder ideologisch, legitim oder missbräuchlich ist. Man möchte wissen, welche Verschränkungen zwischen Zwangsmechanismen und Erkenntniselementen aufgefunden werden können, welche Verweisungen und Stützungen sich zwischen ihnen entwickeln, wieso ein bestimmtes Erkenntniselement – sei es wahr oder wahrscheinlich oder ungewiß oder falsch – Machtwirkungen annimmt und wieso ein bestimmtes Zwangsverfahren rationale, kalkulierbare, technisch effiziente Formen und Rechtfertigungen annimmt“ (ebd.: 31).

Damit ist eine Perspektive angedeutet, die einen wichtigen Aspekt zu den oben genannten Elementen einer kritischen Positionierung Sozialer Arbeit hinzufügt: In Anschluss an Foucault ist – und dies im politischen Interesse einer macht- und herrschaftskritischen Reflexion Sozialer Arbeit – zu fragen, ob und wie Soziale Arbeit auf einem Wissens basiert und/oder an der Produktion eines Wissens und an Praktiken beteiligt ist, die „Machtwirkungen annehmen“ und zur Legitimation von „Zwangsverfahren“ beitragen.

Dies führt jedoch nicht zu einer prinzipiellen Infragestellung einer Sozialen Arbeit, für die ein solcher Nachweis erbracht werden kann. Denn Macht und Zwang sind, folgt man Foucaults Machtanalytik, konstitutive und folglich nicht aufhebbare Momente von Sozialität. Gleichwohl ist damit auf die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzungen mit Theorien und Praktiken Sozialer Arbeit in dem Sinne hingewiesen, die davon ausgeht, dass Distanz zu Macht-

und Herrschaftsverhältnissen nicht schon durch die Reklamationen moralischer und ethischer Grundsätze oder eines prinzipiell kritischen Selbstverständnisses gewährleistet ist. Kritische Distanz kann nur in dem Maße erreicht werden, wie es jeweils gelingt

- ▷ zu problematisieren, dass und wie Soziale Arbeit in jeweilige Machtbeziehungen und Herrschaftsverhältnisse involviert ist und
- ▷ aktiv zu ihrer Herstellung und Verfestigung beiträgt;
- ▷ die Begrenztheit etablierter Denk- und Handlungsweisen aufzuzeigen.

Darüber hinausgehend schließt eine kritische Haltung Versuche ein, Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, die zu Veränderungen beitragen.

Diesbezüglich ist die gesellschaftsgeschichtliche Situierung kritischer Anstrengungen in Rechnung zu stellen und folglich Skepsis gegenüber Versuchen angezeigt, positiv oder gar mit universalistischem Anspruch zu bestimmen, was emanzipatorische Lösungen charakterisiert (vgl. Steinert 1993: 186ff.).

Dabei gilt es jenseits eines utopisch-illusionären Verständnis von Autonomie und Herrschaftsfreiheit auszuweisen, nach welchen Maßstäben „andere“ Denk- und Handlungsmöglichkeiten als bessere und deshalb anstrebenswerte qualifiziert werden können – und hierfür sind ethische Entscheidungen, die unter Bedingungen der Unsicherheit zu treffen sind, unverzichtbar, die folglich als zu verantwortende Festlegungen – und nicht als alternativlose Ableitung aus unbestreitbaren Tatsachen und Normen – auszuweisen sind.³

Eine kritische Soziale Arbeit wäre demnach eine solche Soziale Arbeit, die darum bemüht ist, sich nicht unreflektiert innerhalb der gesellschaftlichen (ökonomischen, rechtlichen, politischen, institutionellen, ideologischen, diskursiven) Kontexte zu bewegen, in denen sie situiert ist, sondern ihre Anstrengungen darauf richtet, diese selbst als zu analysierende Voraussetzungen mit der Absicht in den Blick zu nehmen, eine solche (theoretische, pädagogische und sozialarbeiterische) Praxis zu ermöglichen, die gesellschaftliche Vorgaben zu hinterfragen sowie tradierte Denk- und Handlungsweisen zu überschreiten versucht. Dies in dem Wissen, dass sie dabei keinen außergesellschaftlichen Bezugspunkt beanspruchen kann und auch die für sozialpädagogische und sozialarbeiterische Interventionen konstitutiven Machtasymmetrien nicht außer Kraft setzen kann.

Eine hilfreichen Hinweis für eine solche Perspektive der Kritik, die auf normative Gewissheiten verzichtet und rationalitätskritische Motive aufnimmt, bietet Adorno (1953: 86), wenn er argumentiert, dass kein positives Wissen über „die rechte Gestaltung der menschlichen Dinge“ als Grundlage beansprucht werden kann, aber durchaus ein „bestimmte[s] und konkrete[s] Wissen darüber, „welche Gestaltung der menschlichen Dinge falsch ist“.

Anmerkungen

- 1 Für eine Reihe kritisch-konstruktiver Anmerkungen zur ersten Fassung dieses Textes ist Ulrike Hormel und Doris Schweitzer zu danken. Für Irrtümer und Ungereimtheiten ist selbstverständlich der Autor selbst verantwortlich.
- 2 Dies gilt auch in Hinblick auf die Menschenrechte, die weniger normative Gewissheit bieten, als gängigerweise angenommen wird; s. dazu Hormel/Scherr 2004: 131ff.
- 3 Es gibt m.E. gute, aber keineswegs zwingende Gründe, die Erweiterung der Möglichkeitsräume selbstbestimmten Handelns als einen solchen Maßstab zu beanspruchen.

Literatur

- Adorno, Th. W. (1953): Individuum und Organisation. In: Ders. (1971): Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft. Frankfurt, S. 67–86
- Benjamin, W. (1928/1980): Einbahnstraße. Frankfurt
- Bommes, M./Scherr, A. (2000): Soziologie der Sozialen Arbeit. Weinheim und München
- Butler, J. (2006): Hass spricht. Frankfurt
- Deleuze, G. (1992): Foucault. Frankfurt
- Foucault, M. (1992): Was ist Kritik? Berlin
- Luhmann, N. (1993): ‚Was ist der Fall?‘ und ‚Was steckt dahinter?‘. In: Zeitschrift für Soziologie, H: 4, S. 245–260
- Luhmann, N. (1996): Die neuzeitlichen Wissenschaften und die Phänomenologie. Wien
- May, M. (2000): Wider den Zynismus einer Luhmannisierung der Theorie Sozialer Arbeit. In: Widersprüche, H. 78
- Scherpner, H. (1962/1974): Theorie der Fürsorge. Göttingen
- Scherr, A. (2000): Was nützt soziologische Systemtheorie für eine Theorie der Sozialen Arbeit? In: Widersprüche, H. 77/2000, S. 63–80
- Scherr, A. (2001): Nüchterne Analysen und engagierte Praxis. Eine Replik auf Michael Mays Kritik der „Luhmannisierung“ Sozialer Arbeit. In: Widersprüche, H. 79/2001, S. 63–76
- Scherr, A. (2002): Mit Härte gegen Gewalt? In: Kriminologisches Journal, H. 4, S. 304–312
- Scherr, A. (2005): Kapitalismus oder funktional differenzierte Gesellschaft? Konsequenzen unterschiedlicher Zugänge zum Exklusionsproblem für Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: R. Anhorn/F. Bettinger (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 77–94
- Schweitzer, D. (2006): Kritik und Beobachtung. In: Scherr, A. (Hg.): Soziologische Basics. Wiesbaden, S. 111–117 (im Erscheinen)

*Prof. Dr. Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg,
Institut für Sozialwissenschaften, Kunzenweg 21, 79117 Freiburg
E-mail: albert.scherr@online.de*

Stephen Webb

Jenseits einer kritischen Sozialen Arbeit in fortgeschritten liberalen Gesellschaften

Dieser Artikel argumentiert, dass die kritische Sozialer Arbeit (kSA) den radikalen Anforderungen ihres doppelten theoretischen Ursprungs, dem Post-Modernismus – v.a. repräsentiert durch Foucaults ‚Mikrophysik der Macht‘, dem Konzept der ‚Differenz‘ sowie der Idee der ‚Dekonstruktion‘ – und der Kritischen Theorie nicht gerecht wird. Auf Basis dieser Diagnose wird die Möglichkeit einer durch die Ideen von Deleuze und Guattari beeinflussten Anwendung Foucaults Analytik der Macht in der Sozialen Arbeit diskutiert. Vor dem Hintergrund des Deleuze-Foucaultschen Arguments einer unhintergehbaren Allgegenwart von Macht findet sich kein Anschluss für die humanistische Ethik einer kritischen Sozialen Arbeit, die auf einer Unterscheidung von ‚Macht‘ und ‚jenseits von Macht‘ aufbaut. Es ist daher notwendig, über eine kritische Soziale Arbeit hinauszukommen. Es geht darum, eine Theorie post-kritischer Sozialer Arbeit zu entwickeln, die diesen konzeptionellen Einsichten gerecht wird und einen neuen Ansatz zur Politik fortgeschritten liberaler Gesellschaften erlaubt.

Im sozialistischen bzw. marxistischen Gewand hat die kritische Sozialer Arbeit (kSA) – ironischerweise flankiert durch Community orientierte Projekte der konservativen britischen Regierung – vor dreißig Jahren die Frage gestellt, in wie fern SozialarbeiterInnen AgentInnen der Staatsmacht seien. Genauer gesagt ging es um die widersprüchliche Identität der SozialarbeiterInnen als staatliche AkteurInnen und als VertreterInnen der Interessen der ArbeiterInnenklasse (d.h. ihrer wesentlichen ‚KlientInnen‘) zu agieren. Hieraus entwickelte sich eine krude, wenngleich intelligente Vorstellung einer Dialektik von dominanten und subdominanten Kräften, von Staats-/SozialarbeiterInnen ‚gegen‘ das Volk, von Professionssprache gegen Umgangssprache usw. Theoretisch betrachtet war dies ein ‚essenzialistischer‘ Ansatz: Es ging um fix definierte Identitäten. Und es war ein reduktionistischer Ansatz: Soziale Phänomene waren in Begriffen von Klasse zu erklären.

In den späten 1970er entwickelten sich demgegenüber andere ‚kritische‘ Theorien, die essenzialistische Erklärungen und modernistische Annahmen zurückwiesen. Die philosophische Notwendigkeit, von *universalistischen* Konzepten wie

Selbstbewusstsein (Rationalismus) und/oder reinen Beobachtungen (empirischer Positivismus) auszugehen, wurde in Frage gestellt. In der Sozialen Arbeit sind diese Perspektiven erst vergleichsweise spät rezipiert worden. Dennoch haben sie seit einiger Zeit zu einer Neubewertung universalistischer und marxistischer Ansätze sowie Fragen der Organisation Sozialer Arbeit geführt (vgl. McBeath/ Webb 1991). Im Mittelpunkt steht dabei die anti-essenzialistische Behauptung einer Vielzahl gleich berechtigter Ausgangspunkte für Interventionen Sozialer Arbeit. Diese Behauptung ist lose mit dem verbunden, was man als ‚post-moderne Revolution‘ bezeichnen könnte, zu der eine Widerständigkeit gegenüber Ontologisierungen gehört, aus denen alles Weitere ableitbar ist. Die Annahme vielfältiger Ansatzpunkte begründet Erklärungen demgegenüber nicht auf einem einzelnen Faktor oder einer Grundlegenden ‚Einheit‘ sondern auf ‚Differenz‘. Der Differenzbegriff ist insofern zentral für eine Theorie kritischer Sozialer Arbeit.

Die Idee einer kritischen Sozialen Arbeit

KSA versucht eine Antwort darauf zu geben, wie Soziale Arbeit in den Kontext einer fortschrittlichen Politik zu stellen sei. Dieser Versuch reflektiert unter anderem den Wunsch soziale Ungerechtigkeit in gegenwärtigen westlichen Ökonomien zu überwinden. Verbunden mit einem solchen Projekt ist die sozialwissenschaftliche Tradition des Entwurfs von Utopien im Horizont sozialer Analysen (vgl. Healy 2001, Leonard 2001). In diesem Sinne sucht die kSA nach einem übergeordneten Rahmen, der soziale und kulturelle Pluralität zu sichern vermag. Es geht um die Identifikation einer essenziellen Form sozialer Gerechtigkeit ohne die reichhaltigen Variationen menschlicher Kultur zu reduzieren, unterschiedliche Formen individueller und kollektiver Verwirklichung zu maximieren. Paradigmatisch für diese Perspektive ist z.B. die von Peter Leonard im Anschluss an die ‚Theorie menschlicher Bedürfnisse‘ von Doyal und Gough gestellte Frage: „Can we [...] identify some universal preconditions for the expression and satisfaction of culturally produced needs“ (Leonard 1997: 29).

Das Streben nach einer transzendentalen, gleichwohl multi-kulturellen sozialen und politischen Theorie ist ein nicht-verwirklichtes Projekt der Linken geblieben. Leonard beantwortet seine eigene Frage entsprechend wie folgt: „If it were possible to build an emancipatory welfare project on a common understanding, reached through inter-cultural dialogue, of the centrality of difference and exploitation in the constitution of subordination, then we might find that a common signifier emerged which, for now, we might call the Universal Other“ (Leonard 1997: 30).

Die Betonung von Differenz signalisiert die Geburt eines Postmodernismus, der aus einem zuvor klassenreduktionistisch argumentierenden Marxismus heraus

entsteht. Klasse wird nunmehr nur noch als eine mögliche – wenngleich besonders einflussreiche – Größe unter anderen betrachtet. Eine solche Ersetzung von Klasse als dem universellen Signifikanten von Unterdrückung erlaubt eine Re-Theoretisierung radikaler Sozialer Arbeit. In diesem Kontext sind auch die Neo-Gramscianischen Tendenzen in der kSA zu verstehen. Dabei geht es um die Strategien der Gegenhegemonie, in der die Vorstellung essenzieller Unterschiede, die ‚Macht‘ in einer fundamentalen Weise zerteilen, ersetzt wird durch die Vorstellung eines Kampfes zwischen vorherrschenden Kräftekonstellationen und jenen Kräften, die diese zu abzulösen trachten.

Die Identifikation von ‚Differenz‘ als treibender Kraft der Kritik untermauert zum einen eine postmoderne Wende der kSA. Zugleich ist es ihr permanenter Versuch ‚Differenz‘ – und zwar möglichst durch neue Formen der Praxis – aufzulösen, der die kSA in Richtung Gramsci und der kritischen Theorie führt.

Nichtsdestoweniger ist Michel Foucault der vielleicht beliebteste ‚post-moderne‘ Denker in der kSA. Während seine politische Ausrichtung unklar erscheint, ist die kSA bemüht Foucault in Bezug auf die kritische Theorie zu verorten. Dies gilt, zumal Foucault theoretische Ideen bereitstellt, die neue Richtungen für eine kritische Soziale Arbeit zu eröffnen seinen. In Gestalt Foucaults wird die Möglichkeit eines emanzipatorischen Projekts durch die Kritik des ‚dominanten Diskurses‘ und von Widerständigkeit gegenüber Macht erblickt. Dabei werden Selbst-Reflexion, reflexive Praxis, Dialog, Widerstand und Empowerment als wesentliche Komponenten einer Sozialen Arbeit verstanden, die darauf gerichtet ist, die Kräfte der Befreiung in Gegenwartsgesellschaften zu entfesselt (vgl. Healy, 2000; Fook, 2001:7).

Im Versuch, post-moderne und foucaultsche Perspektiven zu vereinen, beschäftigt sich die kSA mit Fragen der Organisation von Macht und Wissen. Im Sammelband *Reading Foucault for Social Work* (1999) wird Soziale Arbeit beispielsweise als ein Instrument staatlicher Gouvernementalität problematisiert. Sie erscheint als Disziplinarinstanz, die dominante Diskurse um Ethnizität, Gender, Sexualität und Alter reproduziert. Dabei wird eine Soziale Arbeit beschrieben, die die Lebenswelt ihrer AdressatInnen in einer repressiven Weise reguliert. SozialarbeiterInnen, so das Argument, würden Macht über ihre AdressatInnen ausüben, indem sie ihre eigene Version von Wahrheit, sozialer Kontrolle und Normalisierung durchsetzen. Zusammen mit *dem Staat* wird Soziale Arbeit als ein Überwachungsapparat, als Versuch der Verordnung bestimmter Formen von Familie, von Intimität, von Begehren und Hingabe betrachtet. Dies geschieht, obwohl in Foucaults Werk von ‚dem Staat‘ (falls überhaupt) nur wenig die Rede ist. Im Gegenteil, hat Foucault ja gerade darauf bestanden, das ‚Technologien der Macht‘ nicht in bestimmten Institutionsformen oder in einem Staatsapparat zu verorten seien. Foucaults Ablehnung, den Staat als Ausgangspunkt von Macht zu

begreifen, ist des Ergebnis seiner Beschäftigung mit der Mikrophysik der Macht. „Macht“ stellt Foucault (1984: 380) diesbezüglich fest, „ist nicht gleich Disziplinierung, Disziplinierung ist eine mögliche Ausübung von Macht“.

Im Kontext der kSA wird die Analyse der Regulationsfunktion häufig mit einer postmodernen Kritik der Organisation Sozialer Arbeit verbunden – z.B. mittels einer durch de-zentrierte Rationalitäten und eine ‚Auflösung‘ des individuellen Subjekts beschriebene Logik des Managements (vgl. Chambon/Irving1999: XVII). Zugleich wird der sozialpädagogische Diskurs misstrauisch beäugt und als potenziell repressiv betrachtet. Diese Perspektive findet sich etwa bei Healy (2000: 61–62), die u.a. davon ausgeht, dass post-strukturalistische Theorie den Blick auf die „Intoleranz gegenüber Differenzen lenken würde, die im Zentrum der Praxis – und zwar auch der von kritischen Ansätzen – Sozialer Arbeit liege“.

Drei Zweifel über den Post-Modernismus der kSA

Meine Zweifel an den Analysen der kSA beziehen sich im Wesentlichen drei Aspekte:

- ▷ Die Vermischung zweier inkompatibler Quellen: Foucault und die Kritische Theorie.
- ▷ Die Rezeption von Foucaults Kritik basiert dabei auf einer überholten Annahme von Macht. Diese wird a) tendenziell in einer eher statischen Gegenüberstellung binärer Oppositionen gedacht und b) der Komplexität und den ‚immanenten‘ Prozessen von Machtbewegungen im Werk Foucaults nicht gerecht.
- ▷ Die kSA (aber auch Foucault selbst) entfaltet nicht das ganze methodologische Potenzial, das eine ‚Analytik der Macht‘ zu bieten vermag. Für die kSA gilt dies u.a. hinsichtlich einer Vernachlässigung von Entscheidungen innerhalb von Behörden und hinsichtlich des Verhältnisses von diskursiven und nicht-diskursiven Praktiken.

In den folgenden Abschnitten werde ich diese Zweifel näher begründen.

Erster Zweifel

Die kSA macht exzessiven Gebrauch von Foucaults Werk. Sie sympathisiert dabei mit einer angeblichen Harmonie zwischen darin enthaltenen methodologischen Prozeduren und möglichen ‚emanzipatorischen‘ politischen Implikationen. Damit wird Foucaults Werk jedoch den Prämissen der neo-marxistischen kritischen Theorie untergeordnet, obwohl sich gewichtige Widersprüche zwischen den beiden Ansätzen finden: Kritische TheoretikerInnen suchen gegenüber der

Korruption durch eine Konzentration von Macht nach Erlösung. Demgegenüber enthüllt Foucault unser kollektives Schicksal durch die Auffächerung und Unhintergebarkeit der Tatsache von Macht. Kritische TheoretikerInnen bieten moralische Transzendenz, Foucault hingegen eine Analyse unendlich komplexer Machtströme an, und dies in einer Form, die impliziert, dass es kein jenseits der Macht gäbe.

Mit ihrem gleichzeitigen Rekurs auf beide Theorietraditionen tendiert die kSA dazu, Foucaults Arbeit für nicht-foucaultsche Zwecke einzusetzen. Sie scheint sich damit zu begnügen, hierdurch ein Bekenntnis zum Post-Modernismus signalisieren zu können. Dieser misslungene Gebrauch Foucaults hat praktische Auswirkungen. Die Form, in der Foucault und die kritische Theorie durch die kSA verwendet werden, führt zu einseitigen Annahmen über die sozialpädagogische Praxis. So werden z.B. die Beziehungen zwischen AdressatInnen und SozialarbeiterInnen durch die kSA häufig sehr akribisch beschrieben, während die Beziehung zwischen SozialarbeiterInnen und den Behörenden in einer viel zu reduktionistischen Form verstanden werden (vgl. Healy 2001: 6–7). Um hier Abhilfe zu schaffen, ist es notwendig Foucaults Analytik der Komplexität und Immanenz gegenwärtiger Macht ernst zu nehmen, ohne auf humanistische und moralische Sentiments zurückzufallen. Hierzu bietet sich der Bezug auf einen ‚deleuzschen‘ Foucault an, der eine radikale, materialistische Analyse der Macht eröffnet.

Zweiter Zweifel

Das zweite Argument lautet, dass die kSA einer strukturalistischen (und **keiner** post-strukturalistischen) Konzeption von ‚Differenz‘ folgt. Diese sieht sie etwa in der großen marxistischen Erzählung von Klassenantagonismen oder in Foucaults Idee der Disziplinierung repräsentiert. Sie erkennt damit jedoch nur unzureichend, dass weder Macht noch Differenz auf ideologischen Schließungseffekte oder die Dominanz einer diskursiven Formation über (bzw. gegenüber) eine andere verweist.

Die dynamische Beharrlichkeit von Macht lässt sich vielmehr als ein kreativer und produktiver Prozess verstehen, der vorübergehend ein bestimmtes Muster annehmen kann, aber nur um sich aus diesem wieder zu befreien und sich zu verändern.

Da Gegenwart nun genau eine solche Epoche des Fluiden und Mobilien zu sein scheint (vgl. Bauman 2002, Castells 1995, Urry 2000), sollte die kSA nicht nur die üblichen *Mechanismen* der Macht in einem diskursiven Feld aufzeichnen, sondern auch versuchen, ein Verständnis für das ‚Mikro-physikalische‘ der fluk-

tuierenden – räumlichen und zeitlichen – *Bewegungen* jenes Diskursiven und Nicht-diskursiven zu entwickeln, das für Foucault so zentral ist.

Dritter Zweifel

Mein dritter Einwand lautet, dass sich sowohl Foucaults Arbeiten als auch die kSA zu stark auf einem formalistischen ‚Black Box‘-Modell der Gouvernementalität aufbauen. Die KSA bewegt sich in diesem Zusammenhang in Richtung einer reduzierten Version kritischer Theorie und damit weg von einer post-modernen Analyse, die den Aspekt der Unbestimmtheit der Gesellschaft und in der Gesellschaft deutlich macht.

Foucaults ‚Studies of Governmentality‘ identifizieren die Bestimmungen soziopolitischer Programme, die sich auf eine Formierung der ‚Führung der Führung‘ richten. Es geht um das Management und damit die Disziplinierung von Populationen. Die ‚Studies of Governmentality‘ analysieren die ‚Kapillarwirkung‘ oder ‚Mikrophysiken‘ von Programmen auf jene Schichten der Gesellschaft, auf die sie sich richten (man denke etwa an Benthams ‚Panoptikum‘). Foucault und die kSA scheinen es daher zu unterstellen, dass politische Absichten und Effekte auf die Population und die Modi der Konsumtion das einzig wirklich Relevante seien, d.h. den Prozess der ‚Subjektivierung‘ darstellen würden. Die komplexen, variablen Mechanismen ihrer Produktion – also das, was die ‚Füllung‘ der ‚Black Box‘ ausmacht – werden trotz anders lautender methodologischer Versprechungen in den *tatsächlichen* Analysen Foucaults wie der Sozialen Arbeit weit gehend ignoriert.

Die kSA hat sich den Genealogien einer Führung der Führung und des Macht-Wissens im Feld sozialpädagogischer Institutionen nicht tief greifend genug gewidmet. Mit Blick auf Institutionen und der Idee einer unterdrückten Population bleibt sie einem mechanistischen ‚Black Box‘-Ansatz verhaftet. Die Produktion von Klienten wird dann z.B. im Rekurs auf die „sozialen Kontrollfunktionen der Sozialen Arbeit“ und die „autoritären, bürokratischen oder privatisierten Kontexte“ erklärt, „in denen der überwiegende Teil Sozialer Arbeit in westlichen Ländern stattfindet“ (Healy 2001: 5). Ansätze dieser Art sind tendenziell deterministisch und unterschätzen die fließende Wandelbarkeit komplexer institutionellen Formierungen von Praxis.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass die neo-marxistische Idee einer ‚Überwindung von Macht‘ insbesondere dann zurückzuweisen ist, wenn sie mit Foucaults Argumenten und post-modernen Theorien vermischt wird. Positiv formuliert schlage ich demgegenüber vor, dass wir uns in der Analyse Sozialer Arbeit durchaus substantziell auf Foucaults Ideen beziehen können – aber wir

sollten dies in einer Form tun, die den Einfluss von Deleuze ernst nimmt. Ich hoffe, dass sich so der fatale Aspekt einer post-strukturalistischen oder post-modernen Sozialen Arbeit darstellen lässt – nämlich, dass eine Welt, die als Macht und das Spiel der ‚Differenz‘ verstanden wird, eine unversöhnliche Welt ist. Kritische SozialarbeiterInnen können ihre Praxis nicht erlösen, sondern nur analysieren.

Die Politik der Differenz und die binären Annahmen der kSA

Die Praxis einer ‚radikalen‘ Sozialen Arbeit in den 1970er Jahren wurde von neo-marxistischen Theorien und ihren post-strukturalistischen Kritiken nur wenig berührt. Nichtsdestoweniger haben diese Debatten die Argumente der avantgardistischen Fraktion einer im Entstehen begriffenen ‚Post-Moderne‘ der späten 1970er und frühen 1980er Jahre geprägt. Vermutlich war es weniger die Substanz dieser DenkerInnen, die aufgegriffen worden ist, sondern vielmehr die Aura des radikalen intellektuellen Widerstands gegen den angloamerikanischen ‚Positivismus‘ (der immer ein dankbares Ziel liefert – zumal er so unklar definiert ist, dass man ihn immer trifft).

Die Motivation dieses westlichen intellektuellen Denkens bestand häufig darin, absolute Begriffe von Sein und Identität zu ‚dekonstruieren‘. Vor dem Hintergrund postmoderner Theorien konnte der illusorische Charakter von Werthierarchien empirisch und theoretisch gezeigt werden. Unabhängig von den Differenzen zwischen dem Post-Modernismus, dem Post-Strukturalismus, dem Dekonstruktivismus und dem Sozialkonstruktivismus haben sich links-liberale WissenschaftlerInnen auf solche Theorien gestürzt, die Hierarchien in Frage stellen. Genau hier liegt die Idee der ‚Differenz‘ begründet.

Die post-strukturalistische Kritik der Fundamentalontologie – d.h. der Idee eines singulären Ausgangspunkts – argumentierte, dass es immer ein notwendiges Anderes gab, das die dominanten Kräfte zu ersetzen drohe. Dabei wurden die Theorien der Differenz in zwei Stränge gespalten – einen, dessen Basis die *Logik* war und einen, dessen Zentrum der Begriff des *Begehrens* bildete (vgl. Colebrook 2002: 15–31).

Differenz, wie sie von Hegel, Lacan und Derrida theoretisiert wurde, baute auf der Vorstellung auf, dass sich Identität nicht auf einem metaphysischen Substrat oder einer Essenz gründet. Vielmehr begründet sich Identität in ihrer Differenz zu dem, was sie nicht ist. Demgegenüber ist der Differenzbegriff von Foucault, Deleuze und Guattari auf das ‚Begehren‘ verwiesen. Es geht um die positive Produktion sich stets verändernder Verbindungen zwischen Körpern. Das Interesse gilt hier der tatsächlichen Bewegung der *Differenzierung an sich*.

Foucault entwickelte diesen immanenten Begriff des Begehrens als endlose Faltung oder Spiele der Macht. Er drückte ihn als Geschichte immer vorhandener Möglichkeit von Widerständigkeit oder Allianzen mit anderen aus, die die Linien oder Ströme der Macht abschwächen oder umleiten. Ausgangspunkt von Foucault und Deleuze ist nicht die Annahme fixierter Hierarchien oder von Unterschieden, die in sozialen Strukturen eingelagert wären, sondern die Vorstellung, dass Differenz gerade deshalb dynamisch und unentscheidbar sei, weil Grenzen andauernd neu durchgesetzt und verworfen werden: Identität ist nicht stabil.

Die sozialpädagogische Begeisterung für ‚Differenz‘ ist vor diesem Hintergrund in einer doppelten Weise ironisch. Mit dem Begriff wurde eher unpräzise umgegangen und zugleich wurde er politisiert. Differenz wurde z.B. zu einer Bezeichnung, die als ‚gemeinsame Basis‘ diene, von der aus Frauen ‚als Frauen‘ sprechen, anstatt den Feminismus als Teil eines universalistischeren Diskurses (wie etwa dem Marxismus) einzusetzen. Die doppelte Ironie besteht nun darin, dass a) ‚Differenz‘ als identisch mit den tatsächlichen materiellen Differenzen analysiert worden ist, die durch vorherrschende Politiken – wie der Agenda des Feminismus, des Antirassismus, des Multikulturalismus, als ob diese fundamental und unabdingbar wären – prä-konstituiert worden sind (und nicht als schöpferische ‚Macht‘ verstanden wurden), und dass b) diese prä-konstituierten politischen Identitäten ein fixiertes soziales Feld hierarchisierter Gegensätze festlegen, die dekonstruiert werden können.

Für die kSA beinhaltet ‚Dekonstruktion‘ schlicht die Umkehrung bestehender sozialer Hierarchien (z.B. Frau/Mann) auf Basis generischer Kategorie von Zentrum und Peripherie (vgl. Pease/Fook 1999: 13, Healy 2000: 42). Die kSA arbeitet also mit einer binären Konzeption von Welt: Dominierte/Nicht-Dominierte. Sie tut damit also genau das, was sie bestreitet zu tun.

Ein solches binäres Denken findet sich z.B. auch bei Peter Leonard (1997), wenn er sich auf Foucaults methodologische Strategie der ‚teilenden Praktiken‘ bezieht – d.h. den Gebrauch von Differenzen wie wahnsinnig/zurechnungsfähig; gesund/krank – die zur Regulation von Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden. Jessup und Rogerson verstehen ‚teilende Praktiken‘ als Mittel, durch die Personen „seit dem 17. Jahrhundert“ unterworfen und identifiziert worden sind (Pease/Fook 1999: 164). In dieser Form über Oppositionen zu sprechen, legt die Vorstellung eines organisierten Feldes der Unterwerfung nahe, das aus der (intendierten?) Anordnung dieser Oppositionen resultiert. Diese Vorstellung ist jedoch durch einen Bezug auf Foucault kaum zu rechtfertigen. Für ihn stellen sich Teilungen nicht in einer so selbstverständlichen Weise als Binaritäten dar, wie dies Leonard und andere offensichtlich annehmen. Foucault (1972) zu Folge ist ‚Veränderung‘ ein ‚diskursiven Formationen‘ immanenter Faktor. Es geht ihm nicht um eine kausale Macht externaler ideologischer Kräfte.

Karen Healy (2001, 2001) hat ein subtileres Verständnis der Veränderbarkeit diskursiver Praktiken Sozialer Arbeit. Sie gesteht zu, dass es de-zentrierte Identitäten und daher die Möglichkeit multipler und kontingenter Kategorien von Identität gibt. Sie sieht, dass die „oppositionalen Kategorien Sozialer Arbeit eine ganze Reihe von Unterschieden auf lediglich zwei Positionen reduzieren: ‚SozialarbeiterInnen‘ und ‚NutzerInnen‘“. Daher sollten „lokale Variationen in den Machtverhältnissen“ anerkannt werden. Allerdings liefert auch Healy keinen Ansatz, um diese fließenden Elemente zu verstehen. Insofern zeichnet die kSA also vor allem ein *synchrones* und kein *diachrones* Bild von Macht in der Praxis Sozialer Arbeit.

KSA und Kritische Theorie

Die neo-marxistische kritische Theorie zielt auf eine Entlarvung und damit die Überwindung ideologischer Wertesysteme, die die ‚wahren‘ sozialen Beziehungen deformieren. Indem sie zugleich der Kritischen Theorie und dem Post-Strukturalismus zugeneigt sind, setzen sich kritische TheoretikerInnen Sozialer Arbeit dem Problem aus, transzendente Konzepte des autonomen Subjekts mit der Behauptung abgleichen zu müssen, dass Identitäten notwendigerweise fragmentierte Identitäten sind. Ebenso schlägt deshalb auch die Logik der ‚Differenz‘ (Dominante/Subordinierte) in der kSA fehl: Sie versucht, Machtprozessen durch Strategien des Empowerments der NutzerInnen oder der Bewusstseinsbildung der SozialarbeiterInnen zu entkommen und bezieht sich hierbei auf Foucaultsche Ideen, die auf dem Argument einer Unentrinnbarkeit von Machtkonstellationen basieren.

Der kSA scheint die Vorstellung einer post-ideologischen Welt der Gleichheit und Verständigung zu Grunde zu liegen. Healy (1999) spricht von einem ‚reflexiven Dialog‘ indem Macht durch Aushandlung zu reduzieren sei, Fook (2002) von ‚kontextueller Praxis‘ und Pease von ‚kollektiver Erinnerungsarbeit‘. Hier, so die Vorstellung, würden sich das Selbst und das Andere sich in einer offenen Dialektik begegnen, ohne dass eine Gruppe durch eine andere unterworfen wird.

Die gesamten Versuche, Macht zu neutralisieren und stattdessen einen Raum zu eröffnen, in dem sich gerechte soziale Anordnungen finden, bauen auf der Vorstellung einer Dialektik auf, derzufolge das Spiel antagonistischer Diskurse (wie z.B. der Widerspruch von SozialarbeiterInnen und NutzerInnen) im Sinne einer dialektischen Synthese aufzulösen seien. Diese Vorstellung unterscheidet sich letztlich wenig von der marxistischen Analyse von falschem Bewusstsein oder der Vorstellung der Rolle der SozialarbeiterInn als KritikerIn und revolutionäre AnführerIn. Die Hoffnung der Transzendenz und Erlösung baut jedoch auf der Annahme eines Außens auf, dass jener Vorstellung der Immanenz und Positivität

von Macht mit völliger Ignoranz begegnet, die für Michel Foucault – dem theoretischen Lieblingsautor der gegenwärtigen kSA – so zentral war.

Der Einsatz einer neo-marxistisch inspirierten ‚kritischen Theorie‘ durch die kSA ist offensichtlich mit ihren foucaultschen Aspekten nicht vereinbar. Die Konsequenz dieser Unvereinbarkeit ist eine Kolonialisierung der foucaultschen Anteile der kSA. Vor diesem Hintergrund werde ich im Folgenden dafür plädieren, das, was wir als gegenwärtige Form der Machtausübung (in der Sozialen Arbeit) beschrieben haben, in Form der deleuze-foucaultschen Analyse zu erkunden und darauf zu verzichten, die kritische Theorie in eine Welt zu pressen, für deren Analyse sich nicht gedacht war.

Die immanente Analyse der Praxis Sozialer Arbeit: Kritische Soziale Arbeit und Deleuze/Foucault

An Deleuze anschließend forderte Foucault 1980 in einem Interview im *Neuvel Observateur* eine kreative und experimentelle Form des Lebens und Denkens: „Ich [...] wünsche mir eine Form der Kritik, die nicht versucht zu urteilen, sondern eine Arbeit, ein Buch, einen Satz, eine Idee ins Leben bringt. [...] Diese würde nicht Urteile, sondern Zeichen der Existenz vervielfachen.“

Ich möchte ich Foucaults Traum auf die Soziale Arbeit beziehen. Dabei werde ich erörtern, auf welche Weise Raum, Zeit und das soziale Subjekt in einer neuen Weise gedacht werden können, um eine Politik Sozialer Arbeit zu revitalisieren.

In ihrer Arbeit *Mille Plateaux* (Tausend Plateaus) haben Deleuze und Guattari (1980) gezeigt, wie die Verteilung vielfältiger Kräfte durch die Zeit die Vorstellung von Gesellschaft territorialisiert (ingerichtet) und de-/re-territorialisiert (rekonfiguriert) wird. So intensivieren z.B. Stämme ihre *Stammesartigkeit* gerade durch die Codierung und Re-Codierung ihrer Beziehungen zur Erde mittels Mythen und Rituale. Dadurch ‚imaginieren‘ bzw. statuen sie die Erde mit kausalen Kräften aus, die dann den Stamm für sich selbst ab initio zu erklären scheinen. Ursachen sind, wie Deleuze und Guattari formulieren, ‚Verzauberungen‘ des Sozios – des sozialen Körpers. Sie helfen dabei ein soziales System zu verfestigen – und zu vergegenständlichen.

Einst war es die Vorstellung eines souveränen Herrschers, die in den frühen feudalen Systemen die Ursache und die wesentliche (Re-)Codierung repräsentierte. Demgegenüber ist unser modernes Zeitalter vor allem durch Prozesse andauernder De-Territorialisierung und Ineinander-überführungen von (einander überlagernder) Codes gekennzeichnet. Deleuze und Guattari zeigen wie diese mate-

riellen Arrangements und Denkformen durch die Produktion von Begehren entstehen – wie der Implus zu verbinden und eben nicht ein uncodierter Verlauf oder eine Gegebenheit des ‚Lebens‘ zu einer sozialen Ordnung führt (Deleuze 1994: 222).

Produktionen von Begehren, das Arrangement von Dingen in funktionale ‚Maschinen‘ werden durch eine projiziertes Vorstellung des ‚Körpers ohne Organe‘ (KoO) gestützt. Peter Leonard (1997) versteht einen KoO als einen sozialen Text. Das ist er aber gerade nicht. Er ist keine organisierte Struktur. Er ist vielmehr die Vorstellung eines unorganisierten, unverbundenen Möglichkeitsfeldes der Tätigkeit oder des Diskurses – des Politischen, des Ökonomischen, des Kulturellen, des Musischen usw. Wir projizieren diese Ebene von der aktuellen Situation der Intensitäten, in denen wir uns finden. Der KoO ist in so fern keine ‚Äußerlichkeit‘, sondern eine Vorstellung, die uns eine Illusion von Ursprünglichkeit gibt.

Wir können diese Idee dahingehend erweitern, dass sie – im Sinne einer idealisierten Kodierung des KoO – die Möglichkeit einer besseren Welt signalisieren könnte. Gewissermaßen geht es dann um das, was sich Soziale Arbeit und kSA vorgestellt haben: Eine unverzerrte ganzheitliche Vorstellung oder eine Idealform wie die Welt sein sollte – im Sinne einer Einladung, die gegenwärtige Soziale Arbeit neu zu figurieren. In diesem Sinne suchen Deleuze und Guattari genau nach dem, was der Post-Modernismus am heftigsten kritisiert hat – nach der ‚wahren‘ tatsächlichen Welt. Sollten wir also eine Annahme darüber formulieren, wie kSA ihren ‚Körper ohne Organe‘ herstellen sollte?

Soziale Arbeit beinhaltet Personen, die zueinander in verschiedenen Hierarchiebeziehungen der Anweisung und des Respekts stehen und innerhalb von Institutionen verortet sind, die die veränderlichen Kontrollbeziehungen zwischen ‚Professionellen‘ und zwischen Professionellen und NutzerInnen vermitteln. Veränderungen in diesen Hierarchien und Relationen sind ‚becomings‘ fluider Kräftekonstellation bzw. von Intensitäten. Diese konvergieren in einer linearen Anreihung, die Deleuze als verknüpfende Synthese bezeichnet hat. Sofern sie hierarchisch geordnet und daher separiert (codiert) sind, spricht Deleuze von ‚disjunktiver Synthese‘. Allerdings wird diese Anordnung nicht nur als eine willkürliche Macht betrachtet, sondern als Projektion zu Grunde gelegter Werte oder Logiken, wie ‚Gerechtigkeit‘ oder das ‚Kindeswohl‘. Diese sind insofern immanent, wie sie in allen Aspekten der Arbeit der Organisation zum Ausdruck gebracht und zurück bezogen werden. Deleuze spricht mit Blick auf diese Prozesse von einer ‚konjunktiven Synthese‘. Die in der Sozialen Arbeit Tätigen verbinden sich durch eine Reihe grundlegender Werte in ein scheinbar selbst-legitimierendes Feld Sozialer Arbeit. Der Betrieb dieser drei Achsen oder Synthesen erzeugt eine relativ klare Vorstellung vom Zweck Sozialer Arbeit. Das tatsäch-

liche Maß an Wandel und Macht wird häufig ignoriert. SozialarbeiterInnen ‚verlangsamen‘ ihre Wahrnehmung der permanenten Bewegung und Neuformung ihres Tätigkeitsfeldes und bilden Praxisroutinen aus. In Foucaults Terminologie formuliert geht es hier um Normalisierung; nicht der Bevölkerung, sondern – in diesem Fall – der SozialpädagogInnen. Weder die kSA noch Foucault haben diese Mikroprozesse jedoch angemessen untersucht. Wie wir bereits festgestellt haben ist dieser Aspekt in einer Back Box verschwunden. Demgegenüber bietet Deleuze Ideen an, um solche Prozesse zu analysieren.

Foucault (vgl. 1980) hatte darauf hingewiesen, dass je stärker wir die Welt analytisch zerlegen, desto notwendiger ist es, diese Bestandteile analytisch mit dem Offensichtlichen zu verbinden. Wenn wir etwa über Einsperrungen sprechen, sind hervorstechende Phänomene die Schule oder die militärische Disziplin. Damit wächst ein komplexes Erklärungsnetz, das Ähnlichkeiten zur von Deleuze und Guattari vorgestellten Idee ‚rhizomatischer‘ Erklärungsformen (dem Nachspüren sich entwickelnder Netzwerke von Verbindungen) und ihrem Gegenstück, der ‚arboreszenten‘ Form der Erklärung (die auf determinierte, stabile Hierarchien von Faktoren verweist) aufweist.

Die vielschichtige, massive Komplexität der Relationen Sozialer Arbeit ist muss gegen ‚gouvernementale‘ Black Box-Modelle gedacht werden. In einer Analyse sozialer Dienste sollten die Interaktionen zwischen dem Molaren und dem Molekularen untersucht werden, d.h. z.B. zwischen mangeriellen Regimes und lokalen Praktiken. Auf dieser Ebene lockern sowohl Foucault als auch Deleuze und Guattari althusserianische Begriffe auf, wie etwa Dominanzstrukturen und strukturelle Kausalität.

Foucault und Deleuze haben sich selbst als Funktionalisten bezeichnet – allerdings als Funktionalisten einer anti-strukturalistischen Typs. Eine Deleuze-Foucaultsche Analyse sozialer Arbeit beginnt mit dem Prozess der Differenzierung. Innerhalb dieser identifizieren wir die Ströme und Verfestigungen Sozialer Arbeit anstatt das bürokratische Modell von einer etablierten Sozialen Arbeit zu verwenden, wie es die kSA vorschlägt.

SozialarbeiterInnen – aber auch ManagerInnen in Organisationen Sozialer Arbeit – sind mehr als ‚reine‘ Manifestationen ihrer Rolle oder Funktion. Sie gehen beispielsweise über ihrer Rollen hinaus, wenn z.B. ein Sozialarbeiter mit seiner Managerin über sein Wochenende plaudert usw. Sie bringen das starre und das flexible hervor und ‚erfinden‘ Leben. Sie flechten sich problemlos in einen anders strukturierten Raum ein – allerdings in einer Form, die in das System als ‚gute Arbeitsbeziehungen‘ zurückgegeben wird.

Organisatorisch ist Soziale Arbeit de-zentriert. Die bloße Diversität der Arbeit – dieser Fall, jener Fall, Hausbesuche, Meetings usw. – verweisen auf ein offenes

Netzwerk von Aktivitäten, deren Codings besonders sichtbar sind. Deleuze hat diese scheinbar offenen Arrangements als Kontrollgesellschaften bezeichnet. Die Praxis Sozialer Arbeit konstituiert sich aus kommunikativen Akten, der Weitergabe von Informationen von einem festgelegten Punkt zu einem anderen. Jeder dieser Akte ist ein Signal das durch Erinnerung oder virtuelle Systeme auf den einen oder anderen Körper umkodiert wird. Jeder Sprechakt ist in diesem Sinne kontrolliert, gespeichert, weitergeleitet, umkodiert. Das verstärkte Bestehen einer defensiven Sozialen Arbeit alles zu dokumentieren, ist nicht nur ‚zur eigenen Sicherheit‘, sondern eine materiale Bedingung der Unverzüglichkeit von Erinnerung. Informationstechnologie erhöht die Geschwindigkeit in der dies erfolgt und verhilft der Überwachungsgesellschaft zum Durchbruch.

Wir sollten dann das ‚Gewimmel‘ der Verbindungen auf molaren und molekularen Ebenen sichtbar machen, die Soziale Arbeit de- und re-territorialisieren. Wir sollten die verbindenden, disjunktiven und konjunktiven Bewegungen aufspüren, die die differenzierenden Machtstrukturen hervorbringen, die die Austauschgeschwindigkeiten erhöhen oder verringern.

Schließlich sollte in dieser Diskussion die nicht-archivarischen Erinnerungen und Ressourcen berücksichtigt werden. An dieser Stelle möchte ich explizit auf die Verbindung zur Idee sozialen Kapitals verweisen.

Mit Blick auf das von Foucault formulierte Ziel einer Geschichte der Gegenwart brauchen wir einen Begriff von aktiver Erinnerung – ein gegebenes Netzwerk nachhallender Faktoren die uns in jedem Abschnitt unseres Werdens zugänglich sind. Eine vergessene Erinnerung, die für das was ich gegenwärtig mache relevant gewesen sein könnte, nützt mir nichts. Mich auf ‚relevante‘ Informationen beziehen zu können ist eine Art variables Kapital, das ich nutzen kann, aber nur insofern ich ein Verständnis davon habe, dass sie relevant ist. Auch die verschiedenen Situationen, in denen ich mich wiederfinde, stellen eine Form der situationalen Kapitals dar, das ich einsetzen kann, um meine Vorhaben zu verwirklichen. Meine Beziehungen zu andern sind eine Form sozialen Kapitals, das jedoch beschränkt ist durch subjektive Nähe. (Können die mir helfen? Werden sie sich an die relevanten Informationen erinnern?) und durch institutionelle Nähe (kann ich heute mit meinem Teammanager sprechen?) Auch diese sind variabel. Dies könnte auf eine neue Art der Analyse verweisen. Wir können uns die gegenwärtig populäre Idee sozialen Kapitals betrachten – eine Ressource die individuelle Handlungen ermöglicht, die aus sozialen Interaktionen – z.B. Vertrauen – entspringen. Dieses üblicherweise als stabile Ressource verstandene Kapital erscheint aus einer Deleuze-Foucault’schen Perspektive als eine mobile. In den Begriffen Sozialer Arbeit formuliert, würde soziales Kapital auf die verfügbaren Erinnerungen und Wissensbeständen, relevante Verständigungsformen und inter-personale und professionelle Solidaritäten verweisen. Diese Aspekte

beeinflussen sich gegenseitig und führen so zu einer Erhöhung oder einem Schwund des Sozialkapitals, das für mich ‚jetzt‘ eine effektive Sozialer Arbeit ermöglicht. Daher ist das Werden meiner Sozialen Arbeit immanent an das Werden unterschiedlicher Ressourcen geknüpft. Nichts ist festgelegt, sondern nur verlangsamt oder beschleunigt. Daher wird eine Analyse von ‚Geschwindigkeit‘ – ihrem Fluss, ihren Unterbrechungen, Bewegungen, Kontinuitäten und Verschiebungen – wesentlich für das Verständnis sozialpädagogischer Praxis.

Fazit

Ich habe versucht, eine Kritik der kritischen Sozialen Arbeit zu formulieren, die in den Arbeiten von Foucault und Deleuze ihren theoretischen Ausgangspunkt findet. Meine Ausgangsfrage war, warum die kSA – obwohl sie wichtige Hinweise auf die Unangemessenheit der Machtanalysen in der gegenwärtigen Sozialen Arbeit liefert – das weitgehend durch Foucault inspirierte Projekt einer Aushebelung von Machtrelationen nicht bis in die Mikroebene hinein verfolgt hat.

Ich bin auf das Problem der Inkompatibilität der kritischen Theorie mit post-modernen Analysen eingegangen und die fragwürdige Form, in der die kSA die Arbeiten Foucaults verwendet hat, um eine politische Kritik an die eher traditionellen Formen Sozialer Arbeit zu richten. Insbesondere jedoch ist die relative Abwesenheit einer Analyse der Mikro-Physik der Beziehungen zwischen SozialarbeiterInnen und ihren Institutionen – den Orten der Disziplinarmacht, die das unsichtbare Macht Netzwerk bilden, das dem Körper der SozialpädagogInnen eingeschrieben und in tatsächliche Praxis übersetzt wird – problematisiert.

Foucaults Vorstellungen zur Gouvernementalität, die so wesentlich für ein Verständnis von Macht auf der ‚Ebene‘ Sozialer Arbeit scheint – haben in der KSA nur wenig Verwendung gefunden. Ein Bezug auf die von Deleuze vorgeschlagene Entwicklung Foucaultscher Themen verdeutlicht demgegenüber die Wichtigkeit einer Analyse der ‚Konstruktion‘ Sozialer Arbeit als ein positives Ineinanderfließen unterschiedlicher Ströme in eine multiple Bewegung. Die Arena Sozialer Arbeit ist mehr als nur ein begrenzter, automatisierter Code von Regeln und Prozessen. Fragen der Interpretation von Tatsachen, der Walk and Talk in den Büros, das Professionsverständnis der SozialpädagogInnen etc. bringen Beweglichkeit in eine Soziale Arbeit, die im zunehmend engeren Rahmen politischer Richtlinien und Forderungen nach Accountability verortet ist. Dies unterscheidet sich erheblich von Foucaults Vorstellung *moderner* Macht. Es verweist auf das, was sich als die Entwicklung einer ‚Kontrollgesellschaft‘ verstehen lässt. Demgegenüber bleibt die kSA zu stark den funktionalistischen Traditionen der 1960er verhaftet, deren Black Box-Modelle den Nimbus des Staates als Leviathan bedient – eine Bestie von fabelhaften Ausmaßen, die wir jedoch nie wirklich

zu Gesicht bekommen. Dies liegt jedoch nicht immer an ideologischen Verschleierungen dieses großen Betrügers – der bürgerliche Staat, das Kapital, die Herrschenden – sondern daran, dass solche Einheitlichkeiten eine Chimäre sind. Deleuze hat verdeutlicht, dass der synthetische Prozess, durch den wir uns diese einheitlichen Machtformationen vorstellen, selbst eine Modalität des Lebens sind. Diese Perspektive ist Teil der vorgeschlagenen Machtanalyse. Die gut gemeinte Verbundenheit der kSA zu sozialer Gerechtigkeit hatte ihrer Machtanalyse – gerade auch im Anschluss an Foucault – Grenzen gesetzt. Dadurch, dass sie es nicht vermochte einen nicht-humanistischen Blick auf ihren Gegenstand zu werfen – dass sie die Behauptung, dass Macht ‚immer bereits da ist‘ *nicht ernst genommen* und nach einer positiven Moral sozialpädagogischer Praxis gesucht hatte – hat die kSA eine neue In-Humanität hervorgebracht: Eine Beschränkung der Analyse und damit des Lebens.

Übersetzt von Holger Ziegler

Literatur

- Bauman, Z. (2002): *Liquid Modernity*. Oxford: Polity.
- Castells, M. (1995): *The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell.
- Chambon, A. & Irving, A. (1999): *Reading Foucault for Social Work*. New York: Columbia University Press.
- Colebrook, C. (2002): *Understanding Deleuze*. Australia: Allen and Unwin.
- Deleuze, G. (1968/1994): *Difference and Repetition*, London: Athlone.
- Deleuze, G. (1983): *Anti-Oedipus: Capitalism and Schizophrenia*, USA, University of Minnesota press.
- Deleuze, G. (1988): *A Thousand Plateaus: Capitalism and Schizophrenia pt. II*, London, Athlone.
- Foucault, M. (1972): ‚Politics and the study of Discourse‘. Burchell, G., Gordon, C; & Miller, P. (eds.) (1991): *The Foucault Effect*. Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf.
- Foucault, M. (1978a): ‚Governmentality‘. Reprinted in Burchell, G., Gordon, C; & Miller, P. (eds.) (1991): *The Foucault Effect* Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf.
- Foucault, M. (1980): ‚Question of Method‘. Reprinted in Burchell, G., Gordon, C; & Miller, P. (eds.) (1991): *The Foucault Effect* Hemel Hempstead, Harvester Wheatsheaf.
- Foucault, M. (1984/1985): *The Use of Pleasure: History of sexuality vol. 2*, NY, Vintage.
- Healy, K. (2000): *Social Work Practices*, London, Sage.
- Healy, K. (2001): ‚Reinventing Critical Social Work: Challenges from practice, Context and Post-modernism.‘ *Critical Social Work*, vol. 2, no 1.
- Leonard, P. (1997): *Post-modern Welfare*, London, Sage.
- Leonard, P. (2001): ‚The Future of Critical Social Work in Uncertain Conditions.‘ In: *Critical Social Work*, vol. 2, no 1.
- McBeath, G. & Webb, S. (1991): *Social Work modernity and post-modernity*. *Sociological Review* 39(4) pp. 745–62

Pease, B. & Fook, J. (1999): *Transforming Social Work practice*. St Leonards, Allen and Unwin.

Urry, J. (2000): *Sociology Beyond Societies*, London, Routledge.

*Stephen Webb, School of Social Work and Social Care, The Sussex Institute, Essex House, University of Sussex, Falmer Brighton, East Sussex, BN1 9QQ
E-mail: S.A.Webb@sussex.ac.uk*



Susanne Maurer

Kritik als Bewegung und Horizont – oder: Was kann das Projekt einer Kritischen Sozialen Arbeit vom Feminismus „lernen“?

Kritik ist für mich „Bewegung“ in einer doppelten Hinsicht: Zum einen stellt sie eine Bewegung kritisch-analytischen Denkens dar – eine Bewegung der Erkenntnis also. Zum anderen eine „soziale Bewegung“, die sich, noch vor jeder kollektiven Aktion oder Organisation, dem Stachel des Unbehagens verdankt – dem Stachel des Nicht-Einverstanden-Seins mit den Verhältnissen, „wie sie sind“. Kritik ist allerdings eine Bewegung, die sich immer wieder selbst überarbeiten muss – in ihren Bezugspunkten, ihren Gegenstandsbereichen und Ausrichtungen. Im Kontext Sozialer Bewegungen ist Kritik eine Bewegung, die hin- und herchangiert zwischen Analytiken und Praktiken – neben die Anstrengungen der Analyse tritt hier eine engagierte experimentelle Praxis, die etwas Neues, „etwas anderes“ zu realisieren versucht. Mit diesem Beitrag versuche ich nicht zuletzt, für ein „Gedächtnis“ mit den dabei gemachten Erfahrungen zu plädieren. Kritik wäre damit Projekt, Prozess und Rekonstruktion der Erfahrungen mit Kritik zugleich; aber auch „Horizont“ – insofern, als jedes Denken und jede Praxis immer wieder auf ihre kritischen Möglichkeiten hin überprüft werden müssen.

Die aktuell wieder neu aufgeworfene Frage nach den Möglichkeiten, eine Kritische Soziale Arbeit zu denken und zu realisieren, reflektiere ich vor dem Hintergrund zweier historisch-gesellschaftlich miteinander verwobener, und doch im weiteren Verlauf relativ eigensinniger „Strömungen“. Die eine Strömung ist verbunden mit der „Neuen Linken“ – ihre Spur lässt sich nicht zuletzt durch die Zeitschrift WIDERSPRÜCHE (das frühere „info sozialarbeit“) zurückverfolgen. Die andere Strömung ist verbunden mit der „Neuen Frauenbewegung“, die eine spezifische Kritik an Sozialarbeit als (allzu) „weiblichem Beruf“ ebenso hervorgebracht hat wie Ansätze, Perspektiven und Praktiken einer feministischen Sozialen Arbeit. Mit Blick auf die feministische Variante einer (selbst)kritischen

Sozialarbeit möchte ich reflektieren, welche politischen und theoretischen Erfahrungen ein solches Projekt der Kritik mit sich führt und wie jene produktiv weiterbearbeitet werden könnten.

Die Entwicklung einer kritischen Strömung am Beispiel feministischer Sozialarbeit

Die – vor dem Hintergrund der Neuen Frauenbewegung entwickelte – Aufmerksamkeit für Mädchen und Frauen als Adressatinnen lässt ein spezifisches Konfliktfeld Sozialer Arbeit zum Thema werden: die (umstrittene) Bedeutung der Kategorie Geschlecht in Problemwahrnehmungen, -definitionen, Angebotsplanung und Arbeitsstrategien. Geschlecht verweist hier auf ein widersprüchliches Spektrum zwischen Dramatisierung und Entdramatisierung der Geschlechterdifferenz (das nicht zuletzt den BerufspraktikerInnen zu schaffen macht). Die Frage nach Mädchen und Frauen im Sinne der Berücksichtigung einer besonderen Zielgruppe mit spezifischen Problemlagen wird also aufgeworfen und immer wieder aufs Neue bearbeitet. Eine solche Betrachtungsweise erscheint notwendig und berechtigt – und muss doch auch (selbst)kritisch hinterfragt werden. Denn die Betonung der besonderen Situationen von Mädchen und Frauen hat neben der pädagogisch wie politisch unumgänglichen eine problematische Seite: sie kann – sozusagen gegen die eigene (emanzipatorische) Absicht – zur Bestätigung von Zuschreibungen qua Geschlecht werden. Auf diese schwierige, komplizierte Seite der Aufmerksamkeit für die Dimension Geschlecht hat die feministische Forschung und Theoriebildung in differenzierter und komplexer Weise selbst vielfach hingewiesen. Anstatt die Kategorie Geschlecht also feststellend als Denkvoraussetzung und Wegweiser zu benutzen, macht es Sinn sie als Konfliktfeld ins Auge zu fassen. Dieses Konfliktfeld ließe sich historisch umreißen – mit Blick auf die Geschichte gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sowie auf die Entwicklung pädagogischer Praxis (vgl. etwa Friebertshäuser 1997). In Ergänzung dazu lässt sich eine eher systematische Betrachtungsweise entfalten, indem die Kategorie Geschlecht vor dem Hintergrund feministischer Kritik und neuer Praxis zwar als bedeutsame Kategorie gekennzeichnet wird, ohne allerdings den Aspekt der damit potenziell verbundenen Begrenzung bzw. Reduzierung zu übergehen, sodass „Geschlecht“ schließlich vor allem als politische Kategorie aufgefasst werden kann.

Die Praxis feministischer Sozialarbeit entwickelte sich in gewisser Weise analog zur – durchaus mehrdeutigen und kontroversen – Praxis der Frauengruppen und -projekte im Kontext der Neuen Frauenbewegung, überkreuzte sich allerdings mit den konkreten pädagogischen Erfahrungen im Alltag und mit der eigenen Berufsrolle gegenüber den AdressatInnen. Gerade in der Praxis konnten immer

wieder auch die problematischen Seiten der verschiedenen Emanzipationsmodelle hervortreten. An der feministischen Sozialarbeit lassen sich deshalb fast exemplarisch nicht nur die widersprüchlichen Aspekte und mehrdeutigen Effekte von „Geschlecht“ als Kategorie, sondern auch von Sozialarbeit mit gesellschaftskritischem Impuls aufzeigen. Die inzwischen breit und differenziert vorliegenden (selbst)kritischen Reflexionen im Rahmen feministischer Denk-Bewegungen können meines Erachtens für das Projekt einer Kritischen Sozialen Arbeit produktiv genutzt werden (siehe hier insbesondere die Arbeiten von Maria Bitzan).

Feministische Politik, feministische Sozialarbeit und feministische Theoriebildung als Spannungsfeld

Die Neue Frauenbewegung hat sich als politische Bewegung konstituiert, indem sie unwürdige Lebensverhältnisse von Frauen unter Bedingungen der Geschlechterhierarchie öffentlich skandalisierte. Damit brach sie mit bestimmten gesellschaftlichen Tabus, setzte den bis dahin dominierenden Bildern von Weiblichkeit und den herrschenden „Normalitäten“ in Bezug auf Frauen- und Mutterrolle provozierende andere Positionen entgegen. Seit seinen Anfängen ist feministisches Denken dabei von bestimmten Widersprüchen durchzogen, die z.B. darin bestehen, dass Mädchen und Frauen angesichts des Ausmaßes sexistischer Gewalt vor allem als Opfer dieser – konkreten und strukturellen – Gewalt erscheinen müssen, andererseits sich selbst als handelnde, schöpferische Individuen erfahren, die ihr Leben selbst gestalten – wenn auch unter Voraussetzungen sozialer Ungleichheit. Aus dieser Spannung können „Politiken der Gleichheit“ in ganz unterschiedlicher Hinsicht entwickelt werden: z.B. als „Gleichstellungspolitik“, die – sozusagen strukturpolitisch – darauf abzielt, Frauen grundsätzlich die gleichen selbstverständlichen Lebensmöglichkeiten zu eröffnen wie Männern, oder als „Politik der Gleichheit in der Differenz“, die auf der Wahrnehmung, Beachtung und Anerkennung der Differenz-Erfahrung von Frauen beruht. (Eine solche Differenz-Erfahrung verweist übrigens nicht nur auf die gesellschaftliche Position von Frauen im Kontext hierarchisierter Geschlechtermachtverhältnisse, sondern auch auf das bislang nicht wahrgenommene, nicht gewürdigte, nicht thematisierbare in den Erfahrungen von Frauen.)

Eine „Politik der Gleichheit“ als Idee, alle Frauen teilten aufgrund ihres Frau-Seins im Grunde die gleiche unterdrückte Position innerhalb einer Geschlechterhierarchie (Differenz zwischen „Männern“ und „Frauen“), erzeugte allerdings ein neues Problem: Einzelne kamen mit ihrem je Besonderen (in ihrer Differenz zu allen anderen) auch in diesem verallgemeinerten Bild des Frau-Seins nicht vor – an diesem Punkt wird vielleicht deutlich, weshalb Mädchen und Frauen

sich immer wieder weigern (müssen), „Mädchen“ bzw. „Frau“ als Kategorie auf sich selbst „anzuwenden“. Wenn diese Kategorien subjektiv als Reduzierung der eigenen Individualität begriffen werden, geraten deren befreiende Momente allerdings leicht aus dem Blick – die gesellschaftliche Dimension der eigenen Existenz kann dann möglicherweise nicht mehr als solche wahrgenommen werden. Denn das Absehen von Unterschieden, das Betonen der Gemeinsamkeit in der Erfahrung von Diskriminierung und Unterdrückung hatte historisch und politisch zweifellos eine wichtige Funktion: Frauen konnten sich auf diesem Weg auch eine kollektive Ausgangslage für veränderndes Handeln schaffen, konnten sich in Frauenräumen gegenseitig auch in all ihrer Verschiedenheit wahrnehmen und – nicht zuletzt – gegenseitig faszinieren. Hier scheint die soziale und kulturelle Dimension feministischer Praxen auf: Erfahrungen von Gemeinsamkeit, Zugehörigkeit und Solidarität stehen den begrenzenden Effekten der Kategorien gegenüber. Indem Menschen sich Zugehörigkeiten zu schaffen versuchen, bilden sich Gruppen und Gemeinschaften, die ihre „Identität“ zum Teil auch über die Abgrenzung von anderen gewinnen. Die Rede von „Wir“ und „die anderen“ verweist wiederum auf Prozesse der Homogenisierung und Normierung, zeigt, wie der Wunsch und das Bedürfnis nach Solidarität auch zur Verdeckung von Differenz und Konflikt „im Innern“ führen kann.

Dieses Problem findet sich allerdings nicht nur in der sozialen und politischen Praxis, sondern auch in der Praxis der Wissenschaft, in Forschung und Theoriebildung: Wenn systematische Aussagen (hier: über die Wirklichkeiten von Mädchen und Frauen) gemacht werden sollen, wenn bspw. die nach wie vor festzustellenden strukturellen Benachteiligungen gekennzeichnet werden sollen, dann drängt sich die kategorisierende Rede von „Mädchen“ und „Frauen“ geradezu auf. Die (nicht nur) mit der Kategorie Geschlecht einhergehende Begrenzung dient hier der Verdeutlichung sozialer Ungleichheit, der Analyse struktureller Bedingungen und Bedingtheiten.

In der konkreten sozialpädagogischen Praxis treten Tag für Tag diese ganz unterschiedlichen Seiten hervor – so erscheinen bspw. einzelne Mädchen hier als „Mädchen“ (im Sinne der analytischen und politischen Kategorie „Mädchen“), aber auch als einzigartiges Individuum, das – ob freiwillig oder nicht – über die unterschiedlichsten „Zugehörigkeiten“ verfügt und damit in der eigenen Lebenspraxis umgeht bzw. umgehen muss. Reflektierte professionelle Praxis verfügt daher oft über ein Wissen des „doing and undoing gender“ im Alltag, das Forschung wie Theoriebildung erst einholen müssen.

Gedächtnis der Kämpfe in transformativer Absicht

Feministische Impulse und Initiativen waren und sind, gerade auch in der Pädagogik, innovativ wirksam, brachten und bringen Themen und Anliegen ins gesellschaftliche Spiel, entwickel(te)n eine neue Praxis und bilde(te)n dabei auch neue Strukturen aus. Mit der Kraft der Bewegung wurden alte Strukturen aufgebrochen, verändert, umgewandelt. Geschlechter-Bilder sind in Bewegung gebracht worden – auf allen Ebenen und im ganzen Spektrum der kulturellen Ausdrucksformen. Eine Verflüssigung der Geschlechtergrenzen hat stattgefunden, neue Lebensmöglichkeiten sind tatsächlich entstanden. Und doch bleibt dabei immer wieder von neuem und genau zu bestimmen: Was verschwindet aus der Wahrnehmung und gesellschaftspolitischen Thematisierbarkeit?

Die meist mühsam errungenen neuen „Selbstverständlichkeiten“ (bspw. im Hinblick auf Teilhabeansprüche) erzeugen oft den Effekt, dass die – zumindest in der Vergangenheit – zugrunde liegenden (sozialen) Konflikte kaum noch thematisierbar sind. Mit den „Erfolgen“ der frauenbewegten, frauenpolitischen Praxis (bspw. dem erkämpften Zugang zu Bildungsmöglichkeiten) verschwindet tendenziell ein gesellschaftlich geteiltes, kollektiv verfügbares Problembewusstsein in Bezug auf nach wie vor existierende strukturelle Ungleichheit. Die amerikanische Theoretikerin Judith Lorber (1999) spricht von der Erosion und der gleichzeitig doch ungebrochenen Wirksamkeit von Geschlechterverhältnissen. Die „automatische Geschlechtererkennung (und Geschlechts-Performanz) im Alltag“ (doing gender), wie sie insbesondere mit der Perspektive des Sozialen Konstruktivismus von Forscher(innen) sehr detailliert untersucht werden, stehen neben Versuchen des undoing gender – der Bagatellisierung, De-Thematisierung oder auch der Entdramatisierung von „Geschlecht“.

Mit der kritischen Dekonstruktion klassischer Konzepte von Subjekt und Autonomie sind viele Selbstverständlichkeiten herkömmlicher Politik infrage zu stellen. Das Bemühen um lebbares Leben, um Geschlechterdemokratie, um eine neue Kultur der Geschlechter, braucht trotz alledem Handlungsorientierungen und konkrete Ansatzpunkte für eine konkret auszugestaltende Praxis. Geschlecht kann daher nicht nur als diskursives Konstrukt aufgefasst, sondern muss immer auch als sich sehr konkret darstellender Erfahrungszusammenhang gesehen werden. Die Rede von doing gender verweist letztlich auf beide Dimensionen – auf gesellschaftlich-kulturelle Zuschreibungsprozesse, auf individuelle wie kollektive Identitätsbildungsprozesse, wie auch auf Alltagserfahrung und Handlungspraxis. Vor diesem Hintergrund kann „Geschlecht“ als politische Kategorie gefasst werden, mit der Problemlagen thematisiert und auf die bezogen auch konkrete Konzepte entwickelt werden können.

Was ist also Kritik?

Veränderungsprozesse (nicht nur im Sinne einer feministisch-)kritischen Perspektive erhalten ihre Komplexität dadurch, dass sie sich nicht nur auf die sozio-historische Situation, sondern gleichzeitig auch auf den Korpus des Wissens darüber beziehen – von daher stellt sich hier immer auch die Frage nach der Möglichkeit einer emanzipatorischen Theoriepolitik (vgl. Ernst 1999). In ihrer wissenschaftsphilosophischen Studie formuliert Waltraud Ernst einen Begriff von Veränderung, „der sowohl auf der wissenschaftlichen Ebene als auch in der Dimension sozialer Wirklichkeit von historisch groß angelegten Umwälzungen absieht und stattdessen epistemische und soziale Veränderungen als stete, kontinuierliche Auseinandersetzungsprozesse versteht, die sich gegenseitig bedingen und produzieren“ (Ernst 1999: 11). Im Spannungsfeld von Diskurs, Politik und Erfahrung erscheint ein sozial situiertes, kontextuiertes „Wissen“ (im Sinne von „Erfahrung“ und „Erkenntnis“) angebracht, das seiner Gespaltenheit, seiner Vieldeutigkeit und Instabilität immer wieder gewahr wird.

Wie können in einer solchen Perspektive Feminismus und andere kritische Strömungen – gerade auch in ihrer Veränderung, Differenzierung und Komplexität – wahrgenommen und kritisch gewürdigt werden, wie die damit verbundenen „gesellschaftlichen Erfahrungen“ in all ihrer Brüchigkeit und Ambivalenz rekonstruiert, (selbst)kritisch reflektiert und gesellschaftlich sinnvoll weiterbearbeitet werden? Hierzu braucht es ein „Gedächtnis der Kämpfe“ sowie ein „Denken des Transformativen“, das sich auch mit einem „Denken der Menschen in Kräftefeldern“ verbindet. Meines Erachtens kann ein Bewusstsein von der Geschichte kritischer Denk-Bewegungen und Praktiken ein Bewusstsein für so etwas wie eine „Geschichte der Problematisierungen“ im Sinne Michel Foucaults ermöglichen. Mit dem Wissen über „die Kämpfe der Vergangenheit“ entsteht eine andere Wahrnehmung der Konflikte der Gegenwart – die eigenen Erfahrungen können, mit zeitlicher Tiefe versehen, auf einer anderen Ebene reflektiert werden.

Die Arbeit gälte also der Kultivierung eines „gesellschaftlichen Gedächtnisses“ – auch im Kontext des Projektes einer Kritischen Sozialen Arbeit. Gemeint ist ein Gedächtnis der damit historisch bisher verbundenen Auseinandersetzungen, auch der erfahrenen Sackgassen und eigenen Begrenzungen. Um das zu erreichen, braucht es eine differenzierte und kritische Analyse dessen, was tatsächlich immer wieder realisiert werden konnte – und um welchen Preis. Die Erfahrungen damit sind „gespeichert“ – in der inzwischen möglich gewordenen und – auch in der Kontroverse! – kultivierten Art der Problemwahrnehmung und -deutung, gespeichert in Verfahren und – mehr oder weniger – geteilten (theoretischen) Verständigungshorizonten, im – wenn auch unterschiedlich benutzten – theoretischen wie methodologischen Instrumentarium.

Mit einem „Denken der Menschen in Kräftefeldern“ können bspw. auch diejenigen „Praxen der Kritik“ ins Feld der Wahrnehmung gelangen, die nicht unbedingt den herkömmlichen Bildern von Opposition entsprechen: Praxen, die sozusagen direkt gegen das vorgehen, was einer nicht passt, was eine überhaupt erst „regierbar“ macht (die Zuschreibung von subjektiven Eigenschaften, die naturalisierende Festlegung, das Einordnen und im Raum verteilen, das Hierarchisieren). Ein solches Denken muss sich nicht auf „Identitäten“ und „Zugehörigkeiten“ berufen, sondern kann die widerspenstigen Kräfte in den Individuen, Gruppen und „Szenen“ selbst aufsuchen, die in Selbstverständnissen, Positionen und anderen Definitionen nicht eindeutig aufgehen (vgl. hierzu insgesamt Wenta 1997; Maurer 2001).

In der Sozialen Arbeit geht es letztlich um ganz konkrete Praktiken, um die auch selbstreflexive Erforschung, Analyse (und Gestaltung) alltäglicher Machtmechanismen, um damit für das „Einhaken von Herrschaftsformen“ zu sensibilisieren, jene vielleicht sogar zu verändern. Es entsteht die Frage, wie Machttechniken und -strukturen anders ausgestaltet werden können. Für die professionellen AkteurInnen könnte das heißen, am jeweiligen Ort, an dem eine/r Einfluss hat, mit den verschiedensten Techniken gegen die Mikromechanismen der Macht anzugehen – mit Strategien der Beweglichkeit, der Vielfältigkeit, und von wechselnden Positionen aus.

Literatur

- Benhabib, Seyla (1992): Kritik, Norm und Utopie. Die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie. Frankfurt a. M.
- Bitzan, Maria (1996): Geschlechterhierarchie als kollektiver Realitätsverlust – zum Verhältnis von Alltagstheorie und Feminismus, in: Klaus Grunwald et al. (Hg.): Alltag, Nichtalltägliches und die Lebenswelt. Beiträge zur lebensweltorientierten Sozialpädagogik. München/Weinheim
- Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt a. M.
- Ernst, Waltraud (1999): Diskurspiratinnen. Wien
- Friebertshäuser, Barbara (1997): Geschlechtertrennung als Innovation. Etappen geschlechtsbezogener Jugendarbeit im 20. Jahrhundert. In: Barbara Friebertshäuser et al. (Hg.): Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung. Weinheim
- Friebertshäuser, Barbara; Jakob, Gisela; Klees-Möller, Renate (Hrsg.) (1997): Sozialpädagogik im Blick der Frauenforschung. Weinheim.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.
- Foucault, Michel (1987): Das Subjekt und die Macht. In: Dreyfus et al. (Hrsg.): Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt a. M.: 241–291.
- Foucault, Michel (1996): Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori, Frankfurt am Main

- Foucault, Michel (1999): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège der France (1975–76). Frankfurt am Main
- Fuchs, Martin (1999): Kampf um Differenz. Repräsentation, Subjektivität und Soziale Bewegungen. Das Beispiel Indien. Frankfurt a. M.
- Lorber, Judith: Gender-Paradoxien. Opladen 1999
- Lutz, Helma; Wenning, Norbert (Hrsg.) (2001): Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft. Opladen.
- Maurer, Susanne (1996): Zwischen Zuschreibung und Selbstgestaltung. Feministische Identitätspolitik im Kräftefeld von Kritik, Norm und Utopie. Tübingen.
- Maurer, Susanne (2001): Emanzipation. In: Otto et al. (Hrsg.) (2001): 373–384.
- Maurer, Susanne (2001): Das Soziale und die Differenz. Zur (De)Thematisierung von Differenz in der Sozialpädagogik. In: Lutz et al. (Hrsg.)
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander (1993): Maßverhältnisse des Politischen. Frankfurt a. M.
- Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.) (2001): Handbuch Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied.
- Pühl, Katharina/Schulz, Susanne (2001): Gouvernementalität und Geschlecht – Über das Paradox der Festschreibung und Flexibilisierung der Geschlechterverhältnisse. Königsstein/Ts
- Rauschenbach, Brigitte (1995): Erkenntnispolitik als Feminismus. Denkformen und Politikformen im feministischen Bildungsprozeß der Erfahrung, in: Die Philosophin. Heft 11/1995, S. 33–49.
- Rose, Nicolas (2000): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling et al. (Hrsg.): 72–109.
- Sarasin, Philipp (2003): Geschichtswissenschaft und Diskursanalyse. Frankfurt a. M.
- Schäfer, Theodor (1995): Reflektierte Vernunft. Michel Foucaults philosophisches Projekt einer antitotalitären Macht- und Wahrheitskritik. Frankfurt a. M.
- Schulze, Kristina (2002): Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976. Frankfurt am Main/New York
- Wendt, Wolf Rainer (1985): Geschichte der Sozialen Arbeit. Von der Aufklärung bis zu den Alternativen. Stuttgart.
- Wenta, Anke (1997): Individualität serienmäßig. Zur Produktivität der Kategorie Macht für die Praxis der Sozialpädagogik am Beispiel des Rassismus, unveröffentlichte Diplomarbeit. Tübingen
- Young, Iris Marion (1990): Justice and the politics of difference. Princeton.

*Prof. Dr. Susanne Maurer, Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg (FB 21), Schwanallee 50, D-35032 Marburg
E-mail: maurer@staff.uni-marburg.de*

Ueli Mäder

Kritische Soziale Arbeit – Widerständig konstruktiv

Begriffe sind keine Wahrheiten. Sie dienen dazu, sich sozialen Realitäten anzunähern. Aber sie tun das nicht neutral und schon gar nicht selbst. Was Kritische Soziale Arbeit bedeutet, ist eine Frage der Haltung, der Definitionsmacht und der theoretisch fundierten Praxis. Kritische Soziale Arbeit hilft, soziale Probleme zu lösen. Ihr Ruf misst sich daran, wie gut sie das tut. Eine wissenschaftlich begründete Soziale Arbeit reflektiert und qualifiziert die soziale Praxis. Ein Strang reicht nach Chicago zurück. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verbündete sich dort die Soziale Arbeit mit der Sozialforschung.

Im Widerspruch

Linke sind kritisch gegenüber Rechten. Und Rechte sind kritisch gegenüber Linken. Beide halten sich für kritisch – in ihrem eigenen Sinn. Abstand von dem zu halten, was andere für Kritik halten, kann auch eine kritische Haltung sein. Die Soziale Arbeit umfasst die Sozialarbeit und die Sozialpädagogik. Kritisch ist sie nach meinem Verständnis, wenn sie, theoretisch fundiert, herrschaftskritisch agiert. Diese emanzipatorische Haltung hat Tradition. Sie manifestiert sich heute weniger ausgeprägt und unter neuen Vorzeichen.

Die Frage, wie sich Soziale Arbeit kritisch betreiben lässt, ist nach Franz Hochstrasser falsch gestellt. „Denn Soziale Arbeit ist aus sich heraus kritisch“, schreibt mir der frühere Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit/Basel. Sie ist nach seiner Auffassung Arbeit auf der Schattenseite der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, also der Seite, welche sowohl die Individuen wie auch das ganze System gerne verdrängen. Die Wahrnehmung von Leid, Elend und Not beeinträchtigt das individuelle Wohlbefinden. Sie stellt auch die gesellschaftliche Legitimation in Frage. Soziale Arbeit befindet sich damit im Widerspruch. Kritisch ist sie nach Franz Hochstrasser, „indem sie an diesem Schatten, also am

gesellschaftliche Material arbeitet und die damit verbundenen Erfahrungen und Erkenntnisse veröffentlicht“.

Soziale Arbeit ist „nicht oberflächhafte Symptomkurierung, sondern Ent-Deckung ist ihr Geschäft“, fährt Franz Hochstrasser fort, der Autor des Buches „Konsumismus und Soziale Arbeit“ (1995). „Dabei widersetzt sich Soziale Arbeit methodisch-technologischen Verkürzungen, wie sie, den Bewegungen von Moden gleich, in Vielfalt auf den (Sozial-)Markt gelangen. Sie wehrt sich gegen die Ökonomisierung ihrer selbst, die nicht nur aus legitimen Ansprüchen an die Effektivität, sondern neoliberaler Individualisierungsstrategie entspringt. Und vor allem: Sie ist sich ihrer kritischen Anlage selber bewusst und transportiert dieses Bewusstsein offensiv, etwa mit dem Ansatz der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession, an die Öffentlichkeit.“

Menschenrechtsprofession

Silvia Staub-Bernasconi (2003: 277) definiert die Soziale Arbeit als Disziplin und (Menschenrechts-)Profession, die ein Spektrum von sozialen Problematiken, Handlungsfeldern und sozialen Systemen reflektiert. Als Handlungswissenschaft entwickelt die Soziale Arbeit wissenschaftsbasierte Arbeitsweisen und Verfahren zur Linderung und Lösung sozialer Probleme. Silvia Staub Bernasconi wehrt sich gegen die „Fastfood-Variante der Sozialen Arbeit“ (2005: 4) und bezieht sich auf das doppelte Mandat der Sozialen Arbeit. Sie meint damit einerseits die persönliche Verpflichtung gegenüber den sozial Benachteiligten und andererseits die politische Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen. In der Praxis laufen Organisationen Gefahr, gegeneinander ausgespielt zu werden; beispielsweise wenn Regierungen und Behörden individualisierte Ansätze als „bequemer“ und förderungswürdiger betrachten. Für Silvia Staub Bernasconi hat die Soziale Arbeit ein drittes Mandat. Dieses beinhaltet wissenschaftsbegründete Arbeitsweisen. Die Methoden orientieren sich an einem Berufskodex, der die Menschenrechte berücksichtigt. Dieses Verständnis reicht über die gängige individuumbezogene Förderung der Sozialen Arbeit hinaus. Individuelle Probleme sind auch strukturbedingt und im Kontext von Machtstrukturen zu analysieren.

Silvia Staub Bernasconi kritisiert, wie in der Sozialen Arbeit das Casemanagement zur hegemonialen Methode avanciert und Prämissen der neoklassischen Ökonomie dominieren. Der „Managerialism macdonaldisiert die Soziale Arbeit“. Die „Fastfood-Angebote“ steigern idealiter die kurzfristige Effizienz, vernachlässigen aber die ursächliche Ergründung sozialer Fragen. Stefan Schnurr (2005: 238) diskutiert, wie der Managerialismus das ökonomische Kosten/Nutzen-Kalkül strapaziert und so die Soziale Arbeit eher deprofessionalisiert.

Chicagoer Tradition

Die Soziale Arbeit professionalisiert sich heute oft in technokratischer Manier. Selbst die einst widerständige Gemeinwesenarbeit bürokratisiert sich. „Community workers“ engagierten sich anno 1968 dafür, gesellschaftliche Strukturen zu demokratisieren. Sie taten dies etwas eifrig, was dann als Vorwand diente, der Gemeinwesenarbeit die Flügel zu stutzen. Sie durfte da und dort gerade noch Betonbauten etwas farbiger gestalten. Auch als Wissenschaft passten sich Teile der Sozialen Arbeit postmodern und systemkonform an, statt eigene Ansätze weiter zu kultivieren. Gut argumentiert, wer Luhmann zitiert! So lassen sich noch keine Zuschreibungen der Minderwertigkeit überwinden. Das gilt ebenso für imposante empirisch orientierte, computergestützte Nonsense-Korrelationen. Sie dienen der Unverbindlichkeit. Neo-positivistische Ansätze sind keine Alternative, um normativ überladene zu ersetzen. Die Soziale Arbeit tut gut daran, an ihre kritische Tradition anzuknüpfen und ihre sozialwissenschaftlichen Grundlagen theoretisch und methodisch zu fundieren.

Vor hundert Jahren kooperierte die Soziale Arbeit im rasant wachsenden Chicago mit den sich institutionell etablierenden Gesellschaftswissenschaften. Es galt, brisante Probleme zu bewältigen. So entstanden interdisziplinär angelegte (Forschungs-)Projekte, die sich mit dem sozialen Wandel, der Migration, der Stadtentwicklung und abweichendem Verhalten befassten. Die Diskurse verknüpften Theorie und Praxis, ebenso die quantitative und qualitative Sozialforschung. Originelle methodische Zugänge entstanden aus spezifischen Problemlagen. Saul Alinsky initiierte Bürgerrechtsbewegungen, setzte sich für die Slumbevölkerung und für mexikanische MigrantInnen ein. Immer wieder inhaftiert, publizierte er 1946 (anstelle seiner Dissertation) das Buch „Anleitungen zum mächtig sein“. Das interpretative Paradigma gilt als forschungsleitendes Denkmodell der Chicagoer Schule. Es stützt sich auf den Symbolischen Interaktionismus und die Ethnomethodologie. Der Grundgedanke ist, „dass Menschen nicht starr nach kulturell etablierten Rollen, Normen, Symbolen, Bedeutungen handeln (normatives Paradigma), sondern jede soziale Interaktion selbst als interpretativer Prozess aufzufassen ist“ (Mayring 1999: 2).

Hermeneutischer Zugang

„B. kannte die Fakten, er hatte aber keine Ahnung von der Wirklichkeit.“ Das rein quantitative Denken ist brüchig geworden. Mayring (ebd.) kritisiert ein Denken, das sich den Menschen und Dingen primär nähert, indem es sie testet und vermisst, mit ihnen experimentiert und ihre statistische Repräsentanz überprüft, ohne den Gegenstand zu verstehen. Die standardisierten Instrumente las-

sen die „Versuchspersonen“ kaum zu Wort kommen. Sie versuchen Faktisches „wertfrei“ und „objektiv“ in Variablen zu fassen und kausal zu eruieren. Annahmen werden, naturwissenschaftlich orientiert, deduktiv aus Theorien abgeleitet und „überprüft“ bzw. falsifiziert. Die dominante quantitative Methodologie läuft dabei Gefahr, herrschaftliches Wissen zu reproduzieren.

Alles, was Menschen hervorbringen, ist mit individuellen (Be-)Deutungen verbunden. Gelingt es, dem subjektiv gemeinten Sinn auf die Spur zu kommen, öffnen sich Welten. Die qualitative Sozialforschung verdankt wichtige Impulse der Chicagoer Schule, die Lebensverläufe interdisziplinär erforschte. Die biografischen Ansätze kultivieren das kommunikative Verstehen zwischen Forschenden und Beforschten. Narrative Interviews und der Einbezug vielfältiger Dokumente fördern den selbstreflexiven Lernprozess aller Beteiligten. Qualitative Ansätze erhellen die Subjekte in ihrer alltäglichen Umgebung. Bei der Sicht von Betroffenen interessiert das gesellschaftliche Umfeld. Interpretation basiert darauf, dass vorurteilsfreie Forschung nie ganz möglich ist. Kritische Gesellschaftstheorie verlangt Transparenz über das eigene (Vor-)Verständnis. Sie bezieht gesellschaftliche Kontexte dialektisch ein und reflektiert die Dynamik sozialer Praxis. „Was macht der Mensch aus dem, was die Verhältnisse aus ihm gemacht haben?“, fragte der Existenzphilosoph Jean-Paul Sartre nicht als Erster.

Erklären und verstehen

Der wirtschaftliche Aufschwung trug nach dem Zweiten Weltkrieg dazu bei, mathematisch-statistische Verfahren der empirischen Sozialforschung zu favorisieren. Davon zeugt das Primat des standardisierten Fragebogens und der repräsentativen Stichprobe. Die Welt scheint so vom Schreibtisch aus analysierbar zu sein. Hermeneutische Ansätze eignen sich indes, Motivationen und Biografiebrüche zu ergründen. Dabei ist die sinnliche Wahrnehmung zentral. Persönliche Gespräche und präzise Beobachtungen helfen, Probleme zu explorieren. Vertiefende Interviews sind dabei sorgfältig zu reinterpretieren und kommunikativ zu validieren. Zur praxisorientierten Sozialforschung gehören im weiteren Sinne auch Methoden der Sozialrecherche. Günter Wallraff hat mit seinen Industriereportagen viel erhellt. Damit plädiere ich für keine Freistil-Intuition. Ich will auch keinem beliebigen Methodenpluralismus das Wort reden. Vielmehr gilt es, qualitative und quantitative Ansätze miteinander zu verknüpfen. Die basisnahe Soziale Arbeit verfügt über besondere „Standortvorteile“, wenn es darum geht, das wahrzunehmen, was sich hinter Zahlen verbirgt. Der Bildschirm und die Datenbank sind kein Ersatz für das Gespräch.

Quantitatives und qualitatives Vorgehen haben laut Pierre Bourdieu (1997: 780) eine Gemeinsamkeit. Beide vollziehen sich im Rahmen gesellschaftlicher Struk-

turen. Bourdieu wendet sich gegen die traditionelle Diltheysche Unterscheidung von Verstehen und Erklären. Beide Zugänge bilden eine Einheit. Die Prozesse der sozialen Differenzierung führen zu komplexen Strukturen. Sie prägen das berufliche Handeln und erfordern eine wissenschaftliche Fundierung. Externe Faktoren beeinflussen die Denk- und Handlungsmuster bzw. den Habitus eines Menschen. Damit sind die sozialen Strukturen der Subjektivität gemeint. Der Lebensstil folgt – mit feinen Unterschieden – dem sozialen Rang. Bourdieu orientiert sich an der Marx'schen Tradition, nach welcher das Sein auch das Bewusstsein bestimmt. Der positivistische Traum von der perfekten epistemologischen Unschuld ignoriert nach seinem Verständnis die Tatsache, dass der wesentliche Unterschied nicht zwischen einer Wissenschaft, die eine Konstruktion vollzieht, und einer, die das nicht tut, besteht, sondern zwischen einer, die es tut, ohne es zu wissen, und einer, die darum weiss und sich deshalb bemüht, ihre unvermeidbaren Konstruktionsakte und die Effekte, die diese ebenso unvermeidbar hervorbringen, möglichst umfassend zu kennen und zu kontrollieren.

Oben und unten

In wichtigen Arbeitsfeldern der Sozialen Arbeit verlagert sich der Fokus von der gesellschaftlichen Dynamik zur individuellen. Die ältere Konfliktforschung betonte beispielsweise strukturelle Ursachen der Gewalt. Neuere Ansätze konzentrieren sich mehr darauf, Konflikt dynamiken zu dekonstruieren. Sie verabschieden frühere Konzepte der Verteilungsgerechtigkeit und vertreten einen radikalen Konstruktivismus, der das Relative stark betont. Die Kritik der Kritischen Theorie will „normativ aufgeladene“ Begriffe „von emanzipatorischen Inhalten befreien“. Sie interessiert sich mehr für die situative Dynamik der Gewalt, denn für Ursachen (Fischer/Sahm 2005: 49ff.). Damit gerät auch das soziale Engagement aus dem Blick, das laut Bourdieu kein Widerspruch zum wissenschaftlichen Arbeiten und zur „reflexartigen Reflexivität“ zu sein braucht. Das Besondere eines Standpunktes besteht darin, ein Standpunkt in Bezug auf einen andern Standpunkt zu sein. Er erlaubt den Forschenden, den eigenen Standpunkt im Forschungsfeld kritisch zu betrachten.

Ein Diskurswandel ist auch bei der sozialen Ungleichheit feststellbar. Es geht dabei um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Was einst als Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung diskutiert wurde, wird heute im sozialen Mainstream nur noch selten thematisiert. Der Blick verlagert sich von der vertikalen Ebene (oben und unten) zur horizontalen. (Geissler 2002: 537) Modelle sozialer Milieus betonen die Lebensauffassung, den Lebensstil und die Wertorientierung. Die Lagen- und Milieuanalysen weisen auf wichtige Differenzierungen hin. Sie vernachlässigen

aber die gesellschaftlichen Gegensätze, an der sich eine Kritische Soziale Arbeit orientiert, die widerständig konstruktiv ist.

Literatur

- Bourdieu Pierre (1997): Das Elend der Welt, UVK, Konstanz
- Fischer Sabine, Sahn Astrid (2005): Friedensforschung und Normativität: Positionen der jüngeren Generationen, in: Egbert Jahn, Sabine Fischer, Astrid Sahn (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens, Bd. 2, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 49–73
- Geissler Rainer (2002): Facetten der modernen Sozialstruktur – Modelle und Kontroversen, in: Victoria Jäggi, Ueli Mäder, Katja Windisch: Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel, Peter Lang, Bern 537–553
- Hochstrasser Franz (1995): Konsumismus und Soziale Arbeit, Haupt, Bern
- Mäder Ueli (2005): Exklusion – die neue soziale Frage, in: Widerspruch, Nr.49, 25. Jg., Zürich, S. 95–105
- Mäder Ueli (1999): Für eine solidarische Gesellschaft, Rotpunktverlag, Zürich
- Uwe Flick (2000): Qualitative Forschung, Ein Handbuch. Rowohlt, Hamburg
- Mayring Philipp (1999): Einführung in die qualitative Sozialforschung, Beltz, Weinheim
- Schnurr Stefan (2005): Managerielle Deprofessionalisierung? neue praxis, Heft 3, 35. Jg., S. 238–243
- Staub Bernasconi Silvia (2005): Fast-Food-Variante der Sozialen Arbeit, in: Zebratl, Nr. 5, S. 4–6
- Staub Bernasconi Silvia (2003): Soziale Arbeit, in: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin: Wörterbuch der Sozialpolitik, Rotpunktverlag, Zürich, S. 277–279

*Prof. Dr. Ueli Mäder, Institut für Soziologie, Universität Basel,
Petersgraben 27, 4051 Basel, Schweiz
E-mail: www.unibas.ch/soziologie*

Redaktion Widersprüche

Aus Anlass des Heftes 100: ein Blick auf einige methodologische und theoretische Widersprüche in der Redaktion

Eine kritische Soziale Arbeit müsse die Frage stellen, so schließt Susanne Maurer ihren Beitrag für das vorliegende Heft 100 der WIDERSPRÜCHE, „wie Machttechniken und -strukturen anders ausgestaltet werden können“. Mit dem Editorial am Anfang dieses „Jubiläumsheftes“ haben wir als Redaktion in diesem Sinne eine Vergewisserung bezüglich des gesellschaftlichen Kontextes versucht, in welchem die Frage steht, mit der sich alle beteiligten Autorinnen und Autoren beschäftigt haben: „Was ist kritische Soziale Arbeit und was ist sie nicht?“. Vier Prinzipien kennzeichnen die aktuelle Gestaltungsformen des Sozialen: grundlegend veränderte politische Regulationsweisen, aktivierungspädagogische Strategien, Prozesse der Ökonomisierung Sozialer Arbeit und eine zunehmend arbeitsmarktbezogene Funktionalisierung ihrer Unterstützungsleistungen, so unsere Ausgangsdiagnose. In diesem Gewebe stellt sich einer kritischen Sozialen Arbeit die Aufgabe, sich so weit als möglich flügge zu machen im Gefüge der Macht. Als Aufgabe einer kritischen Sozialen Arbeit bestimmt Stephen Webb deshalb im Anschluss an Gilles Deleuze und Michel Foucault, nach Möglichkeiten zu suchen, wie das momentan Unsichtbare wieder sichtbar gemacht werden kann.

Auf die aktuell hegemonialen Denkweisen, die sich zwischen diesen vier herrschenden Strukturierungsprinzipien aufspannen, nehmen die Autorinnen und Autoren dieses Heftes zwar unterschiedlich Bezug, zugleich sind sie sich in ihrer Diagnose jedoch aber verblüffend einig: die neoliberal inspirierten Transformationsprozesse des Sozialen seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts haben bestehende menschliche Notlagen weiter verschärft und dazu geführt, dass die „gesellschaftlichen Gegensätze“ nicht nur aus dem Blick geraten, sondern zu privaten Lebensstilfragen umformuliert werden, wie beispielsweise Ueli Mäder notiert. Die bis dahin gültige wohlfahrtsstaatliche Vereinbarung erweist sich als

immer brüchiger. Die Skandalisierung und möglichst weitgehende Verhinderung dieser sozialstrukturellen Verwerfungen müssten daher den/einen Ausgangspunkt für das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit darstellen. Eine solche „nicht-unterdrückende“ Soziale Arbeit, wie sie Ute Straub im Sinne der britischen Anti-Oppressive-Social-Work fordert, solle zumindest verhindern, so könnte man auch mit Kurt Bader zusammenfassen, dass es nicht „noch schlimmer“ wird. Nicht einfach so mitmachen angesichts der „konkreten Ausgrenzungsmechanismen und Ausbeutungsverhältnisse“ (Martin Dörrlamm), ist daher auch für Erdmann Prömmel konstitutives Handlungsprinzip für einer kritischen Sozialen Arbeit.

Die zeitdiagnostischen Hinweise scheinen eindeutig, und die Notwendigkeit eines Projektes kritischer Sozialer Arbeit einsichtig. Allerdings machen die Beiträge des vorliegenden Heftes 100 auch deutlich, dass mindestens an zwei Stellen Uneinigkeit darüber herrscht, wie die Frage nach der Konzipierung und Formierung einer kritischen Sozialen Arbeit beantwortet werden kann. Kann Soziale Arbeit angesichts ihrer Rolle als Vermittlerin zu den in der Herrschaftsstruktur schwächsten Gesellschaftsmitgliedern eine „quasi organische Rückbindung“ ihrer Arbeit in die Gesellschaft hinein leisten, wie Eberhard Mannschatz schreibt? Liegen die Ursachen sozialer Verwerfungen ebenso wie die politischen Einflussmöglichkeiten somit prinzipiell außerhalb des direkten Handlungsbereiches Sozialer Arbeit, wie auch die Hinweise auf die immensen Mittelstreichungen nahe legen, die Rolf Schwendter ebenso hervorhebt wie Ulrike Urban und Peter Schruth? Oder sieht sich nicht nur die Soziale Arbeit, sondern auch das Projekt einer kritischen Sozialen Arbeit damit konfrontiert, dass kein „außerhalb von Macht- und Herrschaftsrelationen“ zu finden ist, wie Catrin Heite und Tino Plümecke formulieren, und ihr daher lediglich der Ort „dissidenter Partizipation“ im Diesseits der Machtverhältnisse bleibt (vgl. Hark 2005)?

Damit werden zwei methodologische und theorie-konzeptionelle Fragen aufgeworfen, die unseres Erachtens für die weiteren Auseinandersetzungen um eine kritische Soziale Arbeit von entscheidender Bedeutung sind: Erstens die Frage nach dem so genannten *Theorie-Praxis-Verhältnis* und zweitens die Frage nach der *Normativität*. Oder anders formuliert: Zum einen die Frage nach den Möglichkeiten einer kritischen Theorie Sozialer Arbeit und ihren Bezügen in und auf sozialpädagogische Handlungsvollzüge und zum anderen die Frage nach den Möglichkeiten einer eindeutigen (Sprecher)Position zur Kritik des Bestehenden.

Beide Fragen diskutieren wir seit einigen Jahren in der Redaktion der WIDERSPRÜCHE durchaus kontrovers. Die zentralen Positionen in dieser bisher redaktionsintern geführten Debatte wollen wir im folgenden „Nachwort“ einmal öffentlich skizzieren. Die Grundlinien unserer Auseinandersetzung damit auch über die Redaktion hinaus zugänglich zu machen, erscheint uns sinnvoll, weil sie

sowohl für die in den letzten Jahren geführten Diskussionen um das Projekt einer kritischen Sozialwissenschaft als auch für die damit verbundenen Projekte der Gesellschaftskritik insgesamt symptomatisch sind. Wir stellen dazu klassisch ideologiekritische und machtanalytische Positionen gegenüber, um zugleich mögliche Bezugspunkte zwischen diesen beiden Perspektiven zu markieren. Eine solche Gegenüberstellung ist idealtypisch und muss daher manche Binnendifferenzierung der einzelnen Positionen, die keineswegs einheitlich sind, vernachlässigen. Außerdem steht eine solche Vorgehensweise in der Gefahr, eine Zerteilung entlang erkenntnistheoretischer Konfliktlinien in unserer Redaktionsgruppe zu suggerieren, die der vorliegenden Vielfalt von Deutungsmustern keineswegs gerecht wird. Dennoch haben wir uns für diese Vorgehensweise entschieden, um zentrale Konfliktlinien beleuchten zu können, entlang derer aktuell um das Projekt einer kritischen Gesellschaftspolitik und Gesellschaftstheorie gefochten wird.

Noch bis in die 1970er/80er Jahre hinein wurden die Debatten um eine kritische Sozialwissenschaft und emanzipatorische Projekte wie das einer Sozialarbeiterbewegung oder einer solidarischen Professionalität von Analysen in der Tradition der Marx'schen Kritik der politischen Ökonomie und verschiedenen Formen der Kritischen Theorie dominiert. Sowohl das Projekt einer Kritischen Erziehungswissenschaft als auch Initiativen, wie der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit (AKS) oder eben die WIDERSPRÜCHE nahmen damals – zwar zum Teil sehr unterschiedlich, aber dennoch selbstverständlich – Anschluss an das Projekt einer marxistischen Gesellschaftstheorie. Zeitgleich wurden allerdings schon in diesen Jahren Einwände gegen einige grundlegende Deutungsmuster der vorherrschenden marxistischen Gesellschaftstheorien formuliert. Diese Kritik kam zumeist „aus den eigenen Reihen“: von Neo-Marxisten – vor allem italienisch- und französischsprachige Autoren, wie Michel Aglietta, Pierre Bourdieu, Antonio Negri oder Nicos Poulantzas – oder von marxistisch inspirierten Autorinnen und Autoren: postmarxistischen Denkern, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, postkolonialistischen Positionen, wie sie unter anderem Stuart Hall oder Edward Said vertreten, und poststrukturalistischen Denkern, wie Jacques Derrida, Michel Foucault, Judith Butler oder Bruno Latour. Zweifelhaft erschienen vor allem den letztgenannten Autorinnen und Autoren zwei zentrale Annahmen marxistischer Weltbilder: einerseits die Unterstellung eines teleologischen Geschichtsbildes, das heißt der Glaube an ein bestimmtes Ziel, auf das die menschliche Geschichte zulaufe, und andererseits die Möglichkeit einer kontextübergreifenden „Kraft der Wahrheit“ (Alex Demirovic), das heißt der Anspruch einer geschichts- und kontextübergreifenden Gesellschaftstheorie.

Motivation für diese kritischen Einwände waren insofern – erstens – die Anfechtung der dominant gewordenen marxistischen Erklärungsmodelle durch eine jüngere Generation gesellschaftskritischer Denker; zweitens die Auseinandersetzung

zung mit der politischen Situation in den so genannten „real-sozialistischen“ Staaten Osteuropas und den damit verbundenen Verwertungsstrategien marxistischer Theorieelemente, wie sie insbesondere in den Kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens geführt wurde; drittens die Erfahrung der immensen Adaptionsfähigkeit nicht weniger Positionen, die man als konstitutiv gesellschaftskritisch angesehen hatte – eine Entwicklung, die sich gerade im Feld Sozialer Arbeit mit Blick auf die hegemoniale Etablierung ehemals emanzipatorischer Forderungen, wie denen nach „Partizipation“ oder „Selbstbestimmung“, zeigt; und schließlich viertens die Einsicht, dass es mit der selbstverständlichen anti-staatlichen und gegenmächtigen Position der beförderten emanzipatorischen Projekte, wie so mancher Bürgerinitiative, der Gemeinwesenarbeit oder der Selbsthilfebewegung keineswegs so weit her ist, wie angenommen. Vielmehr sahen sie sich die Protagonisten mit der immensen Adaptionsfähigkeit des „neuen Kapitalismus“ konfrontiert (Boltanski/Chiapello 2003) und zugleich mussten sie sich immer häufiger Vorwürfen, wie dem der „Mittäterschaft“, aussetzen, wie ihn beispielsweise Christina Thürmer-Rohr an die Frauenbewegung richtete.

Welche Folgerungen sind aus diesen historischen Entwicklungen für die Zukunft einer kritischen Sozialwissenschaft zu ziehen? Ist das Projekt einer kritischen Gesellschaftstheorie, die Möglichkeiten eines historischen Prozesses der Emanzipation, wie Max Horkheimer in seiner Grundlegung des Projektes einer Kritischen Theorie schreibt, hinfällig oder doch erneut zur Geltung zu bringen? Oder kann das Projekt einer kritischen Theorie gar nicht mehr den Anspruch formulieren, einen zukünftigen „vernünftigen Zustand“ auszubuchstabieren? Was hieße das dann für ein Projekt einer kritischen sozialen Praxis, beispielsweise in Form einer kritischen Sozialen Arbeit?

Vor allem in zwei zentralen Punkten zeigen sich hier Unterschiede zwischen ideologiekritischen Analysen in der Tradition von Karl Marx und der Kritischen Theorie auf der einen Seite und den vor allem von Michel Foucault inspirierten Machtanalysen und Studien zur Gouvernamentalität auf der anderen Seite. Ideologiekritische Analysen beziehen sich auf eine „materielle Basis“ intersubjektiver Lebensformen. Diese seien durch Kämpfe um Anerkennungs- und Arbeitsverhältnisse geprägt. Vor diesem Hintergrund gelte es, nicht nur alltäglich wirksame Orientierungen als entsprechende „Erscheinungen“ dieser Lebensformen zu kritisieren. Auch sozialwissenschaftliche Theorien müssten bezüglich ihrer Parteinahme im Rahmen dieser Kämpfe überprüft werden. Demnach kann es der ideologiekritischen Position zufolge keine „neutralen“ Theorien geben. Zudem lasse, wie Terry Eagleton für die ideologiekritische Position hervorhebt, der gegenüber dem „geräumigeren Diskursbegriff“ des Foucaultschen Historismus schärfere Ideologiebegriff noch eine Differenzierung von relevanten und irrelevanten gesellschaftlichen Machtkämpfen zu. Im Vergleich dazu ist der

Anspruch machtanalytischer Zugänge deutlich zurückhaltender. Im kritischen Anschluss an das Webersche Modell einer „Wirklichkeitswissenschaft“ wollen diese Regelmäßigkeiten des Sichtbaren und Sagbaren verdeutlichen. Keineswegs jedoch ziele die süffisante Aufforderung Foucaults, einen „fröhlichen Positivismus“ zu betreiben, auf eine tatsächliche und substanzielle Trennung von Wert und Wertfreiheit, wie dies Theodor W. Adorno im Positivismusstreit den Popperianischen Positivismen zu Recht vorgehalten habe. Vielmehr gehe es der machtanalytischen Perspektive darum, zu realisieren, dass kritisch-sozialwissenschaftliche Studien und die damit verbundenen gesellschaftlichen Projekte, etwa die Soziale Arbeit, historische Projekte darstellen. Demnach stelle auch der Humanismus als normative Bezugsgröße der Kritischen Theorie eine spezifische Denkweise und keine letztgültige Wahrheit dar. Der Humanismus selbst sei in diesem Sinne eine Ideologie. Nun bedeute diese zwar keineswegs, dass zivilisatorische Entwicklungen, die unter dem Verdikt des Humanismus erkämpft und durchgesetzt wurden, deshalb abzulehnen wären. So gebe es sehr gute Gründe beispielsweise die aktuellen Gemeinschafts- und Communityprogramme skeptisch daraufhin zu befragen, ob sie nicht weit hinter den grundrechtlich gesicherten Status liberaler Gesellschaftsformationen zurückfallen, ohne diese als den Status quo unhinterfragt zu akzeptieren. Aus machtanalytischer Sichtweise erscheint die Legitimation derartiger Einwände mit Verweis auf eine Beeinträchtigung subjektiver Selbstbestimmung, wie dies aus ideologiekritischer Sicht immer wieder geschieht, unzureichend. Denn solchen subjekttheoretischen Begründungsmustern fehle die analytische Schärfe, um Phänomene zu erfassen, wie die Verwendung scheinbar eindeutig humanistischen Vokabulars und entsprechender Konzeptionen durch aktuell einflussreiche „anti-humanistische Konzeptionen“ – beispielsweise radikale Privatisierungsstrategien. So berechtigt der Hinweis auf eine Beschränkung subjektiver Entfaltungsmöglichkeiten sei, so uneindeutig und differenzierungsschwach sei er angesichts neo-liberaler Hegemonie. Doch eben diese Eindeutigkeit und Differenzierungsschärfe sei für aktuell mögliche gesellschaftskritische Projekte von grundlegender Bedeutung. Für eine solche explizite und situativ klar markierbare politische Positionierung sei eine Analyse der politischen Rationalitäten historisch-spezifischer Wirklichkeit daher sehr viel hilfreicher als der Verweis auf mögliche Potenziale subjektiver Selbstführung. Denn jene könne politischen Positionen Deutungsmaterial zur Entwicklung von Ver vielfältigungs- und Subversionsstrategien gegenüber den hegemonialen Selbstführungsprogrammen an die Hand geben.

Im Unterschied zum ideologiekritischen Denken beharrt die machtanalytische Analyse daher auf einer nur kontextbezogenen Geltung von Analysen. Damit entzieht sie sich aber keineswegs politischen Kämpfen, wie ihnen immer wieder unterstellt wird. Vielmehr verweisen machtanalytische Positionen immer wieder auf die Beschränktheit ihrer Deutungsmacht und zugleich problematisieren sie

damit die Einflussmächtigkeit wissenschaftlicher Deutungshoheit in der „Moderne“. Insofern kann es mit machtanalytischen Untersuchungen nicht darum gehen, tatsächlich neutrale Positionen zu beanspruchen. Notwendig ist vielmehr, dass sich die Rezipienten ihrer Deutungsangebote selbst ins Verhältnis zur beschriebenen Geschichte der Gegenwart stellen. Damit wäre, so sind diese Vorgehensweisen überzeugt, ein weit demokratischeres Verhältnis zwischen denjenigen, die solche Analysen betreiben, und den anderen gesellschaftlichen Gruppen etabliert als im Rahmen avantgardistischer Konzepte, wie sie in Teilen der Kritischen Theorie vertreten werden.

Kritik im Sinne einer in Bezug auf die Macht- und Herrschaftsverhältnisse relevanten Analyse des Bestehenden kann sich – machtanalytischen Positionen zufolge – somit „erst“ im konkreten politischen Kampf herstellen. Dieser Hinweis sollte nun nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich machtanalytische Rekonstruktionen außerhalb solcher Kämpfe stellen wollten. Vielmehr soll gerade auf die wirkmächtigen Reproduktionsprozesse des so genannten Macht-Wissens-Komplex aufmerksam gemacht werden. Im Feld der Wissenschaften sind das beispielsweise die Auseinandersetzungen um wissenschaftliche Deutungshoheit, relevante Forschungsthemen oder die Gestaltung von Studienstrukturen – in den Feldern Sozialer Arbeit unter anderem diejenigen um die präferierte Handlungskonzeption, die gewählten Management- bzw. Leitungsstrukturen oder um den Grad der Betroffenenbeteiligung. Der oder die machtanalytisch geschulte DenkerIn ist in solchen Auseinandersetzungen politische(r) AktivistIn. Die aus der Machtanalyse gewonnenen Deutungen können dazu allerdings relevante Hinweise liefern, so der gesellschaftskritische Anspruch machtanalytischer Vorgehensweisen. Kritik kann aus machtanalytischer Perspektive somit nur das Bemühen meinen, flügel zu werden *im* Gefüge der Macht.

Damit handelt sich die machtanalytische Position jedoch das Problem ein, so wenden ideologiekritische Positionen ein, wie sie für sich beanspruchen kann, „historisch angemessen“ zu sein. Denn mit der Formulierung eines Kriteriums, an dem sich prüfen ließe, was die aktuelle Grundbewegung unserer Geschichte sei, wäre eine Wahrheitsregel aufgestellt, die – im Gegensatz zur Ideologiekritik in der Tradition von Marx und Kritischer Theorie – ja abgelehnt wird. Von daher versuchen machtanalytische Studien in ihrer Konzentration auf das „Wie der Macht“, eine Antwort auf die Frage zu umgehen, *wieso* heterogene Formen von „Wissen“, „Kräften“ und „Beziehungen“ sich zu einheitlichen Formen von „Macht“ und entsprechenden „Arrangements des Sozialen“ integrieren. Sie stehen damit jedoch immer noch vor dem Problem, wie sie sich bei ihren Analysen, die programmatisch immer wieder die Kontingenz und historische Einzigartigkeit von Begriffsfeldern hervorheben, auf einen formalen Begriff der Macht stützen können, der damit nur allzu schnell der Gefahr unterliegt, zu einem unhistorischen zu werden.

Ein ähnliches Problem ergibt sich, so ein weiterer ideologiekritischer Einwände, auch für den Regierungsbegriff der in jüngster Zeit vorgelegten Studien zur Gouvernamentalität. Stärker in der Tradition von Marx stehende Kritiken monieren darüber hinaus, dass diese Analysen eine „Ökonomisierung“ zu analysieren beanspruchen, für die sie eigentlich keine Begriffe besitzen. Und zudem wird aus ideologiekritischer Perspektive der Vorwurf erhoben, dass wenn „die Macht“ als der „Stoff“ betrachtet wird, der die intersubjektive, soziale Welt der Menschen konstituiert und der sich – nach dem Entstehen staatlich verfasster Gesellschaften – als „Regierung“ äußert, jede Sozialisation, jede Erziehung und jede Bildung, eben alles „Regierung“ ist. Hiermit ist dann auch der zweite zentrale Dissens zwischen ideologiekritischer und machtanalytischer Perspektive markiert.

Aus der Perspektive der Studien zur Gouvernamentalität wird demgegenüber eingewandt, dass ihr Regierungsbegriff sich gerade nicht auf eine Repressionsfunktion reduziere. Fremdführung impliziere keineswegs zwangsläufig eine negative Beeinflussung menschlicher Interessen. Denn das würde bedeuten, diese lägen (teil)kollektiven Interessen dichotom gegenüber, was ja auch aus ideologiekritischer Perspektive eine höchst fragwürdige Annahme sei. Ideologiekritische Analysen griffen an diesem Punkt jedoch zu kurz, da sie zu wenig in den Blick bekämen, dass gerade eine politische Regulierung, die auf die individuelle Freiheit setzt, im konzeptionellen Gewand eines Neo-Liberalismus seit einigen Jahren gerade durch die Freisetzung der Einzelnen erfolgreich die kapitalistischen Produktions-, Akkumulations-, Reproduktions- und Konsumptionsformationen sichere. Analytisch fruchtbarer sei es in diesem Zusammenhang auf ein Freiheitskonzept zurückzugreifen, das Freiheit „in ihrer vollen und positiven Form (als ...) eine Macht (bestimmt), die man in der Macht über die anderen über sich selber ausübt“ (Foucault 2000: 106).

Zudem mache Michel Foucault bereits deutlich, dass die Macht nicht allgegenwärtig ist, „weil sie alles umfaßt, sondern weil sie von überall kommt“ (Foucault 1999: 114). Von Seiten der Tradition Kritischer Theorie, die sich auf eine Lesart von Karl Marx und Ernst Bloch beziehen, wie sie programmatisch – gerade auch für das SB, als Herausgeber der WIDERSPRÜCHE – von Oskar Negt und Alexander Kluge entwickelt wurde, ist diese Foucaultsche Erkenntnis, das Macht – und erst recht Regierung – nicht „alles umfaßt“ (s.o.) ein wichtiger Anknüpfungspunkt.

In den Studien zu einer Gouvernamentalität der Gegenwart – so der Vorwurf – würden aber in ihrer Konzentration auf „Regierung“ Dimensionen von Ungleichzeitigkeit und gegenüber jeglicher Akkumulation resistente gesellschaftlich historische (Arbeits-)Vermögen notwendigerweise übersehen. Als sich selbst Regulierende könnten solche Vermögen zwar verhindert, unter Umständen auch

gefördert, letztlich aber nicht regiert werden. Denn von sich selbst oder jemand anderem zu fordern, kreativer oder spontaner zu sein, bewirke bekanntermaßen eher das Gegenteil. Gerade jene Formen lebendigen Wissens, welche heute zur Hauptquelle von Wert und Profit werden, setzen sich dieser Analyse zufolge aus solchen generell nicht akkumulierbaren Eigenschaften wie Spontaneität und Sensibilität sowie kooperativen und mimetischen Vermögen zusammen. Hierin zeige sich heute am deutlichsten der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Da solche (Arbeits-)Vermögen nur selbstreguliert aus der Unmittelbarkeit von Beziehungsverhältnissen entstünden (sowohl im Binnenverhältnis einer Person, wo assoziativ beispielsweise eine neue Idee Gestalt gewinnt, als auch im mimetischen Beziehungsverhältnis zu Objekten der äußeren (zweiten) Natur), entzögen sie sich jeglicher Selbst- wie Fremdregierung und markierten so ein zentrales gesellschaftsveränderndes Potenzial.

Damit, so argumentieren entsprechende ideologiekritische Konzeptionen weiter, werde theoretisch und analytisch an einem „Modus von Subjektivität“ (Michael Winkler) festgehalten, den Karl Marx in seinen Frühschriften als „Subjektivität gegenständlicher Wesenskräfte“ (MEW Bd. 40: 577) bezeichnet hat. Dieser unterscheide sich deutlich von dem im Subjektbegriff „als Wirklichkeit des modernen Menschen Gedachten“ (Winkler 1988: 98) und in den Studien zur Gouvernementalität als historisch-spezifische Subjektivierungsweisen Analysierten. Ähnliches gelte für den Begriff des „Sozialen“, wie er den ursprünglichen Konzepten einer Politik und Pädagogik des Sozialen zugrunde lag, die in der Redaktion der WIDERSPRÜCHE in den 1990er Jahren ausgearbeitet wurden. Auch dieser beanspruchte, sich nicht in den von den Studien zur Gouvernementalität untersuchten „Arrangements des Sozialen“ oder der Beleuchtung „neo-sozialer Macht-Wissens-Diskurse“ zu erschöpfen, sondern diese zu transzendieren. Wenn innerhalb der Redaktion damals vorgeschlagen wurde, Soziale Arbeit als „Arbeit am Sozialen“ zu fassen, so umfasse dies nicht nur eine Pädagogik des Sozialen, sondern auch eine Politik des Sozialen, als einen auf soziale Lebensinteressen bezogenen politischen Produktionsprozess. Ausgegangen wurde dabei davon, dass eine solche Arbeit ihren Anfangspunkt nimmt an elementaren Situationen, in denen Akteure in Sozialitäten beginnen, ihre menschlich gesellschaftlichen Vermögen zu verwirklichen, und so die unterdrückte und im Kapitalverhältnis verdrehte menschliche Sinnlichkeit als „Bildung am Sozialen und Bildung des Sozialen“ (Kunstreich/May 1999) zumindest momenthaft zu sich selbst kommt.

Das Soziale, das dabei gebildet wird, und an dem sich wiederum die Einzelnen als „wirkliche individuelle Gemeinwesen“ – wie Karl Marx (vgl. MEW Bd. 40: 539) sie nennt – bilden, wird hier als etwas Eigenständiges, ja, Eigensinniges begriffen, das sich weder auf psychische Prozesse in den Individuen reduzieren lässt, noch auf gesellschaftliche Strukturen. „Die wirklichen Beziehungen“ auf

die dieser Begriff des Sozialen zielt, „tauchen“ vielmehr – wie Oskar Negt und Alexander Kluge (1981: 78) dies im Anschluss an den Marx'schen Begriff der „Subjektivität gegenständlicher Wesenskräfte“ (MEW Bd. 40: 577) formuliert haben – „durch Ich und gesellschaftliches Ganzes (das als Produktionsprozess nur eine Vorstellung ist) hindurch“. Sie bilden aus den einzelnen im Menschen praktisch arbeitenden Eigenschaften ein „innere(s) Gemeinwesen, also eine Gesellschaft unterhalb der Person, die mit der Gesellschaft außerhalb der Person verkehrt“ (ebd.).

„Politik des Sozialen“ in dieser Weise als einen auf soziale Lebensinteressen bezogenen politischen Produktionsprozess zu begreifen, implizierte für die Redaktion damals vor allem, mitzuwirken an der Herstellung einer Öffentlichkeit als „primäre, an konkreten Erfahrungszusammenhängen der Menschen anknüpfende, aber auf kollektiv gesellschaftlichen Ausdruck individueller Interessen und Bedürfnisse gerichtete(n) Kommunikationsform“ (Negt 1977: 316). Dabei wurde davon ausgegangen, dass sich in wirklicher Erfahrung sich ein Produktionsvorgang ausdrückt, der nicht auf isolierte Individuen gestützt ist, sondern die Tätigkeit eines kollektiven gesellschaftlichen Gesamtsubjekts bezeichnet, in das alle Tätigkeiten der Auseinandersetzung mit der äußeren und inneren Natur hineingezogen werden.

Gerade gegenüber solchen Begriffen wie „wirkliche Erfahrung“, „wirkliche Beziehungen“, „Wesenskräfte“ melden machtanalytische Perspektiven jedoch erkenntniskritische Bedenken an. Statt einer Suche nach den „wahren Erkenntnissen“ und der damit nur allzu leicht verbundenen Substanzialisierung und Präjudizierung sozialer Zusammenhänge gehe es machtanalytischen Studien um eine Analyse der „Wahrheitsspiele“ selbst. Was wird wann als wahr erklärt? Wie stellen sich die Spielregeln dar, die zur unterstellten Unterscheidung „des Wahren und des Falschen“ dienen?

Einig ist sich die Redaktion in diesem Zusammenhang darin, dass sowohl solche Begriffe, wie „Macht“ oder „Regierung“ auf der einen Seite, als auch diejenigen der „wirklichen Erfahrungen“ und der „Subjektivität gegenständlicher Wesenskräfte“ auf der anderen Seite, nur als relationale Begriffsfelder Sinn ergeben?. Begriffe sind in diesem Sinne dezentrierte Markierungen. Sie zielen auf „blinde Flecke“, wie sie Slavoj Žižek nennt, das heißt schwer definierbare Punkte, von denen aus „das Objekt den Blick erwidert“ (Žižek 1997: 100). In diesem Sinne geht es sowohl den machtanalytischen wie auch den ideologiekritischen Analysen um nicht weniger als eine Realisierung der Einsicht in die Materialität des Seins. Allerdings stellt sich die Frage nach der analytischen Konzeption materialistischer Perspektiven. Wird ein Überschuss des „Objektiven“ angenommen oder Relationalität als radikal „diesseitige Realität“ angenommen? Ideologiekritische Positionen glauben an Ersteres, machtanalytische nehmen „nur“ das Letztere an.

Während machtanalytische Studien sich auf die Rekonstruktion von Regelmäßigkeiten sozialer Praktiken abheben, wie gezeigt wurde, zielen ideologiekritische Vorgehensweisen auf ein dialektisches Verhältnis. Demnach äußert sich die „Subjektivität gegenständlicher Wesenskräfte“ als „wirkliche Erfahrung“ im dialektischen Verhältnis einer aktiven Abarbeitung an einem mehr oder weniger unbekanntem Objekt der äußeren gesellschaftlichen „Natur“ (um dieses immer vollständiger anzueignen) und der menschlichen Verwirklichung der dabei über die Mimesis auf mehr oder weniger angemessene Weise ausgebildeten Wahrnehmungs- und Einwirkungsorgane. Als Werkzeuge der inneren „Natur“ werden diese damit gewissermaßen ebenfalls angeeignet.

Auch mit Bezug auf die von der Redaktion der WIDERSPRÜCHE formulierte Konzeption einer „Politik des Sozialen“ erscheinen dichotome Gegenüberstellungen von marxistischer Ideologiekritik und machtanalytischen Denkmustern nicht hilfreich. Denn der Redaktion der WIDERSPRÜCHE geht es mit ihrem Konzept einer „Politik des Sozialen“ um eine politische Strategie, um die Grundlinien eines radikal-alternativen Politikentwurfs zur herrschenden Sozialpolitik. Uneinigkeit herrscht allerdings darüber, ob die bestimmenden Kategorien einer „Politik des Sozialen“ oder einer „Sozialpolitik der Produzierenden“ politische Programmbegriffe sind, wie die machtanalytischen Positionen argumentieren oder zugleich analytische wie emphatische Begriffe darstellen. Aus ideologiekritischer Perspektive wird argumentiert, dass sich „Politik des Sozialen“ und die mit ihr verknüpfte Form von Öffentlichkeit aus elementaren Situationen zusammensetze, in denen die unterdrückte und im Kapitalverhältnis verdrehte menschliche Sinnlichkeit als „Sozialpolitik der Produzierenden“ entwickelt werden kann. Aus machtanalytischer Perspektive wird dagegen dafür plädiert, die Politik des Sozialen als gesellschaftspolitisches Programm zu verstehen, das mit hegemoniekritischen Studien korrespondiert, aber nicht mit diesen in eins falle.

Politik des Sozialen meint keine rein analytische und reflexive Begleitung von sozialen Prozessen – darin sind sich die Redaktionsmitglieder einig. Vielmehr beansprucht sie in diese aktiv einzugreifen. Insofern ist die „Politik des Sozialen“ und die „Sozialpolitik der Produzierenden“ ein praktisches Programm. Uneins ist die Redaktion aber, ob mit diesem Programm einer „Politik des Sozialen“ ein Projekt beschrieben ist, das Theorie, Analyse und Reflexion selbst als Teil jenes gesellschaftlich kollektiven Produktionsprozesses von Erfahrung versteht, oder eine „Politik des Sozialen“ nicht vielmehr einen Teil der politischen Aktion der Redaktionsmitglieder darstellt, die sich ansonsten in der Mehrzahl mit analytischen Rekonstruktionen der herrschenden Verhältnisse beschäftigen.

Die erste – eher ideologiekritisch-marxistisch ausgerichtete Gruppe der Redaktionsmitglieder – orientiert sich in ihrem Denken methodologisch an dem von Henri Lefèbvre entwickelten Konzept der „strategischen Hypothese“, oder an

Paolo Freires ganz ähnlich gelagertem Konzept einer „generativen Grammatik“. Entsprechend beansprucht ein solches methodisches Vorgehen nicht nur zwischen wirklichen Lebensverhältnissen und der Konkretisierung theoretischer Begriffe auf solche Situationen hin dialektisch vermitteln zu können, sondern damit zugleich auch zwischen den mit Widersprüchen in der Wirklichkeit hervortretenden Problemen und deren Lösung (= Dimension der Möglichkeit).

So beansprucht eine solche Sicht mit dem Entwurf einer „Politik des Sozialen“ an den mit Widersprüchen in der Wirklichkeit hervortretenden Problemen der Menschen anknüpfen zu können, die als Probleme – indem sie Antworten fordern und so zum Teil sogar auf Lösungen verweisen – eben auch Möglichkeiten eröffnen. Angestrebt wird also ein Prozess von Erfahrungsproduktion, der ausgehend von den Vorschlägen über das, was möglich ist, zurückkehrt zum nahen Wirklichen und versucht, die Kraftlinien und Tendenzen des Wirklichen bis zu jenem äußersten Möglichen zu verlängern. Und dies ist auch die Form, in der nach wie vor einige der Redaktionsmitglieder das mit der Kategorie „Politik des Sozialen“ implizierte praktische Programm durch ihre Analysen der Praxis seiner Verwirklichung entgegenzuführen trachten. Mit der Figur der „strategischen Hypothesen“ beanspruchen solche Positionen also deutlich mehr als machtanalytische: sie wollen eine Ebene freilegen, welche Georg Lukacs und Oskar Negt „objektive Möglichkeit“ genannt haben: „Im Unterschied zu bloß subjektiven Wunschvorstellungen“ gilt es somit zugleich den entsprechenden „Umkreis von Mitteln“ zu fokussieren, „die produziert werden und verfügbar sind, um emanzipatorische Ziele zu realisieren“ (Negt 1995: 206).

Eine vor diesem Hintergrund formulierte Kritik der durch Herrschaft blockierten „objektiven Möglichkeiten“ braucht sich dennoch nicht auf eine außer-geschichtliche Normativität berufen. Entsprechend wurde schon in klassisch marxistischen Analysen die gesellschaftliche Entwicklung danach kritisch beurteilt, ob ein entsprechendes soziales System zur „Fessel der Produktivkräfte“ geworden ist oder sogar die allgemein-menschlichen Lebensbedingungen bedroht, die der entsprechenden Analyse zufolge doch objektiv auch verbessert und erweitert werden könnten. Und auch dass die historisch häufig bloß zerstreut hergestellten, bzw. mehr oder weniger gewaltsam aufgetrennten und nur als entfremdete wieder zusammengefügten Lebenseigenschaften und Arbeitsvermögen der „Produzierenden“ niemals in ihrer Vollständigkeit realisiert worden sind, verweist auf solche „objektiven Möglichkeiten“.

Einer politischen Ökonomie der Arbeitskraft zufolge haben solche Vermögen jeweils ein anderes Schicksal erfahren:

- ▷ je nachdem ob sie vom Verwertungsprozess ergriffen und dadurch „treibhausmäßig gezüchtet“ (vgl. MEW Bd. 23: 381) wurden
- ▷ oder aber ob sie als aus diesem Herausgefallene verkümmert sind

▷ oder sogar unmittelbarer Unterdrückung unterlagen und sich deshalb in einer fast permanenten Ausweichbewegung befanden.

Vor dem Hintergrund eines solchen Verständnisses fokussiert die Kategorie der „Sozialpolitik der Produzierenden“ dann etwas, das ausgelassen wird, wenn diese Eigenschaften und Vermögen nur unter dem Aspekt ihrer tatsächlichen Funktion in der Geschichte gesehen werden. Sie zielt demgegenüber auf die Aneignung jener Geschichte, die als tote Arbeit vergangener Generationen in entsprechenden Dispositionen vergegenständlicht ist, um sie im Zusammenhang lebendiger Arbeit aufzuheben.

Demgegenüber ist von den jüngeren, stärker an Foucault orientierten Redaktionsmitgliedern moniert worden (vgl. z.B. Kessl 2005: 51), dass solche „Entwürfe, die sich explizit grundlegenden Veränderungsperspektiven gegenüber bestehenden Arrangements des Sozialen“ verschrieben, in der Gefahr stehen, lediglich mit „Plädoyers für eine Selbstführung“ (ebd.) zu enden. Denn wie und wo ist ein solcher „völlig selbstbestimmter Zustand“ denkbar? Den eher machtanalytisch positionierten Redaktionsmitgliedern scheint hier der Hinweis, den der bereits zitierte Michael Winkler achtzehn Jahre nach seiner *Theorie der Sozialpädagogik* kürzlich mit Bezug auf das Konzept der Subjektivität formuliert hat, überzeugender als selbstführungsidealistische Plädoyers: „Wer Erziehung wirklich denken will, muss sich erinnern, dass ihr Problem in einer eigenartigen Struktur besteht, Subjekt und Subjektivität haben diese als Begriff und in der Sache schon hinter sich gelassen“ (Winkler 2006: 119f.). Der „Modus der Subjektivität“, von dem Winkler in seiner Theorie Ende der 1980er Jahre noch spricht, ist daher – so könnte man angesichts der jüngsten Arbeiten Winklers nun (re)formulieren – nicht im Sinne eines Entwicklungsmodells zu denken, das heißt einmal zu erreichen und nicht wieder zu verlieren. Vielmehr ist der Akteur dauerhaft einem „Modus der Differenz“ ausgesetzt, wie Michael Winkler den Zustand jenseits des Subjektivitätsmodus nennt, und damit permanenten und nicht abschließbaren Subjektivierungsprozessen.

Stärker an einer entsprechenden politischen Ökonomie der Arbeitskraft orientierte Redaktionsmitglieder halten hingegen an einem Unterschied zwischen jener zu Recht mit dem Begriff der „Selbstführung“ bezeichneten Wirklichkeit, wie sie mit dem neuzeitlichen „Begriff des Subjekts zugänglich und konstituiert“ (Winkler 1988: 98) wird, und einem „Modus von Subjektivität“, der am Marx’schen Begriff einer „Subjektivität gegenständlicher Wesenskräfte“ orientiert ist, fest. Zu letzteren gehören an herausgehobener Stelle jene sich jeglicher Fremd- wie Selbstführung entziehenden und deshalb letztlich auch pädagogisch nicht herstellbaren, ja nicht einmal akkumulierbaren Eigenschaften und (Arbeits-)Vermögen, wie Spontaneität, Kreativität und mimetische Vermögen.

Im Anschluss an subjekt- und erkenntniskritische Einsichten beharren machtanalytische Deutungsmuster darauf, dass gerade die pädagogischen Debatten einer

bemerkenswerten Hierarchisierung von Fremd- und Selbstführung unterliegen. Entsprechend konvergieren so unterschiedliche Positionen wie bildungstheoretisch-idealistische und antipädagogische darin, dass die Selbstsorge des Einzelnen das Ziel allen pädagogischen Handelns zu sein habe. Demgegenüber verweisen machtanalytische Rekonstruktionen darauf, dass ein solches Programm immer nur Programm geblieben ist, historisch niemals verwirklicht wurde, und gerade daher endlich die Einsicht in das unweigerliche Verstricktsein von Fremd- und Selbstführung klar und deutlich in Blick genommen werden muss.

Einig ist sich die Redaktion darin, dass auch eine „Politik und Pädagogik des Sozialen“ kein ganz anderes Außen markieren kann und deshalb sowohl ihr Verstricktsein in diese Dialektik von Selbst- und Fremdführung zu reflektieren, wie ihren politischen Anspruch in kontinuierlich skeptischer Analyse zu re-formulieren hat. Eine „Politik des Sozialen“ kann demnach konkrete Formen einer „Sozialpolitik der Produzierenden“ weder aus ihrer abstrakten Gesamtheit heraus erzeugen – auch nicht über noch so gewitzte Strategien eines „Empowerment“ – noch darf sie sich über solche noch nicht entfaltenen, durchaus unterschiedlich akzentuierten politischen Öffentlichkeiten stellen. Sie kann nur versuchen, in den konkreten Arbeits-, Lebens- und politischen Ausdrucksvermögen der Produzierenden „objektive Möglichkeiten“ auszumachen, und sich ausgehend von diesen immer wieder neu als „Politik des Sozialen“ zu entwerfen. Darin liegt jedoch zugleich auch die Chance, eine zu sehr etatistisch, funktionalistisch und institutionell orientierte (sozial-)politische Perspektive zu überwinden und zugleich die subjekttheoretische Idealismusgefahr zu vermeiden, den Einzelnen eine Autonomie der Selbstführung zuzuschreiben und damit diskursive Formierungen und institutionelle Diskriminierungen aus dem Blick zu verlieren.

Literatur

- Adorno, Theodor W. 1972: Einleitung. In: ders. et al: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. Darmstadt; Neuwied, S. 7–79.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve 2003: Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz.
- Demirovic, Alex 1995: Wahrheitspolitik. In: Weigel, Sigrid (Hg.): Flaschenpost und Postkarte. Korrespondenzen zwischen Kritischer Theorie und Poststrukturalismus. Wien et al, S. 91–116.
- Eagleton, Terry 2000: Ideologie: eine Einführung. Stuttgart; Weimar.
- Foucault, Michel 1999: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel 2000: Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2. Frankfurt a.M.
- Hark, Sabine 2005: Dissidente Partizipation: eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt a.M.
- Horkheimer, Max: Traditionelle und kritische Theorie. In: ders.: Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze (1937). Frankfurt a.M.; Hamburg 1970, S. 12–56.

- Kessl, Fabian 2005: Der Gebrauch der eigenen Kräfte: eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Weinheim; München.
- Kunstreich, Timm; May, Michael 1999: Soziale Arbeit als Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen. In: Widersprüche, 19. Jg., Heft 73, S. 35–52.
- Marx, Karl; Engels, Friedrich 1956ff.: Werke. Berlin.
- Negt, Oskar 1977: Keine Demokratie ohne Sozialismus. Über den Zusammenhang von Politik, Geschichte und Moral. Frankfurt a.M.
- Negt, Oskar 1995: Achtundsechzig: politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen.
- Negt, Oskar; Kluge, Alexander 1981: Geschichte und Eigensinn. 3 Bände. Frankfurt a.M.
- Thürmer-Rohr, Christina o.J.: Die unheilbare Pluralität der Welt – Von der Patriarchatskritik zur Totalitarismusforschung. (www.boell-bremen.de/dateien/1e904ffa2b6f4f9f3a31.doc, Stand: 3. Mai 2006).
- Winkler, Michael 1988: Eine Theorie der Sozialpädagogik. Stuttgart.
- Winkler, Michael 2006: Zur Kritik der Pädagogik: Der Sinn der Erziehung. Stuttgart.
- Zizek, Slavoj 1997: Pest der Phantasmen. Die Effizienz des Phantasmatischen in den neuen Medien. Wien.

Die Redaktion



David G. Gil

**Gegen Ungerechtigkeit
und Unterdrückung
Konzepte und Strategien
für Sozialarbeiter**

Impulse Werkstatt Fachhochschule
Band 15

2006, ISBN 3-89370-410-8, 198 Seiten
€ 20,40 / SFr 35,90

- Wie können Ungerechtigkeit und Unterdrückung verhindert und überwunden werden? Was bedeuten diese Begriffe, woher kommen die damit verbundenen inhumanen Bedingungen und welche Dynamiken entfalten sie? David G. Gil setzt sich mit diesen Fragen auf Basis seiner langjährigen Erfahrung in sozialen Bewegungen der USA sowie seiner Praxis und Lehre in der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik auseinander! Er beruft sich in seiner Analyse und seinen Thesen auf die zentralen Werte kritischer Sozialarbeit und bringt sie im wahrsten Sinne des Wortes zum Klingen: Gleichheit, Freiheit, Kooperation, Gemeinschaft und das Streben nach individueller wie sozialer Weiterentwicklung.
 - Die zentrale Perspektive des Buches liegt dabei auf den Konsequenzen seiner Analyse für die Praxis und Ausbildung der Sozialen Arbeit. Gils explizit politischer Anspruch zeigt sich beispielsweise in seiner These, dass kritische Professionelle ihren politischen Standpunkt offen vertreten müssen. Das bedeutet für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten, kritisches Bewusstsein zu befördern und zu bilden sowie aktiv in und für soziale Bewegungen tätig zu sein.
 - Die Stärke des Gilschen Ansatzes, Analyse und Handlungsoptionen miteinander zu verschränken, führt zu einem fast programmatischen Charakter seines Buches, der schon durch den Titel – „Gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung“ – betont wird. Unter anderem aufgrund dieses Unterschiedes zur deutschen Wissenschaftstradition, in der gewöhnlich Analyse und Handlungsempfehlung entkoppelt werden, ist dieses Buch eine große Bereicherung für den kritischen Diskurs hierzulande.
 - Seine Analyse der vielfältigen Dilemmata, Widersprüche und Konflikte Sozialer Arbeit und sein Angebot einer „kritisch-optimistischen“ Option für das eigene Handeln sind zugleich Angebot und Herausforderung an die Leserinnen und Leser.
- Das Buch richtet sich an Professionelle, Studierende und Aktivist:innen in den vielfältigen Feldern der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik.

Widersprüche

Eine Übersicht über alle noch lieferbaren Bände der Widersprüche unter www.widersprueche-zeitschrift.de und www.kleine-verlag.de

Lieferbar sind u. a.:

Heft 71: Biologisierung des Sozialen?
112 Seiten, € 11,00

Heft 72: Glücklose Arbeit – Arbeitsloses Glück. Zum gesellschaftlichen Diskurs über Arbeit und Arbeitslosigkeit
123 Seiten, € 11,00

Heft 73: Transversale Bildung – wider die Unbilden der Lerngesellschaft
120 Seiten, € 11,00

Heft 74: 1989 – 1999 – 2010:
Brüche und Reformperspektiven
198 Seiten, € 11,00

Heft 75: Der „Dritte Sektor“:
Modernisierung von Markt und Staat?
118 Seiten, € 11,00

Heft 76: Zivilgesellschaft von oben.
Regulation der Kooperation
118 Seiten, € 11,00

Heft 77: Der kontraktuelle Sozialstaat –
Herrschaft des Managements?
Ende der Profession?
112 Seiten, € 11,00

Heft 79: Alles im Griff. Prävention als
Sozialtechnologie
118 Seiten, € 11,00

Heft 80: Wir können auch anders –
Soziale Utopie heute
116 Seiten, € 11,00

Heft 81: Da war doch was ...!? Zugänge zur
Erinnerung an Nazizeit
116 Seiten, € 11,00

Heft 82: Raum-Effekte. Politische Strategien
und kommunale Programmierung
128 Seiten, € 11,00

Heft 83: Zur globalen Regulierung des
Bildungswesens
128 Seiten, € 11,00

Heft 84: Der oder die Sozialstaat? Doing
Gender europäischer Wohlfahrtsregime
108 Seiten, € 11,00

Heft 85: Politische Bildung – Bildung des
Politischen?
120 Seiten, € 11,00

Heft 86: Safety first – Smile you're on camera
132 Seiten, € 11,00

Heft 87: Selbsttechnologien –
Technologien des Selbst
104 Seiten, € 11,00

Heft 88: Neo-Diagnostik –
Modernisierung klinischer Professionalität?
136 Seiten, € 11,00

Heft 89: Zum Umbau von Bildung und
Sozialstaat
124 Seiten, € 11,00

Heft 90: Noch auf Kurs? – Zehn Jahre
'Neue Steuerung' in der Jugendhilfe
116 Seiten, € 11,00

Heft 91: Scheiternde Erfolge oder:
Die Früchte politischer Emanzipationsprojekte
116 Seiten, € 11,00

Heft 92: Familienunternehmen –
zur neoliberalen (Neu)Ordnung der Familie
136 Seiten, € 11,00

Heft 93: Eliten-Schwindel. Gesellschaft
zwischen Demokratisierung und Privilegierung
92 Seiten, € 11,00

Heft 94: Kampf ums Herz.
Neoliberale Reformversuche und Macht-
verhältnisse in der ‚Gesundheits-Industrie‘
104 Seiten, € 11,00

Heft 95: Genders neue Kleider?
Dekonstruktivistischer Postfeminismus,
Neoliberalismus und die Macht
130 Seiten, € 11,00

Heft 96: Jenseits von Status und Expertise:
Soziale Arbeit als professionelle Kultur
128 Seiten, € 11,00

Heft 97: Politik des Sozialen – Alternativen
zur Sozialpolitik. Umriss einer Sozialen
Infrastruktur
160 Seiten, € 11,00

Heft 98: Klassengesellschaft reloaded.
Zur Politik der „neuen Unterschicht“
116 Seiten, € 11,00

Heft 99: Politik des Sozialen – Verhandlungen
über Lebensweisen. Moralische Ökonomien
heute
112 Seiten, € 11,00

Kleine Verlag
Kleine Verlag